

PIPELINES IN DIE POLITIK

DIE MACHT DER **GASLOBBY**
IN DEUTSCHLAND



Initiative für Transparenz und Demokratie

Impressum

Herausgegeben von LobbyControl e.V.

im Februar 2023

(Redaktionsschluss 19. Januar 2023)

Am Justizzentrum 7

50939 Köln

www.lobbycontrol.de

Autorinnen:

Dr. Christina Deckwirth und Nina Katzemich

Mitarbeit:

Maike Adams, Darius Adu Bright, Marlene Gluma,

Sara Hueber, Fynn Panstruga, Jonah Schwope, Celine Wilhelm

Redaktion:

Kathrin Anhold, Imke Dierßen

Lektorat:

Herwig Frenzel

Faktencheck:

Lars Breuer, Barbara Driesen

Kommunikation:

Kathrin Anhold, Steffen Pachali

Gestaltung:

blickpunkt x, Köln

Grafiken:

Holger Müller, Petra Raddatz

Druck:

Klartext GmbH

Titelfoto:

Collage aus Antonio Priston/AdobeStock und

Tischbeinahe, CC BY 3.0, via Wikimedia Commons

Infografiken mit Verwendung von Icons:

lushik.com; davooda.com; [Fotolia.com](https://fotolia.com)

Lizenz:

Der Text dieser Studie steht unter der Lizenz

CC BY-NC-ND <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Wir bedanken uns bei allen, die uns für diese Studie wertvolle Hinweise und Einblicke gegeben haben. Darunter waren viele Personen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verbänden.

Inhalt

Einleitung	4		
Zusammenfassung in Thesen	5		
1. „Sauberes Erdgas“, „Brückentechnologie“ & Co: Die Erzählungen der Gaslobby	8		
1.1 Mit „Framing“ die Politik beeinflussen	8		
1.2 Die wichtigsten „Frames“ und Erzählungen der Erdgaslobby	10		
1.3 Fazit	15		
2. Der deutsche Gasmarkt und die Macht der Gasindustrie	16		
2.1 Abhängigkeit von russischem Gas und neue Entwicklungen	16		
2.2 Industrie und Heizen: Wo wird das Gas verbraucht?	19		
2.3 Politische Rahmenbedingungen: Liberalisierung und mangelnde Fusionskontrolle	20		
2.4 Unternehmen entlang der Gaslieferkette	22		
2.5 Macht durch de facto-Selbstregulierung bei der Gasnetzplanung und Methanemissionen	23		
2.5.1 Netzentwicklungspläne: Gasnetzbetreiber planen Ausbau der Gasnetze	24		
2.5.2 Technische Selbstverwaltung – ein Lobbyverband bestimmt die Regeln für die Messungen der Methanemissionen	25		
2.6 Fazit	26		
3. Die Gaslobby – wer ist das?	27		
3.1 Die großen Gaskonzerne und ihre Lobbyarbeit	27		
3.1.1 Uniper und Eon	27		
3.1.2 Wintershall DEA und BASF	29		
3.1.3 Gazprom und die Nord Stream AG	32		
3.2 Stadtwerke: Verflechtungen und Gegengewicht	35		
3.3 Lobbyverbände der Gasindustrie	36		
3.3.1 Zukunft Gas	36		
3.3.2 BDEW	39		
3.3.3 Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: Außenpolitische Nebenstelle der Industrie	40		
3.3.4 Weitere Lobbyverbände und Lobbyagenturen	40		
		3.4 Jenseits der Konzernlobby: Gewerkschaften, Umweltverbände, Klimabewegung und kleinere Unternehmen	42
		3.5 Die Lobbymacht im deutschen Gasmarkt in Zahlen	43
		3.6 Fazit	46
		4. Die Netzwerke der Gasindustrie	47
		4.1 Wie die Lobbynetzwerke funktionier(t)en	47
		4.2 Gerhard Schröder und die niedersächsische „Moskau-Connection“ der SPD	49
		4.3 Das Netzwerk der „Russland-Getreuen“ in Mecklenburg-Vorpommern	54
		4.4 Gaslobby-Netzwerke im Umfeld der CDU	61
		4.5 Die Gaslobby und Aserbaidschan: Die „Baku-Württemberg-Connection“	68
		4.6 Fazit	71
		5. Privilegierte Zugänge zur Politik	73
		5.1 Der „Dialogprozess Gas 2030“	73
		5.2 Die Rolle der DENA in der Gaspolitik	75
		5.3 Gasfreundliche Strukturen im Bundeswirtschaftsministerium	79
		5.4 Lobbytreffen in Zahlen	81
		5.5 Gemeinsame Veranstaltungen und Medienkooperationen	83
		5.6 Sponsoring: Parteitage, Behörden und parteinahe Lobbyverbände	85
		5.7 Fazit	85
		6. Langsamer Ausstieg oder weitere Abhängigkeiten? Aktuelle Debatten in der Gaspolitik	87
		6.1 Wasserstoff: Brücke in die Zukunft für die Gasindustrie?	87
		6.2 Die Debatte ums Heizen – die Gasindustrie verteidigt eines ihrer Hauptgeschäftsfelder	90
		6.3 LNG-Terminals: Die Bundesregierung baut neue fossile Infrastruktur	94
		6.4 Fazit	98
		Forderungen und Empfehlungen	99
		Anhang: Seitenwechsler:innen und Politiker:innen/ Beamte mit Nebentätigkeiten	102

EINLEITUNG

Angesichts der bedrohlichen Energie- und Klimakrise

klingt Peter Altmaiers Zitat aus dem Jahr 2019 geradezu zynisch: „Gas ist sexy“ verkündete der damalige Wirtschaftsminister bei der Vorstellung eines Berichts, den vor allem Vertreter:innen der Gasindustrie und ihr gewogene Wissenschaftler:innen für sein Ministerium erarbeitet hatten. Die Gasindustrie jubelte damals, dass ihre Rechnung durch jahrelange Lobbyarbeit aufgegangen war: Endlich hatte die Bundesregierung ausgerechnet das fossile Erdgas als angeblich wichtigen Teil der Energiewende anerkannt. Zwei Jahre später schuf Manuela Schwesig Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern eine fragwürdige Stiftung. Diesen politischen Trick hatten Lobbyisten der Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG mitentwickelt, um die umstrittene zweite Ostseepipeline gegen alle Widerstände zu ermöglichen. Nun im Winter 2022/2023 steht die Gesellschaft vor einem energiepolitischen Trümmerhaufen. Das Verbrennen fossiler Energieträger hat die Klimakrise weiter verschärft, und die gesellschaftlichen Schäden der Abhängigkeit von russischen Gasimporten zeigen sich in aller Deutlichkeit: tödliche Unwetterkatastrophen und verheerende Dürren infolge der Klimakrise, existenzielle Ängste vor steigenden Gaspreisen, Inflation und Rezession. Auch beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine spielt russisches Gas eine zentrale Rolle.

Die Ampelkoalition steht vor einer enormen Hypothek: Die Vorgängerregierungen haben über Jahrzehnte die deutsche Abhängigkeit vom russischen Gas gefördert und politisch abgesichert. Sie haben es zugelassen, dass einige wenige Konzerne wie Uniper, Wintershall DEA oder VNG ganz auf das Geschäft mit dem russischen Gas gesetzt haben. Sie haben Fusionen ausdrücklich erlaubt, die Konzerne mit enormem politischem Einfluss hervorgebracht haben und deren Insolvenz sich die Gesellschaft nicht leisten kann. Mächtige Konzerne haben so Zugriff auf Bereiche der kritischen Infrastruktur und der Grundversorgung erhalten. Gleichzeitig hat die Regierung Merkel den Ausbau der erneuerbaren Energien seit 2014 massiv ausgebremst. Es waren eng verflochtene Netzwerke aus ehemaligen und amtierenden Politiker:innen und Vertreter:innen aus Gasindustrie und Förderstaaten, die diese fatalen politischen Entscheidungen befördert und mit entsprechenden Erzählungen legitimiert haben. Die Rechtfertigung für die Gasgeschäfte lautete überall gleich: zusätzliches Gas

als „Brückentechnologie“ sei notwendig für die Energiewende und Russland sei – alles in allem – ein verlässlicher Geschäftspartner für billige Gasimporte. Diese Erzählung hat die Gasindustrie strategisch eingesetzt, um ihr fossiles Geschäftsmodell noch über Jahrzehnte erhalten zu können.

Der bekannteste Vertreter der Gaslobby-Netzwerke ist Gerhard Schröder. Seine Verbindungen reichten tief in die russische Energiewirtschaft und die russische Regierung hinein. Deren Vertreter:innen öffnete er immer wieder die Türen in die deutsche Bundes- und Landespolitik. Doch der Altkanzler ist nur die Spitze des Eisbergs weiterer Verflechtungen und Allianzen: Sei es in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Sachsen – an vielen Orten in Deutschland trafen Gasindustrie, Repräsentant:innen aus Russland und anderen Förderländern und Politik regelmäßig aufeinander. Aber auch politische Institutionen wie die bundeseigene Deutsche Energie-Agentur (DENA) oder das Bundeswirtschaftsministerium ließen einseitige Einflussnahme zu, indem sie der Gasindustrie privilegierte Zugänge ins Innerste der Politik gewährten. Parteipolitisch waren diese Netzwerke keineswegs – wie häufig gesagt – nur bei der SPD angesiedelt, sondern reichen auch in andere Parteien hinein, allen voran in die Union.

Der Regierungswechsel 2021 brachte neue Akteure an die Schalthebel der deutschen Energiepolitik. Insbesondere Wirtschaftsminister Robert Habeck und sein neues Führungsteam traten mit klima- und energiepolitischen Ambitionen an. Dazu zählt auch der baldige Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Gas. Doch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine setzte die neue Bundesregierung unter massiven Druck. Fortan rückte die Versorgungssicherheit zulasten der ursprünglichen energiepolitischen Pläne in den Vordergrund – und damit auch der Aufbau neuer fossiler Infrastruktur. Die Bundesregierung befindet sich nun in einer Zwangslage: Sie muss gleichzeitig die Versorgungssicherheit von Haushalten und Wirtschaft gewährleisten und die Versäumnisse im Klimaschutz aufholen – und das alles in kürzester Zeit und unter hohem gesellschaftlichen Druck. Und sie muss dabei mit vielen Akteuren zusammenarbeiten, die jahrelang auf das fossile Geschäft mit Erdgas – vor allem aus Russland – gesetzt haben.

Zwei Momente – zunächst der Start der Ampelkoalition, dann der Angriffskrieg auf die Ukraine – führten dazu, dass langjährige Gaslobby-Netzwerke nun bröckeln. Gerhard Schröder ist kein gern gesehener Gast mehr, zahlreiche Spitzenpolitiker:innen haben ihre Positionen mit Blick auf russisches Gas verändert oder sogar öffentlich Fehler eingestanden. Die DENA wird neu aufgestellt, Lobbyforen wie der Russlandtag in Schwerin pausieren. Mehrere Gaskonzerne in Deutschland wurden verstaatlicht. Gleichzeitig bestehen weiter enge Verbindungen: Im Wirtschaftsministerium sitzen noch immer Beamte, die sich schon unter dem früheren Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel als auffallend gas- und russlandfreundlich erwiesen haben. Der einflussreiche Gaslobbyverband Zukunft Gas wirbt weiter für das fossile Geschäftsmodell und bringt immer neue Narrative in die politische Debatte, um Erdgas als Energie der Zukunft zu inszenieren. Er profitiert dabei von seinen engen Drähten in die Politik. Die Gaskonzerne, die noch die letzte Bundesregierung auf „Gas-Kurs“ gebracht hatten, bestimmen die Gaspolitik weiterhin mit: Deren Vertreter:innen sind es, die Scholz und Habeck auf ihre Reisen in den Senegal, nach Saudi-Arabien oder Katar begleiten, um neue Gasimporte zu ermöglichen. Und so sind es diese beiden Politiker, die den Gaskonzernen durch die politische Förderung eines massiven Ausbaus der LNG-Infrastruktur große neue fossile Geschäftsfelder eröffnen.

Diese Studie beleuchtet, wie die vergangenen Bundesregierungen seit Kanzler Schröder die Abhängigkeit von russischem Gas vorangetrieben haben. Im Fokus stehen dabei Schlüsselfiguren der deutschen Gaspolitik und deren Netzwerke, die großen deutschen Gaskonzerne und ihre Lobbyverbände sowie deren privilegierte Zugänge zu politischen Institutionen. Die Studie greift aber auch exemplarisch wichtige politische Debatten auf, die derzeit zur Nutzung von Erdgas geführt werden, und zeigt, wie die Lobbyist:innen der Gasindustrie dort Einfluss nehmen. Unter anderem an diesen Debatten zu den Themen Heizen, Wasserstoff und LNG-Importe wird sich zeigen, wie weit der Einfluss der Gaslobby noch immer reicht. Die Studie zeigt schließlich auf, wo politische Veränderungen im Verhältnis zwischen Politik und Gasindustrie dringend notwendig sind. Denn deutlich wird in jedem Fall: Ob sich alte Gaslobby-Netzwerke am Ende durchsetzen oder ein Ausstieg aus dem fossilen Energieträger gelingt, hängt nicht allein von der neuen Bundesregierung ab – sondern auch davon, welche gesellschaftlichen Akteure sich in der Debatte Gehör verschaffen können. Dazu braucht es eine Neuausrichtung der Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der Gaslobby: Notwendig ist mehr Abstand zu fossilen Geschäftsinteressen, mehr Ausgewogenheit in der Beteiligung verschiedener Interessengruppen sowie mehr Transparenz über politische Entscheidungsprozesse.

ZUSAMMENFASSUNG IN THESEN

1. Die Macht der Gaskonzerne und ihre engen Lobbyverbindungen zur Bundesregierung haben der Gesellschaft massiven Schaden zugefügt:

Die deutsche Energiepolitik steht unter dem Einfluss von Netzwerken aus Gasindustrie, Lobbyist:innen und Politiker:innen, die auch gezielt von den autoritären Regimen aus Förderländern wie Russland und Aserbaidschan unterstützt wurden. Bundes- und Landesregierungen pflegten auch selbst einseitig den Kontakt zur Gasindustrie. Durch diese engen Verbindungen haben sich die letzten Bundesregierungen viel zu sehr auf russisches Gas ausgerichtet und sich damit erpressbar gemacht. Gleichzeitig haben sie es verpasst, rechtzeitig den Umstieg auf erneuerbare

Energien einzuleiten. Die Folgen für die Gesellschaft sind verheerend: Es drohen weitere erhebliche Klimaschäden, milliardenschwere Fehlinvestitionen zulasten der Steuerzahler:innen, enorme Preissteigerungen sowie möglicherweise sogar Versorgungsengpässe.

2. Jetzt ist ein kritischer Zeitpunkt für die Neuausrichtung der Gaspolitik:

Infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gibt es erste Anzeichen, dass alte Netzwerke zwischen Gasindustrie und Politik bröckeln. Das zeigt die vermehrte Kritik an Schröders Rolle als Gaslobbyist oder der Ausstieg des Chefs der Deutschen Energie-Agentur (DENA) Andreas

Kuhlmann aus dem Lobbyverband Zukunft Gas. Doch zugleich befindet sich die Bundesregierung in der Zwangslage, schnell russisches Gas ersetzen zu müssen, um die Gasversorgung für Industrie und Haushalte sicherzustellen. So entstehen derzeit weitere Pfadabhängigkeiten durch neue Gaslieferverträge und milliardenschwere Großprojekte. Die Gaslobby ist dabei weiterhin äußerst aktiv: Sei es der Bau von LNG-Terminals, das Heizen oder das Geschäft mit dem Wasserstoff – überall drängen Gaskonzerne weiter auf den Erhalt ihres fossilen Geschäftsmodells. Daher braucht es jetzt ausreichend Abstand zwischen Politik und Gasindustrie sowie breite und ausgewogene Beteiligung auch jenseits der Energie- und Gaskonzerne. Dazu gehören zum Beispiel frühzeitige Gespräche mit Umweltverbänden zu energiepolitischen Themen.

3. Als doppelte Lobbymacht drängten Gaswirtschaft und Industrie gemeinsam auf den Zugang zu dem vermeintlich billigen Gas aus Russland:

Das deutsche Wirtschaftsmodell beruht wesentlich auf energieintensiven Unternehmen der Chemie- und Schwerindustrie, die das vermeintlich billige Gas aus Russland eingefordert haben. Um sich den Zugang zu garantieren, betrieben deutsche Unternehmen und einflussreiche Politiker:innen in Foren wie dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft eine Art Nebenaußenpolitik, die ihre Geschäfte mit der Erzählung des „Wandels durch Annäherung und Handel“ politisch legitimierte. Gas- und Industriekonzerne traten gemeinsam an die Politik heran, um weiterhin vermeintlich günstiges Gas beziehen zu können. Noch immer sind Industriekonzerne zentrale Mitspieler der deutschen Gaslobby – allen voran BASF. Das Unternehmen verbraucht selbst große Mengen Gas und ist über seine Tochter Wintershall DEA stark mit der russischen Gasindustrie verflochten. Erst im Januar 2023 kündigte Wintershall den Rückzug aus dem russischen Gasgeschäft an.

4. Die Gaslobby hat das wirkmächtige Narrativ vom Gas als „saubere Brückentechnologie“ etabliert und inszeniert die Gasbranche über das Wasserstoffgeschäft als vermeintlichen Zukunftsmarkt:

Die Gasindustrie vermarktet sich mithilfe von PR-Lobbyverbänden wie Zukunft Gas als angeblich wichtigen Teil der Energiewende. Doch das Verbrennen des fossilen Gases ist nicht klimafreundlich, vor allem, weil entlang der Gaslieferkette Methan freigesetzt wird. Die Erzählung der vermeintlich sauberen und klimafreundlichen „Brückentechnologie“ ist daher irreführend. Wasserstoff ist nur dann klimafreundlich, wenn er mit erneuerbaren Energien erzeugt und nur dort eingesetzt wird, wo eine Elektrifizierung weniger effizient ist. Mit Begriffen wie „kohlenstoffarme Gase“ schafft die Gaslobby dagegen ein neues Framing, das auch Gase aus Erdgas zum vermeintlichen Teil der Lösungen für die Klimakrise macht.

5. Die Gasindustrie ist durch starke Konzentration und entsprechende Monopolmacht geprägt, die den Konzernen großes Drohpotenzial gegenüber Politik und Gesellschaft verleiht. Die Konzentration wurde von den letzten Bundesregierungen politisch gefördert:

Die Geschäfte der beiden großen Gaskonzerne Uniper und Wintershall DEA waren so eng mit Gazprom verflochten, dass die deutsche Gasversorgung als Bereich der kritischen Infrastruktur zum Spielball russischer geostrategischer Interessenpolitik geworden ist. Das zeigt zum Beispiel Gazproms jahrelanger Zugriff auf den größten europäischen Gasspeicher im niedersächsischen Rehden oder Putins Macht, den Gasfluss über die Nord-Stream-Pipeline einzuschränken. Auch die großen Energiekonzerne Eon und RWE haben Monopolmacht in der Gaslieferkette erlangt, indem sie die Bereiche Stromproduktion (darunter Gaskraftwerke) und Versorgung unter sich aufgeteilt haben. Das bringt vor allem Abhängigkeiten für die Stadtwerke mit sich. Beide großen Tauschgeschäfte wurden von den jeweiligen Bundesregierungen trotz Kritik von Behörden oder betroffenen kleineren Unternehmen unterstützt. Bei den Industrieunternehmen hat BASF als großer industrieller Gasverbraucher großes Drohpotenzial gegenüber Politik und Gesellschaft: Steigen die Gaspreise, droht BASF mit Arbeitsplatzabbau, der aufgrund der Größe des Konzerns tatsächlich zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen könnte.

6. Die wirtschaftliche Macht der Gasunternehmen schlägt sich auch in problematischer politischer Macht nieder, wie hohe Lobbyausgaben zeigen:

Die Energie- und Gaskonzerne haben in den letzten Jahren und Monaten hohe Gewinne eingefahren und ihr Geschäft immer weiter ausgebaut. Das schlägt sich auch in hohen Lobbyausgaben nieder: Unternehmen, die im deutschen Gasgeschäft tätig sind, gaben im Jahr 2021 mehr als 40 Millionen Euro für ihre Lobbyarbeit aus und beschäftigten rund 410 Lobbyist:innen. Hierbei sind die Lobbyausgaben von Gazprom noch nicht einmal eingerechnet, weil sich der Konzern nicht in das deutsche Lobbyregister eingetragen hat. Diese Lobbymacht ist schädlich: Mit diesen großen Geldsummen und einer Unzahl an Lobbyist:innen drängen die Unternehmen die Politik dazu, ihre Geschäfte mit dem fossilen Gas weiter abzusichern.

7. Enge Netzwerke aus Politiker:innen, Gasindustrie und Lobbyist:innen mit Verbindungen in die autoritär regierten Förderländer beeinflussen die deutsche Energiepolitik enorm:

Altkanzler Gerhard Schröder hat mit seinen Posten bei russischen Öl- und Gaskonzernen der Gasindustrie immer wieder Türen in die deutsche Politik geöffnet: so etwa zum damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der den Verkauf deutscher Gasspeicher an Gazprom zuließ. Schröders Einfluss ist aber nur die Spitze des Eisbergs: Mittelsmänner zwischen deutschen und russischen Geschäftsinteressen wie Klaus Mangold und Heino Wiese wurden von Russland gezielt aufgebaut und als Honorarkonsuln mit Privilegien ausgestattet. Sie dienten dazu, in Deutschland politische Kontakte für das autoritäre Regime herzustellen und dessen Politik so zu legitimieren. Von Unternehmen gesponserte und teilweise staatlich unterstützte Netzwerke festigten die engen Beziehungen weiter – so beispielsweise der von Gazprom mitfinanzierte Russlandtag der Schweriner Staatskanzlei. Die Netzwerke mit Aserbaidschan oder Russland zeigen, wie arglos und willfährig manche Politiker:innen mit Lobbyist:innen autokratischer Staaten verfahren.

8. Die Bundesregierung bietet der Gasindustrie privilegierte Zugänge zu energiepolitischen Entscheidungen, indem sie diese einseitig in politische Entscheidungsprozesse einbindet:

Die Deutsche Energie-Agentur (DENA) als bundeseigenes Unternehmen fungiert für die Gaswirtschaft als Lobbykanal in das Bundeswirtschaftsministerium. Die DENA organisiert zahlreiche Formate, zu denen sie regelmäßig einseitig Wirtschaftsvertreter:innen einlädt – und Umwelt- oder Verbraucherschutzverbände allenfalls am Katzentisch zulässt. Auf diese Weise entstand auch die Gasstrategie der Bundesregierung: Sie wurde weitgehend von der Industrie selbst formuliert und räumte Gas eine entsprechend große Rolle in der deutschen Energiepolitik ein. Auch unter Wirtschaftsminister Habeck wirken die gasfreundlichen Netzwerke und Strukturen rund um das Ministerium weiter – sei es durch gasfreundliches Personal im Ministerium, durch weiterhin aktive Lobbyverbände mit guten Zugängen ins Ministerium und weiterhin bestehende gasfreundliche Strukturen innerhalb der DENA. Gaskonzerne sind infolge der Energiekrise noch enger in die Arbeit des Wirtschaftsministeriums sowie des Bundeskanzleramts eingebunden als zuvor.

9. Stadtwerke als kommunale Unternehmen können wichtige Gegenspieler der großen Energie- und Gaskonzerne sein:

In Deutschland versorgen die Stadtwerke die Menschen unter anderem mit Strom, Gas und Wärme und sind dafür zuständig, die notwendige Grundversorgung der Menschen zu sichern. Seit der Liberalisierung des Strommarktes ab 1998 wurden die Stadtwerke teilweise oder sogar vollständig von großen Energiekonzernen wie Eon übernommen. Durch Konzernbeteiligungen sind sie stark vom Quasi-Monopolisten Eon und anderen großen Konzernen abhängig. Doch als kommunale Unternehmen sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet und werden durch die Kommunalpolitik mitbestimmt. Diese besondere Stellung der Stadtwerke bietet Bürger:innen die Möglichkeit, Einfluss auf die lokale Energiepolitik zu nehmen. Das haben die zahlreichen Initiativen für eine Rekommunalisierung der Strom- und Gasversorgung gezeigt.

1. „SAUBERES ERDGAS“, „BRÜCKENTECHNOLOGIE“ & CO: DIE ERZÄHLUNGEN DER GASLOBBY

Erdgas gilt in weiten Teilen der Politik noch immer als weniger klimaschädlich als andere fossile Energieträger – obwohl dies wissenschaftlichen Erkenntnissen widerspricht.¹ Die Gasindustrie und spezialisierte Lobbyagenturen haben Millionen ausgegeben, um die Erzählung vom vermeintlich sauberen Erdgas und seiner Eignung für den Klimaschutz zu verbreiten. Sie haben einen fossilen Rohstoff als Lösung für den Kampf gegen den Klimawandel inszeniert und zugleich dafür gesorgt, dass dessen Nachteile in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielen. Mit diesem vermeintlich grünen Anstrich hat sich die Gasbranche einen zentralen Platz in der deutschen und europäischen Energiepolitik erobert, der weit über ihre tatsächliche Bedeutung für die Energiewende hinausgeht. In diesem Kapitel wird erklärt, wie diese Narrative entstanden, worauf sie beruhen und welche politische Wirkung sie entfalten.

1.1 Mit „Framing“ die Politik beeinflussen

Um sich als klimafreundlich und sauber darzustellen, hat die Gasindustrie gezielt auf die Erarbeitung eigener Erzählungen bzw. Narrative gesetzt und mit der Technik des Framings gearbeitet. „Framing“ bzw. „Frames“ (deutsch: einrahmen, Rahmen) werden in der politischen Kommunikation verwendet, um mit bewussten Formulierungen zu einem bestimmten Thema den Deutungsrahmen vorzugeben.² Dazu dienen Begriffe oder Bilder, die eine bestimmte Perspektive liefern und die gewünschten Assoziationen hervorrufen. So weckt zum Beispiel der Frame „grünes Gas“ und die Erzählung „Gas ist der Partner für die erneuerbare Energie“ die Assoziation, dass Gas gut für den Klimaschutz sei und deswegen entsprechend politisch gefördert werden müsse.

Zumeist haben diese Erzählungen einen wahren Kern: So ist der Einsatz erneuerbarer Gase in Bereichen, in denen eine Elektrifizierung nicht klimafreundlich oder effizient ist, tatsächlich ein wichtiger Teil der Energiewende. Zugleich wird aber auch bewusst Verwirrung gestiftet oder es werden Fakten einseitig oder verzerrt dargestellt: Das geschieht

zum Beispiel, indem auch Gase, die aus Erdgas hergestellt werden, als „grüne Gase“ bezeichnet werden oder der Bedarf an grünen Gasen begrifflich gleichgesetzt wird mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, obwohl Letzterer dringlicher ist und notwendige Voraussetzung für die Nutzung erneuerbarer Gase ist. So versuchen PR-Akteure und Lobbyist:innen mit Framing und gezielten Erzählungen politische Debatten in eine bestimmte Richtung zu lenken und damit politische Entscheidungen zu beeinflussen.

GASINDUSTRIE LÄSST SICH VON PR-PROFIS ALS KLIMAFREUNDLICH INSZENIEREN

Die Gasindustrie hat mit ihrer Selbstinszenierung als klimafreundliche Branche auf politische Entwicklungen reagiert, die ihr fossiles Geschäftsmodell in Bedrängnis brachten. In den energiepolitischen Plänen gegen die Klimakrise drohte Erdgas nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. In Deutschland verlängerte die Bundesregierung im Jahr 2010 die Laufzeiten für die Atomkraftwerke und wies der Atomkraft (zunächst) die Rolle als „Brückentechnologie“ ins Zeitalter der erneuerbaren Energien zu. Tatsächlich wies das Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 Erdgas keine besondere Rolle für die Energieversorgung zu.³

¹ Scientists for Future Deutschland, 29.01.21: Ausbau der Erdgas-Infrastruktur: Brückentechnologie oder Risiko für die Energiewende? <https://de.scientists4future.org/erdgas-brueckentechnologie-oder-risiko-fuer-die-energiewende/>; Deutsches Klima Konsortium. Die neuen Berichte des Weltklimarats. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsches-klima-konsortium.de/de/ipcc-ar6/uebersicht-ar6.html#c5018>.

² Erstmals verwendet wurde das Konzept von Gregory Bateson: Steps to an ecology of mind: Collected essays in anthropology, psychiatry, evolution and epistemology. Chicago 1972.

³ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Abgerufen am 02.08.22: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/energiekonzept-2010.pdf?__blob=publicationFile&v=5



Während der Kampagne von Zukunft Gas machte ein LNG-Truck die Botschaften im Regierungsviertel bekannt.

Foto: Andreas Malachow, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Die Gaslobby startete daraufhin eine Offensive für den Erhalt ihres fossilen Geschäftsmodells. Auch auf EU-Ebene wollte man sicherstellen, dass Erdgas nicht fallen gelassen würde, als die EU im Jahr 2009 ihre Dekarbonisierungsstrategie 2050 plante.⁴ Dazu gründeten sieben europäische und internationale Gasverbände 2011 den Lobbyverband „Gasnaturally“.⁵ Die heutige Präsidentin von Gasnaturally, Dawn Summers, ist Vorständin der BASF-Tochter Wintershall DEA, deren Geschäftsmodell vor allem auf der Förderung von russischem Erdgas beruht. Mastermind für gemeinsame Kampagnen war zunächst die große internationale PR-Agentur Weber Shandwick, später wechselte man zur Agentur Fleishman-Hillard. Erklärtes Ziel des Verbands ist es, Gas als vermeintlich sauberen Träger der Energiewende darzustellen und „bei den EU-Stakeholdern das Bewusstsein für die wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile von Gas zu wecken.“⁶

Dabei sollte vor allem der Eindruck erweckt werden, dass Gas eine gute Ergänzung für die erneuerbaren Energien sei. Ein Instrument dazu war die „Gas-Woche“.⁷ Bei dieser einwöchigen Veranstaltung, die erstmals 2013 im europäischen

Parlament stattfand, konnten sich Abgeordnete, Mitarbeiter:innen der EU-Kommission, Lobbyist:innen und sogar Vertreter:innen der erneuerbaren Energien bei Podiumsdiskussionen oder Cocktailabenden rege über fossiles Erdgas als angeblichen „Beitrag zum Klimaschutz“ austauschen.

In Deutschland spielte der 2013 gegründete PR-Verband „Zukunft Gas“ (bis Ende 2020 „Zukunft Erdgas“)⁸ eine ähnliche Rolle (vgl. 3.3.1). Bei seiner Gründung hatte der Verband 36 Mitglieder aus der Gasindustrie⁹, Anfang 2022 sind es 136.¹⁰ Seine Aufgabe sieht er vor allem darin, Gas als zukunftsfähigen Energieträger für die Energiewende zu vermarkten. Im Herbst 2016 startete der PR-Verband zum Beispiel eine Kampagne zu den Klimazielen 2020. Das Bild: der Bundestag vom Meer umspült und in dunkle Wolken gehüllt. Die Botschaft: Ohne Gas erreichen wir die Klimaziele 2020 nicht.¹¹ Die Politik dürfe nicht länger die immensen Potenziale ignorieren, die Erdgas angeblich für die Energiewende biete, zum Beispiel als Heizenergie oder als Kraftstoff für Pkw und Lkw. Ein gasbetriebener Lastwagen fuhr durch das Berliner Regierungsviertel und machte

4 Lucy Michaels und Katharine Ainger: The climate smokescreen. S. 162. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.taylorfrancis.com/chapters/oa-edit/10.4324/9781351121798-10/climate-smokescreen-lucy-michaels-katharine-ainger>

5 <https://web.archive.org/web/20131008030214/http://www.gasnaturally.eu/about-gasnaturally/who-are-we>. Im Sommer 2022 sind acht Verbände Mitglied: Gas Naturally. About. Abgerufen am 02.08.22: <https://www.gasnaturally.eu/about-gasnaturally/our-members/>

6 Lucy Michaels und Katharine Ainger: The climate smokescreen. S. 162. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.taylorfrancis.com/chapters/oa-edit/10.4324/9781351121798-10/climate-smokescreen-lucy-michaels-katharine-ainger> [eigene Übersetzung].

7 Ebd. S. 162 und European Energy Forum. Gas Week 2013. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.europeanenergyforum.eu/info-corner/energy-news/gas-week-2013>

8 Bizz Energy Today, 05.02.15: „Zukunft Gas“. https://web.archive.org/web/20150205221422/https://www.bizz-energy.com/marketinsight/zukunft_erdgas

9 Energie & Management, 18.06.13: „Gas: Geballte Kommunikation für Erdgas und die Wärmewende“. <https://www.energie-und-management.de/nachrichten/detail/geballe-kommunikation-fuer-erdgas-und-die-waermewende-100255>

10 Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002686/482?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DZukunft%2BGas%26page%3D2%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC

11 Zukunft Gas. Unsere Kampagnen zu Erdgas und grünem Gas. <https://gas.info/verband-zukunft-gas/kampagnen>. Zuletzt besucht am 26.09.22.

Marketinglogo für Erdgasmobilität beim Tag der offenen Tür des Bundesverkehrsministeriums 2014. Auch die DENA wirbt dafür mit ihrem Logo.

diese Botschaft überall bekannt, auch auf Plakaten und Anzeigen wurde geworben.

Der Gaslobbyverband Deutscher Verband des Gas- und Wasserfaches (DVGW, vgl. 3.3.4) beschreibt im Jahr 2017 rückblickend, dass er auf das Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 mit einer „Innovationsoffensive“ reagiert habe: Ziel sei es gewesen, die Rolle verschiedener Gasinfrastrukturen im Kontext der Entscheidung über den Atomausstieg 2011 und der Energiewende „neu zu bewerten“. Mithilfe von intensiver Lobbyarbeit, strategischer Pressearbeit und Kooperationen mit anderen Verbänden schaffte es der Verband laut eigenen Aussagen, sein „Leitszenario Gas als Partner der Energiewende“ zu verankern. Tatsächlich sei es gelungen, dass Gas „deutlich positiver wahrgenommen wird“ als noch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Energiekonzepts 2010.¹²

Auch der größte Branchenverband der Energiewirtschaft, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW, vgl. 3.3.2), arbeitete an einem klimafreundlichen Image für den Energieträger Erdgas mit. Er ließ ein Logo von einer Werbeagentur entwickeln, das das grüne Image unterstreichen sollte. Unternehmen verwenden es seitdem in ihrer Kommunikation und ihrem Marketing für Erdgas.¹³ 2019 wurde das Logo überarbeitet – nun gemeinsam vom BDEW und Zukunft Gas. Zum Logo, ein grünes Blatt als Bildzeichen, gehört seitdem die Werbebotschaft „Für gutes Klima“. Damit will die Gasbranche ihr Image als angeblich klimafreundliche Branche stärken. Begleitet wurde die Entwicklung des Logos durch eine immer stärker auf Klimaschutz ausgerichtete Kommunikation. Zu finden ist das Logo beispielsweise auf Erdgastankstellen, in Werbeanzeigen oder Imagebroschüren. Unter dem Logo wurden auch Parteitage von der Gasbranche gesponsert (vgl. 5.6). Verwenden dürfen das Logo alle Mitgliedsunternehmen vom BDEW und von Zukunft Gas.



Foto: BMVI, CC BY-ND 2.0

1.2 Die wichtigsten „Frames“ und Erzählungen der Erdgaslobby

IRREFÜHRENDE ERZÄHLUNG 1: „GAS IST KLIMAFREUNDLICH UND SAUBERER ALS KOHLE UND ÖL“

Erdgas ist ein fossiler Energieträger und verursacht bei seiner Verbrennung CO₂. Da die CO₂-Emissionen von Erdgas pro Energieeinheit niedriger liegen als die von Erdöl und Kohle,¹⁴ wird Erdgas häufig als „klimaschonender“ oder auch „sauber(er)“ Energieträger etikettiert. Vertreter:innen der Gasindustrie argumentieren immer wieder, dass sich aufgrund dieser angeblich geringeren Klimaschädlichkeit die größten und schnellsten Einsparungen von Treibhausgas-Emissionen in Deutschland durch die Umstellung von Kohle auf Gas erzielen lassen. So argumentierte Gerald Linke, der Vorsitzende des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW), in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk im Jahr 2020 beispielsweise, es sei jetzt angemessen, schnell CO₂ durch den Bezug von Erdgas einzusparen, anstatt erst auf den großflächigen Ausbau von Wind- und Sonnenkraftwerken zu warten.¹⁵

Diese Erzählung ist zumindest problematisch, da ein wichtiger Aspekt ausgeblendet wird: Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan, das ebenfalls ein Treibhausgas ist und mit

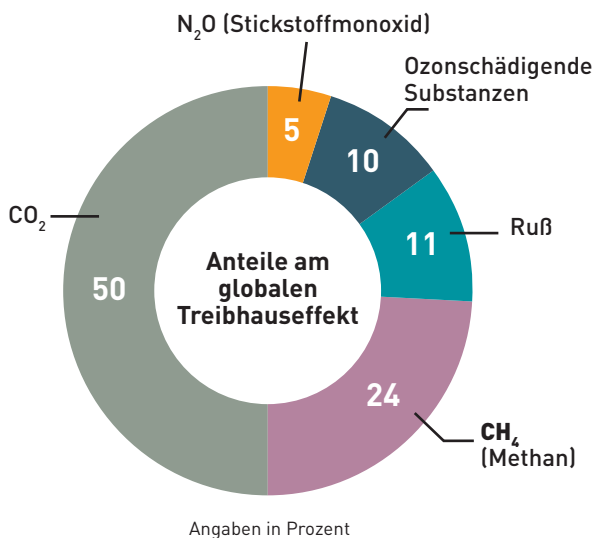
¹² DVGW. Gasstrategie für Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/verein/energiewende/1702linke-groeschl.pdf>, S. 9f.

¹³ Horizont, 05.10.09: „Peter Schmidt Group gewinnt Erdgas“. <https://www.horizont.net/agenturen/nachrichten/-Peter-Schmidt-Group-gewinnt-Erdgas-87647>

¹⁴ Volker Quaschnig: „Spezifische Kohlendioxidemissionen verschiedener Brennstoffe“. <https://www.volker-quaschnig.de/datserv/CO2-spez/index.php>. Zuletzt besucht am 27.09.22.

¹⁵ Deutschlandfunk, 06.02.20: „Erdgas ist ein Klimaschädling genau wie Kohle“. <https://www.deutschlandfunk.de/forscher-warner-erdgas-ist-ein-klimaschaedling-genau-wie-100.html>

seinem hohen Treibhauspotenzial wesentlich zum Klimawandel beiträgt. Es entweicht entlang der gesamten Gaslieferkette. Einige Studien gehen sogar davon aus, dass Erdgas klimaschädlicher ist als Kohle (vgl. Kasten Methan). Dennoch entfaltet der Mythos vom „klimafreundlichen Erdgas“ große Wirksamkeit in der Politik: Selbst das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter Robert Habeck argumentiert auf seiner Homepage zum Thema Erdgas, es sei „im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern klimafreundlicher, da der Einsatz mit geringeren CO₂-Emissionen einhergeht.“¹⁶ Das Thema Methan spielt hier keine Rolle und kommt auch sonst in der politischen Debatte kaum vor. Stattdessen erklärten auch die EU-Institutionen Gas in ihren Empfehlungen für Finanzinvestitionen jüngst für „nachhaltig“¹⁷ – eine Entscheidung, die Anlagekapital weiter in Richtung fossiler Energien lenken wird und die von Klimaexpert:innen vielfach als „Greenwashing“ kritisiert wurde.¹⁸



Methan ist für knapp ein Viertel des Treibhauseffektes verantwortlich und damit nach CO₂ der zweitgrößte Faktor für die Erderhitzung.

Grafik Quelle: DUH; Siehe Schwietzke, S., 2019 und IPCC, 2013¹⁹



Die Rolle von Methan und der Mythos vom klimafreundlichen Gas

Bei der Verbrennung von Erdgas entsteht das Treibhausgas CO₂. Schon das macht Erdgas zu einem klimaschädlichen Brennstoff. Allerdings entsteht weniger CO₂ als bei der Verbrennung von Kohle oder Öl.²⁰ Dies hat Erdgas den Ruf eingebracht, sauberer oder weniger klimaschädlich zu sein. Allerdings wird entlang der gesamten Erdgaslieferkette durch Lecks auch Methan freigesetzt. Laut dem sechsten Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) von 2021 ist das Treibhauspotenzial von Methan in den ersten 20 Jahren bis zu 83-mal stärker und in den ersten 100 Jahren bis zu 30-mal stärker als das von CO₂.²¹ Das heißt, innerhalb eines Zeitraums von 20 Jahren schädigt ein Kilogramm Methan das Klima so wie 83 Kilogramm CO₂. Laut Studien einiger Klimaforscher:innen ist Erdgas deshalb sogar klimaschädlicher als Kohle.²²

16 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Konventionelle Energieträger: Derzeit unverzichtbar für eine verlässliche Energieversorgung. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/konventionelle-energietraeger.html>. Zuletzt besucht am 28.09.22.

17 Europäisches Parlament. Taxonomie: Keine Einwände gegen Einstufung von Gas und Atomkraft als nachhaltig. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.europa.eu/news/de/press-room/20220701PR34365/taxonomie-keine-einwaende-gegen-einstufung-von-gas-und-atomkraft-als-nachhaltig>

18 Tagesschau.de, 24.01.22: „Eine Ohrfeige für die EU-Kommission“. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/eu-taxonomie-atomenergie-expertenrat-101.html>

19 Vortrag Dr. Stefan Schwietzke 2019: Methanemissionen der Erdgasindustrie: Messungen und Erkenntnisse https://www.dgs.de/fileadmin/newsletter/2019/EDFE_Vortrag_Wissenschaft_Methanemissionen_Schwietzke_10092019%20%281%29.pdf

20 Volker Quaschnig: „Spezifische Kohlendioxidemissionen verschiedener Brennstoffe“. <https://www.volker-quaschnig.de/datserv/CO2-spez/index.php>. Zuletzt besucht am 27.09.2022.

21 Deutsches Klima Konsortium. Die neuen Berichte des Weltklimarats. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsches-klima-konsortium.de/de/ipcc-ar6/uebersicht-ar6.html#5018>

22 Robert Howarth, erstmals publiziert am 14.05.2014: „A bridge to nowhere: methane emissions and the greenhouse gas footprint of natural gas“ onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1002/ese3.35; und EnergyWatchGroup, September 2019, „Erdgas leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz“, https://www.energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_Erdgasstudie_2019.pdf

IRREFÜHRENDE ERZÄHLUNG 2: „GAS IST EINE BRÜCKEN- UND ÜBERGANGS- TECHNOLOGIE“

Kaum ein Begriff ist in der Debatte um Gas so präsent wie der der „Brückentechnologie“ oder „Übergangstechnologie“. Tatsächlich wird ein sofortiger Ausstieg aus dem Erdgas gesellschaftlich und technisch kaum möglich sein, doch betont der Begriff „Brücke“ die positive Rolle von Erdgas stärker, als es etwa eine Bezeichnung wie „Auslauftechnologie“ tun würde. Die Begriffe wurden bereits in den 1980er-Jahren von Managern der Energiekonzerne für die Atomkraft verwendet – und damals so von der Politik übernommen. Das diente unter anderem im Jahr 2010 dazu, die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu legitimieren.²³

Viele Politiker:innen haben die Begriffe der „Brücke“ oder des „Übergangs“ übernommen, so zum Beispiel der frühere Wirtschaftsminister Peter Altmaier: Er hat sich lange Zeit für Erdgas als „Brückentechnologie“ eingesetzt²⁴ und die deutsche Energiepolitik mit der Gasstrategie 2020 daran ausgerichtet.²⁵ Teile der Politik wie beispielsweise die FDP-Bundestagsfraktion beziehen sich auch weiterhin darauf.²⁶ Finanzminister Christian Lindner argumentierte in der Debatte um die Grüne Taxonomie im Januar 2022: „Deutschland benötigt realistischerweise moderne Gaskraftwerke als Übergangstechnologie, weil wir auf Kohle und Kernkraft verzichten“. ²⁷ Im Ampel-Koalitionsvertrag für die Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP heißt es ähnlich: „Erdgas ist für eine Übergangszeit unverzichtbar.“²⁸ Mit dem Argument der energiepolitischen Notwendigkeit wird damit ein milliardenschweres fossiles Geschäftsfeld mittelfristig abgesichert und davon abgelenkt, wie der Ausstieg aus dem Gas schnellstmöglich machbar ist.

IRREFÜHRENDE ERZÄHLUNG 3: „GRÜNE ODER AUCH KOHLENSTOFFARME GASE SIND TEIL DER LÖSUNG“

Mit dem Framing „grüne Gase“ versucht die Gasindustrie, ihr fossiles Image loszuwerden und ihre Produkte als Zukunftsenergie darzustellen. Der Sammelbegriff bleibt dabei allerdings so unbestimmt, dass auch fossiles Erdgas darunter fällt. In seinem „Kompendium grünes Gas“ definiert der BDEW grüne Gase als „alle gasförmigen Energieträger, bei deren Verbrennung nicht mehr CO₂ freigesetzt wird, als zuvor der Atmosphäre entnommen wurde.“²⁹ Neben Biogasen aus Energiepflanzen oder Abfällen geht es in der politischen Debatte dazu in erster Linie um den Wasserstoff.

Für die Gasindustrie gehört zu den grünen Gasen nicht nur der sogenannte „grüne Wasserstoff“, der aus erneuerbaren Energien hergestellt wird und daher tatsächlich klimaneutral ist.³⁰ Sie bezieht in ihre Definitionen von „grünen Gasen“ auch Wasserstoff ein, der aus fossilen Energien hergestellt wird („türkiser“ oder „blauer Wasserstoff“).³¹ Mithilfe von technologischen Verfahren wie der Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) sollen diese Gase dann „nahezu klimaneutral“³² werden. Im Zusammenhang mit solchen Verfahren spricht die Gaslobby auch gerne von „kohlenstoffarmem Wasserstoff“.³³ Nicht zur Sprache kommt, dass CCS in der Praxis selbst sehr energieintensiv und ökonomisch wie ökologisch umstritten ist³⁴ und die für den türkisen Wasserstoff nötige Technologie Methanpyrolyse nicht im großtechnischen Maßstab verfügbar ist.³⁵ So schafft die Gasindustrie mit dem Begriff „grüne Gase“ ein neues Framing, demzufolge auch Gase auf Basis von fossilem Erdgas mithilfe teils umstrittener oder unfertiger Verfahren einen Beitrag zum Klimaschutz leisten sollen.³⁶

29 BDEW. 3 Pfade zum grünen Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/energie/erdgas/gruene-gase-co2-neutrale-energie/>

30 Bei der Umwandlung von Wasserstoff in Strom fällt als einziges Abfallprodukt Wasser an, also kein CO₂. Allerdings ist er nur dann klimafreundlich, wenn er aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, sogenannter „grüner“ Wasserstoff (vgl. Kasten). Außerdem ist der Energieaufwand seiner Gewinnung hoch – Wirtschaftsexpertin Claudia Kemfert spricht von drei bis fünf Mal so viel Energie, als wenn man erneuerbare Energien direkt nutzen würde. Klimafreundlicher Wasserstoff wird noch auf lange Zeit rar und teuer in der Herstellung sein.

31 BDEW, April 19: Kompendium Grünes Gas https://www.bdew.de/media/documents/Pub_20190401_Kompendium_Gr%C3%BCnes_Gas.pdf, S. 13 ff.

32 BDEW. 3 Pfade zum grünen Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/energie/erdgas/gruene-gase-co2-neutrale-energie/>

33 bp und thyssenkrupp Steel arbeiten zusammen, um die Dekarbonisierung der Stahlproduktion voranzutreiben. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bp.com/de_de/germany/home/presse/pressemitteilungen/dekarbonisierung-der-stahlproduktion-thyssenkrupp-und-bp.html und Rohstoff-Forum, 28.11.19: Die Rolle von Erdgas in der Wasserstoffenergiewirtschaft <https://www.rohstoff-forum.org/wp-content/uploads/sites/2/2020/02/rolle-von-erdgas-in-der-wasserstoff-energiewirtschaft.pdf>

34 IEEFA: The Carbon Capture Crux. September 2022: <https://ieefa.org/resources/carbon-capture-crux-lessons-learned>, vgl. auch Klimareporter, 03.09.22: „CCS erfüllt Erwartungen nicht“.

35 Deutscher Bundestag, 26.03.21: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP „Wasserstoffherstellung durch Pyrolyse“. <https://dsrserver.bundestag.de/btd/19/280/1928010.pdf>

36 Das „Kompendium grünes Gas“ des BDEW geht genauer auf die verschiedenen Technologien ein, mit denen fossiles Erdgas klimaneutral werden soll: https://www.bdew.de/media/documents/Pub_20190401_Kompendium_Gr%C3%BCnes_Gas.pdf

23 NABU. Atomkraft als Brückentechnologie. Abgerufen am 18.11.22: <https://web.archive.org/web/20141205020319/http://www.nabu.de/energie/Brueckentechnologie.pdf>

24 EnerGate Messenger, 09.10.19: „Altmaier: Gas ist sexy“. <https://www.energate-messenger.de/news/195800/altmaier-gas-ist-sexy>

25 LobbyControl, 21.12.2020: Wie die Gasindustrie sich als Energie der Zukunft inszeniert. <https://www.lobbycontrol.de/2020/12/wie-die-gasindustrie-sich-als-energie-der-zukunft-inszeniert/>

26 Handelsblatt, 09.08.22: „FDP-Fraktion: Scholz soll sich um Gaslieferungen aus Nahost kümmern“. <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-fdp-fraktion-scholz-soll-sich-um-gaslieferungen-aus-nahost-kuemmern/28584482.html>

27 Süddeutsche.de, 02.01.2022: „Koalitionskonflikt über Erdgas-Pläne der EU“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-erdgas-atomkraft-1.5499923>

28 Mehr Fortschritt wagen. Koalitionsvertrag 24.11.21: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 46

Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) hat in einem Positionspapier 2019 das Framing „Gas als dritte Säule der Energiewende“ aufgebracht.³⁷ Damit signalisiert er, dass diese „grünen Gase“ genauso gut und wichtig für die Energiewende seien wie erneuerbare Energien oder Energieeffizienz. Das gleiche Framing verwendete auch DENA-Chef Andreas Kuhlmann bei der Vorstellung des Dialogprozesses Gas 2030 (vgl. Kapitel 5.1).³⁸ Die Umbenennung des PR-Verbands „Zukunft Erdgas“ in „Zukunft Gas“ im Januar 2021 verdeutlicht ebenfalls, wie sehr die Gasindustrie an einem Imagewandel arbeitet. Dieser ist für die Gasindustrie aus zwei Gründen wichtig: Erstens will sie den Fortbestand zumindest eines großen Teils der Gasinfrastruktur sichern. Und zweitens dürfte sie darauf hoffen, dass sie mit der weitverbreiteten Nutzung von Gemischen aus fossilen und erneuerbaren Gasen noch lange ihr fossiles Geschäftsmodell aufrechterhalten kann.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen – ein Expert:innenremium zur umweltpolitischen Beratung der Bundesregierung – empfiehlt, grünen Wasserstoff wegen seines geringeren Wirkungsgrads auf Branchen zu beschränken, in denen Elektrifizierung nicht sinnvoll ist.³⁹ Die Gasindustrie argumentiert dagegen häufig in die Gegenrichtung: Wasserstoff solle in möglichst vielen Bereichen Anwendung finden. Das würde der Infrastruktur und dem fossilen Energieträger selbst die Zukunft sichern. Konkret preisen zum Beispiel Versorgungsunternehmen wie Eon und Verbände wie Zukunft Gas Wasserstoff seit Jahren als Lösung für das Heizen von Gebäuden an (vgl. Kapitel 6.2).



Definitionen: Welche Gase gibt es?

Erdgas: Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan. Bei der Verbrennung von Erdgas wird das klimaschädliche Treibhausgas CO₂ freigesetzt. In der Gaslieferkette wird außerdem das Treibhausgas Methan freigesetzt, das gerade auf kurze Sicht sehr viel klimaschädlicher ist als CO₂.⁴⁰

Wasserstoff: Bei der Verbrennung von Wasserstoff wird kein CO₂ freigesetzt. Zur Herstellung von Wasserstoff gibt es eine Reihe von Methoden, von denen nur wenige klimafreundlich sind. Dargestellt werden sie häufig anhand einer Farbpalette⁴¹, die den wahren Grad der Klimaneutralität der Methoden eher verschleiert.⁴²

Grüner Wasserstoff: Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien mithilfe von Elektrolyse hergestellt wird. Dabei wird kein CO₂ freigesetzt. Der Energieaufwand ist allerdings hoch.⁴³ Auch mit anderen CO₂-neutralen Verfahren, wie der Vergasung und Vergärung von Biomasse sowie der Reformierung von Biogas, kann grüner Wasserstoff gewonnen werden.

Grauer Wasserstoff: wird aus Erdgas gewonnen: Unter hohen Temperaturen und Druck reagiert Erdgas mit Wasserdampf zu Wasserstoff und CO₂.⁴⁴

>>

37 DVGW-Positionspapier vom 05.12.19: <https://www.dvgw.de/der-dvgw/aktuelles/stellungnahmen/dvgw-positionspapier-vom-05122019>

38 Dena Pressemitteilung 09.10.19: Dialogprozess Gas 2030: Gas bleibt essenziell für die Energieversorgung: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2019/dialogprozess-gas-2030-gas-bleibt-essenziell-fuer-die-energieversorgung/>

39 Sachverständigenrat für Umweltfragen, 23.06.21: Wasserstoff im Klimaschutz: Klasse statt Masse. https://www.umweltat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2021_06_stellungnahme_wasserstoff_im_klimaschutz.html;jsessionid=1885A357474FC8F8B41D2F7675E9EB9.intranet211

40 Energy Watch Group, September 19: „Erdgas leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz“. https://www.energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_Erdgasstudie_2019.pdf

41 Umweltbundesamt, 18.05.22: Wasserstoff – Schlüssel im künftigen Energiesystem. Abgerufen am 04.10.22: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/wasserstoff-schluesel-im-kuenftigen-energiesystem/herstellung>

42 Bundesverband Erneuerbare Energien e.V., 26.03.21: Diskussion um Wasserstoff – Bunter Wasserstoff ist grau. Abgerufen am 04.10.22: <https://www.bee-ev.de/service/pressemitteilungen/beitrag/diskussion-um-wasserstoff-bunter-wasserstoff-ist-grau>

43 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Politikberatung kompakt 166. Abgerufen am 02.08.22: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.815872.de/diwkompakt_2021-166.pdf, Primärquelle: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WG1AR5_Chapter08_FINAL.pdf

44 Umweltbundesamt, 18.05.22: Wasserstoff – Schlüssel im künftigen Energiesystem. Abgerufen am 04.10.22: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/wasserstoff-schluesel-im-kuenftigen-energiesystem/herstellung>

Blauer Wasserstoff: wird aus Erdgas hergestellt, bei dem die CO₂-Emissionen aber mithilfe von CCS (Carbon Capture and Storage) abgeschieden, aufgefangen und gespeichert werden. Die CCS-Technologie ist ökonomisch wie ökologisch umstritten und erreicht häufig nicht die erwarteten Abscheidungsraten, einige Expert:innen halten die Technologie für überschätzt.⁴⁵

Pinker Wasserstoff: wird durch Elektrolyse hergestellt – der Strom für die Elektrolyse stammt aus Atomenergie.

Türkiser Wasserstoff: wird ebenfalls aus Erdgas hergestellt. Dabei wird Erdgas unter Hitze in Wasserstoff und festen Kohlenstoff gespalten. Das Verfahren ist CO₂-neutral, sofern der verwendete Hochtemperaturreaktor mit Energie aus erneuerbaren Quellen betrieben und der entstehende Kohlenstoff langfristig gebunden wird, etwa in der Bau- oder Werkstoffindustrie. Laut Umweltbundesamt ist allerdings für das auf Wasserstoff ausgerichtete Verfahren eher geplant, den festen Kohlenstoff unterirdisch zu lagern oder im Boden zu binden.⁴⁶ Die für den türkisen Wasserstoff nötige Technologie Methanpyrolyse ist bisher nicht im großtechnischen Maßstab verfügbar.⁴⁷

Grüne Gase: Begriff, der vor allem von der Gasindustrie verwendet wird. Sie versteht darunter „alle gasförmigen Energieträger, bei deren Verbrennung nicht mehr CO₂ freigesetzt wird, als zuvor der Atmosphäre entnommen wurde“⁴⁸ und bezieht neben grünem Wasserstoff auch blauen und türkisen Wasserstoff auf Basis von Erdgas darin ein. Auch von kohlenstoffarmen oder teildekarbonisierten Gasen ist die Rede.⁴⁹

Erneuerbare Gase: Als erneuerbare Gase werden neben grünem Wasserstoff unter anderem auch Biomethan – dabei handelt es sich um aufbereitetes Biogas, das wiederum aus landwirtschaftlichen Reststoffen und Abfällen gewonnen wird – und synthetisches Methan bzw. SNG (Synthetic Natural Gas) bezeichnet, das aus Wasserstoff und CO₂ hergestellt werden kann. Auch die Nutzung von Energiepflanzen ist möglich.⁵⁰ Umweltverbände warnen allerdings, dass die Nutzung von Agrarflächen für die Erzeugung von Biomasse die Knappheit und den Preis von Getreide in die Höhe treibt.⁵¹

45 Klimareporter, 03.09.22: „CCS erfüllt Erwartungen nicht“. <https://www.klimareporter.de/technik/ccs-erfuellt-erwartungen-nicht-und-faz-30.04.21-ccs-technologie-wird-die-klimakrise-nicht-loesen>. <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/saure-taktik-ccs-technik-wird-die-klimakrise-nicht-loesen-17311223.html>

46 Umweltbundesamt, 18.05.22: „Wasserstoff – Schlüssel im künftigen Energiesystem“. Abgerufen am 04.10.22: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/wasserstoff-schlüssel-im-kuenftigen-energiesystem#herstellung>

47 Deutscher Bundestag, 24.03.21: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP „Wasserstoffherstellung durch Pyrolyse“. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/280/1928010.pdf>

48 BDEW. Drei Pfade zum grünen Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/energie/erdgas/gruene-gase-co2-neutrale-energie/>

49 Energiezukunft, 16.12.21: „Neues Gaspaket in der Kritik“. Abgerufen am 04.10.22: <https://www.energiezukunft.eu/politik/neues-gaspaket-in-der-kritik/>

50 Initiative Energien Speichern (INES). Was sind erneuerbare Gase? Abgerufen am 04.10.2022: <https://erdgasspeicher.de/positionen/umweltvertraeglichkeit/was-sind-erneuerbare-gase/>

51 TAZ, 25.03.22: „Gegen mehr Biogas wegen Krieg“. Abgerufen am 04.10.22: <https://taz.de/Umweltschuetzer-zu-Strom-aus-Mais/15841880/>

IRREFÜHRENDE ERZÄHLUNG 4: „POLITISCHE VORGABEN SIND SCHÄDLICH, ES BRAUCHT TECHNOLOGIEOFFENHEIT“

Der Begriff „Technologieoffenheit“ meint zunächst, dass politische Entscheidungen nicht zugunsten einer Technologie fallen sollten, sondern ergebnisoffene Forschung zulassen sollten. In der Praxis wird er aber vorrangig verwendet, um den Unterschied zwischen fossilen und erneuerbaren Energien zu verschleiern und um politische Maßnahmen zugunsten klimaschädlicher Geschäftsmodelle zu delegitimieren. Das Wort zieht sich durch die gesamte Klimaschutzdebatte, besonders häufig wird es von der Autolobby gegen politische Einschränkungen für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor eingesetzt.⁵² Prominentester Vertreter ist Christian Lindner, der sich mit dem Begriff Technologieoffenheit in Brüssel für die Nutzung sogenannter E-Fuels, also synthetischer Kraftstoffe einsetzt, um den Verbrennungsmotor zu retten. Auch die Gaslobby nutzt den Begriff, wenn sie suggerieren will, einer bestimmten Technologie würde aus ideologischen Gründen der Vorrang gegeben. So bewirbt Timm Kehler, der Vorsitzende des Branchenverbands Zukunft Gas, beispielsweise das Beheizen von Gebäuden mit Wasserstoff mit dem Begriff der Technologieoffenheit – und meint damit auch, dass elektrische Wärmepumpen nicht vorrangig politisch gefördert werden sollten.⁵³

Mit dem Begriff wird also verschleiert, dass sich manche Technologien bereits als effizienter, machbarer oder klimafreundlicher gegenüber anderen erwiesen haben – so zum Beispiel das E-Auto gegenüber einem wasserstoffbetriebenen Auto oder die Wärmepumpe gegenüber dem Heizen mit Wasserstoff. Der Begriff suggeriert des Weiteren, dass Technologien sich frei von politischen Vorgaben entwickeln. Tatsächlich wird klimaschädliches Verhalten aber bisher in vielen Fällen vom Staat subventioniert, das galt zum Beispiel lange auch für den Einbau von Gasheizungen.

Der Begriff der Technologieoffenheit wird in der Politik vor allem in der CDU und FDP gerne genutzt. So fordert die FDP zum Beispiel in einem Bundestagsantrag von 2020, „Technologieoffenheit auch bei der Nutzung

Timm Kehler auf
Twitter zum
Wärmepumpengipfel
am 29.09.22⁵⁴



CO₂-neutralen Wasserstoffs sicherzustellen“,⁵⁵ und schließt damit explizit auch Wasserstoff aus Erdgas ein. Aber auch in SPD-Kreisen wird der Begriff aufgegriffen: Bundesbauministerin Klara Geywitz berief sich auf Technologieoffenheit als Grund dafür, den Einbau von Gasheizungen nicht verbieten zu wollen.⁵⁶

1.3 Fazit

Die Gasindustrie hat durch irreführendes Framing Gas als „sauberen Energieträger“ und „Brückentechnologie“ inszeniert. Dazu beigetragen haben teure Kampagnen eigens engagierter Lobbyagenturen. Wichtige politische Entscheidungsträger:innen wie der frühere Wirtschaftsminister Peter Altmaier haben dieses Framing übernommen und ihre Energiepolitik daran ausgerichtet: Milliardeninvestitionen in Gasinfrastruktur wurden in den letzten Jahren in Deutschland getätigt.⁵⁷ Wenig Gewicht wurde auf die Frage gelegt, wie der Ausstieg aus dem Gas schnellstmöglich machbar ist. Kaum eine Rolle in der politischen Debatte spielt auch die klimaschädliche Wirkung von Methan, das beim Fördern und Transport von Gas frei wird. Mit dem Framing „grünes Gas“ stellt die Gasindustrie Gas auch als Energie der Zukunft und Teil der Lösung für den Klimaschutz dar. Dabei werden auch Gase unter diesem Begriff zusammengefasst, die auf Basis von Erdgas hergestellt werden. Ihre Klimaneutralität soll durch Technologien geschaffen werden, die umstritten oder noch gar nicht marktreif sind. Diese irreführenden Erzählungen der Gaslobby sind auch weiterhin im politischen und öffentlichen Raum wirkmächtig.

52 VDA. EU will sich offenkundig von Technologieoffenheit verabschieden. Abgerufen am 02.08.22: https://www.vda.de/vda/de/presse/Pressemeldungen/2021/210617_EU-will-sich-offenkundig-von-Technologieoffenheit-verabschieden-0

53 Zukunft Gas. Kehler zum Wärmepumpen-Gipfel: Alle Wege zur Klimaneutralität offenhalten! Abgerufen am 02.08.22: https://gas.info/presse/detailseite-news/detail/presse-release-keher_zum_waermepumpen_gipfel_alle_wege_zur_klimaneutralitaet_offenhalten-3192414?cHash=b6d6f9873f5c95752dd738407b91793c

54 Twitter. Zukunft Gas. Abgerufen am 11.1.2023: https://twitter.com/zukunft_gas/status/1542144988020150274

55 Deutscher Bundestag, 16.06.20: Antrag der FDP „Bunter Wasserstoff für eine nachhaltige Wirtschaft auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft“. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/200/1920021.pdf>

56 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Breites Bündnis will mindestens 500.000 neue Wärmepumpen pro Jahr. Abgerufen am 02.08.22: <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/Webs/BMWSB/DE/2022/06/waermepumpen.html>

57 Investigate Europe, Oktober 2020: Europa in der Erdgasfalle <https://www.investigate-europe.eu/de/2020/gas-investitionen/>

2. DER DEUTSCHE GASMARKT UND DIE MACHT DER GASINDUSTRIE

Der deutsche Gasmarkt ist durch wenige mächtige Konzerne entlang der Gaslieferkette geprägt. Mit ihrer starken Stellung im Gasmarkt verfügen diese Unternehmen über eine große Macht, da wichtige Teile der Industrie, aber auch private Haushalte auf die Versorgung mit Erdgas angewiesen sind. Weitere Besonderheiten im Gasmarkt sind die starke Abhängigkeit von russischen Gasimporten, das Zusammenspiel der Gasindustrie und der energieintensiven Industrie als geballte Konzernmacht sowie die Rolle kommunaler Stadtwerke im Bereich der Versorgung. Die Abhängigkeiten und Machtstellungen sind durch politische Weichenstellungen entstanden: die Liberalisierung des Gasmarktes, die Genehmigung von Fusionen und das Ausbremsen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Zusätzliche Macht hat die Gasindustrie, weil sie in den Bereichen Netzausbau und Methanmessungen eigene Vorgaben und Standards setzen kann. In diesem Kapitel geht es um die Macht der großen Gaskonzerne im deutschen Gasmarkt sowie die politischen Rahmenbedingungen, die dazu beigetragen haben, dass diese mächtigen Konzerne entstehen konnten und bis heute großen Einfluss haben.

2.1 Abhängigkeit von russischem Gas und neue Entwicklungen

Die wohl auffälligste Besonderheit des deutschen Gasmarktes war die starke Abhängigkeit vom russischen Gasmarkt. Diese ist über Jahrzehnte entstanden – und wirkt noch bis heute (Stand Januar 2023) deutlich nach, obwohl die russischen Gaslieferungen nach Deutschland nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine mittlerweile auf Null gesunken sind. Die deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Gasgeschäfte reichen bis in die 1950er-Jahre zurück: Schon damals drängten deutsche Industrielle auf günstige Gaslieferungen aus der Sowjetunion – und verkauften schließlich ab den 1970er-Jahren im Gegenzug Stahlrohre für den Bau von Pipelines.⁵⁸ Die Erdgasgeschäfte wurden zu einem wichtigen Teil der deutschen Ost- und Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren unter dem damaligen Außenminister und späteren Bundeskanzler Willy Brandt und dessen Strategen Egon Bahr (SPD).

Nach der Wiedervereinigung drängte Russland – jetzt bereits über den russischen Staatskonzern Gazprom – auf den deutschen Markt. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu

BASF/Wintershall wurden 1990 durch die Gründung des Gazprom-BASF-Joint-Ventures WIEH vertieft. Gazprom trat so gemeinsam mit BASF in Konkurrenz zum bisherigen Monopolisten Ruhrgas.⁵⁹ Ein großer Meilenstein für die deutsch-russischen Gasbeziehungen war schließlich der Bau der Ostseepipeline Nord Stream 1, die direkte Gasimporte nach Deutschland ermöglichte und an der unter anderem die Konzerne Wintershall und Eon beteiligt waren.⁶⁰ Dies hatte zunächst noch die Regierung unter Gerhard Schröder vorangetrieben – gegen den Widerstand der USA und osteuropäischer Länder einschließlich der Ukraine, die schon damals sicherheitspolitische Bedenken hatten. Die nachfolgende Große Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel unterstützte das Projekt weiter, unter anderem durch Bürgschaften, sodass die Pipeline 2011 in Betrieb gehen konnte.⁶¹ Schon wenige Monate später stellte Gazprom Pläne für weitere Pipeline-Stränge durch die Ostsee vor.⁶² An der späteren Nord Stream 2-Pipeline waren wieder die deutschen Konzerne E.ON/Uniper und

59 Udo Leuschner, Der Streit um die ostdeutsche Gasversorgung. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/080817d.htm>

60 Weitere Anteile halten der französische Konzern Engie (ehemals GDF Suez) und das niederländische Unternehmen Gasunie: Tagesschau, 06.09.11: „Erstes Gas strömt durch die Ostsee-Pipeline“, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ostseepipeline118.html>

61 Tagesschau, 15.08.22: „Wie Deutschland sich abhängig machte“, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/abhaengigkeit-gas-russland-101.html>

62 Udo Leuschner, Energie-Chronik. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/chframe.htm>

58 Spiegel, 26.06.22: „Wie sich die Deutschen von Russland abhängig machen“, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/gas-wie-sich-die-deutschen-von-russland-abhaengig-machen-eine-rekonstruktion-a-bc803b57-a2bf-42df-b2d9-e59f9059b64b>

BASF/Wintershall als Finanziers beteiligt.⁶³ Die Pipeline wurde 2021 fertiggestellt, aber wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine nicht in Betrieb genommen.⁶⁴

Neben den weithin bekannten Pipelines vertiefte ein weiteres milliardenschweres Geschäft bereits 2015 die deutsch-russischen Gasbeziehungen: BASF erhielt Anteile an sibirischen Gasfeldern, während der russische Staatskonzern Gazprom von Wintershall die Kontrolle über bisher gemeinsam betriebene Gashandelsunternehmen wie Wingas übernahm und damit ein Fünftel des deutschen Gasmarktes kontrollierte – einschließlich des strategisch wichtigen Gasspeichergeschäfts.⁶⁵ Das Bundeswirtschaftsministerium unter Sigmar Gabriel genehmigte die Übernahme deutscher Gasspeicher nicht nur, sondern sicherte das Geschäft auch durch Bürgschaften ab.⁶⁶ Die Folgen dieser selbst geschaffenen Abhängigkeit zeigen sich angesichts wachsender Spannungen mit dem autoritären Regime unter dem russischen Präsidenten Putin: Schon im Winter 2021/22 füllte der staatliche Gaskonzern Gazprom seine Speicher in Deutschland nicht ausreichend,⁶⁷ nach Kriegsbeginn wurde die deutsche Gasversorgung aus Russland vollständig zum geopolitischen Spielball – mit noch immer unklarem Ausgang.

DIVERSIFIZIERUNG DER GASLIEFERANTEN

Deutschland importiert Gas auch aus Norwegen, den Niederlanden und fördert auch selbst. Doch sowohl die Gaslieferungen aus den Niederlanden als auch die heimische Gasförderung sinken stetig. Das war auch einer der Anlässe für den Ausbau des Gashandels mit Russland. Doch insbesondere seit den wachsenden politischen Spannungen mit Russland (2009: russisch-ukrainischer „Gaskrieg“, 2014: russische Annexion der Krim, 2015: Anschlag auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny) wurden immer wieder Rufe nach einer Diversifizierung der deutschen Gasimporte laut.⁶⁸ Europäische Konkurrenzprojekte zum Bau der Nord-Stream-Pipeline kamen jedoch nicht zustande: So scheiterte unter anderem im Jahr 2013 die

geplante Nabucco-Pipeline, an der auch der deutsche Konzern RWE beteiligt war und die Gas aus dem Kaspischen Raum in die EU transportieren sollte. Nicht zuletzt war es auch die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel, die das Projekt durch mangelnde politische Unterstützung bremste, wie Gerhard Roiss, damals Vorstandsvorsitzender des beteiligten österreichischen Konzerns OMV, der Berliner Zeitung sagte.⁶⁹

Stattdessen setzte die Bundesregierung neben Nord Stream auf den Bau der Trans Adriatic Pipeline (TAP), die seit 2020 Gas aus Aserbaidschan in die EU liefert und an der auch der russische Staatskonzern Lukoil beteiligt ist.⁷⁰ Dieses Projekt war auch deswegen für Russland akzeptabler als die Nabucco-Pipeline, da das Gas nicht in Österreich und damit nahe zum deutschen Markt anlandete, sondern in Südeuropa.⁷¹ Auch der Bau deutscher LNG-Terminals, die Gasimporte aus weiteren Ländern ermöglicht hätten, scheiterte bis ins Jahr 2022 – offenbar aber auch an der mangelnden Investitionsbereitschaft der möglichen Betreiberunternehmen (vgl. 6.3).

LOBBYNETZWERKE RUND UM DIE FÖRDERSTAATEN

Warnungen vor gefährlichen Abhängigkeiten von russischen Gasimporten fanden lange Zeit kaum Widerhall in politischen Entscheidungen, stattdessen sicherten zahlreiche deutsch-russische Lobbynetzwerke die Geschäftsbeziehungen ab (vgl. Kapitel 4). Mittlerweile setzt die Ampelregierung darauf, die russischen Gasimporte vollständig zu ersetzen und neue Gasförderländer zu gewinnen – die alten Lobbynetzwerke bröckeln. Nun zählen Länder wie Aserbaidschan oder Katar zu den Ländern, die vermehrt Gas nach Deutschland und in die EU liefern sollen – obwohl diese Länder ebenfalls autoritär geführt und wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen immer wieder kritisiert werden.⁷² Auch die deutsch-aserbaidschanischen Erdgasgeschäfte werden durch Lobbynetzwerke gestützt.

63 Alleiner Eigentümer ist Gazprom, finanziert wurde die Pipeline neben den oben genannten von OMV aus Österreich, Royal Dutch Shell aus GB und Engie aus Frankreich: Deutschlandfunk, 25.02.22: „Wie abhängig ist Deutschland von russischem Erdgas?“. <https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-2-gas-kritik-abhaengig-100.html>

64 Ebd.

65 astora. Wingas wird 100-prozentige Gazprom Tochter. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.astora.de/4-september-2015>

66 Correctiv. 30.06.22: „Bundesregierung stützte Übergabe der deutschen Gasspeicher an Gazprom mit 1,8 Milliarden Euro“. <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/06/30/bundesregierung-stuetzte-abgabe-von-gasspeichern-an-gazprom-mit-milliardenbuergschaft/>

67 t-online, 11.12.21: „Gazprom-Gasspeicher leerer als Anfang November“. https://www.t-online.de/nachhaltigkeit/id_91304394/energiekonzern-gazprom-gasspeicher-leerer-als-anfang-november.html

68 DIW. Europa kann die Abhängigkeit von Russlands Gaslieferungen durch Diversifikation und Energiesparen senken. Abgerufen am 18.11.22: https://www.diw.de/de/diw_01.c.838366.de/publikationen/diw_aktuell/2022_0081/europa_kann_die_abhaengigkeit_von_russlands_gaslieferungen_durch_diversifikation_und_energiesparen_senken.html

69 Berliner Zeitung, 04.10.22: „Nabucco-Pipeline: Scheiterte die Nord-Stream-Alternative an Deutschland?“. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/nabucco-pipeline-scheiterte-die-nord-stream-alternative-an-deutschland-li.272375>

70 n-tv, 06.03.18: „Bund gibt Milliardengarantie für Pipeline“. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Bund-gibt-Milliardengarantie-fuer-Pipeline-article20321433.html>, <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/erdgas-gefaehrdet-ein-neuer-krieg-die-sued-kaukasus-pipeline-li.266623>

71 Ebd.

72 Tagesschau, 09.08.22: „Eine unverbindliche Wunschliste“. <https://www.tagesschau.de/investigativ/aserbaidschan-eu-gas-101.html>, Tagesschau, 13.09.22: „Ein Krieg im Schatten“. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/armenien-aserbaidschan-russland-tuerkei-iran-101.html>, Amnesty International. Aserbaidschan. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.amnesty.de/informieren/laender/aserbaidschan>

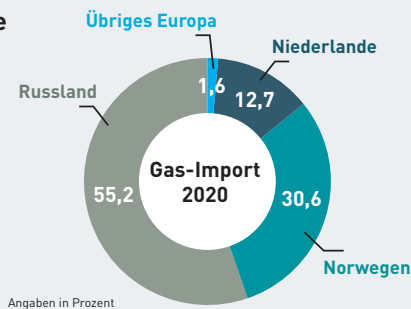


Fakten zu Erdgas – Herkunft und Verwendung in Deutschland

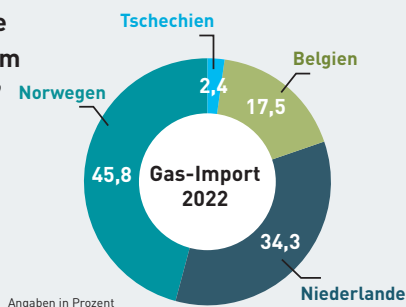
Woher kommt das in Deutschland verwendete Gas?

Deutschland ist der größte Gasimporteur weltweit.⁷³ Nur noch etwa fünf Prozent des Gasbedarfs in Deutschland stammten 2021 aus inländischer Förderung.⁷⁴ Das meiste Gas importierte Deutschland bis Februar 2022 aus Russland gefolgt von Norwegen und den Niederlanden. Kein anderes europäisches Land importierte zuletzt so viel Gas aus Russland wie Deutschland⁷⁵ – im Jahr 2020 deckten die russischen Gaslieferungen knapp die Hälfte des deutschen Gasimports.⁷⁶ Seit Kriegsbeginn haben sich die deutschen Importe stark verändert: Im Juli 2022 kamen noch 40 Prozent der Erdgasimporte aus Russland, seit September 2022 importiert Deutschland kein Gas mehr aus Russland.⁷⁷ Norwegen hat damit Russland als Lieferland Nummer eins überholt.

Woher importierte Deutschland Gas im Jahr 2020?⁷⁸



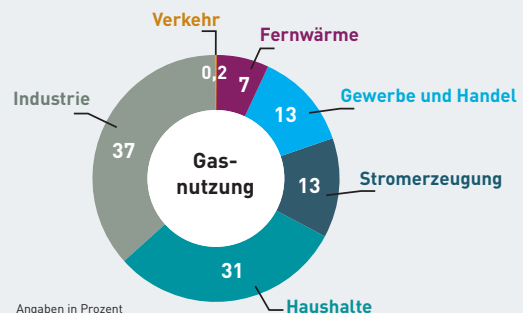
Woher importierte Deutschland Gas im Dezember 2022?⁷⁹



Wozu verwendet Deutschland Gas?

Größter Verbraucher von Erdgas ist mit 37 Prozent des deutschen Gesamtverbrauchs die Industrie.⁸⁰ Sie nutzt Erdgas häufig für die sogenannte Prozesswärme (zum Beispiel das Erhitzen oder Schmelzen von Stoffen bei der Produktion). Zugleich dient Erdgas als Rohstoff für die Erzeugung von Kunststoff, Düngemitteln oder Klebstoffen.⁸¹ An zweiter Stelle folgen mit 31 Prozent des Gasverbrauchs Privathaushalte. Diese verwenden Gas in erster Linie zum Heizen. Knapp die Hälfte der deutschen Wohngebäude wird mit Gas beheizt.⁸² Der Rest des Gasverbrauchs verteilt sich auf die Stromversorgung (13 Prozent), auf Gewerbe und Handel (13 Prozent) und Fernwärme (7 Prozent). Mit 0,2 Prozent spielt der Verkehrssektor beim Gasverbrauch nur eine sehr geringe Rolle.

Wofür wird in Deutschland das Gas verwendet (Stand März 2022)?⁸³



73 Statista. Die größten Erdgasimporteure der Welt. Abgerufen am 18.11.22: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/511123/umfrage/die-groessten-erdgasimporteure-weltweit/>

74 BVEG. Erdgas aus Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bveg.de/die-branche/erdgas-und-erdoel-in-deutschland/erdgas-in-deutschland/>

75 Statista. Umfang der russischen Erdgaslieferungen nach Europa. Abgerufen am 18.11.22: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/297612/umfrage/umfang-der-russischen-erdgaslieferungen-nach-europa/>

76 Statista. Anteil der russischen Gasimporte am inländischen Gasverbrauch nach Ländern. Abgerufen am 18.11.22: <https://de.statista.com/infografik/26914/anteil-der-russischen-gasimporte-am-inlaendischen-gasverbrauch-nach-laendern/>

77 Bundesnetzagentur. Gasimporte in GWh/Tag. Abgerufen am 21.11.22: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/_svg/Gasimporte/Gasimporte.html?nn=1059464

78 BP Statistical Review of World Energy 2021: <https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2021-full-report.pdf>, S. 45.

79 Gasimporte in GWh/Tag. Bundesnetzagentur. Stand 13.12.2022. https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/_svg/Gasimporte/Gasimporte.html?nn=1059464

80 Statista. Anteil der Verbrauchergruppen am Erdgasabsatz in Deutschland in den Jahren 2011 und 2021. Abgerufen am 29.07.22: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37985/umfrage/verbrauch-von-erdgas-in-deutschland-nach-abnehmergruppen-2009/> BDEW. Erdgasabsatz nach Kundengruppen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/erdgasabsatz-nach-kundengruppen/>

81 Handelsblatt, 08.03.22: „Wofür Erdgas in Deutschland gebraucht wird“. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energie-wofuer-erdgas-in-deutschland-gebraucht-wird/28138366.html>

82 BDEW. Beheizungsstruktur und Wohnungsbestand. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/beheizungsstruktur-wohnungsbestand/>

83 Erdgasabsatz in Deutschland. BDEW. https://www.bdew.de/media/documents/Erdgasabsatz_nach_Kundengruppen_Vgl_10J_o_jaehrlich_Ki_online_31032022.pdf

2.2 Industrie und Heizen: Wo wird das Gas verbraucht?

GASINDUSTRIE UND ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIE ALS DOPPELTE LOBBYMACHT

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist geprägt von großen deutschen Industrieunternehmen – und dazu zählen viele energieintensive Unternehmen aus den Branchen Stahl, Chemie oder Zement. Diese Unternehmen verbrauchen nicht nur besonders viel Strom, sondern auch Gas – etwa als Prozesswärme zum Schmelzen. Entsprechend sind viele deutsche Industrieunternehmen eng mit der Gasindustrie verflochten: Der Industriekonzern BASF ist der 100-prozentige Mutterkonzern vom Gasunternehmen Wintershall DEA, zahlreiche Industrieunternehmen betreiben eigene Gaskraftwerke.⁸⁴ Einige der geplanten LNG-Terminals entstehen direkt am Standort großer Industrieunternehmen, so zum Beispiel bei Dow Chemicals in Stade oder beim ChemCoast Park in Brunsbüttel, an dem Unternehmen wie Wintershall, Covestro und Lanxess beteiligt sind.⁸⁵

Zahlreiche gasverbrauchende Industrieunternehmen hatten deswegen lange ebenfalls ein großes Interesse daran, die vermeintlich billigen Gaslieferungen aus Russland zu erhalten und die wirtschaftlichen Beziehungen nach Russland durch den Bau weiterer Pipelines zu vertiefen. Diese Abhängigkeiten und Verflechtungen zwischen Industrie- und Gasunternehmen stellen sich als doppelte Lobbymacht dar, da beide Branchen Interesse an möglichst billigem Gas haben und entsprechend versuchen, Einfluss auf die Energiepolitik zu nehmen. So waren es sowohl Gas- als auch Industrieunternehmen, die am Gasdialog 2030 unter Wirtschaftsminister Peter Altmaier teilnahmen (vgl. 5.1) oder Bundeskanzler Scholz und Robert Habeck auf ihren Reisen in mögliche neue Gasimportländer begleiteten (vgl. 6.3). BASF-Chef Brudermüller warnte im Frühjahr 2022 in drastischen Worten vor einer aus seiner Sicht zu schnellen Abkehr von russischen Gasimporten.⁸⁶



Foto: Ikarus, CC BY 3.0 DE,
via Wikimedia Commons

BASF-Werk in Ludwigshafen: Industrielle Großverbraucher drängen Seite an Seite mit der Gasindustrie auf mehr Gasimporte.

HEIZEN UND ENERGIEPREISE: HOHE GESELLSCHAFTLICHE RELEVANZ

Neben der Industrie haben die privaten Haushalte in Deutschland den größten Gasverbrauch. Über fünfzig Prozent aller deutschen Haushalte heizen mit Gas – sei es über die eigene Gasheizung oder über Fernwärme, die oft mit Gas erzeugt wird. Der Einbau neuer Gasheizungen wurde noch bis Ende 2019 finanziell vom Staat gefördert und als vermeintlich kostengünstige und klimafreundliche Lösung angeboten. Selbst bis Mitte 2022 wurde der Einbau neuer Gasheizungen noch unterstützt – verbunden allerdings mit der Auflage, diese mit erneuerbaren Energien zu kombinieren.⁸⁷ Weil ihre Einnahmen davon abhängen, sind auch die kommunalen Versorger, die sogenannten Stadtwerke, über eigene Gasverteilnetze darauf ausgerichtet, dass Haushalte mit Gas heizen. Die für den Klimaschutz dringend notwendige Wärmewende mit Maßnahmen zur Gebäudedämmung oder der Förderung des Einbaus von elektrischen Wärmepumpen haben die letzten Bundesregierungen immer wieder verschleppt (vgl. 6.2).

Das Thema Heizen betrifft viele Menschen sehr direkt: Steigende Gaspreise haben unmittelbare Auswirkungen auf die Haushaltskasse, man sorgt sich vor kalten Wohnungen im Winter. Diese gesellschaftliche Dimension der Gaspolitik kann politische Prozesse beschleunigen, wie es sich beim schnellen Ausbau der LNG-Infrastruktur und neuen Gas-Lieferverträgen zeigt. Gleichzeitig droht bei schnellem Handeln unter hohem gesellschaftlichen Druck aber auch, dass der Blick auf langfristige Perspektiven – vor allem mit Blick auf den Klimaschutz – verstellt wird. Auch das zeigt sich beim Thema LNG-Importe, da hier Kapazitäten politisch gefördert werden, die offenbar nicht mit den Klimazielen der Bundesregierung vereinbar sind (vgl. 6.3).

⁸⁴ BASF betreibt am Unternehmensstandort in Ludwigshafen eines der größten Gaskraftwerke Deutschlands. Weitere Gaskraftwerke werden unter anderem von Chemie-, Papier-, Stahl- und Automobilunternehmen betrieben. Wikipedia. Liste fossil-thermischer Kraftwerke in Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_fossil-thermischer_Kraftwerke_in_Deutschland.

⁸⁵ Handelsblatt, 11.04.22: „Turbo für LNG: Terminal Stade gewinnt DOW als Partner“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energieversorgung-turbo-fuer-lng-terminal-stade-gewinnt-dow-als-partner/28242724.html>

⁸⁶ FAZ, 29.04.22: „BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren“. Martin Brudermüller im Interview. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/basf-brudermueller-warnt-vor-historisch-beispiellosen-gefahren-17994223.html>

⁸⁷ Energieheld. Gasheizung Förderung 2022. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.energieheld.de/heizung/gasheizung/foerderung>

2.3 Politische Rahmenbedingungen: Liberalisierung und mangelnde Fusionskontrolle

LIBERALISIERUNG UND PRIVATISIERUNG: DIE REORGANISATION DES ENERGIEMARKTES

Der Gasmarkt wurde in Deutschland gemeinsam mit dem Strommarkt ab dem Jahr 1998 schrittweise liberalisiert, um mehr Wettbewerb zuzulassen.⁸⁸ Damit wurden zunächst die sogenannten Gebietsmonopole im Bereich der Versorgung aufgehoben, die die Unternehmen untereinander absprachen. Der Staat gab dadurch mehr und mehr die politische Kontrolle über die Energiemärkte einschließlich der „kritischen Infrastruktur“ ab und setzte stattdessen vorrangig auf „wettbewerbsfähige“ Konzerne.⁸⁹ Die Gasversorgung – so soll der frühere Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel damals laut Aussagen seines Umweltministers Jürgen Trittin gesagt haben – sei nun Sache der Wirtschaft und werde durch den Markt geregelt.⁹⁰ Tatsächlich entstand durch die Liberalisierung des Energiemarktes ein mächtiges Oligopol aus RWE, Eon, Vattenfall (heute Vattenfall und LEAG) und EnBW, die den Strommarkt beherrschten, aber durch Beteiligungen an Stadtwerken und Gaskraftwerken auch ihre Macht im Gasmarkt ausbauten.⁹¹

Um Gasunternehmen den Zugang zu den Transportnetzen zu sichern, gab die EU für die großen Energiekonzerne Entflechtungsmaßnahmen vor:⁹² Seit 2012 müssen die europäischen Netzbetreiber getrennt von den Förder- und Handelskonzernen agieren. Dadurch entstanden neue Fernleitungsnetzbetreiber-Unternehmen wie Open Grid Europe (ehemals Eon), Gascade (Tochter von Wintershall DEA und SEFE, früher Gazprom-Germania) oder Ontras (VNG-Tochter). Die Entflechtungsaufgaben wurden zum Streitpunkt bei der Nord Stream 2-Pipeline, da Gazprom als Nicht-EU-Unternehmen nicht zugleich als Netzbetreiber auftreten und Gas liefern durfte. Die Bundesregierung drängte daraufhin die EU dazu, dass diese Regeln nicht den Bau der Pipeline gefährden dürften – hierbei diente unter anderem Gazprom-Lobbyist Gerhard Schröder als

Verbindungsperson zwischen russischen Geschäftsinteressen und dem Wirtschaftsministerium unter Sigmar Gabriel. Am Ende kam es zu einem Kompromiss, der zwar Auflagen vorsah, die Pipeline aber nicht als Ganzes verhinderte.⁹³

Die Liberalisierung des Energiemarktes führte in Deutschland ab den späten 1990er-Jahren auch zu einer Privatisierungswelle auf kommunaler Ebene, weil sich die großen Energiekonzerne nach Auflösung der „Gebietsmonopole“ (s. o.) nun in kommunale Stadtwerke einkaufen konnten: Vor allem Eon ist mittlerweile an vielen lokalen und regionalen Versorgungsunternehmen anteilig oder sogar vollständig beteiligt. So gehören Eon zum Beispiel jeweils 49 Prozent der Stadtwerke Düren, Husum und Kamp-Lintfort und sogar 100 Prozent am „Energiediscounter“ Eprimo.⁹⁴ Diese Marktmacht ist ein anhaltender Streitpunkt zwischen kleineren Energieversorgungsunternehmen und Eon, der mittlerweile auch juristisch ausgetragen wird.⁹⁵

Die Reorganisation des Gasmarktes war und ist mit hohem regulatorischen Aufwand verbunden. Eine eigene Behörde – in diesem Fall die Bundesnetzagentur – ist notwendig, um den Gasmarkt und andere Infrastrukturnetze zu regulieren. Zusätzlich ist es Aufgabe des Staates, die Grundversorgung der Bürger:innen zu sichern. Deshalb muss die öffentliche Hand einspringen, wenn ein Unternehmen mit sehr großer Marktmacht ins Straucheln kommt. Dies ist – Stand November 2022 – bei der Verstaatlichung der Konzerne Uniper und SEFE (ehemals Gazprom Germania) geschehen: Um die Versorgung mit Gas sicherzustellen, musste der Staat die Konzerne „retten“ – ganz wie die großen Banken in der Finanzkrise sind sie „too big to fail“.⁹⁶ Der Gasmarkt wird und kann daher nie ein „freier Markt“ sein.

MARKTKONZENTRATION UND MONOPOLMACHT IM DEUTSCHEN GASMARKT

Der deutsche Gasmarkt ist in den Bereichen Förderung, Netze, Großhandel und Speicher durch wenige große Konzerne geprägt. Bei der Versorgung, also dem Endkunden-geschäft, sind dagegen neben den großen Energiekonzernen

88 WeMag, 05.07.16: Liberalisierung des Gasmarktes. <https://www.wemag.com/erdgas/gas-im-haushalt/liberalisierung-des-gasmarktes> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Gasmarkt-liberalisierung>

89 Spiegel, 26.06.22: „Wir Gas-Junkies“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/gas-wie-sich-die-deutschen-von-russland-abhaengig-machten-eine-rekonstruktion-a-bc803b57-a2bf-42df-b2d9-e5919059b64b>

90 Ebd.

91 Deutschlandfunk, 04.08.22: „Warum vier Unternehmen den Markt beherrschen“. <https://www.deutschlandfunk.de/hintergrund-energiekonzerne-oligopol-deutschland-100.html>

92 Energie-Chronik. Neue EU-Richtlinien für Binnenmärkte. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.energie-chronik.de/090401.htm>, Wikipedia. Drittes Energiepaket der EU. Abgerufen am 18.11.22: https://de.wikipedia.org/wiki/Drittes_Energiepaket_der_EU

93 Tagesspiegel, 08.02.19: „Streit um Nord-Stream-2“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/der-knifflige-pipeline-kompromiss-4625407.html>

94 Die Liste der Unternehmensbeteiligungen von Eon im Geschäftsbericht ist mehrere Seiten lang, darunter sind sehr viele Stadtwerke. E.ON. Geschäftsbericht 2021. Abgerufen am 29.07.22: https://www.eon.com/content/dam/eon/eon-com/eon-com-assets/documents/investor-relations/de/geschaeftsbericht/GB21_D_gesamt.pdf, S. 260.

95 Wir spielen nicht mit. Mündliche Verhandlung im Prozess gegen die Genehmigung des Eon-RWE-Deals. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.wir-spielen-nicht-mit.de/muendliche-verhandlung-im-prozess-gegen-die-genehmigung-des-e-on-rwe-deals/>

96 Redaktionsnetzwerk Deutschland, 04.07.22: „Uniper vor der Pleite: Bundesregierung plant Schutzschirm für Gaskonzerne“. <https://www.rnd.de/wirtschaft/uniper-vor-der-pleite-regierung-plant-schutzschirm-fuer-gaskonzerne-YLCX0XKJZNB73EXGUQ4A5H5X5U.html>, Tagesschau, 14.11.22: „Bund verstaatlicht Ex-Gazprom-Tochter“, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/sefe-verstaatlichung-101.html>

auch viele kleinere Unternehmen („Stadtwerke“) auf dem Markt. Die Politik hat die starke Marktkonzentration bei den großen Energieunternehmen durch bewusste politische Entscheidungen selbst gefördert. 2002 schuf das von Werner Müller geführte Bundeswirtschaftsministerium mit einer Ministererlaubnis einen Präzedenzfall: Es genehmigte die Fusion des damals größten Energiekonzerns Eon mit dem Gaskonzern Ruhrgas. Ruhrgas war damals der mächtigste Konzern im Gasgeschäft: Er besaß das größte Netz an Ferngasleitungen in Deutschland und kam 2002 für mehr als die Hälfte des Gasabsatzes in Deutschland auf.⁹⁷

Als Ruhrgas ankündigte, mit dem größten deutschen Stromkonzern Eon fusionieren zu wollen, war dies ein wahrer Paukenschlag. Das Bundeskartellamt untersagte dies prompt, damit die ohnehin schon bestehende Marktmacht von Eon und Ruhrgas nicht weiter verstärkt würde. Auch die Monopolkommission äußerte erhebliche Bedenken.⁹⁸ Dennoch erteilte das Wirtschaftsministerium unter Werner Müller der Fusion eine sogenannte Ministererlaubnis.⁹⁹ Die Begründung für diese Sondergenehmigung war, dass Deutschland international wettbewerbsfähige große Konzerne brauche, um die Energiesicherheit zu gewährleisten.¹⁰⁰ Die Fusion sollte auch dazu dienen, eine starke Position gegenüber Gazprom zu haben, um die Geschäftsbeziehungen mit Gazprom auszuweiten. Die enge Bindung an Russland als Gaslieferanten war also politisch gewollt.

Eon stieg daraufhin zu einem der weltweit größten Gaskonzerne auf. Einziger größerer Konkurrent im deutschen Gasgeschäft war der Chemieriese BASF mit seiner Tochter Wintershall. Sowohl Eon als auch Wintershall vertieften in den 1990er Jahren ihre Handels- und Unternehmensbeziehungen zu Gazprom und beteiligten sich beide ab 2005 am Pipelineprojekt Nord Stream 1.¹⁰¹ Auch an dem sächsischen Gaskonzern VNG hatte Gazprom noch bis 2015 Anteile und war für VNG ebenso wie für Uniper bis zum Sommer 2022 größter Gaslieferant.¹⁰² Gazprom hatte dabei eine besondere Machtstellung (vgl. 3.1.3): Der russische Staat unter Präsident Putin setzte den Konzern strategisch für seinen Machterhalt ein – so stellte Russland bereits

2006 und 2009 mitten im Winter seine Gaslieferungen in die Ukraine ein.¹⁰³ Gleichzeitig hat die Bundesregierung Gazprom durch die Genehmigung des Tauschgeschäfts mit BASF/Wintershall auch direkten Zugang zur kritischen Infrastruktur wie Netze und Speicher gewährt.

Neben den reinen Gaskonzernen wie Wintershall DEA, Uniper, VNG und Gazprom sind Eon und RWE zentrale Konzerne im deutschen Energiemarkt, die auch ihre Macht entlang der Gaslieferkette ausgebaut haben. 2019 teilten sich RWE und Eon in einem milliarden schweren Tauschgeschäft ihre Marktanteile auf.¹⁰⁴ Während RWE seitdem die Stromproduktion (unter anderem durch Gaskraftwerke) beherrscht¹⁰⁵, ist Eon im Bereich der Versorgung und des Verteilnetzbetriebs dominant.¹⁰⁶ Dies festigte eine quasi Monopolmacht der beiden Konzerne und erschwerte Wettbewerbern den Marktzugang.¹⁰⁷ Elf Kommunalversorger reichten deshalb gegen die Genehmigung des Tauschgeschäfts durch die EU-Kommission beim Gericht der Europäischen Union eine Klage ein.¹⁰⁸ Weder EU-Kommission noch Monopolkommission oder Bundesnetzagentur hatten Einwände gegen den „Deal“.

Weitere Marktmacht haben die energieintensiven Industrien als Großverbraucher – vor allem über das eng mit der russischen Gasindustrie verflochtene Unternehmen BASF. Laut Monopolkommission ist die Marktkonzentration bei den energieintensiven Industrien wie beispielsweise Chemie oder Stahl im Vergleich zur sonstigen Wirtschaft besonders hoch.¹⁰⁹ Das bedeutet, dass auch in dieser Branche mächtige Konzerne den Markt bestimmen und diese Marktmacht auch als Lobbyakteure in die Waagschale werfen können – so unter anderem für ihre langjährigen Forderungen an die Politik, russische Erdgasimporte politisch abzusichern.

103 Spiegel, 26.06.22: „Wir Gas-Junkies“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/gas-wie-sich-die-deutschen-von-russland-abhaengig-machen-eine-rekonstruktion-a-bc803b57-a2bf-42df-b2d9-e59f9059b64b>

104 WirtschaftsWoche, 17.09.19: „Der e-on-RWE-Deal“. <https://www.wiwo.de/unternehmen/energie/der-e-on-rwe-deal-ein-tauschgeschaeft-mit-vielen-folgen/25024298.html>

105 Das Kartellamt hat RWE im Februar 2022 eine marktbeherrschende Stellung in der Stromproduktion bescheinigt und befürchtet eine weitere Zunahme bei der Marktmacht des Unternehmens. Das Kartellamt wird das Unternehmen weiter beobachten, ein Missbrauchsverfahren steht nicht an: https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2022/17_02_2022_Marktmachtbericht.html?nn=3591286

106 Eon hat einen Anteil von 45 Prozent an Gasverteilungskonzessionen, d. h. an langfristigen Wegenutzungsrechten zum Zweck der Gasversorgung. Bund der Energieverbraucher. Konzentration der Stromerzeugung. Abgerufen am 29.07.22: https://www.energieverbraucher.de/de/site_358/?contId=18346#con-18346

107 Wuppertal Institut/Eon und RWE: Gemeinsame Marktbeherrschung. Abgerufen am 29.07.22: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7557/file/7557_Berlo.pdf

108 Die ersten Verhandlungen haben im Juni 2022 begonnen, ein Urteil lag zu Redaktionschluss noch nicht vor. Handelsblatt, 03.06.22: „Mega-Deal kommt vor Gericht: Eon und RWE droht Ungemach“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-mega-deal-kommt-vor-gericht-eon-und-rwe-droht-ungemach/28395606.html>

109 Monopolkommission. Hauptgutachten Wettbewerb 2022. Abgerufen am 29.07.22: https://www.monopolkommission.de/images/HG24/HGXIV_Gesamt.pdf, S. 95. Die Konzentration ist allerdings seit einigen Jahren rückläufig und nähert sich dem übrigen verarbeitenden Gewerbe an.

97 Energieverbraucher. Braucht Deutschland einen Megaplayer? Abgerufen am 18.11.22: https://www.energieverbraucher.de/de/warum-die-fusion-den-wettbewerb-verhindert_723/

98 Welt, 22.05.02: „Monopolkommission gegen Ruhrgas-Fusion“. <https://www.welt.de/print-welt/article390271/Monopolkommission-gegen-Ruhrgas-Fusion.html>

99 Faz.de, 01.05.22: „Gazprom, ein Sündenfall und die Folgen“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gazprom-fusion-von-eon-und-ruhrgas-und-die-folgen-17990639.html?premium>

100 Ebd.

101 Nord Stream. Wer wir sind. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.nord-stream.com/de/wer-wir-sind/>

102 Handelsblatt, 13.09.22: „Uniper prüft offenbar Klage gegen Gazprom“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/gaskrise-uniper-prueft-offenbar-klage-gegen-gazprom/28679404.html>

Die Marktmacht der deutschen Energiekonzerne wurde jedoch auch immer wieder kritisch von Wettbewerbshütern wie der Monopolkommission oder der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission beobachtet.¹¹⁰ Letztlich fehlte aber häufig entweder der politische Wille – wie im Fall der Eon-Ruhrgas-Fusion – oder es fehlten die gesetzlichen Instrumente wie etwa stärkere Entflechtungsvorgaben, um die Marktmacht der Unternehmen wirksam zu begrenzen.

ATOMAUSSTIEG UND DIE AUSGEBREMSTE ENERGIEWENDE

Auch energiepolitische Entscheidungen aus klima- oder umweltpolitischen Erwägungen hatten weitreichende Auswirkungen auf die deutsche Gaspolitik: 2011 beschloss die Regierung Merkel unter dem Eindruck der Fukushima-Katastrophe den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022. In der Folge sollte die dadurch entstehende Lücke durch Gas als „Brückentechnologie“ (vgl. 1.2) ersetzt werden, bis der Ausbau der Erneuerbaren weit genug sei. Es wurde in zahlreiche Gaskraftwerke investiert, die Importe aus Russland wurden erhöht – auch der Bau der Nord Stream 2-Pipeline galt laut dem früheren BASF-Chef Jürgen Hambrecht als Projekt, um die „Stromlücke“ zu schließen.¹¹¹

Die Gas-„Brücke“ wurde jedoch dadurch verlängert, dass der parallel benötigte Ausbau der erneuerbaren Energien samt dem dafür notwendigen Ausbau der Netze seit dem Regierungswechsel 2013 zu Schwarz-Gelb aber sehr stark ausgebremst wurde – begleitet durch massive Lobbykampagnen von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden zum Beispiel gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).¹¹² Eine besondere Rolle als Bremsen der Erneuerbaren spielte dabei Peter Altmaier (CDU) – zunächst noch als Umweltminister und später als Wirtschaftsminister. Altmaier bedauert mittlerweile selbst, dass er den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht konsequent genug vorangetrieben habe.¹¹³

2.4 Unternehmen entlang der Gaslieferkette

Die Akteure der Gaswirtschaft setzen sich aus Unternehmen in verschiedenen Geschäftsbereichen entlang der Lieferkette zusammen: Am Anfang stehen die Gasförderunternehmen wie Gazprom, Wintershall DEA oder das norwegische Equinor („Upstream“). Das geförderte Gas wird dann über die entsprechende Infrastruktur transportiert, gespeichert und verkauft („Midstream“). Das geschieht zunächst über die Fernnetze, die durch zwölf Fernleitungsnetzbetreiber wie Open Grid Europe, Gascade oder die Thyssengas GmbH betrieben werden.¹¹⁴ 23 Unternehmen betreiben die 31 Gasspeicher in Deutschland, dazu zählen Uniper Energy Storage, die frühere Gazprom Germania-Tochter astora (heute Tochter des verstaatlichten Gazprom Germania-Nachfolgeunternehmens Securing Energy for Europe GmbH, SEFE), VNG Gasspeicher und EWE Gasspeicher.¹¹⁵ Zu den Handelsunternehmen bzw. Gasimporteuren gehören unter anderem Uniper, VNG und SEFE.

Weitere 722 Gasversorgungsunternehmen verteilen das Gas an Haushalte und Industrie weiter („Downstream“).¹¹⁶ Diese Unternehmen sind vor Ort in der Regel als Stadtwerke bekannt. Hier haben sich durch Übernahmen und Beteiligungen einige große regionale Unternehmen oder Beteiligungsgesellschaften herausgebildet, wie zum Beispiel Thüga, Westenergie oder Mainova. Viele Stadtwerke sind noch immer vollständig oder anteilig in kommunaler Hand, so zum Beispiel die Stadtwerke Schwerin oder die Stadtwerke Hamm, aber auch große überregional tätige Unternehmen wie die Stadtwerke München. Viele Stadtwerke sind aber auch (teil-)privatisiert: Vor allem Eon ist an zahlreichen Versorgungsunternehmen anteilig oder auch vollständig beteiligt.¹¹⁷

Ein wichtiges Geschäftsfeld im Gassektor ist außerdem der Betrieb von Gaskraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung.¹¹⁸ Hier ist RWE der größte Betreiber, weitere Akteure sind unter anderem Uniper, Vattenfall und Trianel. Weitere

110 Die Wettbewerbskommission hatte ein Kartellverfahren gegen Eon eingeleitet, stellte dies aber ein, als E.ON sein Hochspannungsnetz verkaufte. Welt, 27.11.08: „EU-Kommission stellt Kartellverfahren gegen E.ON ein“. https://www.welt.de/welt_print/article2788553/EU-Kommission-stellt-Kartellverfahren-gegen-E-on-ein.html.

111 Spiegel, 26.06.22: „Wir Gas-Junkies“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/gas-wie-sich-die-deutschen-von-russland-abhaengig-machen-eine-rekonstruktion-a-bc803b57-a2bf-42df-b2d9-e59f9059b64b>

112 Deutsche Welle, 22.08.17: „Das fossile Imperium schlägt zurück“. <https://www.dw.com/de/das-fossile-imperium-schl%C3%A4gt-zur%C3%BCck/av-40190185>

113 FuldaInfo, 06.08.22: „Altmaier bedauert Schwächen der Union bei Energiewende“. <https://www.fulda.info/de/altmaier-bedauert-schwaechen-der-union-bei-energiewende/>

114 FNB Gas. Mitglieder. Abgerufen am 29.07.22: <https://fnb-gas.de/ueber-fnb-gas/#mitglieder>

115 Bundesnetzagentur. Monitoringbericht 2021. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/Monitoringbericht_Energie2021.pdf?__blob=publicationFile&v=7, S. 360

116 Bundesnetzagentur. Gasversorgungsunternehmen. Abgerufen am 29.07.22: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/HandelundVertrieb/LieferantenAnzeige/GasVersorgerListe.pdf?__blob=publicationFile&v=131

117 Eon. Geschäftsbericht 2021. Abgerufen am 18.11.22: https://www.eon.com/content/dam/eon/eon-com/assets/documents/investor-relations/de/geschaeftsbericht/GB21_D_gesamt.pdf, S. 260.

118 Wikipedia. Liste fossil-thermischer Kraftwerke in Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_fossil-thermischer_Kraftwerke_in_Deutschland



Grafik: Holger Müller/LobbyControl

Entlang der Gaslieferkette sind in allen Bereichen mächtige Konzerne entstanden.

Gaskraftwerke sind auch im Besitz von Stadtwerken oder Industrieunternehmen, so zum Beispiel die Gaskraftwerke von BASF am Unternehmensstandort in Ludwigshafen.¹¹⁹

Wichtige Akteure im Gasmarkt sind außerdem die Unternehmen, die das Gas verbrauchen. Dazu zählen vor allem die energieintensiven Unternehmen – zum Beispiel BASF, Lanxess oder thyssenkrupp.¹²⁰ Auch Hersteller von Gasheizungen wie Viessmann, Vaillant oder Bosch sowie Anlagen- und Maschinenbauunternehmen wie Siemens Energy oder Herrenknecht haben Geschäftsinteressen im Gasmarkt. Noch relativ neu ist das Geschäft mit verflüssigtem Erdgas (Liquified Natural Gas, LNG): Dazu gehört die Förderung, der Import, aber auch der Bau und Betrieb von LNG-Terminals. Hier sind unter anderem Uniper, RWE, VNG und EnBW zentrale Akteure.¹²¹ Der Wasserstoffmarkt ist ein weiteres Geschäftsfeld des Gasmarkts, da Wasserstoff heute

ganz überwiegend aus Erdgas hergestellt wird¹²² und viele Gasunternehmen auf diesem Markt auch in Zukunft eine Rolle spielen wollen (vgl. 6.1). Viele Unternehmen im Gasmarkt sind in mehreren Geschäftsbereichen präsent.

2.5 Macht durch de facto-Selbstregulierung bei der Gasnetzplanung und Methanemissionen

Eine weitere Besonderheit auf dem Gasmarkt ist, dass Gaskonzerne Aufgaben übernehmen oder an Aufgaben beteiligt sind, die weit in öffentliche Regulierungsaufgaben hineinreichen. Das betrifft den Ausbau der Gas-Fernleitungsnetze ebenso wie die Erstellung von Regeln zur Messung und Kontrolle von Methanlecks in der Gasinfrastruktur. Diese Form der de facto-Selbstregulierung verleiht den Gasunternehmen große Gestaltungsmacht.

¹¹⁹ BASF, Unter Volldampf. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.basf.com/global/de/who-we-are/organization/locations/europe/german-sites/ludwigshafen/production/energy.html>
¹²⁰ Cash, 23.06.22: „Deutsche Industrie muss wegen Gasengpass umdenken“. <https://www.cash.ch/news/top-news/deutsche-industrie-muss-wegen-gasengpass-umdenken-516402>, FAZ, 05.05.22: „Erster Konzern nennt mögliche Kosten für ein Gasembargo“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/erster-konzern-nennt-moegliche-kosten-fuer-ein-gasembargo-18008316.html>, WDR, 23.06.22: „Thyssenkrupp bereitet sich auf Gasstopp vor“. <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/thyssenkrupp-vorbereitungen-gasstopp-100.html>

¹²¹ Tagesschau, 16.08.22: „Fahrplan für LNG-Terminals steht“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/lng-terminal-wirtschaftsminister-gasimporte-versorger-101.html>

¹²² Zukunft Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/energie-gas/wasserstoff>

2.5.1 Netzentwicklungspläne: Gasnetzbetreiber planen Ausbau der Gasnetze

Das deutsche Gas-Fernleitungsnetz transportiert Gas über weite Strecken von den Grenzpunkten bis zu den Verteilnetzen, die die Endkund:innen – private Haushalte und Industrie –, aber auch die Gasspeicher versorgen.¹²³ Das Fernleitungsnetz wird von privaten Unternehmen, den sogenannten Fernleitungsnetzbetreibern betrieben. Da die Netze auch für die Grundversorgung in Deutschland zentral sind, wird ihr Betrieb von der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde beaufsichtigt. Den notwendigen Investitionsbedarf steuern die Netzbetreiber allerdings weitgehend selbst. Die starke Rolle der Netzbetreiber dabei ist problematisch: Wissenschaftler:innen prognostizieren einen abnehmenden Erdgasbedarf und halten Einsparungen auch aus Klimaperspektive für dringend erforderlich – entsprechend bräuchte es keinen weiteren Ausbau der Netze, sondern eher einen Umbau. Die Netzbetreiber profitieren dagegen von einem Ausbau. Die Kosten für den Bau neuer Fernleitungen übernehmen dabei die Gasverbraucher über ihre Gasrechnung.

Zentraler Akteur beim Netzausbau ist die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB Gas) als Branchenverband der zwölf Betreiber der deutschen Ferngasleitungen. Der Verband hat sich Ende 2012 gegründet, nachdem sich die Fernleitungsunternehmen nach den EU-Vorgaben zu Entflechtung von ihren Mutterkonzernen abspalten mussten. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist die Erarbeitung des Netzentwicklungsplans Gas (NEP).¹²⁴ Darin wird alle zwei Jahre festgelegt, wo Netze ausgebaut und optimiert werden müssen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Neuerdings ist auch der Umbau und Ausbau von Netzen für Wasserstoff Thema. Der Netzentwicklungsplan wird der Bundesnetzagentur zur „Prüfung und Konsultation“ vorgelegt.¹²⁵ Sie prüft die Angaben allerdings nur auf Plausibilität und weicht in der Regel nicht von den Vorschlägen der Netzbetreiber ab.¹²⁶ Anders als bei der Planung der Stromnetze muss der Gasnetzplan nicht vom Bundestag bestätigt werden.¹²⁷

Erst im Juli 2022 wurde im Energiewirtschaftsgesetz verankert, dass die Planung der Gasnetze die Klimaziele berücksichtigen muss.¹²⁸ Zuvor spielten sie anders als bei der Planung der Stromnetze keine Rolle. Ausschlag gab bislang allein, welchen Bedarf die Gasindustrie prognostiziert, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das Planungsverfahren war geschaffen worden, um sicherzustellen, dass die Gasnetzbetreiber Investitionen ins System nicht verschleppen. Es setzt aber ohne Berücksichtigung der Klimaziele völlig falsche Anreize: Die Lebensdauer von Gasleitungen beträgt etwa 30 bis 50 Jahre¹²⁹, der gesetzlich festgeschriebene Abschreibungszeitraum von Pipelines aktuell sogar bis zu 65 Jahre. Um die Klimaziele zu erreichen, ist ein Ausstieg aus der Nutzung von fossilem Gas und seiner Infrastruktur nötig. Ein immer weiterer Ausbau der Netze sorgt für fossile Lock-ins oder Investitionsruinen.

Es bleibt aber unklar, wie die Bundesnetzagentur in Zukunft kontrolliert, inwieweit die FNB Gas die Klimaziele auch tatsächlich berücksichtigen wird. In der aktuellen Bestätigung der Netzplanung kritisiert die Bundesnetzagentur zwar durchaus, dass „bisher [...] das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 nicht in konkrete Vorgaben für den Bereich der Erdgasnutzung übertragen“ worden ist.¹³⁰ Sie sieht aber davon ab, die Annahmen der Fernleitungsnetzbetreiber zu korrigieren. Die Aufforderung, künftig etwas zu ändern, klingt bisher sehr zurückhaltend: „Gleichwohl würde es die Bundesnetzagentur begrüßen, wenn die Fernleitungsnetzbetreiber die in den Konsultationen vorgebrachten Bedenken bei der eigenen Bewertung von ermittelten Ausbaubedarfen konstruktiv würdigen würden.“¹³¹ Fraglich bleibt auch, ob die Bundesnetzagentur überhaupt genügend Personal hat, um die Einhaltung der Klimaziele konsequent überprüfen zu können.

Angesichts der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Gasversorgung braucht es eine starke staatliche Regulierung statt der de facto weitgehenden Selbstregulierung durch die Netzbetreiber. Die Bundesnetzagentur muss bei ihrer Überprüfung viel stärker als bisher berücksichtigen, dass die Netzbetreiber von starken Eigeninteressen der Gasindustrie getrieben sind, und deren Bedarfsschätzung eine starke

123 Zusätzlich dienen die Fernleitungsnetze auch zur Durchleitung ins Ausland.

124 FNB Gas. Netzentwicklungspläne. Abgerufen am 18.11.22: <https://fnb-gas.de/netzentwicklungsplaene/>

125 Bundesnetzagentur. Ausbau der Gasfernleitungsnetze. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/NetzentwicklungSmartGrid/Gas/start.html>

126 Deutsche Umwelthilfe. Stellungnahme Szenariorahmen Gas 2022. Abgerufen am 18.11.22: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energie-wende/DUH_Stellungnahme_Szenariorahmen_Gas_2022-2032.pdf

127 Netzentwicklungsplan. Prozessphasen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.netzentwicklungsplan.de/de/netzentwicklung/prozessphasen>

128 Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), § 15 Aufgaben der Betreiber von Fernleitungsnetzen: https://www.gesetze-im-internet.de/enwg_2005/_15a.html

129 DVGW. Neubestimmung der technischen Nutzungsdauer von Rohrleitungen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/gas/infrastruktur/1407-8wallerath.pdf>

130 Bundesnetzagentur. Bestätigung des Szenariorahmens. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/NetzentwicklungUndSmartGrid/Gas/NEP_2022/NEP_Gas2022_Bestaetigung_BNetzA.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 24

131 Ebd., S. 27



Grafik: Holger Müller/LobbyControl

Beim Aus- und Rückbau der Netze haben die Gasnetzbetreiberkonzerne großen Einfluss.

Kontrolle entgegensetzen. Das gilt umso mehr, da die FNB Gas in Zukunft auch die Wasserstoffnetze planen soll.

Diese Regeln sollen außerdem in einem transparenten Verfahren erarbeitet werden.¹³⁴

2.5.2 Technische Selbstverwaltung – ein Lobbyverband bestimmt die Regeln für die Messungen der Methanemissionen

Auch bei der Messung von Methanemissionen regulieren sich Unternehmen durch ihren Branchenverband de facto selbst. Denn für die Erstellung technischer Regelwerke für die Gasindustrie ist nicht der Staat, sondern der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) zuständig.¹³² Der Verband hat 14.000 Mitglieder, darunter Unternehmen aller Größen, zahlreiche Einzelpersonen sowie 250 „Institutionen und Behörden“.¹³³ Im Sinne einer „technischen Selbstverwaltung“ gibt der DVGW Normen und Standards für die Branche vor, aus denen ein privates Regelwerk entsteht, das aber staatlich anerkannt ist. Maßgabe dabei ist, dass der Gesetzgeber staatliche Schutzfunktionen sichert, die genaue Ausgestaltung der Regeln aber der Branche mit ihrem „Expertenwissen“ überlassen bleibt.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Verbände derartige Regelwerke erarbeiten. Problematisch ist es aber, wenn ein Verband wie der DVGW regulatorische Aufgaben übernimmt und sich gleichzeitig durch aktive Lobbyarbeit für bestimmte politische Positionen einsetzt. So betreibt der Verband beispielsweise Kampagnen für das Heizen mit Wasserstoff, was aus Klimaperspektive höchst umstritten ist (vgl. 6.2). Der Verband hat außerdem – mit intensiver Lobbyarbeit – die Debatte um die zukünftige Rolle von Erdgas für den „Dialogprozess Gas 2030“ geprägt, der vom damaligen CDU-geführten Wirtschaftsministerium organisiert wurde (vgl. 5.1).¹³⁵

Besonders brisant ist diese Doppelrolle als Regulierer und Lobbyverband beim Thema Methan, weil hier eine unabhängige Datengrundlage für die Regulierung aus Klimaperspektive besonders wichtig ist (vgl. 1, Kasten Methan). Doch auch hier ist der Verband für das Regelwerk zur Messung und Reduktion von Methanleckagen in den

¹³² Energiewirtschaftsgesetz § 49. Abgerufen am 15.08.22: https://www.gesetze-im-internet.de/enwg_2005/_49.html

¹³³ DVGW. Das Kompetenznetzwerk DVGW. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/verein/profil/kompetenznetzwerk-dvgw.pdf>, S. 3.

¹³⁴ Ähnliche Regelwerke erarbeiten auch die Verbände DIN, VDE/VDK oder VDI für ihre jeweiligen Branchen. Der Fachbegriff für diese privat kodifizierten Regeln, die aber per Gesetz staatlich anerkannt sind, lautet „allgemeine anerkannte Regeln der Technik“. <https://www.elektropraktiker.de/ep-2010-01-54-58.pdf>

¹³⁵ DVGW. Gasstrategie für Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/verein/energiewende/1702linke-groeschel.pdf>, S. 9f.

Gasleitungen zuständig.¹³⁶ Umweltverbände wie die DUH lieferten mit eigenen Messungen erste Hinweise, dass die Daten der Unternehmen zu niedrig sind.¹³⁷ Dieses Problem besteht nicht nur in Deutschland. Laut Internationaler Energieagentur IEA liegen die weltweiten Methanemissionen aus dem Energiesektor insgesamt 70 Prozent höher, als die offiziellen Zahlen besagen. Als Grund dafür gibt sie den Mangel an Monitoring an.¹³⁸

Es gibt in Deutschland damit trotz der hohen Klimaschädlichkeit von Methan keine unabhängige Kontrolle von Methanlecks der Gasindustrie. Auch Störfälle werden nicht überwacht, unabhängige Messungen fehlen, das Ausmaß der Lecks bleibt unklar. Die EU-Kommission hat bereits eine Methanstrategie vorgelegt und erarbeitet auf dieser Basis verbindliche Regelungen für die Messung, Berichterstattung und Überprüfung in den Mitgliedstaaten in Form einer Methanverordnung.¹³⁹ Die Konfliktlinien zeichnen sich bereits ab: Während der Gaslobbyverband DVGW gemeinsam mit dem BDEW einen ersten Entwurf der EU-Kommission begrüßt, kritisieren Umweltverbände diesen als unzureichend – vor allem, weil Importe von außerhalb der EU nicht einbezogen sind.¹⁴⁰ Die Bundesländer drängen im Bundesrat unter anderem darauf, dass die Unternehmen sich in Teilen weiter selbst Maßnahmen erarbeiten, die Behörden erst im Nachhinein prüfen.¹⁴¹ Damit würde die Politik die problematische Praxis fortführen, Regulierung in die Hände von Verbänden zu legen, die ein eigenes wirtschaftliches Interesse verfolgen.

136 Ähnliche Regelwerke erarbeiten die Verbände DIN, VDE/VDK oder VDI: https://www.elektropraktiker.de/ep-2010-01-54-58.pdf?elD=tx_nawsecured&falld=8946&hash=d06c1b22a-4bb49d05840b7d2e2a91c4c.

137 Deutsche Umwelthilfe. Deutsche Umwelthilfe enthüllt klimaschädliche Methan-Lecks an deutscher Erdgas-Infrastruktur. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-enthuehlt-klimaschaedliche-methan-lecks-an-deutscher-erdgas-infrastruktur/>, Klimareporter. 10.03.21: „Am besten ein Erdgas-Ausstieg bis 2035“. <https://www.klimareporter.de/europaische-union/am-besten-ein-erdgas-ausstieg-bis-2035>.

138 IEA. Methane emissions from the energy sector are 70% higher than official figures. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.iea.org/news/methane-emissions-from-the-energy-sector-are-70-higher-than-official-figures>

139 Europäische Kommission. Methane emissions. Abgerufen am 18.11.22: https://energy.ec.europa.eu/topics/oil-gas-and-coal/methane-emissions_en. Handelsblatt, 14.12.21: „Die Gasbranche steckt in der Methan-Falle“. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaneutralitaet-die-gasbranche-steckt-in-der-methan-falle/27888134.html>. Allerdings will die EU keine Unternehmen in Drittstaaten in die Pflicht nehmen, aus denen die Mitgliedstaaten ihren Bedarf zum allergrößten Teil decken. Tagesspiegel Background, 16.12.22: „Gas-Regelwerk im Zeichen des Wasserstoffs“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/gas-regelwerk-im-zeichen-des-wasserstoffs>

140 CATF. Umweltgruppen fordern die EU zum Handeln auf. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.catf.us/de/2021/10/eu-methane-legislation-imports-letter/> und Energie Zukunft. Methan-Emissionen bleiben ein großes Klimaproblem. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.energiezukunft.eu/klimawandel/methan-emissionen-bleiben-ein-großes-klima-problem/>, DVGW. Stellungnahme zur Verringerung der Methanemissionen. Abgerufen am 18.11.22: https://www.dvgw.de/medien/dvgw/verein/aktuelles/stellungnahmen/dvgw-bdew-stellungnahme-eu_v-verringderung-methanemissionen.pdf

141 In einer Stellungnahme des Bundesrats kritisierten die Bundesländer den ersten EU-Verordnungsentwurf, weil die Erarbeitung von Abhilfemaßnahmen bei Methanlecks für regionale Behörden und Unternehmen zu hoch und kostenaufwendig sei. Tagesspiegel Background, 13.06.22: „Länder sträuben sich gegen Methan-Prüfaufwand“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/laender-strauben-sich-gegen-methan-pruefaufwand>

2.6 Fazit

Der deutsche Gasmarkt ist entlang der gesamten Lieferkette durch wenige starke Konzerne geprägt. Diese Marktkonzentration verleiht den einzelnen Unternehmen Macht gegenüber anderen Wirtschaftsakteuren entlang der Gaslieferkette oder den Abnehmern von Gas – das betrifft zum Beispiel kleinere Stadtwerke, die von den Gaslieferungen einiger weniger Konzerne abhängig sind. Eine Besonderheit im Bereich der Versorgung ist, dass dieser durch zahlreiche kleinere Unternehmen geprägt ist – hier ist die Konzentration in Form von Anteilen einiger Konzerne oder Beteiligungsgesellschaften weniger sichtbar.

Insbesondere Gazprom stieg bis Kriegsbeginn im Februar 2022 in Deutschland zu einem mächtigen Akteur entlang fast der gesamten Lieferkette auf. Aber auch andere Unternehmen haben eine mächtige Position im deutschen Energiemarkt – sei es Eon mit seiner Dominanz im Bereich der Verteilnetze oder Uniper als größter deutscher Gasimporteur, der vom Staat „gerettet“ werden musste, um die Gasversorgung weiter zu gewährleisten. Die energieintensiven Industrien und ihr „Hunger nach billigem Gas“ sind für die Gaskonzerne dazu ein mächtiger Partner. Gemeinsam können Gaskonzerne und gasverbrauchende Industriekonzerne wirtschaftliche Verwerfungen androhen, wenn ihre Interessen nicht bedient werden. Damit können sie in besonderer Weise Druck auf Politiker:innen ausüben und deren Entscheidungsspielräume einschränken.

Diese Entwicklungen wurden durch verschiedene politische Entscheidungen zur Liberalisierung und Privatisierung des Gasmarktes sowie Fusionsgenehmigungen gefördert, mit denen der Staat den strategisch wichtigen Gassektor zunehmend einigen wenigen Konzernen überlassen hat. Dennoch bleibt der Staat notwendigerweise ein zentraler Akteur, der immer wieder regulierend in den Markt eingreifen muss, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Einhaltung der Klimaziele sicherzustellen. Die Gewinne der Unternehmen – sowohl entlang der Gaslieferkette als auch aufseiten der gasverbrauchenden Unternehmen – sind daher auch weiterhin stark von staatlicher Regulierung und Aufsicht abhängig. Das ruft fast automatisch starke Lobbyarbeit hervor. Es braucht daher wirksame Regeln zur Beschränkung von Konzernmacht, die eine Regulierung im öffentlichen Interesse stärken. Dazu können verschärfte Regeln im Kartellrecht oder eine Förderung von mehr gemeinwohlorientierten Wirtschaftsstrukturen dienen.

3. DIE GASLOBBY – WER IST DAS?

Zur Gaslobby gehören Unternehmen entlang der Gaslieferkette sowie – im weiteren Sinne – auch der gasverbrauchenden Industrie. Die bekanntesten und größten Akteure im Gasmarkt sind die deutschen Energiekonzerne Eon und RWE. Weniger bekannt, doch ebenfalls mächtig, sind die Gasunternehmen Wintershall DEA, Uniper und VNG. Weitere Schwergewichte sind der russische Gaskonzern Gazprom sowie BASF als Großverbraucher und Mutterkonzern von Wintershall DEA. Die genannten Konzerne können über ihre Marktmacht und mit ihren enormen Ressourcen auch politische Macht ausüben. Dazu betreiben sie selbst Lobbyarbeit und erweitern ihren Einfluss über gut ausgestattete Lobbyverbände und -agenturen. Eine wichtige Rolle im Gasmarkt spielen auch die kommunalen Stadtwerke, von denen viele eng mit den großen Energiekonzernen verbunden sind, die aber gleichzeitig durch ihre Anbindung an die Kommunalpolitik stärkerer politischer Kontrolle unterliegen. Weitere Akteure sind Umwelt- und Verbraucherschutzverbände, die zum Thema Gas arbeiten, sowie Gewerkschaften, die die Beschäftigten in Gasunternehmen organisieren. In diesem Kapitel geht es um die Lobbyarbeit und den politischen Einfluss der wichtigsten Akteure im Gasmarkt: Konzerne, Stadtwerke sowie Lobbyverbände und -agenturen.

3.1 Die großen Gaskonzerne und ihre Lobbyarbeit

3.1.1 Uniper und Eon

Der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper ist der größte Gasimporteur und Gashändler Deutschlands und zugleich einer der größten Gashändler Europas. Noch im Mai 2022 bezog das Unternehmen ca. 60 Prozent seiner Gasimporte aus Russland und war größter deutscher Importeur russischen Erdgases.¹⁴² Zudem betreibt Uniper in Deutschland Gasspeicher und in mehreren Ländern Kraftwerke (Gas, Kohle, Wasser, Öl und Atom), darunter fünf in Russland, und den umstrittenen Kohlekraftwerksneubau Datteln 4.¹⁴³ Der Konzern war einer der fünf Co-Finanzierer der Gaspipeline Nord Stream 2 und musste im März 2022 sein Darlehen zur Finanzierung der Pipeline in Höhe von einer knappen Milliarde Euro komplett abschreiben.¹⁴⁴ Er hält

Anteile an einem sibirischen Gasfeld und beteiligt sich am Handel mit Flüssigerdgas (LNG).¹⁴⁵ Uniper begann im Frühjahr 2022 mit dem Bau des ersten LNG-Terminals Deutschlands in Wilhelmshaven, das im Dezember 2022 eröffnet wurde.¹⁴⁶

Zudem bezieht Uniper auch Gas vom aserbaidjanischen Öl- und Gaskonzern SOCAR, der als Staatsunternehmen eng mit dem Alijew-Regime verbunden ist.¹⁴⁷ Auch in der Produktion von und dem Handel mit Wasserstoff ist Uniper sehr aktiv.

VON EON ZU UNIPER

Uniper ging 2016 aus dem Energiekonzern Eon hervor. Mit der Gründung lagerte Eon seine „schmutzigen“ Geschäftsfelder – vor allem Erdgas, aber auch Kohle – aus und richtete damit quasi eine „Bad Bank“ namens Uniper ein.¹⁴⁸ Eon zog sich auf das Geschäft mit den erneuerbaren Energien, Netzen, Dienstleistungen und den Rückbau der Atomkraftwerke zurück. Uniper wurde von 2017 bis 2020

142 Uniper. Update zu Unipers Russlandaktivitäten. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.uniper.energy/news/de/update-zu-unipers-russlandaktivitaeten-und-weiteren-schritten>, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/168598/umfrage/groesste-gaskonzerne-in-europa-nach-absatz/> und FAZ, 18.05.22: „Uniper will für das russische Gas in Euro zahlen“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/uniper-will-fuer-das-russische-gas-in-euro-zahlen-18041268.html?premium>

143 Süddeutsche, 23.02.22: „Nord Stream 2: Uniper plant keine juristischen Schritte“. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-nord-stream-2-uniper-plant-keine-juristischen-schritte-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-220223-99-253074>

144 Manager Magazin, 08.03.22: „Nord Stream 2 wird für Uniper zum finanziellen Desaster“. <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/uniper-nord-stream-2-wird-zum-finanziellen-desaster-a-6ca387e6-95a0-4304-a897-6ae519849387>

145 Uniper. Das Unternehmen in Kürze. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.uniper.energy/de/ueber-uniper/das-unternehmen-kuerze>

146 Uniper. Bau des LNG-Terminals in Wilhelmshaven. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.uniper.energy/news/de/bau-des-lng-terminals-wilhelmshaven-kann-schnell-starten>

147 Uniper ist am Pipelineprojekt „Südlicher Gaskorridor“ beteiligt, das Gas aus dem aserbaidjanischen Gasfeld Shah Deniz 2 unter anderem nach Italien transportiert. Welt, 06.02.18: „Bund gibt Milliardengarantie für Pipeline aus Aserbaidschan“. https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article174233297/Bund-gibt-Milliardengarantie-fuer-Pipeline-aus-Aserbaidschan.html

148 ZEIT, 30.11.14: „Energiekonzern verzichtet auf Atomenergie, Kohle und Gas“. <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fwirtschaft%2Funternehmen%2F2014-11%2FEon-energiekonzern-aufspaltung>

schrittweise an den finnischen Energiekonzern Fortum verkauft, der bis zur im September 2022 beschlossenen Verstaatlichung Anteile von fast 78 Prozent hielt.¹⁴⁹

Uniper gibt sich nach außen als klimafreundlich und stellt seine Vorhaben im Bereich Wasserstoff in der Außen-darstellung nach vorne.¹⁵⁰ Doch das entspricht nicht dem Geschäftsmodell, das bis zum Krieg Russlands gegen die Ukraine vor allem auf den Handel mit russischem Gas ausgerichtet war.¹⁵¹ Damit hat Uniper Deutschlands Abhängigkeit von Gazprom und dem Putin-Regime mit vorangetrieben. Auch der finnische Mutterkonzern Fortum hat offenbar zu wenig Signale gesetzt, um im Konzern eine Abkehr von fossilen Geschäftsmodellen einzuleiten.¹⁵²

Das fiel nun auf Uniper zurück: Der Konzern geriet bereits zum Jahreswechsel 2021/2022 in so große Liquiditätsprobleme, dass er die Bundesregierung um Unterstützung bat.¹⁵³ Der zunächst drohende und später auch tatsächliche Lieferstopp von russischem Gas nach Kriegsbeginn setzte das Unternehmen weiter massiv unter Druck. Während Uniper im Jahr 2021 noch Gewinne über 500 Millionen Euro einfuhr und hohe Dividenden ausschüttete, verzeichnete der Konzern 2022 Milliardenverluste.¹⁵⁴ Das vermeintlich billige Gas aus Russland erwies sich als großes Verlustgeschäft.¹⁵⁵

Um eine Insolvenz zu verhindern, verhandelte die Bundesregierung seit Frühjahr 2022 mit dem Konzern Staatshilfen und Staatsbeteiligungen.¹⁵⁶ Im September 2022 wurde schließlich bekannt, dass der deutsche Staat 99 Prozent aller Anteile des Konzerns übernehmen solle, dies wurde im Dezember 2022 von der Aktionsversammlung bestätigt.¹⁵⁷ Die gesamte Konzernrettung kostete den Staat insgesamt

rund 51 Milliarden Euro.¹⁵⁸ Steuerzahler:innen müssen nun dafür aufkommen, dass der Konzern jahrelang – und ohne politischen Widerstand erfahren zu haben – unternehmerische Fehlentscheidungen mit schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft getroffen hat.

DIE LOBBYARBEIT VON UNIPER

Im Lobbyregister gibt Uniper Lobbyausgaben in Höhe von mehr als 2,8 Millionen für das Jahr 2021 an und liegt damit laut Berechnungen von LobbyControl auf Platz 10 der Unternehmen mit den größten Lobbyausgaben in Deutschland.¹⁵⁹ Der Konzern arbeitet auf den Erhalt fossiler Geschäftsmodelle hin. Dafür setzt er sich auch auf politischer Ebene ein.¹⁶⁰ Uniper lobbiierte beispielsweise für die Aufnahme von Wasserstoff auf Erdgasbasis in die EU-Wasserstoffstrategie¹⁶¹ – gegen den Widerstand von Umweltverbänden. Insider berichten zudem von großen Widerständen in der Lobbyabteilung des Unternehmens gegen eine stärkere Ausrichtung des Konzerns auf erneuerbare Energien.

Uniper engagiert für seine Lobbyarbeit auch Lobbyagenturen: Das Unternehmen hat laut deutschem und europäischem Lobbyregister unter anderem die deutschen Agenturen Strategic Minds und Anda Communications sowie auf europäischer Ebene die internationale Lobbyagentur EUTOP für seine Lobbyarbeit beauftragt. Die Agentur Strategic Minds wurde noch unter dem Namen Bingmann Pflüger von Friedbert Pflüger mitgegründet, einem früheren CDU-Politiker und umtriebigen Gaslobbyisten, der unter anderem auch für die Nord Stream 2 AG arbeitete (vgl. 4, Kasten Pflüger). Mit der Agentur Anda Communications greift Uniper auf Kontakte aus dem Umfeld der „Moskau-Connection“ der SPD zurück (vgl. 4.2): Gründer ist Gerhard Schröders früherer Regierungssprecher Béla Anda, unterstützt wird dieser von Rainer Sontowski, früherer Büroleiter von Schröder und Sigmar Gabriel im Willy-Brandt-Haus und früherer Staatssekretär im Wirtschafts- und später auch im Außenministerium unter Gabriel.¹⁶² Was diese Agenturen jeweils für Uniper machten, wollte der Konzern LobbyControl gegenüber nicht mitteilen.

149 Uniper. Aktionärsstruktur. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.uniper.energy/de/investoren/aktie/aktionarsstruktur>

150 Uniper. Produkte und Dienstleistungen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.uniper.energy/de/produkte-und-dienstleistungen>

151 Capital. 01.07.22: „Warum Uniper staatliche Hilfen benötigt“. <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/gaskrise--warum-uniper-staatliche-hilfe-benoetigt-32503268.html>

152 Darauf verweist auch der Verein Urgewald in einer Studie über den finnischen Staatskonzern Fortum. Marc Bühnemann, Regine Richter, Sebastian Rötters: Fortum for Future? Finland and the Finnish state-owned energy company at the crossroads. Sassenberg 2020. https://www.urgewald.org/sites/default/files/Briefing_Fortum_1.pdf

153 The Pioneer, 30.09.22: „Der Fall Uniper: Der Staat als Unternehmer?“. <https://www.thepioneer.de/originals/thepioneer-expert/articles/der-fall-uniper-der-staat-als-unternehmer>

154 Handelsblatt, 10.03.22: „Uniper in der Klemme: Ein russischer Gaslieferstopp würde das Unternehmen hart treffen“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiekonzern-uniper-in-der-klemme-ein-russischer-gaslieferstopp-wuerde-das-unternehmen-hart-treffen/28144772.html?tm=login> und <https://de.statista.com/themen/3882/uniper-se/#dossierKeyfigures>

155 FAZ, 17.08.22: „Uniper mit Milliardenverlust im ersten Halbjahr“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/uniper-mit-milliardenverlust-im-ersten-halbjahr-18249680.html>

156 Tagesschau.de, 22.07.22: „So will der Bund Uniper retten“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-rettungspaket-staatshilfe-101.html>

157 Handelsblatt, 30.08.22: „Energieversorger braucht weitere vier Milliarden Euro Staatshilfe“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/uniper-energieversorger-braucht-weitere-vier-milliarden-euro-staatshilfen/28635890.html>

158 Tagesschau.de, 19.12.22: „Uniper hofft auf Zustimmung zum Rettungsplan“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-hauptversammlung-101.html>

159 Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001306/9014?back-Url=%2Fsuche%3Fq%3DUniper%26page%3D1%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATON_DESC, zuletzt abgerufen am 22.11.22

160 Lobbymap. Uniper. Abgerufen am 18.11.22: <https://lobbymap.org/company/Uniper-a4b-162b6a6f7212c015efb898fb8631>

161 Politico. Hydrogen-Letter to Ursula von der Leyen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/06/Hydrogen-Letter-to-President-von-der-Leyen-20200624.pdf>

162 Twitter. Abgeordnetenwatch. https://twitter.com/a_watch/status/1570016350373904384



Die Firmenzentrale von Uniper am Eon-Platz in Düsseldorf: Der Gasimporteur Uniper ging 2016 aus dem Energiekonzern Eon hervor.

Auch mit juristischen Mitteln setzt sich Uniper gegen eine mögliche Transformation des Konzerns in Richtung Erneuerbare ein. So verurteilte der Konzern den niederländischen Kohleausstieg und klagte im Rahmen des Energiecharta-Vertrags gegen den niederländischen Staat auf Schadensersatz in Höhe von einer Milliarde Euro.¹⁶³ Im Rahmen der staatlichen Rettung des Konzerns musste Uniper sich allerdings verpflichten, diese Klage fallen zu lassen.¹⁶⁴

EX-POLITIKER:INNEN IN DER LOBBYABTEILUNG

Unipers früherer Mutterkonzern Eon ist eng mit deutschen Politiker:innen verknüpft. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Werner Müller war zuvor Manager beim Eon-Vorgängerkonzern VEBA und erhielt noch während seiner Amtszeit Rentenbezüge von Eon. Müllers damaliger Staatssekretär Alfred Tacke (SPD) folgte seinem Minister zur Eon-Tochter RAG, in deren Aufsichtsrat Werner Müller kurz nach dem Ende seiner Amtszeit 2002 den Vorsitz übernahm.¹⁶⁵ Auch Eons langjähriger Berliner Cheffobbyist Joachim Lang kam 2007 aus der Politik: Er kam direkt aus der Funktion des Referatsleiters im Bundeskanzleramt zu Eon und war zuvor Mitarbeiter des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Röttgen.¹⁶⁶ Seit 2022 ist Lang

Geschäftsführer bei der Lobbyagentur Strategic Minds, die auch Uniper berät.

Diese enge Verflechtung setzt sich nun bei Uniper fort. Der Konzern holte sich 2019 Nils Frohloff in die Lobbyabteilung der Berliner Konzernvertretung. Frohloff war zuvor in führender Position für den SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus tätig und macht aus seinen Verbindungen zur SPD auch in seinem neuen Job keinen Hehl.¹⁶⁷ Leiter des Berliner Lobbybüros von Uniper ist Detlef Dauke, der bis zur Amtsübernahme von Sigmar Gabriel 2013 Abteilungsleiter für Energie im bis dahin FDP-geführten Bundeswirtschaftsministerium war.¹⁶⁸ Er zeigte sich in dieser Funktion als scharfer Bremser der Energiewende.¹⁶⁹

Während Vorgängerunternehmen von Uniper wie Eon, RAG oder Evonik den Parteien Spendengelder zukommen ließen, spendet Uniper nicht an Parteien. Allerdings lässt der Konzern über Sponsoring den Parteien Geld zukommen – so zum Beispiel über Sponsorenzahlungen für Parteitage von SPD, CDU und FDP.¹⁷⁰ Uniper will außerdem offenbar sein Image aufpolieren, indem es unter anderem am Konzernstandort den Marathon Düsseldorf¹⁷¹ und in Berlin die Feier am Brandenburger Tor zum Jahreswechsel 2020/21 sponserte.

3.1.2 Wintershall DEA und BASF

Das Gasförderunternehmen Wintershall DEA mit Sitz in Kassel und Hamburg ist der zweite große deutsche Konzern, der hauptsächlich im Gasgeschäft tätig ist. Wie bei Uniper spielt auch bei ihm russisches Gas eine zentrale Rolle: Eines der wichtigsten Geschäftsfelder des Konzerns ist die Gasförderung in Russland.¹⁷² Anders als bei Uniper liefen die Geschäfte des Konzerns dennoch weiterhin lange Zeit gut. Im ersten Halbjahr 2022 legte das Unternehmen noch einen Gewinnsprung hin: Der erwirtschaftete Überschuss lag mit 1,3 Milliarden Euro deutlich über dem Vorjahresergebnis.¹⁷³

¹⁶⁷ Quelle: Twitter-Account Nils Frohloff.

¹⁶⁸ Abgeordnetenwatch. Hoher Regierungsbeamter wechselte auf Chefposten bei Lobbyagentur. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/hoher-regierungsbeamter-wechselte-auf-chefposten-bei-lobbyagentur>

¹⁶⁹ WirtschaftsWoche, 05.08.13: „Energiewende gefährdet deutsche Industrie“. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/berlin-intern-geschmeidige-nachfolge/8585196-2.html>

¹⁷⁰ Lobbypedia. Uniper. Abgerufen am 18.11.22: <https://lobbypedia.de/wiki/Uniper>

¹⁷¹ Westfalenpost, 08.03.22: „Uniper erwartet Notstand, wenn Russland den Gashahn abdrehen“. <https://www.wp.de/wirtschaft/uniper-sieht-nationalen-notstand-wenn-putin-gashahn-zudreht-id234759173.html>

¹⁷² Global Witness, 16.06.22: BASF subsidiary profits from Germany's Russian gas addiction. <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/stop-russian-oil/basf-subsiary-profits-from-germanys-russian-gas-addiction/>

¹⁷³ ZEIT, 26.07.22: „Wintershall Dea legt Gewinnsprung hin“. <https://www.zeit.de/news/2022-07/26/wintershall-dea-legt-gewinnsprung-vor>

¹⁶³ Welt, 12.07.22: „Habeck vor dem Uniper-Dilemma“. <https://www.welt.de/wirtschaft/article239862805/Heikle-Klima-Klage-Habeck-vor-dem-Uniper-Dilemma.html>

¹⁶⁴ Tagesspiegel Background, 25.07.22: „Die Putin-Umlage kommt“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/die-putin-umlage-kommt>

¹⁶⁵ Handelsblatt, 07.09.04: „Müllers Sherpa“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/warum-alfred-tacke-in-die-wirtschaft-wechselt-muellers-sherpa/2397340.html>

¹⁶⁶ Lobbypedia. Eon. Abgerufen am 18.11.22: <https://lobbypedia.de/wiki/Eon>

Im Januar 2023 kündigte der Konzern überraschend an, dass er sich gezwungen sehe, aus dem Russland-Geschäft auszusteigen. Dies führte zu einem Milliardenverlust des Mutterkonzerns BASF.¹⁷⁴

Wintershall DEA ist bis heute eng mit dem größten deutschen Chemiekonzern BASF verknüpft. BASF hatte den damaligen Bergbaukonzern Wintershall bereits 1969 übernommen, um die eigene Rohstoffzufuhr sicherzustellen. Im Jahr 2019 fusionierte Wintershall mit dem deutschen Ölonternehmen DEA und wurde damit zu einem der größten Erdöl- und Erdgasunternehmen in Deutschland.¹⁷⁵ Im Sommer 2022 hält BASF 72,7 Prozent der Anteile an Wintershall DEA. Die restlichen Anteile gehören der Letter-One-Gruppe des russischen Oligarchen Michail Fridman.¹⁷⁶ Der Mutterkonzern BASF profitierte ebenfalls von den Gewinnen seiner Tochter und fuhr auch im zweiten Quartal – also während des Ukraine-Kriegs – weiterhin

hohe Gewinne ein.¹⁷⁷ Der Konzern ist trotz Krieg weiterhin an Projekten in Russland beteiligt, um „die Vermögenswerte von Wintershall DEA in dem Land und die Mitarbeiter dort zu schützen“, so Konzernchef Mario Mehren.¹⁷⁸

ENGE BEZIEHUNGEN NACH RUSSLAND

Die Verflechtungen zwischen Wintershall DEA/BASF und Gazprom waren bis Ende 2022 äußerst eng: Schon seit Ende des Kalten Kriegs kooperierten BASF und Wintershall vermehrt mit Gazprom – es wurden langfristige Lieferverträge abgeschlossen, Joint Ventures im Bereich der Infrastruktur betrieben (unter anderem Achimgaz, WIGA) und die gemeinsame Vertriebsgesellschaft Wingas gegründet.¹⁷⁹ Darüber hinaus ist Wintershall DEA zu 15,5 Prozent an der von Gazprom kontrollierten Pipeline Nord Stream 1 beteiligt und hat das inzwischen gestoppte Pipelineprojekt Nord Stream 2 mit einem Kredit von 950 Mio. Euro mitfinanziert.¹⁸⁰



Foto: Klimagerechtigkeit Kassel (Kling)

Das Russlandgeschäft von Wintershall DEA rief vor allem im Jahr des Kriegsbeginns scharfe Kritik hervor – wie hier von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald e.V. und anderen anlässlich der Jahreshauptversammlung von BASF.

174 Spiegel, 17.01.23: „Wintershall Dea plant vollständigen Rückzug aus Russland“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/wintershall-dea-plant-vollstaendigen-rueckzug-aus-russland-a-ba78331e-ed36-479d-b03f-6c401d5117dc>

175 Handelsblatt, 01.05.19: „Fusion von BASF-Tochter Wintershall und Dea abgeschlossen“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/chemiebranche-fusion-von-basf-tochter-wintershall-und-dea-abgeschlossen/24275688.html>

176 Tagesspiegel Background, 28.02.22: „Heikle Verflechtungen mit Putins Apparat“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/heikle-verflechtungen-mit-putins-apparat>

177 Tagesschau.de, 12.07.22: „BASF verdient gut dank Öl- und Gasgeschäft“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/basf-oel-gas-geschaeftergebnis-101.html>

178 Spiegel, 26.07.22: „Wintershall Dea hält an Beteiligungen in Russland fest“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/oel-und-gas-konzern-wintershall-dea-macht-weiter-mit-gazprom-geschaefte-a-4de278cd-2d89-463c-b25b-f0599ef7eb34>

179 Wintershall Dea. Langjähriges Engagement und effiziente Partnerschaft. Abgerufen am 01.08.22: https://wintershalldea.com/sites/default/files/media/files/200317_Factsheet_WD_Russia_de.pdf, <https://www.basf.com/global/de/media/news-releases/2015/10/p-15-364.html>, <http://www.wiga-transport.de/>

180 Nord Stream. Wer wir sind. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.nord-stream.com/de/wer-wir-sind/>

Gazprom profitierte bei seiner Gasförderung von dem Know-how der BASF-Tochter Wintershall DEA und von langfristigen Gaslieferverträgen. Diese Zusammenarbeit erhielt immer wieder starke politische Unterstützung von deutscher Seite – so vor allem auch, als Wintershall seine Vertriebsgesellschaft Wingas sowie den Gasspeicherbetreiber Astora an Gazprom verkaufte und dafür im Gegenzug den Zuschlag für Gasförderprojekte in Sibirien erhielt (vgl. 2.1 und 4.2). Gemeinsam mit Wintershall wurde Gazprom in Deutschland Lieferant, Netzbetreiber und Gasspeicherbetreiber zugleich. 2022 wollte BASF seine Tochter Wintershall DEA verkaufen, was sich angesichts des Ukraine-Kriegs aber nicht wie geplant realisieren ließ.¹⁸¹ Ein vorgesehener Börsengang musste mehrmals verschoben werden.¹⁸²

LOBBYARBEIT VON WINTERSHALL DEA

Im Jahr 2021 gab Wintershall DEA in Deutschland nach eigenen Angaben rund 1,86 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus.¹⁸³ In seiner Außendarstellung gibt sich der Konzern einen grünen Anstrich, indem er Erdgas zum klimafreundlichen Energieträger erklärt. Doch faktisch konzentriert sich Wintershall DEA auf den Ausbau fossiler Geschäfte und lobbyiert in Deutschland und der EU für die weitere Nutzung von Gas. So plädierte Mario Mehren, Chef des Energiekonzerns, im Juli 2022 für blauen Wasserstoff, der aus Erdgas hergestellt wird, und drängte auf den Umstieg von Öl- auf Gasheizungen.¹⁸⁴

Vor allem aber wollte Wintershall DEA sein Russland-Geschäft absichern und ist dafür auch auf gute Kontakte in die russische Politik angewiesen. Ein wichtiger Kanal für diese Kontaktpflege ist der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (s. u.), in dem Konzernchef Mario Mehren im Herbst 2019 die Leitung des Arbeitskreises Russland übernommen hat.¹⁸⁵ Das war offenbar auch für Gazprom von Interesse. Laut internen Dokumenten, aus denen das WDR-Magazin Monitor zitiert, sei Wintershall DEA aus Sicht von Gazprom deren „größter Befürworter in Europa“

und schütze „die Interessen von Gazprom“. Demnach verspreche sich Gazprom von der Zusammenarbeit „eine stärkere Lobby“ und einen „besseren Schutz vor Sanktionen“.¹⁸⁶ Tatsächlich warnte Konzernchef Mehren immer wieder und auch noch kurz vor Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 vor scharfen Wirtschaftssanktionen gegen Russland.¹⁸⁷

In seiner Außenkommunikation arbeitet Wintershall DEA mit der PR-Agentur Navos zusammen.¹⁸⁸ In den Jahren 2012 bis 2013 organisierte das Unternehmen unter anderem „Reisen deutscher Stakeholder aus Politik, Wissenschaft und Medien“ zu den sibirischen Produktionsstätten.¹⁸⁹ Eine Pressereise zum Wintershall-Gazprom-Joint-Venture Achimgaz während der Krim-Krise 2014 wurde vom der „International Public Relations Association“ dafür ausgezeichnet, „trotz kritischem Umfeld“ gepunktet zu haben, unter anderem, weil auch „positive Botschaften zur Zusammenarbeit mit Russland“ verbreitet wurden.¹⁹⁰

LOBBYARBEIT VON BASF

Auch BASF als Mutterkonzern von Wintershall DEA trat immer wieder als lautstarker Lobbyakteur auf. Schon 2015 bei dem BASF / Wintershall-Gazprom Tauschgeschäft, bei dem Gazprom Zugriff auf das deutsche Speichergeschäft erhielt, stand der damalige BASF-Chef Kurt Bock im äußerst engen Austausch mit dem damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.¹⁹¹ Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Frühjahr 2022 wandte sich Bocks Nachfolger und heutiger BASF-Konzernchef Martin Brudermüller immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit, um vor einem Verzicht auf russische Gaslieferungen zu warnen. In zahlreichen Interviews stellte er russisches Gas als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“, wenn diese Lieferungen abbrechen.¹⁹²

181 Im Gespräch war unter anderem ein vollständiger Verkauf an den Miteigentümer Letter One, deren russische Eigentümer als Oligarchen jedoch zu großen Teilen von EU-Sanktionen betroffen sind. https://www.globalwitness.org/documents/20366/Global_Witness_-_BASF_profitiert_durch_die_Produktion_von_russischem_Gas_-_Juni_22_lBoYHbc.pdf und Handelsblatt, 24.02.22: „Wintershall Dea erwartet eine Entschädigung bei einem Aus von Nord Stream 2“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energieunternehmen-wintershall-dea-erwartet-eine-entschaedigung-bei-einem-aus-von-nord-stream-2/28100552.html>

182 FAZ, 16.07.22: „Utopien bringen uns nicht weiter“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mario-mehren-utopien-bringen-uns-nicht-weiter-17440254.html?premium>

183 Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: <https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R001889/177>, zuletzt abgerufen am 22.11.22

184 FAZ, 16.07.22: „Utopien bringen uns nicht weiter“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mario-mehren-utopien-bringen-uns-nicht-weiter-17440254.html?premium>

185 Ost-Ausschuss. Mario Mehren startet als neuer Sprecher. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.ost-ausschuss.de/de/mario-mehren-startet-als-neuer-sprecher-des-oaoev-arbeitskreises-russland>

186 WDR, Monitor vom 28.07.22: „Wintershall Dea: Ein deutsches Gas-Unternehmen als Agent Putins?“. <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/wintershall-dea-100.html>

187 FAZ, 18.02.22: „In Sibirien bibbern wir, damit Sie nicht frieren!“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wintershall-chef-mehren-ueber-sanktionen-und-nord-stream-2-17815392.html?premium>

188 PR-Journal, 21.10.16: „Bürgerdialog und Stakeholderkommunikation als Erfolgsmodell“. <https://pr-journal.de/nachrichten/agenturen/18109-agentur-navos-buergerdialog-und-stakeholder-kommunikation-als-erfolgsmodell.html>

189 PR-Report, 25.03.14: „Wintershall: Kommunikation an der Quelle“. <https://www.prreport.de/singlenews/uid-8122/wintershall-kommunikation-an-der-quelle/>

190 Navos. Presseinformation. Abgerufen am 18.11.22: https://www.navos.eu/wp-content/uploads/2018/02/150928_Auszeichnungen.pdf

191 Correctiv. Bundesregierung stützte Abgabe von Gasspeichern an Gazprom mit Milliardenbürgschaft. Abgerufen am 18.11.22: <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/06/30/bundesregierung-stuetzte-abgabe-von-gasspeichern-an-gazprom-mit-milliardenbuergschaft/>

192 FAZ, 29.04.22: „BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/basf-brudermueller-warnt-vor-historisch-beispiellosen-gefahren-17994223.html>

Weder Wintershall DEA noch BASF lassen den Parteien Spendengelder zukommen, allerdings ist der Verband der Chemischen Industrie (VCI), in dem BASF eines der einflussreichsten Mitglieder ist, einer der größten Verbandsspenden der Parteien CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne.¹⁹³ Vor allem am Firmenstandort Kassel sowie in deutschen Förderregionen betreibt Wintershall DEA intensive Imagepflege durch Sponsoring im sozialen und kulturellen Bereich – so etwa als Sponsor eines Schülerforschungszentrums in Kassel.¹⁹⁴ Wintershall DEA war auch einer der Sponsoren einer Klimastudie der DENA (vgl. 5, Kasten Gaslobby schreibt Klimastudien).¹⁹⁵

3.1.3 Gazprom und die Nord Stream AG

Gazprom ist das größte Erdgasförderunternehmen der Welt, nicht zuletzt, weil es in Russland über die weltweit größten Erdgasreserven verfügt.¹⁹⁶ Bis Anfang 2022 bezog Deutschland die Hälfte des hierzulande benötigten Gases von dem Konzern, im April des Jahres waren es Schätzungen zufolge noch knapp 40 Prozent.¹⁹⁷ Daneben setzte Gazprom mit Unterstützung der Bundesregierung den Bau der beiden Nord-Stream-Pipelines durch die Ostsee durch und kaufte Gasspeicher in Deutschland. Seit Kriegsbeginn ist Deutschland zunehmend aus der Abhängigkeit von Gazprom ausgestiegen und bezieht seit September 2022 kein Pipeline-Gas aus Russland mehr.

Der Konzern Gazprom ging 1989 direkt aus dem sowjetischen Ministerium für Erdöl- und Gaswirtschaft hervor. Seit 1992 ist Gazprom eine Aktiengesellschaft, der russische Staat besitzt die Mehrheit an Gazprom mit 50 Prozent Anteilen plus einer Aktie.¹⁹⁸ Auch der Aufsichtsrat wird von Mitgliedern der russischen Regierung und Gazprom-Managern dominiert. Präsident Putin bestimmt also mit, wie viel Gas der Konzern ins Ausland liefert.¹⁹⁹ Gazprom

verfolgt offenkundig neben betriebswirtschaftlichen auch strategische Ziele. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beschreibt Gazprom als erprobtes Instrument russischer Außenpolitik. Schließlich ist Erdgas reichlich vorhanden, und fossile Energieträger sind Russlands wichtigstes Exportgut.²⁰⁰

Gazprom verfügt über ein weitverzweigtes Firmengeflecht, das über das Gasgeschäft hinausgeht. In Russland gehören ihm unter anderem mehrere Fernsehkanäle sowie die Gazprombank. Darüber hinaus ist Gazprom aufs Engste mit der deutschen Gasindustrie verflochten.²⁰¹ Gazprom hält 51 Prozent an der Nord Stream AG, die die Pipeline Nord Stream 1 betreibt. Wintershall und Eon waren zunächst zu jeweils 24,6 Prozent beteiligt und sind es heute noch mit je 15,5 Prozent.²⁰² An der Nord Stream 2 AG ist Gazprom sogar zu 100 Prozent beteiligt – dieses Unternehmen sollte die Pipeline Nord Stream 2 betreiben. Wintershall DEA und Uniper dienten mit drei anderen europäischen Energieunternehmen als Finanziers des Projekts. Seitdem das Pipelineprojekt wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine gestoppt wurde, ist die Nord Stream 2 AG insolvent.²⁰³

In Deutschland war Gazprom vor allem über seine Tochter Gazprom Germania tätig, die ursprünglich gemeinsam von Gazprom und Wintershall gegründet wurde, seit 2013 aber zu 100 Prozent zu Gazprom gehörte. Gazprom Germania stand unter dem neuen Namen „Securing Energy for Europe GmbH“ (SEFE) seit April 2022 unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur und wurde im November 2022 vollständig verstaatlicht und ist damit mittlerweile unabhängig vom früheren Mutterkonzern Gazprom.²⁰⁴ Das Unternehmen erhielt von der Bundesregierung ein KfW-Darlehen, um es vor der Insolvenz zu bewahren. Diesem Nachfolgekonzern gehört nun auch die Firma Astora, die den größten europäischen Gasspeicher im niedersächsischen Rehden betreibt.²⁰⁵ Auch das Unternehmen Wingas, das für den europäischen Vertrieb zuständig ist, wurde als

193 Lobbypedia, Verband der Chemischen Industrie. Abgerufen am 01.08.22: https://lobbypedia.de/wiki/Verband_der_Chemischen_Industrie

194 Wintershall Dea. Wintershall Dea wird Hauptsponsor des Schülerforschungszentrums Nordhessen. Abgerufen am 01.08.22: <https://wintershalldea.com/de/newsroom/wintershall-dea-wird-hauptsponsor-des-schuelerforschungszentrums-nordhessen>

195 dena. Abschlussbericht dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität. Abgerufen am 18.11.22: https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2021/Abschlussbericht_dena-Leitstudie_Aufbruch_Klimaneutralitaet.pdf, siehe dazu auch LobbyControl. Klimaforschung: Studie der Bundesregierung gekapert von der Gaslobby? Abgerufen am 01.08.22: <https://www.lobbycontrol.de/2021/03/klimaforschung-studie-der-bundesregierung-gekapert-von-der-gaslobby/>

196 Statista. Kennzahlen des Gaskonzerns Gazprom. Abgerufen am 18.11.22: <https://de-statista.com/statistik/daten/studie/234849/umfrage/kennzahlen-des-gaskonzerns-gazprom/> und Tagesschau.de. 15.02.22: „Die Macht des Gazprom-Konzerns“, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gazprom-konzern-erdgas-russland-geschaeft-101.html>

197 Tagesschau.de. 01.04.22: „Gazprom gibt deutsche Konzern-Tochter auf“, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/gazprom-germania-103.html>

198 Statista. Shareholder Struktur von Gazprom. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.statista.com/statistics/273267/shareholder-structure-of-gazprom/>

199 Tagesschau.de. 15.02.22: „Die Macht des Gazprom-Konzerns“, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/gazprom-konzern-erdgas-russland-geschaeft-101.html>

200 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Politikberatung kompakt 166. 2021.

Abgerufen am 01.08.22: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.815872.de/diwkompakt_2021-166.pdf, S. 31

201 WDR, Monitor vom 28.07.22: „Wintershall Dea: Ein deutsches Gas-Unternehmen als Agent Putins?“, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/wintershall-dea-100.html>

202 Nord Stream. Unternehmensstruktur. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.nord-stream.com/de/wer-wir-sind/unternehmensstruktur/>

203 NDR. 15.03.22: „Nord Stream 2: Wie weiter mit herrenlosen Pipeline-Rohren?“, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nord-Stream-2-Wie-weiter-mit-herrenlosen-Pipeline-Rohren,nordstream692.html>

204 Die Bundesregierung. Treuhänderschaft über Gazprom Germania wird verlängert. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/bundesnetzagentur-gazprom-2022770>, https://www.sefe-group.com/fileadmin/dokumente/221114_PR_SEFE_change_of_ownership_DE.pdf

205 SEFE-Group. Unternehmensstruktur. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.sefe-group.com/unternehmen/struktur.html>

Joint Venture von BASF und Gazprom gegründet und gehörte seit 2015 bis 2022 zu 100 Prozent Gazprom bzw. seit Mitte 2022 zu SEFE.²⁰⁶ Ein weiteres Joint Venture von SEFE und Wintershall DEA ist die Beteiligungsgesellschaft WIGA, der mehrere Pipelines bzw. Fernnetzbetreiber gehören (Gascade, OPAL, NEL).

GAZPROMS LOBBYSTRATEGIEN

Gazprom betreibt seine intensive Lobbyarbeit unter anderem über die Einbindung früherer und amtierender Spitzenpolitiker:innen, russlandfreundliche Geschäftsleute sowie über zahlreiche Vereine und Foren, deren Hauptzweck Netzwerkpflege zum Zweck der Lobbyarbeit ist (vgl. 4, Kasten Deutsch-Russisches Forum und Co.). Nach außen sichtbar ist der Konzern über umfangreiches Sponsoring und pflegt dadurch sein öffentliches Ansehen. Zusätzlich lässt sich Gazprom auch von Agenturen beraten. Wie hoch die Lobbyausgaben des Konzerns in Deutschland sind, bleibt im Dunkeln: Gazprom und seine Tochterfirmen haben sich sämtlich nicht in das deutsche Lobbyregister eingetragen.

Der bekannteste Gazprom-Lobbyist ist der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder. Dieser wechselte kurz nach Ende seiner Kanzlerschaft 2005 als Aufsichtsratsvorsitzender zur Nord Stream AG,²⁰⁷ später wurde er Aufsichtsratsvorsitzender beim russischen Staatskonzern Rosneft und noch im Februar 2022 als Aufsichtsratsmitglied bei Gazprom nominiert.²⁰⁸ Letzteres Amt lehnte Schröder allerdings ab.²⁰⁹ Schröder ist durch diese Posten und seine engen Kontakte, unter anderem zu Präsident Putin, tief in das Machtzentrum von Gazprom eingebunden. Er hat dem Staatsunternehmen für das Nord-Stream-Projekt die Türen zu den wichtigsten politischen Akteuren in Deutschland geöffnet (vgl. Kapitel 4). Schröder ist aber bei Weitem nicht der einzige Seitenwechsler, den Gazprom unter Vertrag genommen hat.

Ein anderes Beispiel ist Marion Scheller: Die ehemalige Referatsleiterin im Bereich Energiepolitik im Wirtschaftsministerium unter Minister Peter Altmaier wurde im September 2016 Cheffobbyistin bei der Nord Stream 2 AG. Dieser Seitenwechsel hätte wegen möglicher Beeinträchti-

gungen dienstlicher Interessen vom Ministerium verboten werden müssen.²¹⁰ Dem früheren Botschafter Dieter Haller dagegen wurde vom Auswärtigen Amt kurz nach dem Start der Ampelkoalition 2021 tatsächlich untersagt, den ihm angebotenen Aufsichtsratsposten bei Gas for Europe, einem Tochterunternehmen der Nord Stream 2 AG, anzunehmen.²¹¹ Der langjährige Geschäftsführer der Nord Stream AG, Matthias Warnig, ist zwar kein Seitenwechsler, ist aber ebenfalls eng in deutsch-russische Lobbynetzwerke eingebunden und gilt als enger Vertrauter Putins (vgl. 4.4).²¹²

EIN GEHEIMVERTRAG MIT MCKINSEY

Dass Schröder zur Nord Stream AG wechselte, geht möglicherweise auf eine Empfehlung der US-amerikanischen Unternehmensberatung McKinsey zurück. Das Online-Portal Business Insider berichtete im August 2022 aus bis dato geheimen Akten über einen Beratervertrag zwischen McKinsey und der damaligen Gazprom Germania. Daraus geht hervor, dass die Unternehmensberatung McKinsey Gazprom jahrelang dabei unterstützte, auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen.²¹³ Der Auftrag umfasste 160 Projekte und belief sich auf 50 Millionen Euro. Ein wichtiger Teil des Vertrags war Lobbyarbeit. So vermittelte McKinsey Treffen mit Spitzenpersonal des Bundeswirtschaftsministeriums und empfahl, Gerhard Schröder in Gazprom-Gremien zu platzieren. McKinsey hatte Gazprom auch geraten, gemeinsam mit RWE Gaskraftwerke zu bauen, um über diesen Weg auch Anteile an Stadtwerken zu erlangen – dies scheiterte allerdings.

Über den Beratungsvertrag wurde beiderseitige Geheimhaltung vereinbart. Das ist auch deswegen problematisch, weil sich McKinsey selbst an energiepolitischen Debatten beteiligte und etwa die „Wichtigkeit von Erdgas als flexible Brückenlösung“ betonte – ohne dabei seinen Kunden Gazprom zu nennen.²¹⁴ McKinsey äußerte sich nicht zu den Vorwürfen – und hat sich bis Redaktionsschluss noch immer nicht in das deutsche Lobbyregister eingetragen. Das Unternehmen kündigte allerdings im März 2022 an, keine neuen Kunden aus Russland anzunehmen und die

206 WIGA-Transport. Abgerufen am 18.11.22: <http://www.wiga-transport.de/>

207 Spiegel, 09.12.05: „Schröder übernimmt Führungsjob bei Gazprom-Konsortium“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/ostsee-pipeline-schroeder-uebernimmt-fuehrungsjob-bei-gazprom-konsortium-a-389493.html>

208 Spiegel, 04.02.22: „Gerhard Schröder soll in Gazprom-Aufsichtsrat einziehen“. <https://www.spiegel.de/ausland/gerhard-schroeder-soll-in-gazprom-aufsichtsrat-einziehen-a-12350b39-af36-4e52-ad4b-47fecb894cfd>

209 Tagesschau, 24.05.22: „Schröder will nicht in Gazprom-Aufsichtsrat“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/schroeder-verzichtet-gazprom-101.html>

210 Vgl. Bundesbeamtengesetz, § 105. politik&kommunikation, 28.09.16: „Scheller wechselt zu Nord Stream 2“. <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/scheller-wechselt-zu-nord-stream-2/> (Stand Dezember 2022)

211 Spiegel, 27.01.22: „Früherer deutscher Botschafter darf nicht für Nord Stream 2 arbeiten“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/dieter-haller-frueherer-deutscher-botschafter-darf-nicht-fuer-nord-stream-2-arbeiten-a-0626ba4b-fac6-4705-945e-766708352099>

212 Welt, 21.05.22: „Putin-Vertrauter Matthias Warnig muss sein Privatvermögen umschichten“. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article238893083/US-Sanktionen-Putin-Vertrauter-Matthias-Warnig-schichtet-sein-Privatvermoegen-um.html>

213 Business Insider, 23.07.22: „Gazprom-Leak: Wie die Unternehmensberater von McKinsey dabei halfen, Deutschland von russischem Gas abhängig zu machen“. <https://businessinsider.de/wirtschaft/gazprom-leak-wmckinsey-dabei-half-deutschland-von-russischem-gas-abhaengig-zu-machen-p7/>

214 Ebd.

Beratungstätigkeit für staatliche Stellen zu beenden.²¹⁵ Auch die Nord Stream 2 AG sowie die mitfinanzierenden Konzerne OMV, Shell, Engie, Uniper und Wintershall DEA ließen sich von mehreren Lobbyagenturen unterstützen, um in den USA Lobbyarbeit gegen US-Sanktionen zu betreiben.²¹⁶

IMAGEPFLEGE DURCH SPONSORING

Gazprom setzte nicht nur auf ehemalige Politiker:innen, sondern auch auf das Sponsoring als Mittel der politischen Einflussnahme. Gazprom war bis zum russischen Angriff auf die Ukraine über Sponsoringverträge im europäischen Fußball allgegenwärtig: als Hauptsponsor des Fußballvereins Schalke 04, als „Premiumpartner“ der Champions League, die von der Europäischen Fußballunion UEFA

organisiert wird.²¹⁷ Auch im Handball, Volleyball, Eishockey oder Segeln war Gazprom als Sponsor sichtbar.²¹⁸

Neben der Imagepflege gilt das Sponsoring auch als ein Türöffner für die politische Einflussnahme. Eine Einladung zu Events wie der Champions League ist attraktiv für zahlreiche Entscheidungsträger:innen. Auf diese Weise konnten Gespräche am Spielfeldrand stattfinden, auf die Lobbyist:innen sonst lange warten müssten. Der Sportökonom Simon Chadwick nennt dies „Diplomatie im Schnellverfahren“, um Entscheidungen im russischen Sinne zu beeinflussen oder an Informationen zu gelangen.²¹⁹ Der frühere Nord Stream AG-Geschäftsführer Matthias Warnig saß außerdem für Gazprom im Aufsichtsrat von Schalke 04 – legte diesen Posten aber nach Kriegsbeginn nieder.



Grafik: Holger Müller/LobbyControl

Durch intensives Sponsoring versuchte sich Gazprom ein gutes Image aufzubauen.

²¹⁵ Capital, 04.03.22: „Nun also doch: McKinsey zieht sich aus Russland zurück“, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/nun-also-doch--mckinsey-zieht-sich-aus-russland-zurueck-31674490.html>

²¹⁶ Open Secrets. Millions in lobbying spending pour into fight over sanctions on Russia's Nord Stream 2 pipeline. Abgerufen am 19.1.23: <https://www.opensecrets.org/news/2021/12/millions-lobbying-spending-fight-sanctions-russia-nord-stream/>

²¹⁷ Deutschlandfunk, 08.05.22: „Wie Gazprom den Fußball als Plattform benutzt“, <https://www.deutschlandfunk.de/sponsor-von-schalke-und-champions-league-wie-gazprom-den-100.html>

²¹⁸ ZEIT, 23.2.22: Das Gazprom-Netz. <https://www.zeit.de/sport/2022-02/gazprom-sponsoring-russland-schalke-04-uefa>

²¹⁹ Deutschlandfunk, 22.02.22: „Wie Russland seine Macht durch den Sport ausbaut“, <https://www.deutschlandfunk.de/sport-aktuell-russland-ukraine-konflikt-100.html>

Wenig später beendete Schalke die Sponsoring-Partnerschaft mit Gazprom.²²⁰

Besonders intensives Sponsoring betrieb Nord Stream 2 in Mecklenburg-Vorpommern: Das Unternehmen sponserte hier unter anderem das Schweriner Damen-Volleyball-Team, das Orchester „Baltic Sea Philharmonic“²²¹, die Kunsthalle Rostock²²² sowie das deutsch-russische Wirtschaftstreffen Russland-Tag. Auch hier dürfte die breit gefächerte finanzielle Unterstützung von Kultur und Breitensport dazu beigetragen haben, dass viele politische Entscheidungsträger:innen Mecklenburg-Vorpommerns dem Konzern so gewogen waren (vgl. 4.3).

3.2 Stadtwerke: Verflechtungen und Gegengewicht

Die über 1.000 Stadtwerke versorgen die Menschen in Deutschland nicht nur mit Wärme und Strom, sondern auch mit Wasser, stellen die Entsorgung von Müll und Abwasser sicher und betreiben zum Teil auch den lokalen ÖPNV und Schwimmbäder. Die Stadtwerke sind vor Ort in der Regel die Grundversorger, die verpflichtet sind, alle Haushalte mit Energie zu versorgen – Kund:innen können aber auch zu anderen Anbietern wechseln.²²³ Die Strom- und Wärmeversorgung einschließlich der Strom- und Gasnetze sind dabei die Geschäftsbereiche, die so viel Geld einbringen, dass Stadtwerke damit oft weniger lukrative Bereiche – wie den ÖPNV oder Schwimmbäder – quersubventionieren.

Bis in die 2000er-Jahre waren die Stadtwerke allein in kommunaler Hand. Seit der Liberalisierung des Energiesektors haben sich die großen Energiekonzerne entlang ihrer Netze in die Stadtwerke eingekauft (vgl. 2.3). Dabei haben sie diese zu großen Teilen anteilig und teils sogar vollständig übernommen: Westenergie oder Avacon gehören zum Beispiel zu 100 Prozent Eon. Dadurch – und gleichzeitig auch durch kommunale Beteiligungen an den großen

Energiekonzernen – sind Kommunalpolitik und Versorgungsunternehmen eng miteinander verflochten.²²⁴ Stadtwerke, die mehrheitlich in kommunaler Hand sind, werden auch durch die Kommunen kontrolliert, die direkten Einfluss auf die Unternehmenspolitik haben (zum Beispiel über Aufsichtsräte oder Verwaltungsräte).

NEBENVERDIENSTE VON KOMMUNALPOLITIKER:INNEN

Auch die großen Energiekonzerne RWE und Eon binden Kommunalpolitiker:innen schon seit Jahren ein, insbesondere über regionale Beiräte, für die Sitzungsgelder vergeben werden. Nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ von 2005 bestätigte der Konzern, dass allein die Mitglieder der bei RWE Energy angesiedelten Regionalbeiräte jährlich jeweils 6.650 Euro erhielten.²²⁵ Diese Praxis wurde nach entsprechenden Gerichtsverfahren allerdings eingestellt. Dennoch erhalten Kommunalpolitiker:innen offenbar weiterhin Gelder von Energiekonzernen. Das zeigt eine Recherche aus Rheinland-Pfalz, dem einzigen Bundesland, das Offenlegungspflichten für Nebeneinkünfte von Kommunalpolitiker:innen beschlossen hat. Dort erhalten acht Kommunalpolitiker:innen Gelder von RWE sowie weitere acht von den Eon-Töchtern Westenergie und Süwag sowie einer von der VNG-Tochter Gas-Union. Zudem bekommen Kommunalpolitiker:innen auch als Aufsichtsräte hohe Summen von den Energiekonzernen.²²⁶ Durch diese Verflechtungen ergeben sich strukturelle Interessenkonflikte, die unabhängige politische Entscheidungen erschweren und den Konzernen gleichzeitig Einfluss auf die Kommunalpolitik und damit auch die kommunalen Stadtwerke sichern.

Stadtwerke sind aber auch selbst als Lobbyakteure aktiv: Sie sind vor allem über den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisiert, einige Stadtwerke sind aber auch Mitglied in dem Gaslobbyverband Zukunft Gas (s. u.). Dass öffentliche Unternehmen, die der Daseinsvorsorge dienen, Lobbyarbeit für klimaschädliche Energieträger mitfinanzieren, ist ein Widerspruch zu ihrer Verpflichtung zum Gemeinwohl. Zudem gibt es eigene Initiativen von Stadtwerken, die sich für das Heizen mit Wasserstoff starkmachen (vgl. 6.2, Kasten Stadtwerke).

220 FAZ, 24.02.22: „Das Trikot bleibt frei, der Druck wächst“. <https://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/bundesliga/fc-schalke-04-und-gazprom-trikot-bleibt-frei-druck-waechst-17831367.html>

221 ZEIT, 01.03.22: „Das Lobbynetzwerk Nord Stream 2 zerfällt“. <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2022-02/nord-stream-2-wirtschaft-gewerbesteuer-sponsoring-lubmin-seite-2>

222 ZEIT, 10.02.22: „Wenn der Gasmann zweimal klingelt“. <https://www.zeit.de/2022/07/nord-stream-2-bundesregierung-gerhard-schroeder/komplettansicht>

223 Bundesnetzagentur. Grundversorgung. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Vportal/Energie/Vertragsarten/Grundversorgung/start.html>

224 Eine Untersuchung aus dem Jahr 2004 stellt fest, dass damals rund 50 % der kommunalen Stromversorger mit privater Beteiligung geführt wurden, in den Großstädten waren es über 70 %. Siehe: Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. EIGATS lokal (2004): https://www2.weed-online.org/uploads/gats_lokal.pdf, S. 18 ff. Eine umfassende aktuelle Untersuchung liegt nicht vor.

225 Lobbypedia. RWE. Abgerufen am 01.08.22: <https://lobbypedia.de/wiki/RWE>, Spiegel, 13.01.05: „RWE sponsert über hundert Kommunalpolitiker“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nebeneinkuenfte-rwe-sponsert-ueber-hundert-kommunalpolitiker-a-336686.html>

226 Correctiv. Kommunalpolitiker in Rheinland-Pfalz: Auf Gehaltslisten von RWE und weiteren Energiekonzernen. Abgerufen am 01.08.22: <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2021/06/24/nebeneinkuenfte-kommunalpolitiker-in-rheinland-pfalz-auf-gehaltlisten-von-rwe/#tabelle>

An vielen Orten gab es in den letzten Jahren Widerstände gegen den Verkauf von Stadtwerken und es entstanden erfolgreiche Initiativen zur Rekommunalisierung, wie zum Beispiel in Berlin und Hamburg.²²⁷ Kommunale Stadtwerke in öffentlicher Hand sowie Initiativen zur Rekommunalisierung könnten bei der Transformation der Energiewirtschaft in Richtung Klimaneutralität, Dezentralisierung und Demokratisierung als Gegengewicht zu den großen Gas- und Energiekonzernen eine zentrale Rolle spielen, sofern sie sich verlässlich finanzieren können.

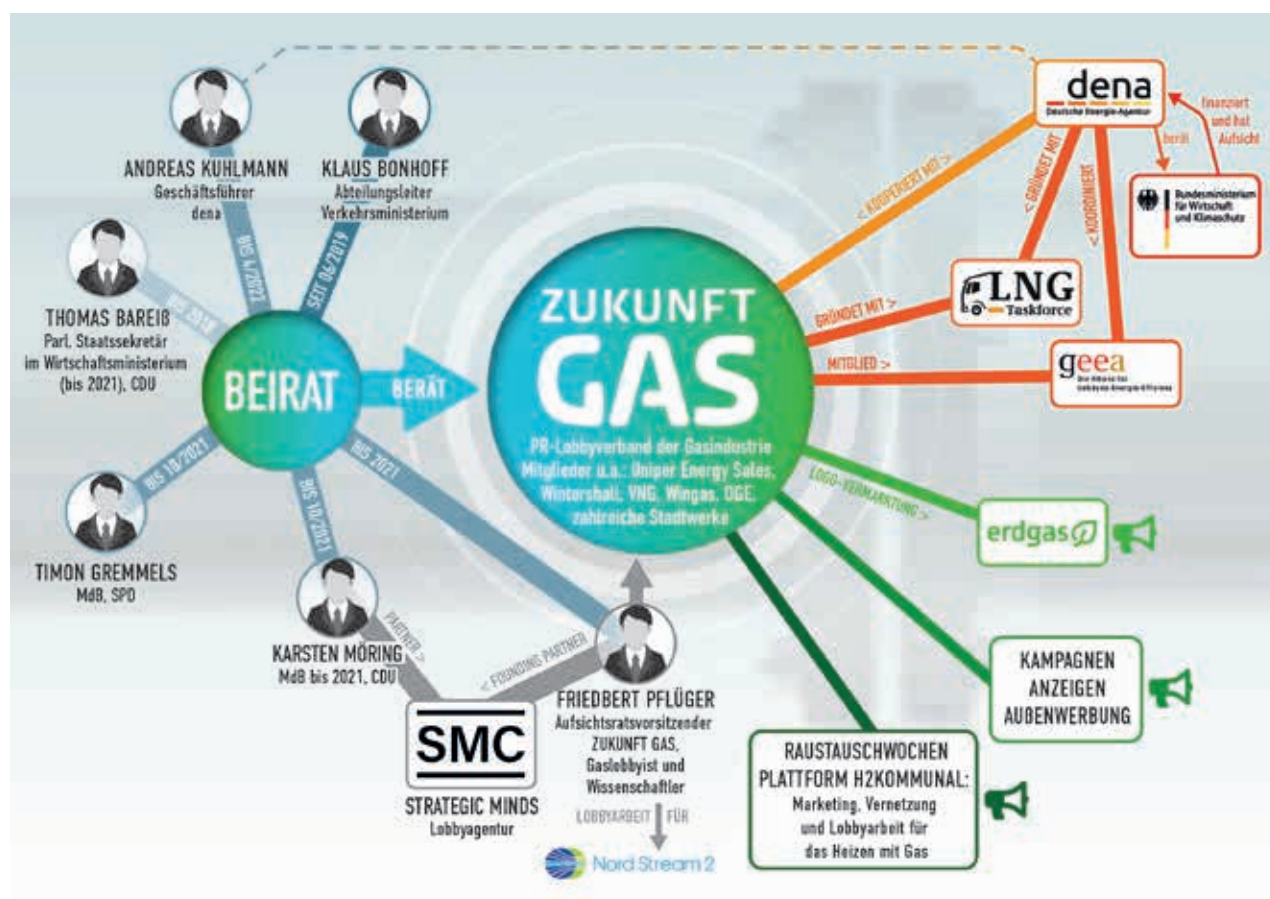
Der PR-Verband Zukunft Gas inszeniert Gas als vermeintlich klimafreundlich und ergänzt damit die klassische Lobbyarbeit von Verbänden wie dem BDEW.

3.3 Lobbyverbände der Gasindustrie

Die großen Gaskonzerne betreiben ihre Lobbyarbeit über ihre eigenen Lobbybüros in Berlin und Brüssel – aber ganz wesentlich auch über ihre Mitgliedschaft in Verbänden. In diesen Verbänden sind auch kleinere und mittelständische Unternehmen Mitglied, doch geben die großen Unternehmen häufig den Ton an.

3.3.1 Zukunft Gas

Der Verband Zukunft Gas ist der zentrale PR- und Lobbyverband der Gasbranche. Er gründete sich 2013 als „Brancheninitiative“ mit dem Namen „Zukunft Erdgas“, um die Interessen der deutschen Gaswirtschaft zu vertreten und verschiedene bestehende Kampagnen zu bündeln.



²²⁷ In Berlin ist nach dem Rückkauf des Berliner Stromnetzes nun auch die Rekommunalisierung der Gas- und Wärmeversorgung geplant. EnergieZukunft. Für eine soziale und ökologische Stadt. Abgerufen am 01.02.22: <https://www.energiezukunft.eu/politik/fuer-eine-soziale-und-oekologische-stadt/>. In Hamburg wurde nach einem Volksentscheid die Rekommunalisierung im Jahr 2020 mit einer Herauslösung des Fernwärmenetzes von Vattenfall abgeschlossen. Süddeutsche Zeitung, 23.12.20: „Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg abgeschlossen“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-hamburg-rekommunalisierung-der-energienetze-in-hamburg-abgeschlossen-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-201223-99-794842>

Zukunft Gas vereint im August 2022 135 Unternehmen ganz überwiegend aus der Erdgas-Wirtschaft. Den Großteil der Mitglieder machen Versorgungsunternehmen und Stadtwerke aus, zahlreiche davon mehrheitlich in kommunalem Besitz.²²⁸ Weitere Mitglieder sind große Gaskonzerne wie VNG oder Wintershall DEA, Fernleitungsnetzbetreiber und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

Auch die Gazprom-Gastankstellentochter Gazprom NGV und Wingas sind Mitglieder bei Zukunft Gas – ihre Mitgliedschaft wurde nach Kriegsbeginn kurzzeitig suspendiert, sie traten nach der Treuhandübernahme des Unternehmens durch die Bundesnetzagentur allerdings wieder ein.²²⁹ Der Verband hat darüber hinaus viele sogenannte „Partner“ und Kooperationen – so vor allem Hersteller aus der Heizungsindustrie oder weitere Verbände wie den DVGW. Aufsichtsratsvorsitzender ist seit Sommer 2021 der Gaslobbyist und frühere CDU-Politiker Friedbert Pflüger (vgl. 4, Kasten Pflüger).²³⁰ Weitere Mitglieder im Aufsichtsrat von Zukunft Gas sind überwiegend Vertreter großer Gaskonzerne wie Uniper, Wintershall DEA, Wingas oder Open Grid Europe. Anfang 2021 benannte sich der Verband von „Zukunft Erdgas“ in „Zukunft Gas“ um. Laut eigenen Aussagen wolle der Verband so die „aktive Transformation der Gaswirtschaft in Richtung Klimaneutralität auch im Namen deutlich machen“.²³¹ Die Umbenennung diene dazu, den fossilen Charakter von Gas zu verschleiern und zu suggerieren, Teil der Lösung für den Klimawandel zu sein.

PRODUKTMARKETING UND KAMPAGNEN FÜR „GÜNSTIGES ERDGAS“

Gründungsziel des Verbands war das „Produktmarketing“ von Erdgas: Erdgas soll als klimafreundlicher Energieträger und als notwendige „Brückentechnologie“ in der Energiewende inszeniert werden, um das Geschäft mit Gas noch so lange wie möglich am Leben zu erhalten (vgl. 1.2). Gas als saubere Lösung für das Heizen zu vermarkten, ist ein weiteres zentrales Ziel des Verbands.²³² So betreibt er beispielsweise mehrere Kampagnen, mit denen er den Stadtwerken



Noch im September 2021 bewarb der Verband „Zukunft Gas“ Erdgas als „kostengünstig“ und „preisstabil“.²³³

hilft, Verbraucher:innen zum Kauf einer neuen Gasheizung zu bewegen (vgl. 6.2).²³⁴

Um seine Botschaften zu platzieren, organisiert der Verband groß angelegte Kampagnen. Erst im Juli 2021 startete er die Anzeigenkampagne „Mit Gas geht's“. Darin wird Gas als klimafreundlicher und bezahlbarer Energieträger dargestellt. Vor allem die Plakatbotschaft „Günstiges Erdgas für das ganze Land sichern? Mit Gas geht's“ zeigt deutlich, wie verfehlt die Versprechen des Verbands teilweise waren.²³⁵

Die Botschaften dieser Kampagne wurden unter anderem als Anzeigen im Wert von schätzungsweise 180.000 Euro in „meinungsbildenden Qualitätsmedien“ wie der Süddeutschen Zeitung, der FAZ, dem Tagesspiegel, der Welt und dem Handelsblatt veröffentlicht.²³⁶ Zusätzlich veröffentlichte der Verband „Advertorials“, also Werbeanzeigen, die in ihrem Layout redaktionellen Texten ähneln, im Wert von fast 100.000 Euro. Außerdem erschienen sie als großflächige Plakatwerbung im öffentlichen Raum, weitere Werbeanzeigen wurden in den sozialen Medien ausgespielt.²³⁷

²²³ Twitter. Zukunft Gas. Abgerufen am 11.1.2023: https://twitter.com/zukunft_gas/status/1432961424054054913

²²⁴ Energie & Management, 18.06.13: „Geballte Kommunikation für Erdgas und die Energiewende“, <https://www.test.energie-und-management.de/nachrichten/alle/detail/geballte-kommunikation-fuer-erdgas-und-die-energiewende-100255>

²²⁵ Weitere Beispiele finden sich auf der Webseite des Verbands: Zukunft Gas. Unsere Kampagnen zu Erdgas und grünem Gas. Abgerufen am 01.08.22: <https://gas.info/verband-zukunft-gas/kampagnen>

²²⁶ PR-Journal, 21.07.21: „Deutsche Gaswirtschaft startet Kampagne ‚Mit Gas geht's‘“, <https://www.pr-journal.de/nachrichten/etats/27289-deutsche-gaswirtschaft-startet-kampagne-mit-gas-geht-s.html>. Die Schätzung der Ausgaben beruht auf eigenen Berechnungen auf Basis der Listenpreise für Bruttowerbeausgaben für die entsprechenden Printmedien, in denen die Anzeigen erschienen sind. Wie weit die Listenpreise von den tatsächlichen Kosten für Zukunft Gas abweichen, bleibt unklar.

²²⁷ PR-Journal, 21.07.21: „Deutsche Gaswirtschaft startet Kampagne ‚Mit Gas geht's‘“, <https://www.pr-journal.de/nachrichten/etats/27289-deutsche-gaswirtschaft-startet-kampagne-mit-gas-geht-s.html>

²²⁸ Zukunft Gas. Mitglieder. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/verband-zukunft-gas/mitglieder>

²²⁹ Zukunft Gas. Mitglieder. Abgerufen am 18.11.22: <https://web.archive.org/web/20211206095531/https://gas.info/die-initiative-zukunft-gas/struktur-und-netzwerk/mitglieder>

²³⁰ Zukunft Gas. Pressemitteilung vom 30.06.21. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/presse/detailseite-news/detail/pressrelease-prof-dr-friedbert-pflueger-zum-neuen-aufsichtsratsvorsitzenden-von-zukunft-gas-gewaeht-3113821?cHash=b034548bd9ca7f5914fab4a5ec29beab>

²³¹ E-Mail des Zukunft Gas-Pressesprechers an LobbyControl am 20.07.21.

²³² „Mit Gas in die klimaneutrale Zukunft“. Gas Info. Energie-Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/energie-gas>

Mit solchen öffentlichkeitswirksamen Kampagnen ergänzt Zukunft Gas seine Lobbybemühungen gegenüber Politiker:innen. Über seine Mitgliedschaft bei der Kampagne „Deutschland macht's effizient“ kooperierte der Verband direkt mit dem Bundeswirtschaftsministerium.²³⁸ Vor allem aber arbeitet er mit der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur DENA zusammen, die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellt ist. Zwischen der DENA, dem Verkehrsministerium und Zukunft Gas gab es langjährige Kooperationen über die „Initiative Erdgasmobilität“ und die „LNG-Taskforce“, die für den Einsatz von Gas im Verkehrssektor warben.²³⁹

Zukunft Gas ist außerdem Mitglied in der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geaa)²⁴⁰ – ein von der DENA gegründeter Zusammenschluss verschiedener Unternehmen aus dem Gebäudesektor, um die Energieeffizienz dort voranzutreiben.²⁴¹ Diese Zusammenarbeit eines Lobbyverbands mit Ministerien und der DENA verdeutlicht, wie stark sich die Bundesregierung in die Nähe der Branche begeben hat (vgl. 5.2). Eine solche Nähe erschwert einen unverstellten Blick bei politischen Entscheidungen. Für die Lobbyarbeit gab Zukunft Gas im Jahr 2021 – nach eigenen Angaben im deutschen Lobbyregister – um die 415.000 Euro aus.²⁴²

POLITIKER:INNEN UND EIN MINISTERIUMSBEAMTER IM BEIRAT

Direkte Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern organisiert Zukunft Gas außerdem über seinen Beirat. Mitglied sind dort Vertreter:innen aus der Gasindustrie, Agenturen, Medien und auch Politiker:innen.²⁴³ Letztere haben sich aber seit Herbst 2021 vermehrt aus dem Beirat zurückgezogen. Laut Satzung berät der Beirat Vorstand und Aufsichtsrat „insbesondere in politischer, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht“.²⁴⁴ Der Beirat trifft sich zweimal im Jahr und steht sonst auf Nachfrage zur Beratung zur Verfügung. Eine Aufwandsentschädigung gibt es für seine Mitglieder laut Zukunft Gas nicht.

Zu den früheren Mitgliedern zählte bis Oktober 2021 SPD-Energiepolitiker Timon Gremmels, dessen Wahlkreis am Sitz von Wintershall DEA in Kassel ist, der aber auch im Solarbereich sehr aktiv ist. Der CDU-Politiker und frühere Bundestagsabgeordnete Karsten Möring war ebenfalls bis Oktober 2021 Beiratsmitglied und wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag „Senior Adviser“ bei der Lobbyagentur Strategic Minds, die vor allem im Gasbereich tätig ist (vgl. 4, Kasten Pflüger).²⁴⁵ Bis 2018 war außerdem der frühere „Energiebeauftragte“ der Unionsfraktion Thomas Bareiß Mitglied. Bareiß musste den Beirat aber verlassen, als er zum parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium ernannt wurde, weil diese neue Position keine Nebentätigkeiten zuließ.²⁴⁶ DENA-Chef Andreas Kuhlmann war bis April 2022 Mitglied im Beirat.²⁴⁷

Momentan sitzt mit Klaus Bonhoff nur noch ein Vertreter aus der Politik im Beirat, dieser ermöglicht aber engen Kontakt zur Arbeit der Bundesregierung: Bonhoff ist seit 2019 Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI).²⁴⁸ Vor seinem Wechsel ins Ministerium im Jahr 2019 war er Geschäftsführer der bundeseigenen GmbH „Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“, kurz NOW GmbH. Diese GmbH berät Bundesbehörden in Sachen Energiewende, ähnlich wie die DENA. Mitglied des NOW-Beirats sind Vertreter aus der Automobil- und Energiewirtschaft wie BMW, Vattenfall, Shell, Total oder der Gaskonzern VNG.²⁴⁹ Stand November 2022 strebt der Verband nach eigenen Aussagen nicht an, weitere Politiker:innen für den Beirat anzuwerben.²⁵⁰

Auf die Wirksamkeit der Lobbyarbeit von Zukunft Gas deutet die Stellungnahme der Bundesregierung zum EU-Kommissionsvorschlag für die „grüne Taxonomie“ hin: Trotz heftiger Kritik aus Wissenschaft und Umweltverbänden hatte die EU-Kommission Gas und Atom als nachhaltige Geldanlagen aufgenommen.²⁵¹ Branchenvertreter:innen reichte das aber nicht. Sie beklagten, dass die Kriterien der

238 Zukunft Gas. Raustauschwochen. Abgerufen am 01.08.22: <https://raustauschwochen.gas.info/>

239 dena. Flüssigerdgas: LNG-Taskforce legt Arbeitsschwerpunkte fest. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/fluessigerdgas-lng-taskforce-legt-arbeitsschwerpunkte-fest/>

240 geaa. Info. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.geaa.info/>

241 dena. „geaa – die Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz“. <https://www.dena.de/themen-projekte/projekte/gebaeude/geaa-die-allianz-fuer-gebäude-energie-effizienz/>. Zuletzt besucht am 17.08.22.

242 Lobbyregister für die Interessenvertreter gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: <https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche?q=zukunft+gas&searchAttributes=name, zuletzt abgerufen am 22.11.22>

243 Gas Info. Verband Zukunft Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/verband-zukunft-gas>

244 E-Mail Charlie Grüneberg an LobbyControl, Pressesprecher Zukunft Gas vom 20.07.21.

245 „Karsten Möring wird Senior Advisor bei Strategic Minds Company“, Meldung von Strategic Minds. <https://www.strategic-minds.eu/karsten-moering/>

246 Lobbypedia. Thomas Bareiß. Abgerufen am 18.11.22: https://lobbypedia.de/wiki/Thomas_Bareiß%C3%9F

247 E-Mail aus der Pressestelle der dena an LobbyControl vom 05.05.22. Auch über seine Leiterin Public Affairs besteht Kontakt zur dena: Annegret-Claudine Agricola hatte vor ihrem Wechsel zu Zukunft Gas mehrere Jahre die dena mit aufgebaut: <https://gwf-gas.de/verbaende/02-10-2020-neue-koepfe-fuer-zukunft-erdgas/>

248 NOW-GmbH. Pressemitteilungen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.now-gmbh.de/aktuelles/pressemitteilungen/naw-geschaefsfuehrer-dr-klaus-bonhoff-wechselt-ins-bmvi/>

249 NOW-GmbH. Struktur. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.now-gmbh.de/ueber-uns/struktur/>

250 E-Mail von Zukunft Gas vom 21.11.22 an LobbyControl.

251 Tagesschau.de, 24.01.22: „Eine Ohrfeige für die EU-Kommission“. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/eu-taxonmie-atomenergie-expertenrat-101.html>

EU-Kommission für die Finanzierung neuer Gaskraftwerke zu streng seien.²⁵² Die Stellungnahme aus dem Bundesfinanzministerium ähnelte in vielen Punkten stark den von Zukunft Gas vorgeschlagenen Änderungswünschen zur Verwässerung der Kriterien.²⁵³

Mit Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 schien es Zukunft Gas politisch angebracht, seine Botschaften zu verändern. Unter dem neuen Begriff „Gasumstieg“ – offenbar in Abgrenzung zu dem von der Klimabewegung populär gemachten Begriff „Gasausstieg“ – plädiert der Verband nun für eine Diversifizierung der Gasversorgung über LNG-Importe sowie vermehrte inländische Gasförderung. Er wirbt weiterhin für den Einbau neuer Gasheizungen und bremst damit den Umstieg auf wirklich klimaschonende Alternativen wie Wärmepumpen.²⁵⁴

3.3.2 BDEW

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ist der etablierte Lobbyverband der Energie- und Wasserbranche. Mit 7,2 Millionen Euro Lobbyausgaben im Jahr 2021 ist er laut deutschem Lobbyregister außerdem der finanzstärkste Lobbyakteur der Energiebranche. Der BDEW ging 2007 aus einer Fusion verschiedener Branchenverbände hervor und erfüllt die klassischen Aufgaben eines Spitzenverbands. Dazu zählt neben der Beratung und Vernetzung der Mitgliedsunternehmen auch die Lobbyarbeit. Mitglieder sind ca. 1.900 Unternehmen – sowohl große Unternehmen wie Eon, RWE und Wintershall DEA als auch zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen wie vor allem Stadtwerke. Die zentrale Rolle des Verbands für die Gaspolitik zeigt sich unter anderem darin, dass der Verband nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine einen Krisenstab einrichtete, an dem im wöchentlichen Abstand auch Staatssekretäre aus dem Bundeswirtschaftsministerium teilnahmen.²⁵⁵

Die Vorsitzenden der Hauptgeschäftsführung des BDEW kamen in den letzten Jahren direkt aus der Politik. Die

CDU-Politikerin Hildegard Müller wechselte 2008 aus ihrem Amt als Staatsministerin im Kanzleramt als Hauptgeschäftsführerin in den BDEW. Stefan Kapferer hatte in verschiedenen FDP-geführten Ministerien als Staatssekretär gearbeitet, als er 2016 Müllers Nachfolger wurde. Seit 2019 wird der BDEW von der früheren Grünen-Bundestagsabgeordneten Kerstin Andreae geführt. Auch der frühere BDEW-Präsident (2014–2018) Johannes Kempmann war ein Grünen-Politiker.

Diese Nähe zahlt sich für den BDEW nun offenbar aus. Auf die Frage, ob die gleiche Parteimitgliedschaft von Andreae und Energieminister Robert Habeck Zugänge erleichtere, sagte Andreae in einem Interview mit dem Tagesspiegel Background, dass ähnliche Positionen zu den Fragen Klimaschutz und Versorgungssicherheit „alles etwas einfacher“ mache.²⁵⁶ Tatsächlich hatte Andreae im Zeitraum Dezember 2021 bis September 2022 gleich 58 Treffen mit Habeck oder Staatssekretär:innen aus dem Bundeswirtschaftsministerium sowie 26 weitere Treffen mit Spitzenpolitiker:innen aus anderen Ministerien. Bezüglich direkter Lobbyarbeit – also Gesprächen mit Spitzenpolitiker:innen – ist der BDEW damit der Lobbyverband mit den meisten Zugängen.

Diese Hinwendung zu den Grünen spiegelt das Wachstum der Erneuerbaren in der Energiebranche wider. Tonangebend im Verband sind aber offenbar noch immer vor allem große Energiekonzerne wie Eon, RWE oder VNG. So betonen Funktionär:innen des Verbandes auch regelmäßig die Bedeutung von Erdgas als Teil der Energiewende, machen sich für neue LNG-Terminals und das Heizen mit Gas stark.²⁵⁷ Der BDEW erklärte zudem noch Ende 2021 gegenüber FOCUS Online, dass Russland „seine Lieferverpflichtungen gegenüber Deutschland“ erfülle.²⁵⁸ Zu den 91 Sponsoren des BDEW-Kongresses 2022 zählten unter anderem Uniper, Wintershall DEA, VNG, Equinor, Open Grid Europe und Viessmann.²⁵⁹

252 Zukunft Gas, 06.01.22: Entwurf eines delegierten Rechtsakts für eine EU-Taxonomie für Gaskraftwerke, Stellungnahme Zukunft Gas e. V. <https://gas.info/fileadmin/Public/PDF-Download/stellungnahme-eu-taxonomie-gaskraftwerke-zukunft-gas.pdf>

253 <https://twitter.com/lobbycontrol/status/1485967179963158529>, Quellen dazu: <https://gas.info/fileadmin/Public/PDF-Download/stellungnahme-eu-taxonomie-gaskraftwerke-zukunft-gas.pdf> und Bundesfinanzministerium, Stellungnahme zur Taxonomie. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Europa/stellungnahme-zur-taxonomie.pdf?__blob=publicationFile&v=4

254 Zukunft Gas, Gasumstieg jetzt! Abgerufen am 01.08.22: <https://gas.info/fileadmin/Public/PDF-Download/Gasumstieg.pdf>

255 Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Möglicher Einfluss der Gas-Lobby auf die Bundesregierung“, 11.10.22: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003927.pdf>

256 Tagesspiegel Background Energie & Klima, 03.11.22: „Die Politik darf keine falschen Hoffnungen wecken“, Interview mit Kerstin Andreae. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/die-politik-darf-keine-falschen-hoffnungen-wecken>

257 In ihrer Eröffnungsrede auf dem BDEW-Kongress 2022 wandte sich Geschäftsführerin Andreae explizit gegen die medial viel zitierten Aussagen des BMWK-Staatssekretärs Patrick Graichen zur weiteren Nutzung von Gas als Energieträger. Diese „Brücke“ sei nicht „eingestürzt“, betont Andreae, deshalb sollten Kommunen ihre Gasnetze auch nicht zurückbauen. BDEW, Das war der BDEW-Kongress 2022. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.bdew.de/energie/das-war-der-bdew-kongress-2022/>

258 Focus-online, 29.10.21: „Durch ihr gefährliches Spiel mit Nord Stream 2 riskiert Baerbock die grüne Energiewende“, https://www.focus.de/politik/deutschland/putins-erdgas-fuer-deutschland-durch-ihre-gefaehrliches-spiel-mit-nord-stream-2-riskiert-baerbock-die-gruene-energiende_id_24372450.html

259 BDEW, Partner & Aussteller. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.bdew-kongress.de/partner-aussteller/partner-aussteller/>

3.3.3 Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: Außenpolitische Nebenstelle der Industrie

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist ein Außenwirtschaftsverband, der die Interessenvertretung deutscher Wirtschaftsverbände und Unternehmen gegenüber 29 Ländern in Ost- und Mitteleuropa sowie den Südkaukasus und Zentralasien bündelt. Der Verband wird von sechs Spitzenverbänden getragen, darunter der BDI, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Bundesverband deutscher Banken (BdB). Im Vorstand sitzen mit BASF-Manager Hans-Ulrich Engel und Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach zwei zentrale Akteure mit Interessen im Gasmarkt. Auch im 28-köpfigen Präsidium sind zahlreiche Personen mit Verbindungen zur Gasindustrie vertreten: der Lobbyist Klaus Mangold, der auch langjähriger Vorsitzender des Ost-Ausschusses war (vgl. 4.4), Ulf Heitmüller (VNG) und Martin Herrenknecht vom Tunnelbauunternehmen Herrenknecht AG. Wintershall DEA-Chef Mario Mehren leitet den Arbeitskreis Russland im Verband. Dort versammeln sich zahlreiche Unternehmen, die sich in Russland geschäftlich engagieren und sich dafür lange Zeit mit Kritik an Putin zurückhielten. Auch Gazprom Germania und Rosneft Deutschland GmbH gehörten bis zum Kriegsbeginn dem Ost-Ausschuss an.²⁶⁰

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gilt als einer der einflussreichsten Lobbyverbände der Nachkriegszeit. Bereits in den Anfangsjahren der deutsch-sowjetischen und später deutsch-russischen Gasgeschäfte drängte er auf enge Wirtschaftsbeziehungen und setzte sich immer wieder gegen harte Sanktionen gegen Russland ein – dies tat er noch im März 2022.²⁶¹ Der Verband trug stark dazu bei, das Narrativ „Wandel durch Handel“ bzw. „Wandel durch Annäherung“ voranzutreiben. Dies diente lange Zeit dazu, die Russland-Geschäfte deutscher Unternehmen trotz zunehmender Aggressionen und demokratischer Einschränkungen durch Putin zu legitimieren und Politiker:innen für deren Unterstützung zu gewinnen. Die FAZ spricht von einer „Nebenaußenpolitik“, die der Ost-Ausschuss bereits in den 1960er-Jahren betrieben habe.²⁶²

Das gilt auch für die Energiepolitik: In den letzten Jahren wandte sich der Ost-Ausschuss gegen die US-Sanktionen im Zusammenhang mit Nord Stream 2.²⁶³ Noch im Februar 2021 sprach sich der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses, Michael Harms, für „verstärkte Energiebeziehungen“ mit Russland aus und meinte, dass von einer einseitigen Abhängigkeit „nicht die Rede sein“ könne.²⁶⁴ Die mächtige Stimme in Russland tätiger Unternehmen blieb im Bundeswirtschaftsministerium nicht ungehört. Man stand in engem Austausch, kooperierte regelmäßig, zum Beispiel bei sogenannten Markterkundungsreisen.²⁶⁵ Zu seinem 70-jährigen Jubiläum Anfang 2022 lobte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Verband recht überschwänglich für seinen Beitrag „zum friedlichen Wachsen und Zusammenwachsen unseres Kontinents“.²⁶⁶

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs befindet sich der Verband auf einem Schlingerkurs: Einerseits ist er weiterhin eine laute Stimme gegen harte Wirtschaftssanktionen, andererseits konzentriert der Verband nach eigener Aussage seine Aufmerksamkeit vermehrt auf Länder wie Tschechien, Polen und auf den Wiederaufbau der Ukraine.²⁶⁷ Die Zusammenarbeit mit autoritär regierten Ländern wie Kasachstan oder Aserbaidschan, die Erdgas oder Erdöl in die EU liefern, bleibt aber ebenfalls im Fokus des Ausschusses.²⁶⁸

3.3.4 Weitere Lobbyverbände und Lobbyagenturen

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** zählt zu den ältesten Branchenverbänden in Deutschland. Im Sinne einer „technischen Selbstverwaltung“ ist der Verband zuständig für die Normierung und Prüfung wichtiger Parameter für die Branche (vgl. 2.3.2). Mit einer umfassenden sogenannten „Innovationsoffensive“ betrieb er in den Jahren 2011 bis 2015 Grundlagen

263 WirtschaftsWoche, 04.09.20: „Ostauschuss der Wirtschaft lehnt schärfere Russland-Sanktionen ab“. <https://www.wiwo.de/politik/europa/giftanschlag-auf-regimekritiker-nawalny-ostauschuss-der-wirtschaft-lehnt-schaerfere-russland-sanktionen-ab/26158072.html>

264 Zitiert nach: <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/der-offenbarungseid-der-sogenannten-russland-experten-31964522.html>

265 Gleiches gilt für das Außenministerium, das mit dem Ost-Ausschuss ein deutsch-russisches Themenjahr für Wirtschaft und Nachhaltigkeit einberief – seit Kriegsbeginn ruht allerdings die Schirmherrschaft von Außenministerin Annalena Baerbock. Deutsch-Russisches Jahr. Aktuelles. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.deutsch-russisches-themenjahr.de/de/drj2020/drj2020-aktuelle-meldungen>

266 Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Ost-Ausschuss startet sein Jubiläumsjahr. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.ost-ausschuss.de/de/ost-ausschuss-startet-sein-jubilaumsjahr>

267 FAZ, 10.05.22: „Ost-Ausschuss geht auf Abstand zu Autokratien“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ost-ausschuss-geht-wegen-ukraine-krieg-auf-abstand-zu-autokratien-18020347.html?premium>

268 Ost-Ausschuss. Aserbaidschan. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.ost-ausschuss.de/de/laender/aserbaidshan>, Ost-Ausschuss. Antworten für die Herausforderungen der Zukunft. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.ost-ausschuss.de/de/antworten-fuer-die-herausforderungen-der-zukunft>

260 Ost-Ausschuss. Mitglieder. Abgerufen am 18.11.22: <https://web.archive.org/web/20211019083438/https://www.ost-ausschuss.de/de/mitglieder>

261 Spiegel Online, 28.03.22: „Ost-Ausschuss der Wirtschaft warnt offenbar vor zu weitreichenden Sanktionen“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/russland-ost-ausschuss-der-deutschen-wirtschaft-warnt-offenbar-vor-zu-weitreichenden-sanktionen-a-b7887013-c6e5-4fd8-b942-1e1c98f5a0b9>

262 FAZ, 10.04.22: „Der Weg in die Erdgasfalle“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energieversorgung-wie-kam-es-zur-abhaengigkeit-von-russland-17943604.html?premium>

intensive Lobbyarbeit für eine neue politische Gasstrategie. Dafür inszenierte er Gas als klimafreundlich und „Partner der Erneuerbaren“ gegenüber Politik und Medien (vgl. 5.1).

Die **Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB Gas)** ist der Branchenverband der zwölf Betreiber der deutschen Ferngasleitungen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist die Erarbeitung des Netzentwicklungsplans (NEP) für die Gasfernleitungsnetze (vgl. 2.3.1).

Der **Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (BVEG)** vertritt die Interessen der Unternehmen, die in Deutschland Erdgas und Erdöl fördern und Speicher betreiben. Der Verband ist mit seinen 80 Mitgliedsunternehmen recht klein. Sein Hauptsitz in Hannover verweist auf die enge regionale Verbindung zu Niedersachsen, dem Land, in dem am meisten Erdgas in Deutschland gefördert wird. Der BVEG lobbyiert unter anderem für den Erhalt und Ausbau der Gasförderung in Deutschland. Seit sich Deutschland bemüht, ohne russisches Erdgas auszukommen, ist seine Stimme wieder lauter geworden.²⁶⁹ Große Mitgliedsunternehmen im Verband sind ExxonMobil, Wintershall DEA und Uniper Energy Storage GmbH.

Der **Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)** vereint die kommunalen Versorgungsunternehmen aus den Bereichen Entsorgung, Verkehr, Wasser- und Energieversorgung, darunter auch die Gasversorgung. Diese Unternehmen bezeichnen sich selbst häufig als Stadtwerke. Da an vielen Stadtwerken die öffentliche Hand beteiligt ist, ist hier der Übergang zur Kommunalpolitik fließend. So sind im VKU-Vorstand Vertreter:innen von Kommunen ebenso wie der Deutsche Städtetag vertreten. Das Amt des Präsidenten übernehmen traditionell Bürgermeister, in den vergangenen Jahren vor allem aus der SPD, so zum Beispiel der damalige Oberbürgermeister von Hannover und heutige Ministerpräsident von Niedersachsen Stephan Weil (2007-2012). Die Geschäftsführer:innen dagegen hatten in den vergangenen Jahren ein CDU-Parteibuch, so zum Beispiel Katherina Reiche, die heutige Chefin der wichtigsten Eon-Tochter Westenergie und Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats (vgl. 6.1).

Weitere zentrale Verbände mit Interessen in der Gasbranche sind der **Verband der Chemischen Industrie (VCI)** als mächtiger Lobbyverband der energieintensiven Chemieindustrie. Die enge Verbundenheit des Verbands mit BASF zeigt sich an der Besetzung seines Präsidiums und Vorstands: BASF-Chef Martin Brudermüller ist aktuell einer der drei Vizepräsidenten. Auch die Geschäftsführer der letzten Jahre kamen von BASF zum Verband oder hatten dort zumindest – wie der aktuelle Geschäftsführer – langjährige Arbeitsstationen.²⁷⁰ Auch der **Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)** hat Lobbyarbeit dafür betrieben, dass die deutsche Industrie mit dem vermeintlich billigen Gas aus Russland versorgt wird.²⁷¹ Er ist zudem einer der sechs Trägerverbände des „Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft“.

Ein wichtiger Akteur ist aufgrund seines besonders guten Zugangs zur CDU der mächtige Lobbyverband **Wirtschaftsrat der CDU e.V.**²⁷² Aktuell wird dessen Fachforum Energie von einem Eon-Manager geleitet. Mitglied im Wirtschaftsrat sind unter anderem auch VNG und Uniper. Die **Gaskoalition** ist ein informeller Zusammenschluss von 17 großen Gas- und gasverbrauchenden Konzernen, die mehrmals Positionspapiere mit Forderungen an Politik verfasst hat.²⁷³ Sie fordert etwa eine weiterhin zentrale Rolle für Gas ein – mit dem Argument, dass dieses unter anderem durch Beimischung von Wasserstoff zukünftig „grüner“ sei. Die Gaskoalition wird im jährlichen Wechsel von den Mitgliedsunternehmen geleitet, im Jahr 2022 war dies Wintershall DEA. Laut Lobbyregister hat die Koalition kein eigenes Budget für Lobbyausgaben.

Lobbyarbeit wird nicht nur über Konzernrepräsentanzen und Verbände betrieben, sondern auch über **Lobbyagenturen**, die im Auftrag ihrer Kunden Strategien entwerfen, um Lobbyinteressen gegenüber der Politik durchzusetzen. Dafür engagieren sie häufig ehemalige Politiker:innen und nutzen ihre gut gepflegten Kontakte. Die Arbeit von Lobbyagenturen ist in der Regel sehr intransparent, immerhin lassen sich aber seit Neuestem ihre Budgets und zum Teil ihre Kunden im Lobbyregister ablesen. In Deutschland

270 VCI. VCI-Präsidium bestellt Nachfolger von Utz Tillman. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.vci.de/presse/pressemitteilungen/wolfgang-grosse-entrup-wird-neuer-hauptgeschaefsfuehrer-vci-praesidium-bestellt-nachfolger-von-utz-tillmann.jsp>

271 BDI. BDI im Lobbyregister eingetragen. Abgerufen am 18.11.22: <https://bdi.eu/artikel/news/bdi-im-lobbyregister-eingetragen/>

272 LobbyControl. 15.03.21. „Der Wirtschaftsrat der CDU: Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser. <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbycontrol-Studie-Wirtschaftsrat-Klimabremser.pdf>

273 Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam sichern: der Beitrag der Gaswirtschaft und Industrie, Februar 2020, https://www.vng.de/sites/default/files/2021-03/positions-papier_der_gaswirtschaft_und_industrie_2020_klimaschutz-wettbewerbsfaehigkeit.pdf

269 BVEG. Industrie erwartet klares Bekenntnis zur heimischen Förderung. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.bveg.de/die-branche/erdgas-und-erdoel-in-deutschland/industrie-erwartet-klares-bekenntnis-zur-heimischen-foerderung/>

arbeiten zum Beispiel die Agenturen EUTOP,²⁷⁴ Strategic Minds und Anda Communications im Auftrag von Uniper. EUTOPs früherer Geschäftsführer arbeitet heute als Cheflobbyist für Uniper;²⁷⁵ die Agentur Strategic Minds geht ursprünglich auf den Gaslobbyisten und früheren CDU-Politiker Friedbert Pflüger zurück (vgl. 4, Kasten Pflüger).²⁷⁶

3.4 Jenseits der Konzernlobby: Gewerkschaften, Umweltverbände, Klimabewegung und kleinere Unternehmen

Zu den Interessenvertreter:innen im Bereich Gas zählen auch Gewerkschaften, Umweltverbände, Verbraucherverbände und kleine und mittlere Unternehmen sowie Akteure aus der Klimabewegung. Diese sind allerdings der Lobbymacht der Konzerne und deren Verbänden weit unterlegen. Das zeigt schon allein ein Blick auf ihre Anzahl von Lobbyist:innen und ihre finanziellen Ressourcen, sprich: ihre Lobbyausgaben. So gaben etwa die drei größten deutschen Umweltverbände, die neben anderen Themen auch viel zum Thema Gas arbeiten – die Deutsche Umwelthilfe, Greenpeace und der BUND – im Jahr 2021 laut deutschem Lobbyregister etwa 1,55 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus. Das ist ein kleiner Betrag im Vergleich zu den schätzungsweise mindestens 40 Millionen Euro Lobbyausgaben aus der Gasindustrie (vgl. 3.5).

Wichtigste Gegenkräfte zur Gaslobby in klimapolitischen Fragen sind Umweltverbände und die Klimabewegung. Allerdings gibt es nur wenige Umweltverbände, die sich dem Thema Gas schwerpunktmäßig widmen. Von den größeren Akteuren gehört dazu vor allem die Deutsche Umwelthilfe, die mit einem mehrköpfigen Team gegen den Ausbau von LNG-Terminals und für einen schnellen Erdgasausstieg mobilisiert.²⁷⁷ Auch Greenpeace und der



Anlässlich der Verstaatlichung von Uniper forderten Umweltverbände die Politik auf, Unipers fossile Geschäfte einzustellen.

BUND plädieren für einen schnellen Ausstieg aus fossilem Gas.²⁷⁸ Regionale Gruppen des BUND betreiben Kampagnen gegen den Bau neuer LNG-Terminals.²⁷⁹ Die Nicht-regierungsorganisation urgewald macht Kampagnenarbeit unter anderem gegen das Festhalten der Gaskonzerne Wintershall DEA und Uniper am fossilen Geschäftsmodell.²⁸⁰ Die Organisation Bürgerbegehren Klimaschutz setzt sich an Standorten von Gaskraftwerken in öffentlicher Hand für Bürgerbegehren ein, die auf einen Ausstieg aus dem Heizen mit Erdgas hinwirken.²⁸¹

Anders als bei Themen wie Kohle und Ausbau der erneuerbaren Energien gibt es zwischen diesen Akteuren nur eine punktuell übergreifende Zusammenarbeit. Auch manche Akteure aus den Umweltverbänden hielten Erdgas lange für weit weniger klimaschädlich als Kohle und Öl und haben

274 Lobbypedia. EUTOP. Abgerufen am 01.08.22: <https://lobbypedia.de/wiki/EUTOP>

275 politik&kommunikation, 20.02.18: „Dauke leitet Hauptstadtbüro von Uniper“. <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/dauke-leitet-hauptstadtbuero-von-uniper/>

276 politik&kommunikation, 06.06.22: „Lang ist neuer Geschäftsführer bei Bingmann Pflüger International“. <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/joachim-lang-uebernimmt-die-mehrheit-an-bingmann-pflueger-international-und-wird-alleiniger-geschaefts-fuehrer/>, <https://www.strategic-minds.eu/>

277 Deutsche Umwelthilfe. Für die Zukunft: Grüner Wasserstoff. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.duh.de/gas/>

278 Greenpeace. Klimaschutz braucht Gasausstieg. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg>, BUND. Energiesicherheit jetzt! Abgerufen am 18.11.22: <https://aktion.bund.net/energiesicherheit-jetzt>

279 BUND. LNG ist eine Sackgasse. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.bund-niedersachsen.de/themen/mensch-umwelt/klima-und-energie/sackgasse-lng/>

280 Urgewald. 17.05.22. Pressemitteilung: „Uniper: Fossile Geschäfte mit Kriegstreibern statt Aufbruch in erneuerbare Zeiten“. <https://www.urgewald.org/medien/uniper-fossile-geschaefte-kriegstreibern-statt-aufbruch-erneuerbare-zeiten>

281 BürgerBegehren Klimaschutz. Raus aus dem Erdgas Wärmewende selber machen. Abgerufen am 01.08.22: <https://buenger-begehren-klimaschutz.de/projects/raus-aus-dem-erdgas-waermewende-selber-machen/>



daher andere Prioritäten gesetzt. Auch dadurch fehlt ein starkes klimapolitisches Gegengewicht zur Gaslobby. Die deutsche Klimabewegung hatte sich ebenfalls lange auf den Kohleausstieg konzentriert. Dies änderte sich, nachdem der Kohleausstieg beschlossen war: Fridays for Future, Ende Gelände oder andere aktivistische Gruppen wie GasExit setzen sich seit einigen Jahren verstärkt für einen Ausstieg aus fossilem Gas ein und organisieren größere Protestaktionen.²⁸²

Gegenspieler zu den großen Konzernen aufseiten der Unternehmen sind einige kommunale Stadtwerke, Ökostromanbieter oder Akteure aus dem Bereich der Bürgerenergie, die sich für eine klimafreundliche Ener-

giehende mit dezentralen und demokratischen Strukturen einsetzen. So hat zum Beispiel ein Bündnis aus elf Energieunternehmen eine Klage gegen die Marktaufteilung von RWE und Eon im Jahr 2019 eingereicht – ein Urteil steht zu Redaktionsschluss noch aus.²⁸³ Unterstützung bekommen die Unternehmen durch die Kampagne „Wir spielen nicht mit!“ von einem Bündnis aus Unternehmen aus dem Bereich der Bürgerenergie, dem Bund der Energieverbraucher, ökologisch orientierten Wirtschaftsverbänden sowie Wissenschaftler:innen wie Claudia Kemfert und Volker Quaschning.²⁸⁴

Eine gänzlich andere Rolle nimmt die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) als wichtigste Gewerkschaft für den Gassektor ein: Die IGBCE vertritt mehr als 600.000 Beschäftigte,²⁸⁵ ein Großteil der in ihr organisierten Branchen wie beispielsweise Papier, Chemie und Glas sind energieintensiv. Ähnlich wie BASF warnte die Gewerkschaft in drastischen Worten vor „funda-

mentale[n] Konsequenzen für hunderttausende Industriebeschäftigte und den Industriestandort Deutschland.“²⁸⁶ Die IGBCE ist außerdem bekannt dafür, dass sie sich nur verhalten zu Klimaschutzmaßnahmen äußert, um Arbeitsplätze in ihrem Sektor kurzfristig zu sichern.²⁸⁷

3.5 Die Lobbymacht im deutschen Gasmarkt in Zahlen

Die ökonomische Macht der Konzerne schlägt sich auch in politischer Macht nieder. Die Lobbyausgaben der Unternehmen, die diese seit März 2022 im deutschen Lobbyregister veröffentlichen müssen, ermöglichen einen Einblick in die verfügbaren finanziellen Mittel. Die Akteure schätzen dabei ihre Lobbyausgaben selbst, die Bundestagsverwaltung kann die Angaben nur begrenzt überprüfen. Es ist durchaus davon auszugehen, dass die Lobbyausgaben vieler Akteure höher liegen als angegeben. Zudem haben Gazprom und sämtliche Gazprom-Töchter keine Angaben im Lobbyregister gemacht, damit fehlen die Zahlen für zentrale Akteure.

Nach unserer Definition finden sich im Lobbyregister 74 Unternehmen und 12 Gas-Lobbyverbände, die im Gasbereich tätig sind. Diese geben zusammen rund 40 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus und beschäftigen 426 Lobbyist:innen.²⁸⁸ Davon fallen allein mehr als zwölf Millionen Euro und 70 Lobbyist:innen auf die Unternehmen Eon, Uniper, EnBW, RWE und Wintershall DEA.

286 IGBCE. Sichere Energieversorgung – trotz Gasembargo? Abgerufen am 01.08.22: <https://igbce.de/resource/blob/206672/8b00a89407fe9d4873df83bc12013556/igbce-positionspapier-gasembargo-data.pdf>

287 RND, 23.10.21: „Kohleausstieg 2030? IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis warnt vor Symbolpolitik“. <https://www.rnd.de/wirtschaft/klimaschutz-ig-bce-chef-michael-vassiliadis-warnt-vor-symbolpolitik-der-ampel-koalition-U2ADJNFZAFBPXFN6YH7WU2P2Y.html>. Über die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi hat die IGBCE im Gewerkschaftsdachverband eine zentrale Rolle eingenommen: Fahimi war lange Zeit Gewerkschaftssekretärin bei der IGBCE und ist mit IGBCE-Chef Michael Vassiliadis liiert. Sowohl Fahimi als auch Vassiliadis sind eng mit der SPD verbunden: Fahimi als langjährige Bundestagsabgeordnete, Staatssekretärin und zuletzt Generalsekretärin und Vassiliadis zumindest als langjähriges Mitglied.

288 Wir schließen Unternehmen und Verbände entlang der Lieferkette im Erdgasmarkt ein, also solche, die mit Förderung, Netzbetrieb, Speicher, Versorgung, Handel befasst sind oder Gaskraftwerke betreiben. Die Lobbyausgaben beziehen sich auf die Gesamtlobbyausgaben der entsprechenden Unternehmen und können deshalb auch andere Geschäftsbereiche wie etwa Erdölförderung oder Stromversorgung enthalten. Nicht eingerechnet in die Berechnung der Lobbyausgaben sind Gasverbraucher wie die energieintensiven Unternehmen oder Geräte- und Anlagenhersteller sowie Dienstleister. Auch die Unternehmen aus den Bereichen Industriegase oder Biogase sind nicht Teil der Zählung. Ebenfalls nicht in die Lobbyausgaben eingerechnet sind Dachverbände mit sehr hohen Lobbyausgaben wie BDI oder VCI, weil sie auch Lobbyarbeit zu vielen anderen Themen betreiben. Da die Lobbyakteure ihr Lobbybudget in Spannen angeben, haben wir die jeweils niedrigste Summe angegeben und in die Rechnungen einbezogen, außer bei der Stufe 0-10.000, für die jeweils 5.000 Euro berechnet wurden. Die Zahlen im Lobbyregister beruhen auf eigenen Angaben der Unternehmen, die nicht überprüft werden können. <https://www.lobbyregister.bundestag.de>.

282 So organisiert Ende Gelände Massenproteste an den geplanten Standorten von LNG-Terminals. Fridays for Future prägten den Twitter-Hashtag #VollgasIndieKrise. Die FFF-Aktivistin Luisa Neubauer war außerdem eine der Erstunterzeichner:innen eines Aufrufs für ein Gasembargo gegen Russland und thematisiert häufig den Zusammenhang zwischen Krieg und fossilen Energieträgern wie Erdgas. Ende Gelände 2022. Ende Gelände ruft zu Widerstand gegen LNG-Terminals im Großraum Hamburg auf. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.ende-gelaende.org/news/pressemitteilung-vom-20-06-2022/> und RP-online, 20.04.22: „Luisa Neubauer fordert Gasembargo gegen Russland“. https://rp-online.de/politik/deutschland/ukraine-und-klima-luisa-neubauer-fordert-gasembargo-gegen-russland_aid-68229675.

283 Energynet. Warum wir beim Strom-monopoly von RWE und Eon nicht mitspielen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.energynet.de/2021/04/08/strom-monopoly/>

284 Wir spielen nicht mit. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.wir-spielen-nicht-mit.de/>

285 IGBCE. Wie wir aufgebaut sind. Abgerufen am 18.11.22: <https://igbce.de/igbce/ueber-uns/die-organisation/wie-wir-aufgebaut-sind-1628>

DIE 20 GRÖSSTEN UNTERNEHMEN IM DEUTSCHEN GASMARKT NACH LOBBYAUFGABEN ²⁸⁹

	Unternehmen	Lobbybudget 2021 Untergrenze (in Euro)	Lobbyist:innen
			
1	Eon	3.040.001	10
2	Uniper	2.830.001	13
3	RWE	2.220.001	28
4	EnBW Energie Baden-Württemberg	2.210.001	11
5	Wintershall DEA	1.860.001	8
6	Shell Deutschland GmbH/Deutsche Shell Holding	1.360.001	15
7	Thüga	1.030.001	6
8	Vattenfall	990.001	12
9	Stadtwerke München	960.001	35
10	ExxonMobil Central Europe Holding	610.001	5
11	EWE/EWE Gasspeicher	540.001	7
12	Mainova	470.001	1
13	Open Grid Europe	440.001	10
14	Trianel (Daten nur für 2020 angegeben)	390.001	4
15	TotalEnergies Marketing Deutschland	380.001	7
16	Westenergie	370.001	12
17	Westnetz	330.001	1
18	VNG/VNG Gasspeicher	305.001	3
19	GELSENWASSER	270.001	5
20	EWE NETZ	250.001	4
	Summe	20.855.020	197

DIE TOP 5 UNTERNEHMEN MIT DEN HÖCHSTEN LOBBYAUFGABEN IM DEUTSCHEN GASMARKT

■ Lobbyausgaben in Mio. €
■ Anzahl Lobbyist:innen

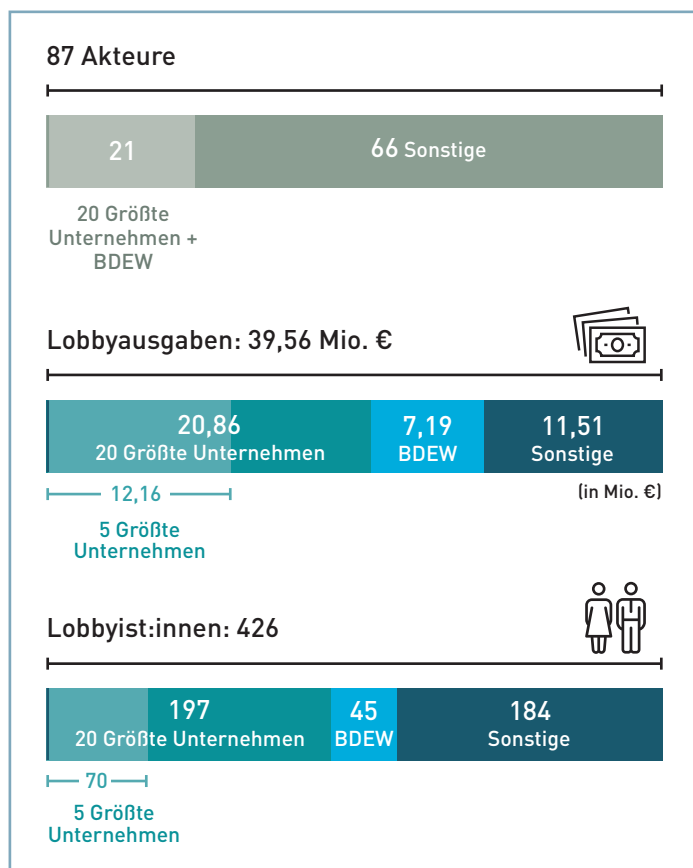


²⁸⁹ Nach eigenen Angaben aus dem Lobbyregister: <https://www.lobbyregister.bundestag.de>. 100 prozentige Tochterunternehmen bzw. regionale Dependancen wurden mit den Mutterkonzernen zusammengerechnet, wenn sie den gleichen Namen haben – mit Ausnahme der Netzbetreiber, weil diese von den Mutterkonzernen entflochten sind.

RANKING DER VERBÄNDE IM DEUTSCHEN GASMARKT NACH LOBBYAUSGABEN²⁹⁰

Unternehmen		Lobbybudget 2021 Untergrenze (in Euro)	Lobbyist:innen
1	BDEW	7.190.001	45
2	VKU	5.630.001	72
3	Zukunft Gas e. V.	410.001	0
4	DVGW	370.001	12
5	FNB Gas e. V.	320.001	1
6	Initiative Energien Speichern e.V. (INES)	290.001	0
7	Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e. V.	270.001	2
8	EFET	230.001	1
9	8KU GmbH	210.001	1
10	Maritime Plattform e. V.	70.001	0
11	Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft	5.000	2
12	International Association of Oil & Gas Producers Europe	5.000	2
Summe		17.250.010	137

ÜBERSICHT: DIE DEUTSCHE GASLOBBY IN ZAHLEN



Die energieintensiven Konzerne sind nicht in die Berechnung der Lobbyausgaben der Gasindustrie miteinbezogen. Da sie jedoch intensiv Lobbyarbeit für Gas betreiben (vgl. 2.2), sollte deutlich werden, in welcher Größenordnung hier Lobbyarbeit betrieben wird: Allein zehn der größten Lobbyakteure aus diesem Bereich geben laut Lobbyregister zusammen über 27 Millionen Euro für ihre Lobbyarbeit aus.²⁹¹

Auch ein allgemeines Ranking aller Unternehmen im Lobbyregister mit den höchsten Lobbyausgaben in Deutschland ist aufschlussreich: Hier liegen gleich mehrere Energie- und Gaskonzerne auf den vordersten Plätzen: Eon auf Platz 7, Uniper auf Platz 10 und RWE auf Platz 20, EnBW folgt auf Platz 21. Mit BASF steht der größte industrielle Gasverbraucher auf Platz 3 und Siemens Energy als wichtigster Anlagenbauer für die Gasindustrie auf Platz 9.²⁹²

²⁹⁰ Nach eigenen Angaben aus dem Lobbyregister: <https://www.lobbyregister.bundestag.de>.

²⁹¹ Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Angaben im Lobbyregister des Deutschen Bundestags

²⁹² Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Angaben im Lobbyregister des Deutschen Bundestags

WEITERE ZENTRALE AKTEURE IM GASKMARKT:

ENERGIEINTENSIVE UNTERNEHMEN, ANLAGENBAUER UND DEREN VERBÄNDE (AUSWAHL) ²⁹³

Unternehmen/Verband		 Lobbybudget 2021 Untergrenze (in Euro)	 Lobbyist:innen
1	VCI, Verband der chemischen Industrie	8.230.001	63
2	BASF	3.800.001	22
3	Siemens Energy	2.990.001	36
4	Lanxess	2.070.001	9
5	Wirtschaftsvereinigung Stahl	2.030.001	13
6	Bayer	1.980.001	21
7	Thyssenkrupp Steel Europe	1.950.001	10
8	Evonik	1.890.001	8
9	Covestro Deutschland AG	1.330.001	28
10	VIK, Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft	1.020.001	10
Summe		27.290.010	220

3.6 Fazit

Einige große Energie- und Gaskonzerne haben in den letzten Jahren und Monaten hohe Gewinne eingefahren und ihr Geschäft immer weiter ausgebaut. Die wirtschaftliche Macht der Gasunternehmen schlägt sich auch in problematischer politischer Macht nieder, wie die hohen Lobbyausgaben, das umfangreiche Sponsoring und das Engagement von Lobbyagenturen zeigen: Tatsächlich belegen neuere Forschungen aus den USA, dass bei steigender Marktkonzentration auch die Lobbyarbeit der Konzerne intensiver wird.²⁹⁴

Mit großen Geldsummen und einer Unzahl an Lobbyist:innen drängen die Unternehmen und ihre Lobbyverbände die Politik dazu, ihre Geschäfte mit dem fossilen Gas weiter abzusichern – und geben sich gleichzeitig nach außen einen grünen Anstrich. Dieses Übergewicht der Konzerne ist auch deswegen problematisch, weil starke Gegenkräfte fehlen. Akteure aus Umwelt- und Klimabewegung sind zwar zum Teil mobilisierungstark und gelten in weiten Teilen der Gesellschaft als glaubwürdig, können aber nicht die gleichen finanziellen Mittel wie die Akteure der Gaslobby aufbringen.

Das deutsche Lobbyregister macht erstmals sichtbar, wie viel Geld die Akteure der Gaslobby für ihre Lobbyarbeit ausgeben. Das ist ein großer Fortschritt. Dennoch bleibt noch immer unsichtbar, auf welche Weise die Konzerne Lobbyarbeit betreiben. Hier bestehen weiterhin große Transparenzlücken. Es fehlt vor allem eine Lobby-Fußspur, die Kontakte zwischen Spitzenpolitiker:innen und -beamten mit Lobbyakteuren offenlegt und sichtbar macht, welche Interessen von Unternehmen oder Verbänden in konkreten Gesetzgebungsprozessen Berücksichtigung gefunden haben und welche nicht.

Einen großen Anteil an der Lobbymacht der Unternehmen haben die zahlreichen Spitzenpolitiker:innen, die nun als Lobbyist:innen für die Gasindustrie arbeiten. Um diese Seitenwechsel einzuschränken, gibt es seit 2015 Karenzzeiten für die Bundeskanzlerin, für Minister:innen und Staatssekretär:innen, für beamtete Staatssekretär:innen gibt es solche Regelungen schon länger. Immer wieder zeigt sich aber, dass diese Regelungen nicht weit genug gehen. Hier braucht es strengere Regeln, um die Drehtür zwischen Politik und Gaslobby weiter zu schließen (vgl. 4.5 und 7).

²⁹³ Nach eigenen Angaben aus dem Lobbyregister: <https://www.lobbyregister.bundestag.de>.

²⁹⁴ Prat, A, T Valletti and B Cowgill (Hg.) (2022), "DP17178 Political Power and Market Power", CEPR Press Discussion Paper No. 17178. <https://cepr.org/publications/dp17178>.

4. DIE NETZWERKE DER GASINDUSTRIE

Lobbynetzwerke zwischen Politiker:innen und Gasindustrie hatten in den vergangenen Jahren einen sehr großen Einfluss auf die deutsche Gas- und damit auch auf die Klimapolitik. Zu diesen Netzwerken gehörten frühere und amtierende Politiker:innen vor allem aus SPD und CDU, Unternehmer:innen und Lobbyist:innen sowie Akteure aus den Erdgasförderländern Russland und Aserbaidschan. Vor allem der Staatskonzern Gazprom hat Schlüsselfiguren und Netzwerke in Deutschland aufgebaut und gefördert, die ihm Zugänge in die deutsche Politik verschafften. Diese Netzwerke haben entscheidend dazu beigetragen, dass Abhängigkeiten geschaffen, Geld in nicht zukunftsfähige Infrastruktur investiert und das fossile Geschäft mit dem Gas auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine lässt viele dieser Netzwerke bröckeln – komplett aufgelöst sind sie aber nicht. Viele sind nur auf Eis gelegt und es bleibt abzuwarten, welche Rolle sie und einzelne Akteure daraus zukünftig einnehmen werden. Ähnliche Lobbynetzwerke sind auch rund um das ebenfalls autoritär geführte Gasimportland Aserbaidschan entstanden. Dieses Kapitel zeigt, wie die deutsch-russischen und deutsch-aserbaidschanischen Lobbynetzwerke funktionierten, wer ihre Schlüsselfiguren waren und welche Bedeutung sie bis in die Gegenwart haben.

4.1 Wie die Lobbynetzwerke funktionier(t)en

Bis zum Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 stammte ein Großteil des deutschen Gasimports aus Russland,²⁹⁵ zentrale Unternehmen der deutschen Gasindustrie waren aufs Engste mit dem russischen Staatskonzern Gazprom verflochten oder von russischen Gaslieferungen abhängig (vgl. 2.1). Auf beiden Seiten gab es starke wirtschaftliche Interessen hinter den Beziehungen: Deutsche Konzerne wie BASF wollten – trotz zunehmender russischer Aggressionen gegen seine Nachbarländer – weiter Geschäfte mit dem Staat und seinen Staatskonzernen machen und vom vermeintlich günstigen russischen Gas profitieren.²⁹⁶ Russland wollte nicht nur möglichst viel fossiles Gas verkaufen, sondern eine bedeutende Rolle auf dem deutschen und europäischen Gasmarkt spielen und diese durch Abhängigkeiten, Verflechtungen und gemeinsame Infrastruktur verstetigen.²⁹⁷

Gazprom und die russische politische Führung bauten zu diesem Zweck explizit Schlüsselfiguren in der deutschen Politik und Lobby-Szene auf und versahen sie mit besonderen Privilegien – wie dem Sitz in Aufsichtsräten russischer Unternehmen oder dem Titel des Honorarkonsuls. Zentrale Akteure wie Gerhard Schröder übernahmen dabei zwei Funktionen: Zum einen pflegten sie enge Kontakte in die Förderländer und wehrten Kritik an den autoritären Regimen in Russland und Aserbaidschan ab. Zum anderen dienten sie als Türöffner in die deutsche Politik und bahnten auch hier Kontakte an. Eine wichtige Rolle spielten dabei Foren wie der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft oder das Deutsch-Russische Forum, in denen Politik und Gasindustrie regelmäßig zusammentrafen (vgl. Kasten: Deutsch-Russisches Forum und Co.). Rund um die deutsch-russischen Gasgeschäfte entstanden so starke Netzwerke, die für ein russlandfreundliches Klima sorgten und Zugänge zu den Schaltstellen deutscher Bundes- und Landespolitik sicherten. Als Legitimation der engen Wirtschaftsbeziehungen diente das Narrativ, dass wachsende gegenseitige Abhängigkeiten für Entspannung und politische Stabilität sorgen würden – Stichwort: „Wandel durch Annäherung“.²⁹⁸

²⁹⁵ Statista. Erdgasbezug Deutschlands aus verschiedenen Ländern. Abgerufen am 18.11.22: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151871/umfrage/erdgasbezug-deutschlands-aus-verschiedenen-laendern/>

²⁹⁶ Spiegel, 26.06.22: „Wir Gas-Junkies“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/gas-wie-sich-die-deutschen-von-russland-abhaengig-machten-eine-rekonstruktion-a-bc803b57-a2bf-42df-b2d9-e59f9059b64b>

²⁹⁷ Business-Insider, 23.07.22: „Gazprom-Leak: Wie die Unternehmensberater von McKinsey dabei halfen, Deutschland von russischem Gas abhängig zu machen“ <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/gazprom-leak-wmckinsey-dabei-half-deutschland-von-russischem-gas-abhaengig-zu-machen-p7/>

²⁹⁸ Egon Bahr verwendete den Ausdruck erstmals 1963 in einer gleichnamigen Rede. Er war zu dieser Zeit Pressechef des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0091_bah&object=facsimile&st=&l=de

Die deutsch-russischen Netzwerke haben seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine an Ansehen und Einfluss verloren. Einige Namen sind politisch mittlerweile

„verbrannt“, viele der hier beschriebenen Personen setzen ihre Tätigkeiten aber fort. Es bleibt zu beobachten, wie sich die Lobbynetze weiterentwickeln.



Typische Türöffner und Verbindungspersonen für die Gasindustrie

Die Akteure in den Netzwerken der Gasindustrie lassen sich grob in folgende Kategorien einteilen:

➔ **Lobbyist:innen und Berater:innen:** Sie vertreten die Interessen der Gaslobby gegenüber der Politik und sind direkt bei den Gaskonzernen oder in Gaslobbyverbänden angestellt. Nicht alle im Kapitel beschriebenen Personen lassen sich eindeutig nur der Gaslobby zuordnen, einige betreiben auch eigene Lobbyagenturen mit landesspezifischem Know-how, zu denen häufig eine strategische Wirtschaftsberatung gehört. Ihre Auftraggeber kommen jedoch häufig unter anderem aus der Gasbranche. Beispiele für diese Kategorie: Heino Wiese, Friedbert Pflüger, Klaus Mangold.

➔ **Seitenwechsler:innen:** Besondere Nähe entsteht, wenn Politiker:innen oder Beamte durch die Drehtür auf die Seite der Gasindustrie wechseln. Indem Unternehmen oder Verbände ehemalige Politiker:innen anstellen, kaufen sie sich einen direkten Draht zur Politik ein. Der oder die Ex-Politiker:in kann Kontakte zu ehemaligen Kolleg:innen herstellen und weiß, wie die Prozesse in Ministerien, Verwaltung oder Parlament ablaufen. Von solchen Seitenwechsler:innen profitieren vor allem finanzstarke Akteure, die hohe Gehälter zahlen können. Zudem besteht die Gefahr, dass Politiker:innen schon während ihrer Amtszeit auf Anschlussjobs in der Wirtschaft schießen und dies schon bei ihren politischen Entscheidungen berücksichtigen. Deswegen gibt es für die Bundeskanzlerin, für Minister:innen und parlamentarische Staatssekretär:innen seit 2015 eine sogenannte Karenzzeit von ein bis eineinhalb Jahren, in der sie sich Anschlussstätigkeiten genehmigen lassen müssen. Für beamtete Staatssekretär:innen gilt eine Karenzzeit von drei bis fünf Jahren. Beispiele für diese Kategorie: Gerhard Schröder, Marion Scheller. Eine

Tabelle zu den Seitenwechsler:innen in die Gasindustrie findet sich im Anhang.

➔ **Honorarkonsuln:** Diesen Titel können ausländische Botschaften in Deutschland vergeben und damit besonders gut vernetzten Persönlichkeiten besonderes öffentliches Ansehen verleihen und diese für eigene wirtschaftliche Interessen einbinden. Auch autoritäre Regime machen davon Gebrauch und etablieren so ihre Verbindungspersonen in die deutsche Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Beispiele für diese Kategorie: Heino Wiese, Klaus Mangold, Otto Hauser.

➔ **Unternehmer:innen in/mit gasfreundlichen Netzwerken:** Diese Personen suchen Kontakte zur Politik, um ihre Geschäftsinteressen politisch abzusichern. Dazu dienen Veranstaltungen, Verbände und eigene Netzwerke (Ost-Ausschuss, deutsch-russisches Forum etc.). Beispiele für diese Kategorie: Martin Herrenknecht, Matthias Warnig.

➔ **Politiker:innen als Fürsprecher:innen für die Gasindustrie:** Zu den Lobbynetzen gehören notwendigerweise auch die Politiker:innen, die besondere Nähe zur Gasindustrie pflegen und immer wieder durch gasfreundliche Schlüsselentscheidungen auffallen. Hier können bestimmte politische Interessen (zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern als Anlanderegion der Nord-Stream-Pipelines), Posten und Ämter in Gremien der Gaslobby oder auch politische Überzeugung Ursache sein. Gleichzeitig sind diese Politiker:innen vielfach durch Funktionen oder Einladungen in Netzwerke eingebunden, die von strategischer Bedeutung für die Gasindustrie sind (Ost-Ausschuss, Russlandtag etc.). Beispiele für diese Kategorie: Sigmar Gabriel, Manuela Schwesig, Peter Altmaier, Thomas Bareiß.

4.2 Gerhard Schröder und die niedersächsische „Moskau-Connection“ der SPD

Ein breites Netzwerk um den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder und die niedersächsische SPD hat Gazprom geholfen, den Bau der Nord-Stream-Pipelines politisch gegen Widerstände durchzusetzen und den Verkauf zentraler Gasinfrastruktur an den Staatskonzern ermöglicht. Die zentralen Akteure erklärten die lukrativen Geschäfte mit russischem Gas zu einem Friedens- und Freundschaftsprojekt. Zugleich prägten sie auch das Framing mit, dass es für die Energiewende nicht weniger, sondern mehr fossiles Erdgas brauche.²⁹⁹ Entstanden ist ein Netzwerk, das auch als „Moskau-Connection“ bezeichnet wird.³⁰⁰ Schlüsselfiguren waren die beiden früheren SPD-Politiker und Lobbyisten Gerhard Schröder und Heino Wiese sowie der frühere Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

GERHARD SCHRÖDER, EX-BUNDESKANZLER UND GAZPROM-LOBBYIST

Im Mittelpunkt steht Altbundeskanzler **Gerhard Schröder (SPD)**. Schröder hatte sich während seiner Amtszeit bereits intensiv für das Projekt Nord Stream 1 eingesetzt.³⁰¹ Gleichzeitig vermischte er Privates und Politisches miteinander, als er die Nähe zu Putin suchte: Putin ermöglichte beispielsweise in den Jahren 2004 und 2006 dem Ehepaar Schröder-Köpf die Adoption russischer Kinder.³⁰² Entsprechend groß war die öffentliche Empörung, als nur wenige Tage nach Ende seiner Kanzlerschaft im Jahr 2005 bekannt wurde, dass Schröder Aufsichtsratschef der Nord Stream AG werden würde.³⁰³ Das Unternehmen war gegründet worden, um die Nord Stream 1-Pipeline zu planen, zu bauen und zu betreiben. Der schnelle Seitenwechsel nach dem intensiven Einsatz für das Projekt hinterließ in der Öffentlichkeit den Anschein, dass „hier ein Zusammenhang bestehen könnte zwischen politischem Engagement und

eigenen wirtschaftlichen Interessen“, wie es beispielsweise der zu dieser Zeit amtierende Bundestagspräsident Norbert Lammert formulierte.³⁰⁴

Schröder nahm ungeachtet heftiger Kritik an diesem Seitenwechsel seither weitere Führungspositionen in russischen Energiekonzernen an: als Präsident des Verwaltungsrates der Nord Stream 2 AG und als Aufsichtsratsvorsitzender des russischen Erdölkonzerns Rosneft.³⁰⁵ Noch Anfang 2022 wurde Schröder für einen Aufsichtsratsposten bei Gazprom nominiert, erklärte aber nach heftiger Kritik, dass er diese Funktion nicht annehmen werde.³⁰⁶

Interne Dokumente aus dem Bundeswirtschaftsministerium zeigen nach Angaben des Berliner Tagesspiegel deutlich, wie intensiv die Lobbyarbeit war, die Schröder als Lobbyist für Gazprom betrieb.³⁰⁷ Er ging bei Minister:innen, Botschafter:innen und im Kanzleramt ein und aus, um auch die Pipeline Nord Stream 2 aus der Taufe zu heben. Laut Tagesspiegel standen Schröder die Türen offen und seine Lobbyinteressen erhielten politische Unterstützung: So traf Gerhard Schröder sich beispielsweise 2016 zum Abendessen mit dem deutschen Botschafter in der EU Reinhard Silberberg³⁰⁸ und 2017 zu „Arbeitstreffen“ mit SPD-Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries.³⁰⁹ Ein Kernanliegen von Gazprom war es, zu verhindern, dass für die Pipeline geltendes EU-Recht angewendet würde.³¹⁰ Denn Brüssel stand dem deutsch-russischen Projekt von Anfang an kritisch gegenüber, weil es dem Ziel der EU, die Abhängigkeit von Russland im Energiesektor zu verringern, widersprach.³¹¹ Die EU-Kommission hatte außerdem wettbewerbspolitische Bedenken und sah weitgehende eigentumsrechtliche Entflechtungen bei dem Pipeline-Unternehmen vor.

Aber nicht nur in Deutschland sorgte Gerhard Schröder dafür, dass Gazprom Zugänge in die entscheidenden politi-

299 Kreiszeitung.de, 21.10.21: „Mehr Gas statt Kohle: Schröder mischt Energiestreit auf“. <https://www.kreiszeitung.de/politik/schroeder-gerhard-koalition-ampel-nord-stream-2-mehr-gas-statt-kohle-energiestreit-91081431.html> und FAZ, 21.05.22: „Nah an Putin“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russlandpolitik-der-spd-nah-an-putin-18047450.html>

300 FAZ, 29.04.22: „Die offenen Fragen der ‚Moskau-Connection‘ in Hannover“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-offenen-fragen-der-moskau-connection-in-hannover-17994047.html> und HNA, 14.04.22: „Moskau-Connection: Haben Beziehungen zu Putin Niedersachsens Politik beeinflusst?“. <https://www.hna.de/niedersachsen/moskau-connection-beziehungen-landesregierung-niedersachsen-weil-spd-russland-putin-kreml-moskau-91477334.html>

301 ZEIT-online, 06.04.06: „Gerdprom macht's möglich“. <https://www.zeit.de/2006/15/Gerdprom-macht-s-moeglich>

302 WirtschaftsWoche, 11.03.22: „Schröder und Putin: Chronologie einer Freundschaft“. <https://www.wiwo.de/politik/ukraine-krieg-schroeder-und-putin-chronologie-einer-freundschaft/28156576.html>

303 NDR, 29.09.22: „Nord Stream 1 und 2: Der Zoff ums Gas aus Russland“. <https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Nord-Stream-1-und-2-Der-Zoff-ums-Gas-aus-Russland-nord-stream622.html>

304 FAZ, 12.12.05: „Schröder: Integer oder instinktos?“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/posten-im-aufsichtsrat-schroeder-integer-oder-instinktos-1280470.html>

305 Süddeutsche Zeitung, 02.02.22: „Neuer Posten für Schröder bei Gazprom“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/schroeder-gazprom-putin-scholz-1.5522428>

306 Tagesschau.de, 04.02.22: „Schröder soll in Gazprom-Aufsichtsrat“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/schroeder-aufsichtsrat-gazprom-101.html>

307 Tagesspiegel, 20.12.17: „Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert“. <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/pipeline-nord-stream-2-wie-gerhard-schroeder-als-tueroeffner-fuer-gazprom-agierte/20739366.html>

308 Anwesend war auch Nord Stream 2-Geschäftsführer Matthias Warnig. WirtschaftsWoche, 29.04.22: „Die fatale Nähe der SPD-Größen zu Wladimir Putin“. <https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/rote-zone-die-fatale-naehe-der-spd-groessen-zu-wladimir-putin/28285486-all.html>

309 Tagesspiegel, 20.12.17: „Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert“. <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/pipeline-nord-stream-2-wie-gerhard-schroeder-als-tueroeffner-fuer-gazprom-agierte/20739366.html>

310 Anwesend war bei einem der Treffen auch Gazprom-Vorstand Miller. Tagesspiegel, 20.12.17: „Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert“. <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/pipeline-nord-stream-2-wie-gerhard-schroeder-als-tueroeffner-fuer-gazprom-agierte/20739366.html>

311 Süddeutsche Zeitung, 13.09.2017: „Berlin ringt mit der EU um Nord Stream 2“. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energiegeschaeft-kampf-um-die-roehre-1.3663226>

schen Ebenen bekam: Er gewann unter anderem auch den ehemaligen schwedischen Regierungschef Göran Persson und den früheren finnischen Ministerpräsidenten Pavlo Lipponen als Berater im Auftrag der Nord Stream AG, die mit ihren Kontakten in die amtierenden Regierungen dabei behilflich sein konnten, Zustimmung zur Ostseepipeline sicherzustellen.³¹²

Doch Schröder war nicht nur Türöffner, er warb in Deutschland auch für Wohlwollen gegenüber Putin. Er verteidigte Putin in der deutschen Öffentlichkeit – zum Beispiel als angeblich „lupenreinen Demokraten“.³¹³ Auch die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 verteidigte er als eine „durch die Bevölkerung genehmigte“ Handlung.³¹⁴ Noch im Januar 2022, kurz vor Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, als Putin bereits an der Grenze seine Truppen zusammengezogen hatte, warf Schröder der Ukraine „Säbelrasseln“ vor.³¹⁵

Foto: Presidential Press and Information Office/Kremlin.ru, CC BY 3.0, via Wikimedia Commons



Schröder und Putin feierten oft und gerne zusammen, hier bei einem Dinner in Weimar 2002. Auch 2014, nur kurz nach der russischen Annexion der Krim, feierte Schröder noch seinen Geburtstag in St. Petersburg. Die Nord Stream 2 AG richtete damals einen Geburtstagsempfang für Gerhard Schröder aus, zu dem auch Putin kam und persönlich gratulierte.

SIGMAR GABRIEL, MINISTER UND FÜRSPRECHER FÜR DIE GASINDUSTRIE

Aufseiten der Politik ist **Sigmar Gabriel (SPD)** eine zentrale Figur in der „Moskau-Connection“. In seiner Zeit als Bundeswirtschafts- und später auch kurzzeitiger Außenminister war er zentraler Adressat von Gerhard Schröders Lobbyarbeit für die Gazprom Tochter Nord Stream.³¹⁶ Allein zwischen Februar 2015 und Januar 2017 traf sich Wirtschaftsminister Gabriel laut dem Bundeswirtschaftsministerium mindestens 16 Mal mit Vertreter:innen des Nord Stream 2-Projekts, in den allermeisten Fällen mit hochrangigen Vertreter:innen wie Nord Stream 2-Chef Matthias Warnig, Gerhard Schröder oder dem russischen Gazprom-Vorstandsvorsitzenden Alexej Miller.³¹⁷ Hinzu kommen ein Treffen in Moskau mit Wladimir Putin mit Besuch in der Gazprom-Zentrale und ein privates Abendessen mit Schröder und Putin in dessen Petersburger Residenz im Sommer 2017.³¹⁸

Das Umgarnen durch Gazprom, Schröder und die russische Regierung hatte offenbar Wirkung auf den Minister: Sigmar Gabriel schickte sich an, dem Projekt Nord Stream 2 alle Steine aus dem Weg zu räumen: Er und sein Ministerium erklärten es für „unter wirtschaftlichen Interessen vernünftig“³¹⁹ und einen „Beitrag zur Energiesicherheit.“³²⁰ Er verwarf die scharfe Kritik der Europäischen Kommission an den Plänen zum Pipeline-Bau durch die Ostsee und bezeichnete die US-Sanktionen gegen die Pipeline als „völkerrechtswidrig“.³²¹ Auch als Gazprom 2015 den größten deutschen Gasspeicher in Rehden durch ein Tauschgeschäft mit Wintershall bzw. BASF erwerben wollte, erhob das von Gabriel geführte Bundeswirtschaftsministerium keine Einwände.³²² Im Gegenteil: Gabriel erlaubte das Geschäft auch dann noch, als die EU bereits infolge der Krim-Annexion Sanktionen gegen Russland verhängt hatte. Er unterstützte

316 Gabriel hatte bereits in Niedersachsen eng mit Schröder zusammengearbeitet: Er war SPD-Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag, während Schröder dort Ministerpräsident war.

317 Deutscher Bundestag. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream“. Abgerufen am 28.07.22: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/002/1900283.pdf>

318 Tagesspiegel, 20.12.17: „Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert“. <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/pipeline-nord-st-ream-2-wie-gerhard-schroeder-als-tueroeffner-fuer-gazprom-agierte/20739366.html>

319 FAZ, 21.05.22: „Nah an Putin“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russlandpolitik-der-spd-nah-an-putin-18047450.html>

320 Antwort der Bundesregierung am 17.03.16 auf die Kleine Anfrage der Linken „Das Nordstreamprojekt vor dem Hintergrund der Energiesicherheit und Sanktionspolitik gegen Russland“. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2016/18-7789.pdf?__blob=publicationFile&v=5

321 Auswärtiges Amt, 15.06.17: Pressemitteilung: „Außenminister Gabriel und der österreichische Bundeskanzler Kern zu den Russland-Sanktionen durch den US-Senat“. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/170615-kern-russland/290664>

322 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen vom 26.10.15: „Geplanter Asset-Tausch zwischen BASF bzw. Wintershall und Gazprom“. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2015/18-6349.pdf?__blob=publicationFile&v=5

312 Hovsgaard, Jens, 2019: „Gier, Gas und Geld“. <https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&cqlMode=true&query=idn%3D1182732356>

313 In der Sendung „Beckmann“ fragte ihn der Moderator, ob Putin ein lupenreiner Demokrat sei, was Schröder bejahte. Abendblatt, 23.11.04: „Schröder: Putin ist ein lupenreiner Demokrat“. <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article106930893/Schroeder-Putin-ist-lupenreiner-Demokrat.html>

314 FAZ, 14.06.19: „Altkanzler Schröder verteidigt russische Annexion der Krim“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ex-bundeskanzler-schroeder-verteidigt-russische-annexion-der-krim-16236234.html>

315 Spiegel, 28.01.22: „Gerhard Schröder wirft Ukraine ‚Säbelrasseln‘ vor“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gerhard-schroeder-wirft-ukraine-saebelrasseln-vor-a-8c1a78ec-8dd4-4951-aa65-10bc07d8d438>

Foto: IMAGO/Jan Huebner



Sigmar Gabriel und Matthias Warnig 2018 gemeinsam in der Schalke-Loge. Warnig saß im Aufsichtsrat des Fußballclubs. Unten im Bild: Gerhard Schröder.

den Vorgang und erteilte noch dazu eine milliarden schwere Bürgschaft.³²³

Gabriels gasfreundliche Politik wirkt offenbar bis heute nach: Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zufolge gab es auch Anfang 2022 noch immer viele russlandfreundliche Mitarbeiter:innen unter den für das Gas zuständigen Beamten im Bundeswirtschaftsministerium. Im Ministerium sprach man „von einer ‚Moskau-Connection‘ und einem ‚Gasstrang‘, die ‚bis in die Amtszeit von SPD-Minister Sigmar Gabriel zwischen 2013 und 2017 zurückreichen“ (vgl. 5.3).³²⁴

HEINO WIESE: HONORARKONSUL UND „LOBBYIST FÜR RUSSLAND“

Neben Ex-Bundeskanzler Schröder ist **Heino Wiese** eine weitere Schlüsselfigur der „Moskau-Connection“. Ähnlich wie Gerhard Schröder bahnte Wiese im Auftrag russischer Unternehmen Kontakte zu früheren SPD-Parteikolleg:innen an – und wehrte gleichzeitig Kritik an Russland ab. Dazu nutzte er sein Kontaktnetzwerk: Heino Wiese ist ein enger Vertrauter Gerhard Schröders.³²⁵ Er begann seine politische Karriere als Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen und hatte in dieser Funktion die Wahlkämpfe von Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel organisiert,³²⁶ später

saß er von 1998 bis 2002 für die SPD im Bundestag.³²⁷ Nachdem ihm der Wiedereinzug in den Bundestag misslang, wechselte Wiese in die Wirtschaft und gründete 2005 seine eigene Beratungsfirma „Wiese Consult“.³²⁸ Er pflegte enge Beziehungen nach Moskau und bahnte für Unternehmen Kontakte in die Politik in Deutschland und Russland an.³²⁹ Unter anderem beriet er das österreichische Gasunternehmen OMV,³³⁰ das auch einer der Mitfinanziers der Nord Stream 2 AG war.³³¹ Aber auch „ehrenamtlich“ engagierte sich Heino Wiese für Russland: Bis 2020 war er Vorstandsmitglied im „Deutsch-Russischen Forum“³³² (s. Kasten), ab 2021 Mitglied im Kuratorium des Forums.³³³ 2016 ernannte die russische Botschaft Wiese zum Honorarkonsul der Russischen Föderation in Hannover. Zur Begründung sagte der damalige russische Botschafter Wladimir Grinin, Wiese sei ein „wahrer und treuer Freund Russlands“.³³⁴

Wieses Funktion in der Moskau-Connection war es, in beiden Ländern Kontakte zwischen Politik und Unternehmen zu vermitteln und für gute Beziehungen mit dem russischen

323 Correctiv, 30.06.22: „Bundesregierung stützte Übergabe der deutschen Gasspeicher an Gazprom mit 1,8 Milliarden Euro“. <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/06/30/bundesregierung-stuetzte-abgabe-von-gasspeichern-an-gazprom-mit-milliardenbuergschaft/>

324 FAZ, 26.01.22: „Berlin erwägt staatliche Gasreserve“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/berlin-will-wiederholung-von-gasspeicherdebakel-durch-staatseingriffe-verhindern-17753920.html>

325 RND, 18.02.22: „Ein Drama namens Schröder“. <https://www.rnd.de/politik/schroeder-in-russlands-energiewirtschaft-fluch-und-segen-zugleich-FMPOEPQXYFHGBF227UR4C-2TUAQ.html>

326 SPD Hannover. Bezirksvorstand. Abgerufen am 18.11.22: <https://spd-bezirk-hannover.de/bezirksvorstand-1989>

327 Spiegel, 19.05.22: „Die Russland-Connection der niedersächsischen Spitzenossen“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-die-russland-connection-der-niedersaechsischen-spitzenossen-a-86937320-fc98-4117-951e-5d496d779be32>

328 Wiese Consult. Unser Team. Abgerufen am 16.12.22: <https://wiese-consult.com/>

329 FAZ, 27.01.22: „Stolpert der Honorarkonsul über Aussagen zu Russland?“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/russlands-honorarkonsul-heino-wiese-zum-ruecktritt-aufgedeckt-17753813.html?premium>

330 Tiroler Tageszeitung, 14.11.16: „Geheimplan: OMV soll für Russen-Gasleitung eine Milliarde aufbringen“. <https://www.tt.com/artikel/12111775/geheimplan-omv-soll-fuer-russen-gasleitung-eine-milliarde-aufbringen>. Auch der FAZ hat OMV bestätigt, dass er mit Wiese Consult zusammengearbeitet hat: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russlandpolitik-der-spd-nah-an-putin-18047450.html?GEP=s3&premium=0x7f0f393746048258fd36ab8f-badb18b1>

331 Manager Magazin, 11.08.20: „Diese Konzerne sind an Nord Stream 2 beteiligt“. <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/diese-konzerne-sind-an-nord-stream-2-beteiligt-a-d8136b47-1b13-491e-8fb4-9444b2fed693>

332 Deutsch Russisches Forum. Neuer Vorstand. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsch-russisches-forum.de/neuer-vorstand-gewaehlt/3583369>

333 Deutsch Russisches Forum. Neues Kuratorium. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsch-russisches-forum.de/neues-kuratorium-gewaehlt/5388764>

334 Rundblick, 24.02.22: „Ich bin tieftraurig: Russischer Honorarkonsul Heino Wiese tritt zurück“. <https://www.rundblick-niedersachsen.de/ich-bin-tieftraurig-russischer-honorarkonsul-heino-wiese-tritt-zurueck/>

Regime zu sorgen. Laut Recherchen von Correctiv soll Wiese über Sigmar Gabriel gesagt haben: „Den habe ich beim Thema Russland bearbeitet.“³³⁵ Wiese organisierte für den damaligen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel Treffen mit hochrangigen Managern aus der deutschen Wirtschaft.³³⁶ 2018 beteiligte sich Gabriel kurzzeitig an Wieses Unternehmen VIB International Strategy Group.³³⁷ Auch beim niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil bahnte er Kontakte an. Vor den häufigen Russlandreisen von Ministerpräsident **Stephan Weil (SPD)** seit dessen Amtsantritt im Jahr 2013 vermittelte und organisierte Heino Wiese laut der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung Gespräche zwischen ranghohen deutschen und russischen Gesprächspartnern.³³⁸ Der Ministerpräsident trat auch als Redner bei Gesprächskreisen auf, die von „Wiese Consult“ organisiert wurden.³³⁹ Derartige Veranstaltungen, die mit Gesprächen und Diskussionen in angenehmer Atmosphäre locken, sind eine beliebte Lobbystrategie, um Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen ins Gespräch zu bringen. Besondere Nähe schuf Wiese außerdem damit, dass er der niedersächsischen SPD in den Jahren 2009 bis 2015 fast 35.000 Euro spendete und im Jahr 2017 weitere 14.400 Euro über seine Agentur an die Partei überwies.³⁴⁰

DAS NETZWERK BRÖCKELT

Die sogenannte „Moskau-Connection“ zeigt, wie Russland handverlesene Lobbyisten wie Schröder und Wiese mit Posten und Titeln ausstattete und wie diese politische Entscheidungsträger:innen wie die damaligen SPD-Wirtschaftsminister:innen Sigmar Gabriel oder Brigitte Zypries offenbar äußerst wirksam beeinflussen konnten. Doch seit Beginn des Krieges im Frühjahr 2022 bröckelt die „Moskau-Connection“ der SPD. Im Februar 2022, nach Beginn des Krieges, trat Heino Wiese als Honorarkonsul zurück.³⁴¹ Die derzeitigen Geschäftstätigkeiten seiner Agentur sind unklar, im Lobbyregister gibt er mit der Knauf Gips KG nur einen

einigen Auftraggeber an.³⁴² Beim Deutsch-Russischen Forum und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer möchte er sich dagegen weiter engagieren, „um die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu verbessern.“³⁴³

Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hat sich von Gerhard Schröder distanziert, bestreitet aber zugleich, dass es eine Moskau-Connection gab.³⁴⁴ Sigmar Gabriel hat nach Ende seiner Amtszeit verschiedene Posten in der Wirtschaft angenommen, so ist er unter anderem Aufsichtsratsmitglied bei Siemens Energy, der Deutschen Bank und thyssenkrupp Steel.³⁴⁵

Gerhard Schröder selbst hat den angebotenen Aufsichtsratsposten bei Gazprom abgelehnt³⁴⁶ und gab Aufsichtsratsposten wie den bei Rosneft und der Herrenknecht AG³⁴⁷ zurück. Auch das Büro samt Personal, das ehemaligen Bundeskanzler:innen zusteht, hat er aufgrund seiner Russlandbeziehungen durch einen Bundestagsbeschluss verloren.³⁴⁸ Dagegen hat Gerhard Schröder Klage eingereicht.³⁴⁹ Welche Rolle dieses Büro für seine Lobbyarbeit für Russland spielte, bleibt bisher ungeklärt.³⁵⁰ Schröder setzt sich weiterhin dafür ein, Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen.³⁵¹

335 Correctiv, 20.09.22: „Die Gazprom-Lobby“. <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/09/20/gas-gazprom-lobby-deutschland/>

336 WirtschaftsWoche, 05.08.10: „SPD-Chef feilt an seinem Wirtschaftskonzept“. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/sigmar-gabriel-spd-chef-feilt-an-seinem-wirtschaftskonzept-seite-2/5666168-2.html>

337 Der Tagesspiegel, 27.11.18: „Neues Unternehmen in Berlin: Sigmar Gabriel beteiligt sich an Beraterfirma“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/sigmar-gabriel-beteiligt-sich-an-beraterfirma-4994104.html>

338 FAZ, 24.02.22: „Bröckelt die Russland-Connection der SPD?“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/krieg-in-der-ukraine-wie-haelt-es-die-spd-mit-schroeder-und-russland-17830341.html> und Spiegel, 19.02.22: „Die Russland-Connection der niedersächsischen Spitzenorganisationen“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-die-russland-connection-der-niedersaechsischen-spitzenorganisationen-a-86937320-1c98-4117-951e-5d496d79be32>

339 FAZ, 29.04.22: „Die offenen Fragen der ‚Moskau-Connection‘ in Hannover“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-offenen-fragen-der-moskau-connection-in-hannover-17994047.html>

340 Lobbypedia. Parteispenden Wiese Consult GmbH.

341 FAZ, 24.2.22: Russischer Honorarkonsul Heino Wiese tritt zurück. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wegen-ukraine-angriffs-russischer-honorarkonsul-tritt-zurueck-17829798.html>

342 In wessen Auftrag Wiese aktuell tätig ist, bleibt unklar. In seinem Lobbyregister-Eintrag hat Wiese für das Jahr nur einen Kunden angegeben: die Knauf Gips KG. Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung. Abgerufen am 21.12.22: https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000617/9049?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DWiese%2BConsult%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATON_DESC

343 Süddeutsche Zeitung, 24.02.22: „Russischer Honorarkonsul Heino Wiese tritt zurück“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-hannover-russischer-honorarkonsul-heino-wiese-tritt-zurueck-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-220224-99-271726>

344 NDR, 25.04.22: „Weil: Schröder ist mit seiner Haltung komplett isoliert“. https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Weil-Schroeder-ist-mit-seiner-Haltung-komplett-isoliert,schroeder1690.html

345 t-online, 07.04.22: „Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel bekommt neuen Job“. https://www.t-online.de/finanzen/news/unternehmen-verbraucher/id_91977676/ex-spd-chef-sigmar-gabriel-hat-einen-neuen-job-bei-thyssenkrupp.html

346 Tagesschau, 24.05.22: „Schröder will nicht in Gazprom-Aufsichtsrat“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/schroeder-verzicht-gazprom-101.html>

347 Herrenknecht. Gerhard Schröder legt Aufsichtsratsmandat bei Herrenknecht nieder. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.herrenknecht.com/de/newsroom/pressemitteilungdetail/bk-ad-dr-hc-gerhard-schroeder-legt-aufsichtsratsmandat-bei-herrenknecht-nieder/>

348 MDR, 20.05.22: „Bundestag streicht Altkanzler Schröder Büro und Mitarbeiter“. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/bundestag-streich-alkanzler-schroeder-sonderrechte-100.html>

349 NDR, 12.08.22: „Klage: Gerhard Schröder fordert sein Büro zurück“. <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Klage-Gerhard-Schroeder-fordert-sein-Buero-zurueck,schroeder1844.html>

350 t-online, 26.08.22: „Plattform will Auskunft von Schröder-Büro erzwingen“. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100044300/altkanzler-gerhard-schroeder-plattform-will-auskunft-seines-bueros-erzwingen.html

351 Spiegel, 03.08.22: „Schröder hält ‚Verhandlungslösung‘ mit dem Kreml für möglich“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gerhard-schroeder-haelt-verhandlungsloesung-fuer-moeglich-russlands-krieg-gegen-die-ukraine-a-c26cd3a-abb-4581-8223-1625645323c9>

Und: Stern, 03.08.22: „Gerhard Schröder: Pipeline Nord Stream 2 in Betrieb nehmen“. <https://www.stern.de/politik/deutschland/gerhard-schroeder--pipeline-nord-stream-2-in-betrieb-nehmen-3259466.html>



Gerhard Schröder war eine zentrale Schlüsselfigur in den deutsch-russischen Gaslobby-Netzwerken. Er hatte intensive Kontakte in verschiedene regionale Netzwerke.

4.3 Das Netzwerk der „Russland-Getreuen“ in Mecklenburg-Vorpommern

Die Landesregierungen des seit 1998 sozialdemokratisch regierten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern waren stets sehr freundschaftlich gegenüber Russland eingestellt. Der russische Vizeminister für Industrie und Handel, Wasili Osmakow, hat das Land einmal Russlands „Vorposten in Europa“ genannt.³⁵² Russland war als Außenhandelspartner für das Bundesland politisch gewünscht.³⁵³ Hinzu kommt, dass im Osten des Landes die beiden Nord Stream Pipelines anlanden. Russische Investoren waren aber auch bis zu Kriegsbeginn in anderen Bereichen sehr stark finanziell involviert, so zum Beispiel in den Werften des Landes.³⁵⁴ Die amtierende Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig und ihr Amtsvorgänger Erwin Sellering haben sich als verlängerter Arm der Nord Stream 2 AG in der Politik verhalten und ihr geholfen, die Pipeline trotz internationaler Sanktionen um jeden Preis fertigzustellen.

ERWIN SELLERING, MINISTERPRÄSIDENT UND „VEREINSMEIER“ DER RUSSISCHEN GASLOBBY

Eine Schlüsselfigur für die deutsch-russischen Gaslobby-Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern ist der frühere Ministerpräsident **Erwin Sellering** (2008–2017). Ungeachtet der russischen Annexion der Krim veranstaltete die Staatskanzlei 2014 unter ihm den ersten sogenannten „Russlandtag“,³⁵⁵ ein als Wirtschaftstreffen getarntes Lobby-Event (s. Kasten). Zu dieser Zeit bestanden bereits europäische Sanktionen gegen Russland – Sellering hielt trotzdem an der Veranstaltung fest. Er unterlief damit den politischen Druck, den EU und USA nach den russischen Aggressionen für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine anstrebten, und stärkten stattdessen Russland den Rücken. Sie handelte sich dafür Kritik von vielen Seiten ein.³⁵⁶ Allerdings: Der damalige Koalitionspartner der SPD, die Landes-CDU, kritisierte das Event nicht, jedenfalls nicht öffentlich. Prominenter Gast und Hauptredner des ersten Russlandtages war Gaslobbyist Gerhard Schröder.

352 FAZ, 18.10.18: „Tausend Jahre und kein Ende“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/der-hintergrund-zur-deutsch-russischen-freundschaft-15845128-p2.html>

353 Die Zahlen sprachen indes eine andere Sprache. Nordkurier, 01.08.22: „Kurswechsel – MV will raus aus dem russischen Fahrwasser“. <https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/kurswechsel-mv-will-raus-aus-dem-russischen-fahrwasser-0149110308.html>

354 Der Spiegel, 25.03.08: „Russen übernehmen deutsche Großwerften“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/millionendeal-russen-uebernehmen-deutsche-grosswerften-a-543286.html>

355 NDR, 19.05.22: „Russland und Mecklenburg-Vorpommern: Chronologie der Landespolitik“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russland-und-Mecklenburg-Vorpommern-Chronologie-der-Landespolitik,russlandfaq100.html>

356 FAZ, 28.09.14: „Enormer Zuspruch zu Russlandtag in Rostock“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/trotz-wirtschaftssanktionen-enormer-zuspruch-zu-russlandtag-in-rostock-13178334.html>



Das Ostinstitut und der Russlandtag

Den ersten sogenannten Russlandtag veranstaltete die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern unter Erwin Sellering 2014 gemeinsam mit dem „Ostinstitut Wismar“ und der Industrie und Handelskammer (IHK) Rostock. Die Idee für den Russlandtag ging mit hoher Wahrscheinlichkeit vom „Ostinstitut Wismar“ aus, zu dem LobbyControl in Zusammenarbeit mit der Initiative Policy Network Analytics (PNA) recherchiert hat. Das Institut wurde 2009 vom ehemaligen SPD-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in Wismar gegründet, ursprünglich als Verein mit dem Namen „Institut für Recht, Wirtschaft und Handel im Ostseeraum e.V.“. Dass ein ehemaliger Ministerpräsident aus Nordrhein-Westfalen ein unauffälliges Institut in Wismar gründet und in dessen Vorstand einzieht, erstaunt. Kurz zuvor war Clement bei dem russischen Beratungsunternehmen „Energy Consulting“ in den Aufsichtsrat berufen worden.³⁵⁷ Ein Zusammenhang zwischen der Vereinsgründung und der Arbeit für das russische Beratungsunternehmen liegt nahe, ist allerdings nicht nachweisbar. Die „Energy Consulting Europe GmbH“, die ihren Sitz in Düsseldorf hatte,³⁵⁸ existiert nicht mehr, Clement verstarb 2020.

Auffallend viele Akteure mit engsten Verbindungen nach Moskau waren Gründungsmitglieder des Ostinstituts. Darunter waren der russische Vizebotschafter und Handelsgesandte Andrej Zverev, also ein direkter diplomatischer Vertreter der russischen Regierung.³⁵⁹ Die Tagesschau hat berichtet, dass die russische Botschaft dem BND zufolge ein „Stützpunkt für Spione und Informanten Moskaus“ sei.³⁶⁰ Seit 2017 ist Zverev Geschäftsführer einer Berliner Politik- und Wirtschaftsberatungsfirma, arbeitet also offenbar mittlerweile als Lobbyist.³⁶¹

357 Welt, 14.04.09, „Wolfgang Clement wird Energieberater in Russland“. <https://www.welt.de/politik/article3555333/Wolfgang-Clement-wird-Energie-Berater-in-Russland.html>

358 Rheinische Post, 13.07.11, „Russische IT-Firma engagiert sich bei Fortuna“. https://rp-online.de/sport/fussball/fortuna/russische-it-firma-engagiert-sich-bei-fortuna_bid-13368083#3

359 Die Liste der Gründungsmitglieder liegt LobbyControl vor.

360 Tagesschau, 18.04.22: „Der umtriebige Herr B.“ <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/russland-diplomaten-105.html>

361 Zweiter Geschäftsführer der Firma Bazecon ist der Putin-nahe Berliner Wirtschaftsanwalt Bernard Malmendier. Abgerufen am 04.01.23: https://www.companyhouse.de/BAZECON-GmbH-Berlin-Focus-21.05.22_„Der-deutsche-Anwalt-dem-Putins-Clan-vertraut“_https://www.focus.de/magazin/archiv/juristerei-der-deutsche-anwalt-dem-putins-clan-vertraut_id_102722086.html

Ein weiteres Gründungsmitglied ist der Schweriner Anwalt Falk Tischendorf, der die Kanzlei Beiten Burkhardt (heute Advant Beiten) in Moskau leitete und später von Erwin SELLERING zum Russlandbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns ernannt wurde.³⁶² Geschäftsführer des Instituts wurde Andreas Steininger. Der Professor für Wirtschaftsrecht an der Hochschule Wismar war einer der wenigen aus dem Vorstand, der das wissenschaftliche Image, mit dem sich der Verein umgibt, glaubwürdig nach außen vertreten konnte. Aber er arbeitete nicht allein im Dienst der Wissenschaft, sondern auch für Kanzleien in Moskau, unter anderem seit 2010 ebenfalls für Advant Beiten.³⁶³ Diese Zusammensetzung legt nahe, dass das Institut von Anfang an als Lobbyforum für russische Interessen gegründet wurde. Die Nord Stream 2 AG beteiligte sich auch finanziell am Ostinstitut, wenn auch laut dem Recherchenetzwerk Correctiv nur mit kleineren Summen.³⁶⁴

Die Annexion der Krim im Jahr 2014 brachte die Nord Stream 2-Pipeline in Gefahr, die seit 2013 auch ganz offiziell in Planung war.³⁶⁵ Das Ostinstitut arbeitete nun daran mit, die politischen Forderungen nach einem Stopp des Pipelinebaus abzuwenden: Institutsleiter Andreas Steininger durfte in Medien wie der Tagesschau oder dem Spiegel erklären, dass die Sanktionen der EU, die in Reaktion auf die russische Aggression im Jahr 2014 beschlossen wurde, wenig bringen würden.³⁶⁶ Und: Das Ostinstitut platzierte den Recherchen von PNA zufolge auf Initiative des russischen Vizebotschafters Zverev die Idee des Russlandtags bei Ministerpräsident SELLERING, der sie aufgriff.

Offiziell handelte es sich beim **Russlandtag** um ein deutsch-russisches Wirtschaftstreffen auf regionaler Ebene mit dem Ziel, die Wirtschaftskontakte zwischen beiden Ländern weiter auszubauen. Politische Ge-

sprache zur Lösung der „Ukraine-Krise“ sollten – so Ministerpräsident SELLERING – auf anderer Ebene geführt werden.³⁶⁷ Doch das Treffen hatte sehr wohl auch einen politischen Charakter: Regelmäßig nahmen hochrangige Politiker:innen aus der Bundespolitik teil.

Der damalige russische Vizebotschafter sowie Mitbegründer des Ostinstituts Andrej Zverev hat den Russlandtag mit seiner Anbindung an die Landespolitik einmal als Fortsetzung der politischen Kommunikation „eine Etage tiefer“ bezeichnet, als diese nach der Krim-Annexion ab 2014 mit Berlin schwieriger wurde.³⁶⁸ Gemeint ist, dass der Russlandtag als Ersatz für die offiziellen Kontakte mit der Bundespolitik dienen sollte. Dazu passen zwei Neuzugänge, die ab 2015 in den Vorstand des Ostinstituts aufgenommen wurden. Zum einen ist dies Andrea Herrmannsen, eine Abteilungsleiterin der Staatskanzlei Mecklenburg Vorpommern.³⁶⁹ Auf der Mitgliederversammlung 2015 begründete Steininger dies damit, dass „die Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei sich als intensiv und fruchtbar erwiesen habe und auch zukünftige Projekte ohne Einbeziehung der Staatskanzlei nicht möglich seien“.³⁷⁰ Damit war die Staatskanzlei über das Ostinstitut direkt in die Arbeit der Russland-Lobbynetzwerke einbezogen.

Zum anderen wurde auch Ties Tiessen, damals Mitglied im Vorstand der Wintershall AG, in den Vorstand des Ostinstituts aufgenommen.³⁷¹ Wintershall war nicht nur engstens mit Gazprom verflochten, sondern auch Mitfinanzierer der Nord Stream 2-Pipeline. Dass ein Wintershall-Vorstand im Verein mitwirkte, verstärkte den Eindruck, dass das Institut dazu dienen sollte, gute Stimmung für den Bau der Pipeline zu betreiben. Während die Öffentlichkeit darüber staunte, dass in Mecklenburg-Vorpommern in dieser brisanten politischen Lage ein deutsch-russisches Wirtschaftstreffen veranstaltet wurde, war es für das Lobbynetzwerk in Mecklenburg-Vorpommern genau der richtige Zeitpunkt: So sollte verhindert werden, dass die russische Aggression gegen seine Nachbarn negative Auswirkungen für Russland

362 Advant Berlin. Falk Tischendorf. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.advant-beiten.com/de/experten/falk-tischendorf>

363 Advant Beiten: 13 Juristen von Beiten Burkhardt Russia werden im internationalen Ranking Best Lawyers 2022 empfohlen. Abgerufen am 22.12.22: <https://www.advant-beiten.com/sites/default/files/downloads/13%20Juristen%20von%20BEITEN%20BURKHARDT%20Russia%20werden%20im%20internationalen%20Ranking%20Best%20Lawyers%202022%20empfohlen.pdf>; und: LinkedIn-Profil von Andreas Steininger. Abgerufen am 22.12.22: <https://www.linkedin.com/in/andreas-steininger-526701168/?originalSubdomain=de>

364 Correctiv, 20.09.22: „Die Gazprom-Lobby“: <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/09/20/gas-gazprom-lobby-deutschland/>

365 Öffentliche Bekanntmachung des BSH. NfS 15/13 vom 12. April 2013, S. 4.2/4.3.

366 Tagesschau.de, 09.09.14: Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar, zu den EU-Sanktionen gegen Russland <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-23084.html>. Und: Spiegel, 25.09.2014: „Ich wehre mich dagegen, dass Gazprom verteuert wird“, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/russland-tag-in-rostock-andreas-steininger-verteidigt-gazprom-a-993291.html>

367 So betonte es Ministerpräsident SELLERING beim Russlandtag 2014: NDR, 02.10.14: „Russlandtag: Der Dialog soll nicht abreißen“, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russlandtag-Alt-Kanzler-spricht-ueber-Perspektiven,russlandtag118.html>

368 Welt, 29.08.14: „Hier werden jetzt deutsch-russische Deals gemacht“, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article131714921/Hier-werden-jetzt-deutsch-russische-Deals-gemacht.html>

369 Die entsprechenden Vereinsunterlagen liegen LobbyControl vor.

370 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 3. Juli 2015, S. 4.

371 Die entsprechenden Vereinsunterlagen liegen LobbyControl vor.

und die Nord Stream 2-Pipeline haben könnte. Nur zwei Jahre später forderten auf dem Russlandtag 2016 sowohl Erwin Sellering als auch der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Festredner der Veranstaltung, ein Ende der Sanktionen gegen Russland³⁷² – letzterer unter der Voraussetzung, dass die im Minsker Friedensabkommen vereinbarten Bedingungen auch von Russland eingehalten werden.³⁷³

Einen Anteil der Finanzierung des Russlandtags – dessen jeweilige Gesamtkosten auf etwa 250.000 Euro geschätzt werden³⁷⁴ – übernahmen die Hauptsponsoren mit insgesamt 40.000 Euro. 2014 waren dies vor allem Gazprom Germania und Nord Stream 2 AG, die IHK trug 20.000 Euro und die Staatskanzlei 30.000 Euro bei.³⁷⁵ An der Finanzierung des Russlandtags 2016 beteiligten sich als größte Sponsoren Gazprom, Nord Stream 2 AG und der Netzwerkbetreiber Gascade (der Gazprom und Wintershall DEA gemeinsam gehört) mit je 10.000 Euro.³⁷⁶ Das warf durchaus Fragen auf: Alle drei Unternehmen hatten zu dieser Zeit Interesse am Bau des Nord Stream 2-Projekts – der Bauantrag musste von einer Schweriner Behörde genehmigt werden, während sie eine Veranstaltung der Staatskanzlei sponserten.³⁷⁷ Seit 2014 wurde die Veranstaltung jedes zweite Jahr bis 2021 von der Staatskanzlei, dem Ostinstitut und der IHK Rostock abwechselnd in Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet durchgeführt.³⁷⁸

Nachdem sich Erwin Sellering 2017 krankheitsbedingt aus der Politik zurückgezogen hatte, kehrte er schon 2018 wieder in russlandfreundliche Netzwerke zurück: Er wurde Initiator und Vorstandsmitglied des **Vereins „Deutsch-Russische Partnerschaft“**.³⁷⁹ Die Nord Stream 2 AG förderte laut der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Verein mit jährlich 20.000 Euro und hatte außerdem einen Sitz im Vorstand.³⁸⁰ Offiziell soll der Verein gegenseitiges Verständnis durch den deutsch-russischen Austausch in Kultur, Sport, Wissenschaft und Bildung fördern.³⁸¹ Der FAZ zufolge diene der Verein aber auch dazu, „russisches Geld in alle Winkel Mecklenburg-Vorpommerns zu bringen.“³⁸² Tatsächlich war die Nord Stream 2 AG bis zum russischen Angriff auf die Ukraine ein allgegenwärtiger Sponsor im Bundesland: zum Beispiel bei der Schweriner Damen-Volleyball-Mannschaft³⁸³, beim Orchester „Baltic Sea Philharmonic“ und der Kunsthalle Rostock.³⁸⁴ Der Verein bezog aber auch Stellung zu politischen Fragen. So verkündete Sellering etwa laut der FAZ nach dem Giftanschlag auf Kreml-Kritiker Alexander Nawalny ganz im Sinne des Kreml auf der Internetseite des Vereins, dass der „Hintergrund der Tat völlig ungeklärt“ sei und es sich „selbstverständlich verbiete, Strafmaßnahmen gegen Russland zu verhängen.“³⁸⁵

Deshalb ist es höchst fragwürdig, dass der Verein laut dem Norddeutschen Rundfunk vom Land Mecklenburg-Vorpommern eine Anschubfinanzierung in Höhe von 600.000 Euro erhalten sollte.³⁸⁶ Etwa 350.000 Euro davon, also über die Hälfte, wurden noch nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im März 2022 vom SPD-geführten Finanzministerium bewilligt, laut der Staatskanzlei aber nicht mehr ausgezahlt.³⁸⁷ Der Nord Stream 2 AG-Vertreter im Vorstand – Nord Stream 2

372 NDR, 23.02.16: „Russlandtag: Gabriel und Sellering gegen Sanktionen“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russlandtag-Selling-fuer-Ende-der-Sanktionen,russlandtag140.html>

373 Correctiv, 02.11.22: „Gazprom-Lobby“-Recherche: Gabriel zieht gegen CORRECTIV vor Gericht“. <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/11/02/gazprom-lobby-recherche-gabriel-zieht-gegen-correctiv-vor-gericht/>

374 Tagesspiegel, 24.06.16: „Russlandtag in Rostock“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/heikle-leitung-4466620.html>

375 NDR, 12.09.14: „Russlandtag: Die Sponsoren sprechen russisch“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russlandtag-Die-Sponsoren-sprechen-russisch,russlandtag110.html>

376 Die Gesamtkosten schätzte die Landesregierung auf 250.000 Euro. Tagesspiegel, 24.05.16: „Heikle Leitung“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/russlandtag-in-rostock-heikle-leitung/13636420.html>

377 Tagesspiegel, 24.05.16: „Heikle Leitung“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/russlandtag-in-rostock-heikle-leitung/13636420.html>

378 Ostinstitut Wismar. Russland-Tag Mecklenburg Vorpommern. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.ostinstitut.de/russlandtag>

379 Deutsch-Russische Partnerschaft. Verein. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsch-russische-partnerschaft-mv.de/verein/> Die Webseite ist seit Anfang 2023 „vorübergehend deaktiviert“, lässt sich aber über das Internet-Archiv „Waybackmachine“ rekonstruieren: <https://web.archive.org/web/20220104230436/https://www.deutsch-russische-partnerschaft-mv.de/>

380 FAZ, 06.02.22: „Die Schröder-Putin-Connection“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/schroeder-putin-das-gas-russlands-deutsches-netzwerk-17780264.html?GEP=s3&premium=0x9271d8319950266a75d0989f6622e9a6>

381 Ebd.

382 Ebd.

383 Nord Stream. Nord Stream AG wird neuer Sponsor des Schweriner SC. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.nord-stream.com/de/presse-info/pressemitteilungen/nord-stream-ag-wird-neuer-sponsor-des-schweriner-sc-348/>

384 ZEIT, 10.02.22: „Wenn der Gasmann zweimal klingelt“. <https://www.zeit.de/2022/07/nord-stream-2-bundesregierung-gerhard-schroeder/seite-4>

385 FAZ, 06.02.22: „Die Schröder-Putin-Connection“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/schroeder-putin-das-gas-russlands-deutsches-netzwerk-17780264.html?GEP=s3&premium=0x9271d8319950266a75d0989f6622e9a6>

386 NDR, 19.05.22: „Russland und Mecklenburg Vorpommern: Chronologie der Landespolitik“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russland-und-Mecklenburg-Vorpommern-Chronologie-der-Landespolitik,russlandfaq100.html>

387 NDR, 21.04.22: „CDU fordert Selbstauflösung des Russland-Vereins“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/CDU-fordert-Selbstaufoesung-des-Russland-Vereins,verein168.html>



Ein Geflecht von Vereinen half dem Unternehmen Nord Stream 2 AG, seine Interessen und die der russischen Regierung in Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen. Geld kam von Nord Stream 2, aber auch die Staatskanzlei brachte sich finanziell und personell ein.

AG-Kommunikationschef Steffen Ebert – verschwand 2022 aus der Riege der Vorstandsmitglieder.³⁸⁸

2020 wurde SELLERING außerdem Vorstandsmitglied im „Ostinstitut Wismar“,³⁸⁹ 2021 übernahm er den Vorsitz der fragwürdigen „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“³⁹⁰, die den Bau von Nord Stream 2 trotz Wirtschaftssanktionen der USA ermöglichen sollte (vgl. Kasten). Als Manuela Schwesig kurz nach Kriegsbeginn die Stiftung auflösen wollte, widersetzte sich Erwin SELLERING dem vehement.³⁹¹ Um zu verhindern, dass die von der Stiftung beauftragten Unternehmen für den Pipeline-Bau öffentlich gemacht werden müssen, ist SELLERING sogar vor das Bundesverfassungsgericht gezogen – wo er allerdings gescheitert ist.³⁹²

MANUELA SCHWESIG: MINISTERPRÄSIDENTIN VON MECKLENBURG-VORPOMMERN

Manuela Schwesig, die Erwin SELLERING 2017 als Ministerpräsidentin ablöste, führte die Putin- und Nord Stream 2-freundliche Politik ihres Vorgängers fort. Schwesig hielt am Russlandtag fest, obwohl die Kritik daran noch einmal deutlich zugenommen hatte. Neben dem Narrativ der deutsch-russischen Freundschaft wiederholte die Ministerpräsidentin auch immer wieder eine weitere Erzählung: „Wir brauchen die Ostseepipeline für die künftige Energieversorgung in Deutschland.“³⁹³ Dies sagte sie, um die Pipeline gegen Kritik nach dem Giftanschlag auf den Oppositionellen Alexei Nawalny zu verteidigen. Gleichzeitig verwarf sie damit auch die Einschätzung ihrer eigenen Staatskanzlei, dass die Pipeline nicht alternativlos sei. In einem eigens von der Hausleitung angeforderten Vermerk vom September 2020³⁹⁴ machen Mitarbeiter:innen des Hauses von Manuela Schwesig sehr deutlich, dass der Bau von Nord Stream 2 nicht die einzige Lösung für die Energieversorgung in Deutschland ist. In dem Dokument wird dargestellt, dass als Alternative zum russischen Gas

erneuerbare Energien massiv ausgebaut werden könnten, der künftige Gasbedarf sinken werde und der Gasbezug außerdem diversifiziert werden sollte. Doch Schwesig verließ sich offenbar lieber auf die Aussagen der Nord Stream 2 AG als auf die ihrer eigenen Verwaltung: Sie entschied sich damit bewusst für die Erzählung eines steigenden Gasbedarfs und gegen stärkere Investitionen in erneuerbare Energien.³⁹⁵

„Eine Alternative wäre der Ausbau erneuerbarer Energien. Erdgasimporte aus anderen Ländern per Schiff wären auch möglich, aber teurer und umweltschädlicher.“³⁹⁶

Aus dem Vermerk der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern. Schwesig entschied sich gegen die Einschätzung ihrer eigenen Verwaltung und für die Erzählung der Gasindustrie, dass die Nord Stream 2-Pipeline alternativlos sei.

Dokumente, die die Organisation FragDenStaat gemeinsam mit dem Online-Nachrichtenportal t-online veröffentlicht hat, zeigen, wie weit die SPD-geführten Regierungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern den Wünschen und Forderungen der Nord Stream 2 AG entgegenkamen. Schon bei einem ersten Treffen 2016, in der das Unternehmen sein Vorhaben präsentierte, wünschte man sich eine „politische Flankierung“ und einen „entsprechenden Kabinettsbeschluss“ in der laufenden Legislaturperiode.³⁹⁷ Das Energieministerium machte sich prompt an die Umsetzung. Auch legte die Staatskanzlei die „Alternativlosigkeit des Vorhabens und die zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ dar, damit die Pipeline durch ein Naturschutzgebiet verlaufen konnte – die Nord Stream 2 AG lieferte die Argumente dazu.³⁹⁸

388 über das Webarchiv lässt sich seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand nachvollziehen: <https://web.archive.org/web/20220104230436/https://www.deutsch-russische-partnerschaft-mv.de/vereinsvorstand/>

389 Zu diesem Zeitpunkt findet er sich erstmals auf der Webseite: https://web.archive.org/web/20201127023200/https://www.ostinstitut.de/de/ostinstitut_wismar/vorstand_mitarbeiter

390 Klimastiftung-MV. Personen. Abgerufen am 18.11.22: <https://klimastiftung-mv.de/personen/>

391 Tagesschau.de, 22.04.22: „SELLERING wehrt sich gegen Auflösung“. <https://www.tagesschau.de/inland/sellering-klimaschutzstiftung-101.html>

392 Nordkurier, 24.11.22: „Karlsruhe weist Klage ab – Klimastiftung MV muss Unternehmen nennen.“ <https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/karlsruhe-weist-klage-ab-klimastiftung-mv-muss-unternehmen-nennen-2450454111>

393 t-online.de, 06.07.22: „Schwesig ignorierte Hinweise der eigenen Staatskanzlei“. https://www.t-online.de/nachrichten/id_92346502/nord-stream-2-manuela-schwesig-ignorierte-hinweise-der-eigenen-staatskanzlei.html

394 Diesen Vermerk hat die Online Zeitung t-online gemeinsam mit der Organisation FragDenStaat aus der Staatskanzlei auf Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz erhalten. T-Online.de, 06.07.22: „Schwesig ignorierte Hinweise der eigenen Staatskanzlei“. https://www.t-online.de/nachrichten/id_92346502/nord-stream-2-manuela-schwesig-ignorierte-hinweise-der-eigenen-staatskanzlei.html

395 Ebenso hatte 2019 auch das CDU-geführte Bundeswirtschaftsministerium sich in seiner „Gasstrategie 2030“ für die Auffassung der Gasindustrie entschieden, dass der Gasbedarf steigen wird. Vgl. Kapitel 5.

396 T-Online.de, 06.07.22: „Schwesig ignorierte Hinweise der eigenen Staatskanzlei“. https://www.t-online.de/nachrichten/id_92346502/nord-stream-2-manuela-schwesig-ignorierte-hinweise-der-eigenen-staatskanzlei.html

397 FragDenStaat. Nord Stream 2. Abgerufen am 18.11.22: <https://fragdenstaat.de/dokumente/152847-nord-stream-2-presentation-template/?page=9>, S. 9

398 FragDenStaat. Kopfbogen im CD. Abgerufen am 18.11.22: <https://fragdenstaat.de/dokumente/152885-kopfbogen-im-cd/>, Seite 2-3.

Eine Schlüsselrolle in der Lobbyarbeit der Nord Stream 2 AG nahm Steffen Ebert ein, der bis Januar 2022 „Communications Manager Germany“ der Nord Stream 2 AG war.³⁹⁹ Er lieferte den zuständigen Ministern und – ab 2017 – Ministerpräsidentin Schwesig Argumente gegen Pipeline-Kritiker. Als Schwesig im September 2020 im Bundestag die Pipeline mit einer engagierten Rede verteidigte, dankte Ebert ihr „für Ihre klare und entschiedene Haltung zu unserem Projekt und Ihre starke Unterstützung“ und lieferte weitere „Argumentationshilfen“ gegen die Nachfragen der Opposition.⁴⁰⁰ Seit den drohenden US-Sanktionen wollte die Nord Stream 2 AG nur noch konspirativ Informationen austauschen: Wichtige Informationen sollten demnach nur in persönlichen Gesprächen fließen – man fürchtete eine Überwachung durch US-Geheimdienste. Dem haben sich Staatskanzlei und Ministerien offenbar gefügt.⁴⁰¹

Der Einfluss des russischen Staatskonzerns Gazprom und seines Tochterunternehmens Nord Stream 2 AG auf die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern war immens. Die Unternehmen spülten ordentlich Geld in das Bundesland – über fragwürdige Stiftungen, intransparente Vereine und Sponsoring. Die Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern machte sich zum Sprachrohr der Interessen von Nord Stream 2 und half dem Regime, den Bau der Pipeline trotz US-Sanktionen durchzusetzen. Die Landesregierung hat dabei das Framing der Gasindustrie vom erhöhten Gasbedarf in der Klimaschutzpolitik übernommen und den Ausbau erneuerbarer Energien vernachlässigt.⁴⁰² Mittlerweile ist die Pipeline Nord Stream 2 eine riesige Investitionsruine, beteiligte Unternehmen wie Uniper müssen mit Steuergeldern gerettet werden. Seit den ungeklärten Explosionen an den Gaspipelines Ende September 2022 ist eine der beiden Röhren zusätzlich wohl für immer unbrauchbar.⁴⁰³ Indem die Landesregierung sich voll und ganz dem russischen Pipeline-Gas als angebliche



Foto: Alexander Chizhenok/shutterstock.com

Für den Bau der Nord Stream 2-Pipeline war die Betreiberfirma und Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG auf politische Netzwerke in Deutschland angewiesen.

Lösung für die Klimakrise verschrieben hat, wurden nicht nur Milliarden Gewinne in Putins Staatskassen gespült – Deutschland wurde gleichzeitig erpressbar gemacht.

Zwar setzt sich auch Manuela Schwesig seit Kriegsbeginn nicht mehr für eine Betriebsgenehmigung von Nord Stream 2 ein – auf fossiles Erdgas setzt die Ministerpräsidentin jedoch weiterhin: Vor der Küste der Stadt Lubmin, wo die Nord Stream-Pipelines anlanden und eine bundesweite Pipeline-Infrastruktur zur Gas-Verteilung besteht, wurde im Januar 2023 ein erstes privates schwimmendes LNG-Terminal eröffnet.⁴⁰⁴ Die früheren Investitionen in die Pipelines Nord Stream 1 und 2 verteidigt Schwesig und sieht ihr Land dadurch in einer „Vorreiterrolle“.⁴⁰⁵ Langfristig soll über das LNG-Terminal in Lubmin Wasserstoff angeliefert werden können.⁴⁰⁶ Expert:innen haben aber Zweifel, wie sinnvoll ein Umbau von LNG-Terminals für Wasserstoff ist (vgl. 6.3).⁴⁰⁷

399 Xing, Steffen Ebert. Abgerufen am 18.11.22: https://www.xing.com/profile/Steffen_Ebert4

400 FragDenStaat. <https://fragdenstaat.de/dokumente/149965-anlagezumbescheid-e-mailanmpinvm23/>

401 T-online.de, 02.07.22: „Dokument belegt konspirative Pipeline-Kommunikation“. https://www.t-online.de/nachrichten/id_92324568/nord-stream-2-warum-sind-die-akten-von-manuela-schwesig-so-lueckenhaft-.html

402 Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, 06.07.22: Pressemitteilung. <https://gruene-fraktion-mv.de/2022/07/06/pressemitteilung-6-7-2022-2/>

403 Tagesspiegel, 22.09.22: „Vier Lecks in Gasleitungen“. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/nord-stream-putin-spricht-von-terroranschlag-gegen-nord-stream-8687140.html>

404 Tagesspiegel, 09.08.22: „Investitionen waren für Mecklenburg-Vorpommern gut“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/schwesig-will-infrastruktur-von-nord-stream-2-fur-lng-import-nutzen-8587669.html>

405 Tagesspiegel, 09.08.22: „Investitionen waren für Mecklenburg-Vorpommern gut“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/schwesig-will-infrastruktur-von-nord-stream-2-fur-lng-import-nutzen-8587669.html>

406 Regierung-MV. Schwesig und Söder informieren sich über den Energiestandort Lubmin. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Energiestandort-Lubmin/>

407 NDR, 23.09.22: „Welche Perspektive haben die LNG-Terminals im Norden?“. <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Welche-Perspektive-haben-die-LNG-Terminals-im-Norden,lngterminals104.html>



Ein irreführendes Konstrukt: Stiftung Klima- und Umweltschutz MV

Trotz scharfer internationaler Kritik wurde 2018 mit dem Bau von Nord Stream 2 begonnen.⁴⁰⁸ Doch schon bald gerieten die Bauarbeiten ins Stocken, weil die USA im Dezember 2019 Sanktionen gegen die am Bau beteiligten Unternehmen verhängten.⁴⁰⁹ Hier zahlte sich für die Nord Stream 2 AG und deren Eigentümer Gazprom nun der Einfluss aus, den man sich bei der Landesregierung gesichert hatte. Im Sommer 2020 traf sich Ministerpräsidentin Schwesig mehrmals mit Vertretern der Nord Stream 2 AG, darunter deren Chef Matthias Warnig sowie Gaslobbyist Schröder – offenbar, um das weitere Vorgehen zu beraten.⁴¹⁰ Wenig später initiierte die Landesregierung eine Stiftung mit dem irreführenden Namen „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“. Im Landtag stimmten Anfang Januar 2021 neben der SPD der damalige Koalitionspartner CDU und die Linke für die Einrichtung der Stiftung.⁴¹¹

Offiziell widmete sich die Stiftung dem Klimaschutz – und stellte dafür Projektgelder zur Verfügung. Vor allem aber war in der Satzung in § 2 (2) ausdrücklich ein weiteres Ziel festgehalten: der Weiterbau von Nord Stream 2 samt der Möglichkeit, deren Geschäftsbetrieb zu übernehmen.⁴¹² Das Geld für die Stiftung kam direkt von der Nord Stream 2 AG, insgesamt 60 Millionen sollten es werden. Mecklenburg-Vorpommern selbst hingegen gab lediglich 200.000 Euro in die Stiftung.⁴¹³

Die Gründung der Stiftung war also letztlich praktisch ein Trick, um die US-Sanktionen zu unterlaufen. Die Stiftung sollte als Zwischenhändlerin zwischen der Pipeline und den Zulieferern fungieren. Die Sanktionen galten nämlich nicht für staatliche Akteure. Bei der Idee einer Stiftungsgründung durch die Landesregierung nahm die Nord Stream 2 AG erheblichen Einfluss

auf die Politik der Landesregierung.⁴¹⁴ Auch die Idee zur Stiftungsgründung kam von der Nord Stream 2 AG, wie Erwin SELLERING in einem Interview offen zugab.⁴¹⁵ Hinzu kommt: Dokumente, die auf Druck von Journalist:innen und der Plattform „FragDenStaat“ veröffentlicht wurden, zeigen, wie die Nord Stream 2 AG vor dem Gründungsbeschluss im Landtag im Januar 2021 weitreichend bei der Ausgestaltung der Stiftung mitbestimmte. Unternehmensvertreter veränderten Details im Satzungsentwurf, Unternehmen und Staatskanzlei stimmten gemeinsam die Pressekommunikation inklusive Sprachregelungen ab.⁴¹⁶

„Na, das hat doch alles sehr gut geklappt. (...) Nach erstem Check der diversen Statements und Zitate zur Stiftung werden wir unser Company Statement (...) erst einmal unverändert lassen. Das schließt aber nicht aus, dass wir zukünftig noch Anpassungen vornehmen werden. Ich werde Sie diesbezüglich wie gewohnt auf dem Laufenden halten.“⁴¹⁷

Die E-Mail von Nord Stream-Lobbyist Steffen Ebert an die Staatskanzlei nach dem Landtagsbeschluss zur Gründung der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV zeigt, wie intensiv die Absprachen zwischen Nord Stream 2 und der Verwaltung von Ministerpräsidentin Schwesig waren.

Kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine legte die Bundesregierung den Genehmigungsprozess für Nord Stream 2 auf Eis. Die Mitarbeiter:innen der Nord Stream 2 AG wurden entlassen, das Unternehmen mit Sitz in der Schweiz steht vor dem Konkurs.⁴¹⁸ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern

408 Deutschlandfunk, 12.04.22: „Gaspipeline durch die Ostsee spaltet Europa“. <https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-2-vor-baubeginn-gaspipeline-durch-die-ostsee-100.html>

409 Tagesschau, 21.12.19: „US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 in Kraft“. <https://www.tagesschau.de/ausland/trump-nord-stream-2-sanktionen-101.html>

410 NDR, 19.05.22: „Russland und Mecklenburg Vorpommern: Chronologie der Landespolitik“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russland-und-Mecklenburg-Vorpommern-Chronologie-der-Landespolitik,russlandfaq100.html>

411 Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 07.01.21: Plenarprotokoll. https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle/7_Wahlperiode/PlPr07-0108.pdf, S. 41

412 Satzung der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV, 08.01.22: <https://klimastiftung-mv.de/wp-content/uploads/2021/04/Satzunggenehmigt-Klimastiftung.pdf>, S. 4

413 NDR, 19.05.22: „Russland und Mecklenburg Vorpommern: Chronologie der Landespolitik“. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russland-und-Mecklenburg-Vorpommern-Chronologie-der-Landespolitik,russlandfaq100.html>

414 FragDenStaat: „Nord Stream 2 und die Klimastiftung MV.“ Abgerufen am 29.07.22: <https://fragdenstaat.de/blog/2022/04/22/klimastiftung-mecklenburg-vorpommern-nord-stream-2-schwesig/>

415 ZEIT, 10.02.22: „Wenn der Gasmann zweimal klingelt“. <https://www.zeit.de/2022/07/nord-stream-2-bundesregierung-gerhard-schroeder/komplettansicht>

416 FragDenStaat: „Nord Stream 2 und die Klimastiftung MV“. Abgerufen am 29.07.22: <https://fragdenstaat.de/blog/2022/04/22/klimastiftung-mecklenburg-vorpommern-nord-stream-2-schwesig>

417 Ebd.

418 n-tv, 08.09.22: „Nord-Stream-2-Betreiber wendet Pleite ab“. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Nord-Stream-2-Betreiber-wendet-Pleite-ab-article23575950.html>

klärt seit Juni 2022 in einem Untersuchungsausschuss die Vorgänge rund um die Stiftungsgründung.⁴¹⁹ Nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine kündigte Manuela Schwesig ihre Unterstützung für die Stiftung auf. Alle Kontakte nach Russland sollten bis auf Weiteres eingestellt werden und der Vorstand der Stiftung eine Auflösung der Stiftung auf den Weg bringen.⁴²⁰

Im Untersuchungsausschuss zur Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ sollte auch geklärt werden, welche weiteren Verbindungen es zwischen den Akteuren gab – beispielsweise die Rolle Sellerings und der Vereine, die er gegründet hat oder in deren Vorständen er weiterhin sitzt, sowie deren Partner und Finanzierung. Zu nennen sind hier der Verein Deutsch-Russische Partnerschaft e.V. und das „Ostinstitut Wismar“.

Foto: public domain



Die Organisationen Fridays for Future und Ende Gelände demonstrieren unter dem Motto „Pipeline in die Krise“ vor dem Willy-Brandt-Haus in Berlin gegen die Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“.

419 Landtag MV. Untersuchungsausschuss Klimaschutzstiftung. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/untersuchungsausschuss-klimaschutzstiftung>

420 Deutschlandfunk, 22.07.22: „Die SPD und die Klimastiftung Mecklenburg-Vorpommern“. <https://www.deutschlandfunk.de/russland-connection-ostsee-spd-und-klimastiftung-mvp-100-100.html>

4.4 Gaslobby-Netzwerke im Umfeld der CDU

Gaslobby-Netzwerke gibt es nicht nur rund um SPD-Politiker:innen, sondern auch im Umfeld der CDU. Schließlich hat ein CDU-geführtes Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier in einer CDU-geführten Bundesregierung von 2018 bis 2021 die deutsche Energiepolitik verantwortet. Altmaier hatte sich als Wirtschaftsminister unter anderem für eine bedeutende Rolle von fossilem Erdgas in der deutschen Energiepolitik starkgemacht (vgl. 5.1). Vor allem über den CDU-Wirtschaftsflügel⁴²¹ gab und gibt es enge Verbindungen in deutsch-russische Gas-Netzwerke.

DIE BADEN-CONNECTION

Ein Schwerpunkt der CDU-Gaslobby-Netzwerke befindet sich in Baden-Württemberg. Hier sitzen mit dem Tunnelbauunternehmer Martin Herrenknecht, dem „Russland-Lobbyisten“ Klaus Mangold und dem früheren Nord Stream AG-Geschäftsführer und Putin-Vertrauten Matthias Warnig gleich drei Unternehmer, die enge Geschäftsbeziehungen zu Russland pflegten und den russischen Präsidenten auch mehr oder weniger persönlich kannten, zwei von ihnen mit Nähe zur CDU. Während Warnig eher hinter den Kulissen wirkte und sich keiner politischen Partei zuordnen lässt, waren Mangold und Herrenknecht öffentliche Fürsprecher für enge deutsch-russische Handelsbeziehungen ohne Rücksicht auf die zunehmend aggressive und autokratische Ausrichtung der russischen Regierung. Diese Botschaft dürfte auch in der CDU angekommen sein, in der beide Unternehmer sehr gut vernetzt sind.

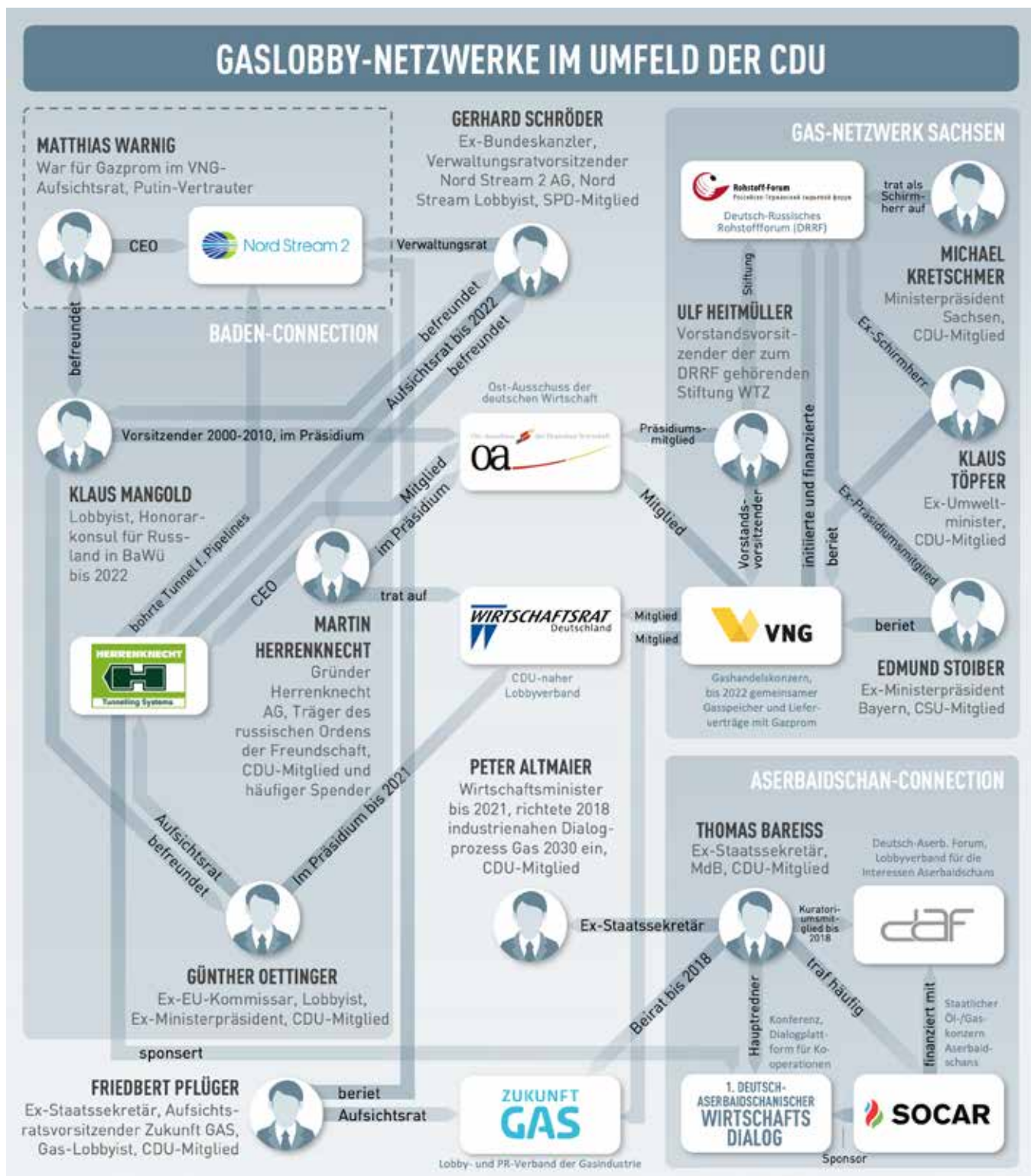
MARTIN HERRENKNECHT: UNTERNEHMER, DER VOM GASGESCHÄFT PROFITIERT

Das Unternehmen **Herrenknecht AG** ist Weltmarktführer im Bau von Tunnelbohrmaschinen.⁴²² Die Tunnelbohrmaschinen der Firma Herrenknecht haben in Russland nicht nur Abschnitte von Nord Stream 1 und 2 gebohrt, sondern auch Metrolinien und Transporttunnel.⁴²³ Gründer und Vorstandsvorsitzender Martin Herrenknecht hat aber nicht nur Geschäfte mit dem Kreml gemacht und von russischen Staatsaufträgen profitiert – er hat auch dessen Propaganda

421 Gemeint ist mit dem Wirtschaftsflügel der Parlamentskreis Mittelstand der Unionsbundestagsfraktion und die Parteivereinigung Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT, bis 2019: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung). Zuweilen wird auch die Vorfeldorganisation „Wirtschaftsrat der CDU“ zum Wirtschaftsflügel der CDU gezählt, weil dieser Lobbyverband zwar außerhalb der Partei organisiert ist, ihr aber sehr nahesteht: LobbyControl, April 2021: Der Wirtschaftsrat der CDU, S. 27 <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbycontrol-Studie-Wirtschaftsrat-Klimabremser.pdf>

422 Weltmarktführerindex. Herrenknecht. Abgerufen am 18.11.22: https://www.weltmarktfuehrerindex.de/corp_profile/?pid=97

423 Kontext-Wochenzeitung, 09.03.22: „Die Schwarzwald-Connection“. <https://www.kontext-wochenzeitung.de/wirtschaft/571/die-schwarzwald-connection-8056.html>



Auch im Umfeld der CDU/CSU gab es verschiedene Gaslobby-Netzwerke mit punktuellen Überschneidungen.

übernommen. „Die Sanktionen gegen Russland müssen weg“, forderte er 2016 im Handelsblatt.⁴²⁴ Noch im März 2022 sagte Martin Herrenknecht zum Krieg Putins gegen die Ukraine: „Wir haben Putin in einem gewissen Maße provoziert.“⁴²⁵

Herrenknecht steht als CDU-Mitglied dem parteiinternen Wirtschaftsflügel und dem konservativen Lobbyverband „Wirtschaftsrat der CDU“ nahe. Er ist ein regelmäßiger Spender der Partei: Seit 2012 ließ er CDU und CSU knapp 500.000 Euro zukommen.⁴²⁶ Seine Meinung hat in der Partei offenbar Gewicht: Nach heftiger Kritik am wirtschaftspolitischen Kurs der Partei im Jahr 2019 bot ihm Kanzlerin Merkel direkt ein Gespräch an – ein Privileg, das nicht jedem Parteimitglied zusteht.⁴²⁷ Enge Beziehungen pflegt er zu einer Gruppe konservativer CDU-Abgeordneter, die laut den Journalistinnen Annika Joeres und Susanne Götze über ihre politischen Ämter die Energiewende ausbremsen und auch als „**Bermudadreieck der Energiewende**“ bezeichnet werden.⁴²⁸ Unter anderem gehört dazu **Thomas Bareiß**, der als parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier bis 2021 für Energiepolitik und Mittelstandspolitik verantwortlich war. Bareiß pflegte enge Beziehungen zur Gasindustrie – etwa durch seine Mitgliedschaft im politischen Beirat des Lobbyverbands Zukunft Gas (vgl. 3.3.1).⁴²⁹

Über seinen Aufsichtsrat vernetzt sich der Unternehmer strategisch in verschiedene politische Richtungen: Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Herrenknecht AG war bis vor Kurzem Gerhard Schröder – im März 2022 musste er den Posten aufgrund drohender Sanktionen für das Unternehmen niederlegen.⁴³⁰ Schröder ist mit Herrenknecht

auch persönlich befreundet.⁴³¹ Des Weiteren ist Günther Oettinger seit Januar 2021 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG.⁴³² Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und langjährige EU-Kommissar ist heute selber als Lobbyist tätig.⁴³³ Als EU-Energie-Kommissar hatte er sich zum Beispiel für den Bau der Transadriatic-Pipeline von Aserbaidschan nach Italien starkgemacht.⁴³⁴ Auch für diese haben Herrenknechts Maschinen die Tunnel gebohrt.⁴³⁵

KLAUS MANGOLD: LOBBYIST, „MISTER RUSSLAND“ UND OST-AUSSCHUSS-VORSITZENDER

Auch der Unternehmer **Klaus Mangold** pflegt seine Kontakte in die Politik unter anderem über Günther Oettinger und Gerhard Schröder, mit denen er gut befreundet ist.⁴³⁶ Er stammt ebenfalls aus Baden und ist eine mächtige Figur in der deutschen Wirtschaft. Mangold war unter anderem Vorstandsvorsitzender bei Quelle, Mitglied des Vorstands von Daimler und Aufsichtsratsvorsitzender von TUI.⁴³⁷ Von 2000 bis 2010 war er Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (vgl. 3.3.3),⁴³⁸ dort ist er auch weiter Mitglied des Präsidiums, gemeinsam unter anderem mit Martin Herrenknecht.⁴³⁹ Seit 2003 unterhält er sein eigenes Beratungsunternehmen „Mangold Consulting“, mit dem er Unternehmen darin unterstützt, Geschäfte mit Russland, Kasachstan und osteuropäischen Ländern anzubahnen.⁴⁴⁰

Mangold wurde von der FAZ als „Mister Russland der deutschen Wirtschaft“ betitelt. Er verfügt über enge Verbindungen zu russischen Oligarchen und sagt über sich selbst, er „habe gute Kontakte zu wichtigen russischen Regierungen“. Putin selbst kennt er seit 1993. Immer wieder, auch in seiner Rolle als Vorsitzender des Ost-Ausschusses,

424 Handelsblatt, 14.03.16: „Die Sanktionen gegen Russland müssen weg“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/tunnelbauer-martin-herrenknecht-in-afrika-haben-wir-keine-chance-gegen-die-chinesen/13314280-2.html>

425 Stuttgarter Zeitung, 07.03.22: „Schröders trister Abgang beim Tunnelpionier Herrenknecht“. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.aufsichtsrat-bei-herrenknecht-schroeder-trister-abgang-unter-traenen.49896de3-d4cd-4b6e-b8b3-95c64d464519.html?reduce=true>

426 Lobbypedia. Spezialabfrage Parteispenden Martin Herrenknecht. Abgerufen am 29.07.22: [https://lobbypedia.de/wiki/Spezial:Abfrage_ausf%C3%BChren/Parteispenden?pfRunQueryFormName=Parteispenden&title=Spezial:3AAbfrage_ausf%C3%BChren%2FParteispenden&Parteispenden%5BGeldgebende%5D=Herrenknecht%2C+Martin%2C+Dr.+Parteispenden%5BEmpfangende%5D=&Parteispenden%5BMindestbetrag%5D=&Parteispenden%5BJahre%5D=&Parteispenden%5BOrte%5D=&Parteispenden%5BKategorien%5D=&wpRunQuery=Abfrage+ausf%C3%BChren&pf_free_text=](https://lobbypedia.de/wiki/Spezial:Abfrage_ausf%C3%BChren/Parteispenden?pfRunQueryFormName=Parteispenden&title=Spezial:3AAbfrage_ausf%C3%BChren%2FParteispenden&Parteispenden%5BGeldgebende%5D=Herrenknecht%2C+Martin%2C+Dr.+Parteispenden%5BEmpfangende%5D=&Parteispenden%5BMindestbetrag%5D=&Parteispenden%5BJahre%5D=&Parteispenden%5BOrte%5D=&Parteispenden%5BKategorien%5D=&wpRunQuery=Abfrage+ausf%C3%BChren&pf_free_text=427)

427 Handelsblatt, 28.01.22: „Herrenknecht: Ich mache mir ernste Sorgen um den Standort Deutschland“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/familienunternehmen-im-interview-herrenknecht-ich-mache-mir-ernste-sorgen-um-den-standort-deutschland/23909934.html>

428 ZEIT, 11.12.20: „Wie der Klimaschutz im deutschen Bermudadreieck verschwindet“. <https://www.zeit.de/politik/2020-12/klimaschutz-deutschland-pariser-klimaabkommen-lobbyismus-klimapolitik/komplettansicht>

429 Lobbypedia. Wiki Thomas Bareiß. Abgerufen am 29.07.22: https://lobbypedia.de/wiki/Thomas_Bareiß%C3%9F

430 Manager Magazin, 02.03.22: „Lieber Aufsichtsrat bei Rosneft als bei Herrenknecht“. <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/gerhard-schroeder-lieber-aufsichtsrat-bei-rosneft-als-bei-herrenknecht-a-27fedc78-d758-4d0b-b37a-336a696db513>

431 Lahre Zeitung, 04.03.22: „Freundschaft zu Gerhard Schröder soll bleiben“. <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.herrenknecht-ueber-alkanzler-freundschaft-zu-gerhard-schroeder-soll-bleiben.bf7bf041-a07b-48a3-9efe-337f7ed0ceb9.html>

432 Herrenknecht AG, 18.12.20: Änderungen im Vorstand und im Aufsichtsrat der Herrenknecht AG. <https://www.herrenknecht.com/de/newsroom/pressemitteilungdetail/aenderungen-im-vorstand-und-im-aufsichtsrat-der-herrenknecht-ag/>

433 Spiegel, 29.11.20: „Günther Oettinger nimmt mehrere Lobby-Jobs an“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ex-eu-kommissar-guenther-oettinger-nimmt-mehrere-lobby-jobs-an-a-7132f2b0-8324-4352-8e8f-05d97f9b0fc6>

434 TAP AG, 31.05.10: EU Energy Commissioner, Guenther Oettinger on TAP. <https://www.tap-ag.com/news/news-stories/eu-energy-commissioner-guenther-oettinger-on-tap>

435 Tunnelbuilder, 11.01.19: „The Trans Adriatic Pipeline tunnel“. <https://tunnelbuilder.com/News/The-Trans-Adriatic-Pipeline-tunnel.aspx>

436 LobbyControl. Günther Oettinger: Kommissar der Konzerne. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.lobbycontrol.de/2017/01/oettinger-kommissar-der-konzerne/>

437 FAZ, 07.02.16: „Mister Russland der deutschen Wirtschaft“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/klaus-mangold-mister-russland-der-deutschen-wirtschaft-14056422-p2.html>, Ebd.

438 WirtschaftsWoche, 08.03.22: „Russischer Honorarkonsul in Deutschland: Die Fortsetzung meines Amtes ist unmöglich“. <https://www.wiwo.de/my/unternehmen/auto/russischer-honorarkonsul-in-deutschland-die-fortsetzung-meines-amtes-ist-unmoeglich/28130624.html?ticket=ST-93602-YVaXoH4LTQIVaKcXVdFD-cas01.example.org>

439 Ost-Ausschuss. Präsidium. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.ost-ausschuss.de/de/prasidium>

440 Mangold Consulting. <https://mangoldconsulting.com/>

441 FAZ, 07.02.16: „Mister Russland der deutschen Wirtschaft“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/klaus-mangold-mister-russland-der-deutschen-wirtschaft-14056422-p2.html>

warb er für deutsch-russische Geschäftsbeziehungen. So zum Beispiel vor dem Regierungswechsel von Schröder zu Merkel im Jahr 2005: Damals sorgte sich der Ost-Ausschuss um die Beziehungen zu Russland, weil es Forderungen aus der CDU/CSU gab, gegenüber Moskau wieder stärker auf die Einhaltung von demokratischen Grundrechten zu drängen.⁴⁴² Mangold erklärte damals, „die ‚Männerfreundschaften‘ zwischen deutschen Kanzlern und russischen Präsidenten hätten ‚oftmals stabilisierende Wirkung‘ gehabt“.⁴⁴³ 2005 war auch das Jahr, in dem Russland Mangold zum Honorarkonsul in Baden-Württemberg ernannte.⁴⁴⁴ Es ist durchaus denkbar, dass man sich durch diese „Beförderung“ des CDU-nahen Managers positiven Einfluss auf die Russland-Politik der CDU erhoffte. Klaus Mangold gab den Titel im März 2022 zurück. Wie Heino Wiese war auch Klaus Mangold im Kuratorium des Deutsch-Russischen Forums aktiv, das derzeit wegen des Krieges ausgesetzt ist. Im Mai 2022 räumte Mangold in einem Interview mit dem Handelsblatt ein, dass die Wirtschaft mit ihren Entscheidungen im Bereich Energie möglicherweise falsche Abhängigkeiten forciert habe.⁴⁴⁵

MATTHIAS WARNIG: NORD STREAM 2 AG-GESCHÄFTSFÜHRER UND VERBINDUNGSGLIED IN ALLE NETZWERKE

Gut bekannt ist Klaus Mangold auch mit **Matthias Warnig**, der wie Mangold in Baden lebt. Matthias Warnig arbeitete zunächst für die Nord Stream AG, später wurde er Geschäftsführer der Nord Stream 2 AG sowie Aufsichtsratsmitglied in zahlreichen russischen Unternehmen – unter anderem als Schröders Stellvertreter im Verwaltungsrat von Rosneft.⁴⁴⁶ Er gilt als enger Vertrauter von Wladimir Putin⁴⁴⁷ und ist einer der wichtigsten Lobbyisten für Gazprom in Deutschland. In dieser Rolle ist er – wie auch Schröder – ein Verbindungsglied zwischen den verschiedenen regionalen Netzwerken. Schröder öffnete die Türen in die Ministerien, Warnig ist dort ein- und ausgegangen: Allein zwischen Januar 2015 und Oktober 2017 traf er sich laut der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage



Mangold und Putin im Haus der Deutschen Wirtschaft Berlin, am 15. Juni 2000. Die beiden kennen sich bereits seit 1993.

Foto: www.kremlin.ru, CC BY 3.0, via Wikimedia Commons

der Linksfraktion zehnmal mit dem damaligen SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel – meist zu einem Thema: Nord Stream 2.⁴⁴⁸ Mit Manuela Schwesig beriet Warnig, wie mit den US-Sanktionen umzugehen sei (vgl. Kasten Stiftung Klima- und Umweltschutz MV).⁴⁴⁹

DIE SÄCHSISCHE GAS-CONNECTION

Rund um den **Leipziger Gaskonzern VNG AG**, der heute in Besitz von EnBW ist,⁴⁵⁰ hat sich ein Netzwerk aus CDU/CSU-Politiker:innen und den beteiligten Gasunternehmen gebildet. Bis 2015 hielt Gazprom etwa zehn Prozent der VNG. Matthias Warnig vertrat die Interessen von Gazprom im Aufsichtsrat des Unternehmens.⁴⁵¹ Bis zum russischen Angriff auf die Ukraine waren VNG und Gazprom über gemeinsame Gasinfrastruktur wie den Erdgasspeicher Katharina in Sachsen-Anhalt und langfristige Lieferverträge sehr eng miteinander verbunden. Die VNG steht der CDU sehr nahe, sie ist regelmäßiger Sponsor der sächsischen CDU und der einflussreichen wirtschaftsliberalen Parteivereinigung Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Unternehmen ist Mitglied im Lobbyverband „Wirtschaftsrat der CDU“ und sponsert regelmäßig dessen Veranstaltungen.⁴⁵² Als VNG-Chef Ulf Heitmüller 2019 einen langlaufenden Liefervertrag mit Gazprom-Chef Alexej Miller unterzeichnete, pries der sächsische Ministerpräsident

442 Spiegel, 23.06.05: „Deutsche Wirtschaft sorgt sich um Russland-Beziehungen“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/aussenhandel-deutsche-wirtschaft-sorgt-sich-um-russland-beziehungen-a-361800.html>

443 Spiegel, 23.06.05: „Deutsche Wirtschaft sorgt sich um Russland-Beziehungen“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/aussenhandel-deutsche-wirtschaft-sorgt-sich-um-russland-beziehungen-a-361800.html>

444 WirtschaftsWoche, 04.03.22: „Die Fortsetzung meines Amtes ist unmöglich“. <https://www.wiwo.de/my/unternehmen/auto/russischer-honorarkonsul-in-deutschland-die-fortsetzung-meines-amtes-ist-unmoeglich/28130624.html?ticket=ST-2642559-jKAj4AdBZQvYpN0nE-5aL-cas01.example.org>

445 Handelsblatt, 07.05.22: „Multimanager Klaus Mangold: Ich habe mich in Putin geirrt“. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-multimanager-klaus-mangold-ich-habe-mich-in-putin-geirrt/28306128.html>

446 Diesen Posten hat er im Mai 2022 aufgegeben. „Neue Zürcher Zeitung, 20.05.22: „Schröder verlässt den Aufsichtsrat von Rosneft – aber was ist mit den übrigen Posten?“. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/schroeder-und-warnig-verlassen-de-russischem-oelkonzern-rosneft-id.1685130>

447 Kontext Wochenzeitung, 09.03.22: „Die Schwarzwald-Connection“. <https://www.kontext-wochenzeitung.de/wirtschaft/5711/die-schwarzwald-connection-8056.html>

448 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken, Drucksache 19/283, 15.12.17: „Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream“. <https://dserv.bundestag.de/btd/19/002/1900283.pdf>

449 T-online, 16.04.22: „Als Sanktionen drohten, schaltete sich Schwesig persönlich ein“. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_92024446/chefsache-nord-stre-2-schwesig-wurde-aktiv-als-sanktionen-drohten.html

450 Focus, 16.10.15: „EnBW übernimmt Leipziger Gasversorger VNG von Oldenburger EWE“. https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/enbw-uebernimmt-leipziger-gasversorger-vng-von-oldenburger-ewe_id_5019157.html

451 Tagesspiegel Background, 20.06.22: „Russlands Gas-Netzwerk in Sachsen“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/russlands-gas-netzwerk-in-sachsen>

452 Ebd.

Michael Kretschmer dies auf Twitter als „Vertrauensbeweis für die engen Handelsbeziehungen zwischen Sachsen und Russland.“⁴⁵³ Der CDU-Politiker traf sich auch selbst mit Präsident Putin und forderte anschließend einen Abbau der EU-Sanktionen infolge der russischen Krim-Annexion.⁴⁵⁴ Im Oktober 2022 forderte er, nach dem Krieg wieder Gas aus Russland zu beziehen und kritisierte erneut die Sanktionen der EU.⁴⁵⁵

Im Zentrum des sächsisch-russischen Lobbynetzes stand das Deutsch-Russische Rohstoff-Forum (DRRF). Offiziell initiiert wurde es von zwei Hochschulen in Sachsen und Sankt Petersburg. Das Forum organisierte seit 2007 im jährlichen Wechsel in Deutschland und Russland Rohstoffkonferenzen, die nach außen als wissenschaftliche Veranstaltungen erschienenen.⁴⁵⁶ Für die Öffentlichkeit blieb unsichtbar, dass das Forum von dem Leipziger Gashandelskonzern VNG und Gazprom initiiert und zu einem großen Teil von VNG finanziert und inhaltlich mitkonzipiert wurde.⁴⁵⁷ Gazprom beteiligte sich regelmäßig als Sponsor der Konferenzen. Auch in den Gremien des DRRF war die Union sehr präsent: Schirmherr des Rohstoff-Forums war der frühere Bundesumweltminister **Klaus Töpfer**.⁴⁵⁸ Die sächsischen Ministerpräsidenten **Stanislaw Tillich**⁴⁵⁹ und **Michael Kretschmer**⁴⁶⁰ (beide CDU) traten ebenfalls als Schirmherren auf. Mitglied des Präsidiums war der ehemalige CSU-Chef **Edmund Stoiber**.⁴⁶¹ Hier pflegten hochrangige Vertreter:innen der russischen und deutschen Gasindustrie den Austausch mit Politiker:innen aus beiden Ländern. Alexander Medwedew, Generaldirektor von Gazprom Export, trat bei Veranstaltungen des Forums ebenso auf wie der damalige Wirtschaftsminister **Peter Altmaier** (CDU) oder Sachsen-Anhalts Ministerpräsident **Rainer Haseloff**.⁴⁶²

Auch SPD-Politiker wie der damalige Außenminister **Sigmar Gabriel**⁴⁶³ oder der damalige brandenburgische Ministerpräsident **Matthias Platzeck** waren dabei.⁴⁶⁴

Offiziell ging es bei den Konferenzen um die Transformation der Energiebeziehungen in Richtung Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Hauptinteresse der Veranstalter dürfte aber wohl gewesen sein, wie sich die deutsch-russische Rohstoff-Kooperation weiter vertiefen lässt. Da Russland auch in seiner aktuellen Energiepolitik vor allem auf seine fossilen Rohstoffe setzt, betreibt die russische Gasindustrie intensive Lobbyarbeit für die Rolle dieser Rohstoffe in der Klimaschutzpolitik.⁴⁶⁵ Unter anderem durften auf einer Konferenz des DRRF im April 2021 russische Energiemanager ihre Pläne unterbreiten, wie Wasserstoff aus Kohle und Atom zum Klimaschutz beitragen sollte.⁴⁶⁶ Nach Beginn des russischen Angriffskrieg auf die Ukraine kündigte der damalige Schirmherr Klaus Töpfer an, dass eine Zusammenarbeit mit der russischen Seite nicht mehr „fruchtbar“ sein könne und daher eingefroren werde müsse. Töpfer legte später das Amt des Schirmherrn nieder.⁴⁶⁷ Inzwischen wurde die Arbeit des Forums für beendet erklärt.⁴⁶⁸

453 Twitter: Michael Kretschmer. Abgerufen am 18.11.22: <https://twitter.com/mpkretschmer/status/1136967752261033984?lang=de>

454 Tagesspiegel, 11.06.19: „Ende der Russland-Sanktionen? Darum ist die Nachsicht mit Putin in Ostdeutschland so groß“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/darum-ist-die-nachsicht-mit-putin-in-ostdeutschland-so-gross-4646671.html>

455 Spiegel, 23.10.22: „Kretschmer spricht sich für Reaktivierung von Nord Stream 1 aus“. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gas-krise-michael-kretschmer-fordert-wiederaufnahme-der-lieferungen-durch-nord-stream-1-a-fb319480-8bb9-4b92-be72-495f82f5000d>

456 Rohstoff-Forum. Das Deutsch-Russische Rohstoff-Forum. Abgerufen am 06.10.22. <https://www.rohstoff-forum.org/rohstoff-forum/>

457 Tagesspiegel Background, 20.06.22: „Russlands Gas-Netzwerk in Sachsen“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/russlands-gas-netzwerk-in-sachsen>

458 Spiegel, 17.06.22: „Auch die Union hat ein Russlandproblem“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/auch-die-union-hat-ein-russland-problem-a-3a0f19cd-4c80-404f-b481-699718ac-ba7a>. Töpfer erklärte nach Beginn des russischen Angriffskrieg, dass er sich als Schirmherr zurückziehe.

459 Rohstoff-Forum. 7. Rohstoff-Konferenz 2014 in Dresden. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.rohstoff-forum.org/conference/7-rohstoff-konferenz-2014-in-dresden/>

460 Rohstoff-Forum. 13. Deutsch-Russische Rohstoff-Konferenz. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.rohstoff-forum.org/conference/13-deutsch-russische-rohstoff-konferenz/>

461 Rohstoff-Forum. 12. Deutsch-Russische Rohstoff-Konferenz. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.rohstoff-forum.org/conference/12-deutsch-russische-rohstoff-konferenz/> (im Programm zum 27.11.2019)

462 Rohstoff-Forum. 11. Deutsch-Russische Rohstoff-Konferenz in Potsdam 2018. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.rohstoff-forum.org/conference/11-deutsch-russische-rohstoff-konferenz-in-potsdam-2018/>

463 Rohstoff-Forum. 9. Rohstoff-Konferenz 2016 in Düsseldorf. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.rohstoff-forum.org/conference/9-rohstoff-konferenz-2016-in-duesseldorf/>

464 Rohstoff-Forum. Programmübersicht 11. Deutsch-Russische Rohstoff-Konferenz. Abgerufen am 18.11.22: https://px.convent-registration.de/regform/50677/cache/f_DRRF%202018%20-%20PROGRAMM%202018-10-30.PDF

465 Tagesspiegel Background, 17.02.20: „Gazprom sucht Rolle in der Wasserstoffzukunft“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/gazprom-sucht-rolle-in-der-wasserstoffzukunft>

466 Tagesspiegel Background, 20.06.22: „Russlands Gas-Netzwerk in Sachsen“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/russlands-gas-netzwerk-in-sachsen>

467 Statements des Schirmherren des DRRF. Abgerufen am 4.1.23. <https://www.rohstoff-forum.org/>

468 Deutsch-Russisches Rohstoffforum. Abgerufen am 13.01.23: <https://www.rohstoff-forum.org/>



Vereine als Lobbyforen: Deutsch-Russisches Forum und Co.

Ob Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Deutsch-Russische Außenhandelskammer, Deutsch-Russische Partnerschaft, Deutsch-Russisches Rohstoffforum oder Russlandtag: Eine große Zahl an Foren, Verbänden und Veranstaltungen diente lange Zeit dazu, die Kontakte zwischen Lobbyist:innen und Politiker:innen zu pflegen, den Austausch zu verstetigen und ein positives Image des jeweils beteiligten Staates zu transportieren.

Zum einen gibt es die von der Wirtschaft initiierten Foren wie den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft oder die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer. Hier vernetzen sich Unternehmen mit Interessen in Russland untereinander und bauen Kontakte zu russischen Politiker:innen auf.⁴⁶⁹ Zugleich gibt es auch enge Verbindungen in die deutsche Politik – sie soll helfen, die Erschließung ausländischer Märkte voranzutreiben.⁴⁷⁰ Die Vorstände von Unternehmen wie



Grafik: Holger Müller / LobbyControl

Die Besetzung von Vorstand und Kuratorium des Deutsch-Russischen Forums zeigt, dass es sich um ein Einflussnetzwerk handelt, hinter dem handfeste Lobbyinteressen stehen. Kurz nach Kriegsbeginn wurde das Kuratorium vorläufig ausgesetzt und ist bisher nicht neu besetzt worden, Matthias Plattzeck trat als Vorsitzender zurück.

⁴⁶⁹ FAZ, 10.04.22: „Der Weg in die Erdgas-Falle“, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energieversorgung-wie-kam-es-zur-abhaengigkeit-von-russland-17943604.html>

⁴⁷⁰ BMWK, Dossier Außenwirtschaftsförderung, Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/ausenwirtschaftsfoerderung.html>

Uniper oder Wintershall DEA oder bestens vernetzte Russland-Lobbyisten wie Klaus Mangold übernehmen führende Rollen in diesen Verbänden (vgl. 3.3.3).

Eine andere Kategorie von Austauschformaten zielte offiziell auf den kulturellen Austausch ab. Das Deutsch-Russische Forum wurde lange vom ehemaligen brandenburgischen SPD-Ministerpräsidenten Matthias Platzeck geleitet⁴⁷¹ und sollte mit Formaten wie Schüleraustausch oder Diskussionsveranstaltungen den „Dialog und die Begegnung zwischen den Gesellschaften“⁴⁷² fördern. Die Besetzung von Vorstand und Kuratorium offenbart, dass es sich eher um ein Einflussnetzwerk handelt, hinter dem handfeste Lobbyinteressen stehen: Hier finden sich zahlreiche Repräsentant:innen russischer Staatskonzerne oder von Unternehmen mit Interesse an Geschäften mit Russland. Im Kuratorium saßen bis Kriegsbeginn 2022 Vertreter:innen von Gazprom, Rosneft, BASF, den Vorsitzenden des Ost-Ausschusses Oliver Hermes oder den Leiter der Moskauer Repräsentanz der METRO AG – Stand 12/2022 ist das Gremium wegen des Kriegs „vorläufig ausgesetzt“.⁴⁷³ Auch die Russland-Netzwerker Heino Wiese und Klaus Mangold waren Kuratoriumsmitglieder. Wintershall DEA war im Vorstand vertreten.⁴⁷⁴ Das Deutsch-Russische Forum setzte nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sämtliche Projekte und Veranstaltungen „bis zum Ende der militärischen Auseinandersetzung“ aus.⁴⁷⁵

Auch das Deutsch-Aserbaidshanische Forum funktioniert ähnlich wie das Deutsch-Russische Forum. Das regimefreundliche Lobbyforum agierte lange unter dem Vorsitzenden und heutigen Ehrenvorsitzenden Otto Hauser. Mitglied im Kuratorium war von 2007 bis 2018 unter anderem Thomas Bareiß, späterer parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium unter Peter Altmaier (beide

CDU).⁴⁷⁶ Im Vorstand sitzt auch Elmar Mamedov, Repräsentant von SOCAR, dem staatlichen aserbaidshanischen Gas- und Ölkonzern in Deutschland.⁴⁷⁷

Ein gemeinsames Ziel all dieser Netzwerke war neben Austausch und Vernetzung auch, die Oberhand bei der öffentlichen Kommunikation zu Russland und Aserbaidshan zu behalten. Der Politik sollte vermittelt werden, dass sie die Wirtschaftsbeziehungen nicht mit Kritik an den politischen Verhältnissen stören sollte. Noch Ende Januar 2022 forderte beispielsweise Matthias Platzeck als Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, Russland nicht mit weiteren Sanktionen zu drohen, sondern die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland schnellstmöglich wieder enger zu flechten.⁴⁷⁸ Über die Netzwerke übten u.a. die Energiekonzerne aus Russland und Aserbaidshan politischen Einfluss in Deutschland aus, über Mitgliedsbeiträge oder Sponsoring waren sie zugleich auch Geldgeber.⁴⁷⁹

471 Deutsch-Russisches Forum. Zum angekündigten Rücktritt Matthias Platzecks. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsch-russisches-forum.de/zum-angekue-ndigten-ru-ck-tritt-matthias-platzecks-vom-amt-des-vorsitzenden/5603361>

472 Deutsch-Russisches Forum. Tätigkeitsbereiche. Abgerufen via Web-Archiv: <https://web.archive.org/web/2022012522347/https://www.deutsch-russisches-forum.de/ueber-uns/taetigkeitsbereiche>

473 Deutsch-Russisches Forum. Kuratorium. Abgerufen via Web-Archiv: <https://web.archive.org/web/20220129014628/https://www.deutsch-russisches-forum.de/ueber-uns/kuratorium>, Deutsch-Russisches Forum. Kuratorium. Abgerufen am 4.1.2022: <https://www.deutsch-russisches-forum.de/ueber-uns/kuratorium>

474 Derzeit stellt sich das Forum aus Anlass des Krieges neu auf.

475 Deutsch-Russisches Forum. Tätigkeitsbereiche. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsch-russisches-forum.de/ueber-uns/taetigkeitsbereiche>

476 LobbyControl. Thomas Bareiß. Wie nah steht er den Aserbaidshan-Lobbynetzwerken? Abgerufen am 18.11.22: <https://www.lobbycontrol.de/2021/05/thomas-bareiss-wie-nah-steht-er-den-aserbaidshan-lobbynetzen/>

477 Deutsch-Aserbaidshanisches Forum e.V. Vorstand & Kuratorium. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.da-forum.net/people>

478 Phoenix, Tagesgespräch mit Matthias Platzeck. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.phoenix.de/sendungen/gespraech/phenix-tagesgesprach/mit-matthias-platzeck-spd-a-2480338.html?ref=aktuelles>

479 Deutsch-Russisches Forum. FAQ. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.deutsch-russisches-forum.de/ueber-uns/faq> und Deutsch-Russisches Forum. Förderer und Sponsoren. Abgerufen am 18.11.22: https://www.deutsch-russisches-forum.de/epaper/20%20Jahre%20DRF/Sponsorenblatt_20_Jahre_DRF.pdf

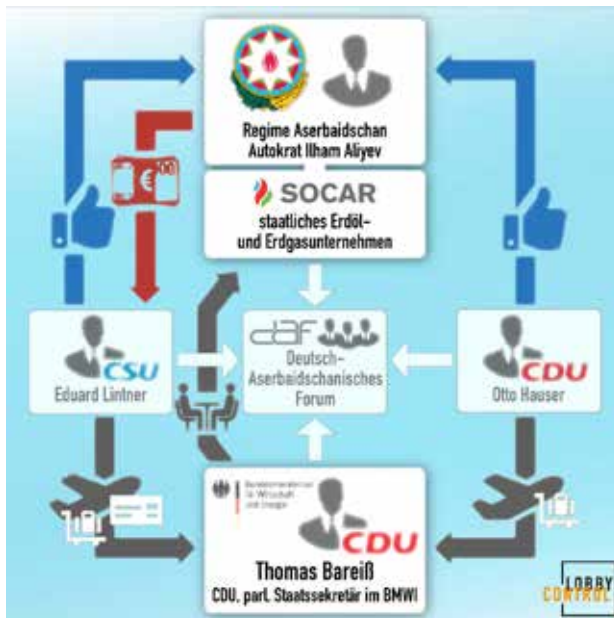
4.5 Die Gaslobby und Aserbaidschan: Die „Baku-Württemberg-Connection“

Lobbynetzwerke, die das klimaschädliche Gasgeschäft befördern, gibt es auch nach Aserbaidshan. Politiker:innen von CDU und CSU haben sich immer wieder für Geschäfte mit Aserbaidshan ausgesprochen und in diesem Zusammenhang das autoritäre Regime des Staatsoberhaupten İlham Əliyev als demokratisch dargestellt und kritische Berichte über die Menschenrechtslage im Land verwässert oder sogar verhindert.⁴⁸⁰ Dafür sollen sie zum Teil direkt Geld und andere geldwerte Zuwendungen bekommen haben, die Staatsanwaltschaft ermittelt zu Redaktionsschluss noch in zwei Fällen wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit.⁴⁸¹ Auffällig waren außerdem häufige Reisen von Politiker:innen der Union in das Land, zu denen auch Besuche des staatlichen Öl- und Gaskonzerns SOCAR gehörten.⁴⁸²

Ein zentrales Interesse der aserbaidjanischen Regierung ist der Handel mit Erdgas und Erdöl. Aserbaidjan ist sowohl Transit- als auch Lieferland der fossilen Rohstoffe, die Transadriatic-Pipeline (TAP) liefert Gas aus Aserbaidjan nach Bulgarien und Italien, von wo aus es auch weiter zu europäischen Märkten wie Deutschland oder Großbritannien geleitet werden kann (vgl. 2.1). Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Alijew-Regime – ebenso wie Putins Russland – immer wieder wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehört etwa Gewalt gegen Regierungskritiker:innen, außerdem gibt es laut Amnesty International Berichte über Folter und Misshandlungen.⁴⁸³

Beim Aserbaidshan-Netzwerk finden zentrale süddeutsche Lobbynetzwerke wieder zusammen: **Günther Oettinger** hat die Pipeline in seiner Zeit als EU-Kommissar unterstützt.⁴⁸⁴ Die Herrenknecht AG war einer der Sponsoren des 1. Deutsch-Aserbaidshanischen Wirtschaftsdialogs im Jahr 2018.⁴⁸⁵ **Thomas Bareiß**, unter Peter Altmaier (CDU) parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, trat bei der Veranstaltung als Hauptredner auf.⁴⁸⁶ Bareiß ist Teil der – ebenfalls bröckelnden – so genannten „Baku-Württemberg-Connection“: In der Union Baden-Württemberg war das deutsch-aserbaidshanische Lobbynetzwerk besonders stark vertreten.⁴⁸⁷ Mindestens fünfmal reiste Bareiß nach Recherchen des Magazins *Vice* nach Aserbaidshan, immer wieder traf er sich dort mit Vertreter:innen des staatlichen aserbaidshanischen Gas- und Ölkonzerns SOCAR.⁴⁸⁸ Das hatte offenbar Wirkung: 2016 lud Bareiß in seiner Funktion als Beauftragter für Energiepolitik der Unions-Bundestagsfraktion zu einem „energiepolitischen Dialog“ ein – mit dabei waren Elmar Mamedov, der Leiter der deutschen Repräsentanz von SOCAR, sowie ein Vertreter des Erdölkonzerns BP, der an Öl- und Gasprojekten in Aserbaidshan beteiligt ist.⁴⁸⁹ Teil dieses Aserbaidshan-Netzwerks war auch der langjährige Vorsitzende des Deutsch-Aserbaidshanischen Forums Otto Hauser (vgl. Kasten). Noch ein Honorarkonsul: Zwischen

Grafik: Holger Müller/LobbyControl



Thomas Bareiß pflegte enge Kontakte zu den Akteuren des Aserbaidschan-Lobbynetzwerks, wie LobbyControl 2021 nachgewiesen hat.

480 LobbyControl. Lobbyreport 2021. Abgerufen am 29.07.22: https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport-2021_Beispiellose-Skandale-strengere-Lobbyregeln.pdf, S. 58

481 Antwort der Generalstaatsanwaltschaft auf Anfrage von LobbyControl am 22.12.22.

482 LobbyControl, 02.05.21: Thomas Bareiß: Wie nah steht er den Aserbaiddschan-Lobbynetzwerken? <https://www.lobbycontrol.de/2021/05/thomas-bareiss-wie-nah-steht-er-den-aserbaiddschan-lobbynetzwerken/>

483 Amnesty International Deutschland. Amnesty Report Aserbaidshan. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/aserbaidshan-2021#section-23289732>

484 TAP AG, 31.05.10: „EU Energy Commissioner Guenther Oettinger on TAP“. <https://www.tap-ag.com/news/news-stories/eu-energy-commissioner-guenther-oettinger-on-tap>

485 Diplomatisches Magazin, 10.12.18: „Deutschland und Aserbaidschan: Wirtschaftspartner mit vielen Chancen“. <https://www.diplomatisches-magazin.de/artikel/deutschland-und-aserbaidschan-wirtschaftspartner-mit-vielen-chancen/>

486 Ebd.

487 ZEIT, 21.05.12: „Die Energiewendebremsen“. <https://www.zeit.de/2021/21/energiewende-lobbyismus-klimakrise-cdu-ioachim-pfeiffer-windraeder/seite-2>

488 Vice, 01.04.21: „Aserbaidshjan-Affäre: Die abenteuerlichen Reisen eines deutschen Staatssekretärs“. <https://www.vice.com/de/article/akd5ne/aserbaidshjan-affare-die-abenteuerlichen-reisen-eines-deutschen-staatssekretars>

489 CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. 8. Energiepolitischer Dialog. Die Zukunft des europäischen Energiebinnenmarkts. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.cdcsu.de/veranstaltungen/8-energiepolitischer-dialog--die-zukunft-des-europ-ischen-energiebinnenmarkts/>

2010 und 2021 war Otto Hauser aserbaidsschanischer Honorarkonsul in Baden-Württemberg.⁴⁹⁰ Auch dieser frühere CDU-Politiker soll Geld aus Aserbaidschan bekommen haben, um Imagepflege für das Regime zu betreiben.⁴⁹¹

Anders als bei den russisch-deutschen Gasbeziehungen stehen den deutsch-aserbaidschanischen Geschäften rosige Zeiten bevor: Schon seit den russischen Truppenaufmärschen an der Grenze zur Ukraine ist Europa sehr bemüht, mehr Gas aus Aserbaidschan zu bekommen.⁴⁹² Staatspräsident Alijew hatte bereits im Februar 2022 eine „neue Phase der Kooperation zwischen der EU und Aserbaidschan im Energiebereich“ angekündigt.⁴⁹³ Im Juli 2022 unterzeichneten EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und Staatschef Alijew ein Abkommen, wonach Aserbaidschan ab dem Jahr 2027 doppelt so viel Erdgas liefern soll wie bisher.⁴⁹⁴ Daran hat auch der aserbaidsschanische Angriff auf das Nachbarland Armenien im September 2022 nichts geändert.

Und trotz der Vorwürfe gegen die Regierung von Aserbaidschan, Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bestochen und damit auf ihre Seite gezogen zu haben, bezeichnete von der Leyen Aserbaidschan als „vertrauenswürdigen und zuverlässigen Partner.“⁴⁹⁵ Es werden neue Lieferverträge über fossile Energieträger abgeschlossen und weitere Milliarden in die Kassen eines autoritären Regimes gespült. In Zukunft soll es auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Aserbaidschan und der EU zu Wasserstoff und erneuerbaren Energien geben.⁴⁹⁶

490 Stuttgarter Zeitung, 11.11.21: Honorarkonsul Otto Hauser: Aserbaidschan-Fan geht in Rente <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.honorarkonsul-otto-hauser-aserbaidschan-fan-geht-in-rente.eaadae69-abff-4bbc-a119-0322b7c391ca.html?reduced=true>

491 Süddeutsche Zeitung, 03.05.21: „Von Bonn nach Moskau“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/aserbaidschan-kaviediplomatie-cdu-1.5281795?reduced=true>

492 Euractiv, 07.02.22: „EU: mehr aserbaidsschanisches Gas inmitten von Preisrekorden und Lieferengpässen“. <https://www.euractiv.de/section/energie/news/eu-mehr-aserbaidschanisches-gas-inmitten-von-preisrekorden-und-lieferengpaessen/>

493 Deutsche Welle, 05.02.22: „Habeck will Abhängigkeit vom russischen Erdgas senken“. <https://www.dw.com/de/habeck-will-abh%C3%A4ngigkeit-von-russischem-erdgas-senken/a-60670037>

494 Tagesspiegel, 18.07.22: „EU und Aserbaidschan unterzeichnen Gas-Abkommen“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/doppelt-so-viel-gas-bis-2027-eu-und-aserbaidschan-unterzeichnen-gas-abkommen/28519226.html>

495 Europäische Kommission. Statement by President von der Leyen with Azerbaijani President Aliyev. Abgerufen am 18.11.22: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_4583

496 Tagesspiegel, 18.07.22: „EU und Aserbaidschan unterzeichnen Gas-Abkommen“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/doppelt-so-viel-gas-bis-2027-eu-und-aserbaidschan-unterzeichnen-gas-abkommen/28519226.html>



Friedbert Pflüger, als Wissenschaftler getarnter Gas-Lobbyist

Friedbert Pflüger arbeitet als „Spin-Doktor der Energiepolitik“⁴⁹⁷ eher hinter den Kulissen und ist in mehreren Netzwerken und Rollen aktiv.⁴⁹⁸ Pflüger startete seine Karriere als aufstrebender CDU-Politiker.⁴⁹⁹ Zunächst war er Bundestagsabgeordneter und in dieser Funktion unter anderem außenpolitischer Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion und parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, später wechselte er in die Berliner Politik und kandidierte unter anderem 2006 erfolglos für das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Nach verlorenen Machtkämpfen in der Berliner CDU verließ er 2010/11 die Politik und baute sich eine Karriere als Lobbyist für die Gasindustrie auf.

Pflüger war Gründer der Lobbyagentur Pflüger International (später Bingmann Pflüger International), die vorrangig zu Energiethemen arbeitet.



Foto: Adleryngeblick, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Friedbert Pflüger, auf dem Bild noch als Politiker (2009), ist heute ein eng vernetzter Gaslobbyist.

497 Spiegel, 26.07.18: „Der Schattenmann von Nord Stream 2“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/friedbert-pflueger-der-schattenmann-von-nord-stream-2-a-1219841.html>. Zu Pflüger siehe auch LobbyControl. Friedbert Pflüger, Gas-Lobbyist mit Doppelrolle. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.lobbycontrol.de/2018/07/friedbert-pflueger-gas-lobbyist-mit-doppelrolle/>

498 Spiegel, 26.07.18: „Der Schattenmann von Nord Stream 2“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/friedbert-pflueger-der-schattenmann-von-nord-stream-2-a-1219841.html>

499 Als Teil des sogenannten „Andenpakts“ gehörte Pflüger in den 1980er-Jahren zu einer Gruppe aufstrebender junger CDU-Politiker in der Nachfolge von Helmut Kohl. Zu dieser Gruppe zählte unter anderem auch Günther Oettinger. Welt, 11.08.11: „Der Andenpakt hat Europas Revolution nicht überlebt“. <https://www.welt.de/debatte/torstenkrauel/article13539959/Der-Andenpakt-hat-Europas-Revolution-nicht-ueberlebt.html>

Zu ihren Kunden gehörte lange unter anderem die Nord Stream 2 AG, aber auch Uniper.⁵⁰⁰ Zum 1. Juni 2022 benannte sich die Agentur in „Strategic Minds“ um und stellte neues Führungspersonal ein:⁵⁰¹ Neuer Partner, Mehrheitsgesellschafter und alleiniger Geschäftsführer von Bingmann Pflüger International ist Joachim Lang. Lang war zuvor BDI-Hauptgeschäftsführer und hatte davor das Berliner Lobbybüro von Eon geleitet. Die Agentur wurde um weitere Geschäftsfelder wie Rohstoff- und Immobilienwirtschaft erweitert. Aktuell berät die Nachfolge-Agentur unter anderem das Gashandelsunternehmen Uniper und den Fernleitungsnetzbetreiber Fluxys sowie das Heizungsunternehmen Viessmann.⁵⁰² Im Oktober 2022 haben sie sich mit drei weiteren Agenturen zur „Berlin Advisors Group“ zusammengetan, um „unter einem Dach Expertise aus allen Bereichen“ zu bündeln.⁵⁰³ Seit Juli 2021 ist Pflüger außerdem Aufsichtsratsvorsitzender des Lobbyverbands der Gasindustrie Zukunft Gas (vgl. 3.3.1), dort saß er zuvor bereits mehrere Jahre im Beirat.⁵⁰⁴

Wenn Pflüger öffentlich auftritt, steht in seiner Personenbeschreibung meist an erster Stelle eine Verbindung zu einer Universität, aktuell zum Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) an der Universität Bonn, an der er einen Lehrauftrag hat.⁵⁰⁵ Dort leitet er auch das am CASSIS angesiedelte und von ihm gegründete European Cluster for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS) mit dem Themenschwerpunkt Energie- und Ressourcensicherheit. Dies gibt ihm einen wissenschaftlichen und damit neutralen Anstrich – und verschleiert seinen Hintergrund als Lobbyist. Vorher war das EUCERS beim Londoner „King’s College“ angebunden.⁵⁰⁶ Dort entstand gemeinsam mit dem Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (EWI) 2016 eine Studie über die Notwendigkeit von Nord Stream 2 – finanziert von den Investoren der Pipeline Shell, Engie, Wintershall, Uniper und OMV.

Im Beirat des EUCERS-Instituts saß unter anderem der Direktor der Gazprom-Tochter Gazprom Export.⁵⁰⁷ In seiner Rolle als EUCERS-Direktor sprach Pflüger sich mehrfach für Nord Stream 2 aus – das Auftragsverhältnis seiner Lobbyagentur mit dem Konzern blieb dabei unsichtbar.⁵⁰⁸

Pflüger veranstaltet seit 2009 regelmäßig die „Energiegespräche am Reichstag“. Auch hier gilt: Das Impressum der Webseite zu den Veranstaltungen nennt die Lobbyagentur Strategic Minds als Veranstalterin, aber in der Vorstellung Pflügers als Gastgeber wird seine Tätigkeit im Umfeld der Universität Bonn zuerst genannt.⁵⁰⁹ Die Fachgespräche zu Energiethemen finden einmal monatlich in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft direkt neben dem Bundestag statt. Lobbyist:innen können diese exklusiven Räumlichkeiten mit direkter Anbindung an den Bundestag mieten, um in angenehmer Atmosphäre die Abgeordneten zum Gespräch zu laden. Dazu müssen sie sich jeweils eine:n Abgeordnete:n als Schirmherrn bzw. Schirmfrau suchen.⁵¹⁰ Pflügers Netzwerke sind bei diesem Format äußerst nützlich: Hier diskutierten unter anderem ehemalige und amtierende Spitzenpolitiker:innen wie Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger, Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, diverse Beamte aus den Ministerien wie zum Beispiel der für das Thema Gas zuständige Unterabteilungsleiter aus dem Bundeswirtschaftsministerium Ulrich Benterbusch und Abgeordnete des Bundestags mit Vertreter:innen von Lobbyverbänden, Stiftungen und Manager:innen von Unternehmen wie zum Beispiel Zukunft Gas, dem BDEW, Wintershall, VNG oder Viessmann.⁵¹¹

Friedbert Pflüger verschreibt sich inzwischen stark dem Thema Wasserstoff. Gemeinsam mit dem TÜV Nord und der Wirtschaftskanzlei Becker Büttner Held (BBH) gründete Bingmann Pflüger Anfang 2021 eine sogenannte „Wasserstoff-Allianz“ zur Beratung von Wasserstoffprojekten.⁵¹² Im Mai 2021 gab Pflüger mit

500 Spiegel, 26.07.18: „Der Schattenmann von Nord Stream 2“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/friedbert-pflueger-der-schattenmann-von-nord-stream-2-a-1219841.html>. Das Mandat von der Nord Stream 2 AG bestätigte Pflüger in einer E-Mail an LobbyControl.

501 Strategic Minds Company. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.strategic-minds.eu/>

502 Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung. Abgerufen am 22.11.22: https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002035/11603?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DStrategic%2B-Minds%26page%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC.

503 Berlin Advisors Group. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.berlin-advisors.group/>

504 Zukunft Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/verband-zukunft-gas>

505 Cassis. Friedbert Pflüger. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.cassis.uni-bonn.de/de/ueber-uns/alle-mitarbeiter/pflueger>

506 The Guardian, 26.07.18: „UK university accused of giving platform to Nord Stream 2 lobbyist“. <https://www.theguardian.com/education/2018/jul/26/uk-university-accused-platform-nord-stream-2-lobbyist-kings-college-london>

507 Spiegel, 26.07.22: „Der Schattenmann von Nord Stream 2“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/friedbert-pflueger-der-schattenmann-von-nord-stream-2-a-1219841.html>

508 LobbyControl. Friedbert Pflüger, Gas-Lobbyist mit Doppelrolle. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.lobbycontrol.de/2018/07/friedbert-pflueger-gas-lobbyist-mit-doppelrolle/>

509 Energiegespräch. Abgerufen am 19.11.22: https://energiegespraeche.de/?page_id=161

510 The Pioneer, 30.05.22: „Das Klubhaus“. <https://www.thepioneer.de/originals/others/articles/klubhaus-am-bundestag>, WirtschaftsWoche, 20.11.11: „Prächtig-parlamentarische Gesellschaft“. <https://www.wiwo.de/erfolg/management/abgeordneten-treff-praechtig-parlamentarische-gesellschaft/5824278.html>

511 Energiegespräch. Chronik der Energiegespräche. Abgerufen am 29.07.22: https://energiegespraeche.de/?page_id=155

512 BBH-Gruppe. Die Wasserstoff-Allianz von TÜV Nord, BBH-Gruppe und BPI geht heute an den Start für Industrie, Verwaltung und Kommunen. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.die-bbh-gruppe.de/de/aktuelles/news/die-wasserstoff-allianz-von-tuev-nord-bbh-gruppe-und-bpi-geht-heute-an-den-start-fuer-industrie-verwaltung-und-kommunen>

seiner Lobbyagentur die Studie „The European Green Deal and Russia“ heraus, die davon ausgeht, dass Russland ein „idealer Partner“ für erneuerbare Energien und damit auch zur Erreichung der europäischen Klimaziele sei, indem es vor allem Wasserstoff herstellt.⁵¹³ Nord Stream 2 könne beim Transport eine wichtige Rolle spielen. Dass Pflüger selber die Nord Stream 2 AG beraten hat, wird in den Medienberichten dazu nicht erwähnt.⁵¹⁴ Der Auftraggeber der Studie selbst, der Think Tank Dialog Europe-Russia, hat im Frühjahr 2022 seine Webseiten gelöscht.⁵¹⁵ Laut Handelsblatt wurde er 2011 in Wien gegründet, in seinem Vorstand saßen beispielsweise der frühere österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel⁵¹⁶ und Wolfgang Ischinger, damals Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.⁵¹⁷ Auch beim Thema Wasserstoff vermischt Pflüger wieder seine Rollen als Wissenschaftler und Lobbyist: Im Jahr 2021 veröffentlichte Pflügers EUCERS-Institut ein Strategiepapier zum britischen Wasserstoffsektor, das vom Gaslobbyverband Zukunft Gas mitfinanziert wurde.⁵¹⁸ Auch hier war Pflüger weder in seiner Funktion als Aufsichtsrat von Zukunft Gas noch als Lobbyist benannt, sondern ausschließlich als Professor und Leiter des EUCERS.⁵¹⁹

513 „Der europäische Green Deal und Russland: Chancen für einen Neuanfang durch gemeinsame Klima- und Energiepolitik“. <http://web.archive.org/web/20211221121008/http://dialog-europe-russia.org/events/>, Termin am 19.05.21, Link zur Studie: http://web.archive.org/web/20211221121005/http://dialog-europe-russia.org/events/202105/Green_Deal_und_Russland_de.pdf.

514 Handelsblatt, 19.05.21: „Einbinden statt abweisen: Wie Russland den europäischen Green Deal möglich machen könnte“. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/klimaneutralitaet-einbinden-statt-abweisen-wie-russland-den-europaeischen-green-deal-moeglich-machen-koennte/27204522.html>

515 Facebook. Dialog Europe-Russia. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.facebook.com/dialog.europe.russia>

516 Schüssel hatte zwischen März 2019 und März 2022 einen Aufsichtsratsposten beim russischen Staatskonzern Lukoil inne. Der Standard, 04.03.22: „Ex-Kanzler Schüssel beendet Tätigkeit bei Ölkonzern Lukoil“. <https://www.derstandard.de/story/2000133838256/ex-kanzler-schuessel-beendet-taetigkeit-bei-oelkonzern-lukoil>

517 Handelsblatt, 19.05.21: „Einbinden statt abweisen: Wie Russland den europäischen Green Deal möglich machen könnte“. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/klimaneutralitaet-einbinden-statt-abweisen-wie-russland-den-europaeischen-green-deal-moeglich-machen-koennte/27204522.html>

518 Cassis/Uni Bonn. Leading the way to net zero emissions? Abgerufen am 18.11.22: <https://www.cassis.uni-bonn.de/de/forschung/interdisziplinaere-forschungsvorhaben/europaeischer-cluster-fuer-klima-energie-und-ressourcensicherheit/publikationen/strategy-papers-1/strategy-paper-19.pdf>

519 Die Studie findet sich nicht nur bei EUCERS, sondern auch bei Zukunft Gas: Zukunft Gas. Leading the Way to Net Zero Emissions? Abgerufen am 29.07.22: <https://gas.info/fileadmin/Public/gas.info/PDF-Downloads/studie-leading-the-way-to-net-zero-emissions.pdf>, S. 3.

4.6 Fazit

Die Netzwerke der Gasindustrie hatten weitreichenden Einfluss auf die deutsche Gaspolitik. Der russische Staat hat mithilfe eines weitverzweigten Netzwerks von Lobbyist:innen seine Energiestrategie in Deutschland durchgesetzt, die Abhängigkeit von russischem Gas stetig zu erhöhen und wichtige Gas-Infrastruktur zu kontrollieren. Deutschland war bis Mitte des Jahres 2022 so abhängig vom russischen Gas, dass Industrie und Mittelstand um ihre Energiezufuhr fürchten und sogar das Recht auf eine warme Wohnung seit Putins Angriff auf die Ukraine infrage stand.

Im Vertrauen auf stetig fließendes billiges Gas aus Russland und stabile Geschäftsbeziehungen zu dem Land haben es die Regierungen der letzten Jahre versäumt, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Energie- und Wärmewende zu schaffen. Politiker:innen haben sich dafür starkgemacht, dass Deutschland mehr Gas benötigt – nicht weniger, wie Wissenschaftler:innen, Behörden und Umweltorganisationen schon lange fordern. Von autoritären Staatschefs mit Posten oder Titeln ausgestattete Türöffner, Verbindungsleute, die von den Geschäften mit dem Land profitierten, sowie weitere Lobbyist:innen hatten darauf maßgeblichen Einfluss. Europaweit haben sich russische Staatskonzerne frühere Top-Politiker:innen in ihre Gremien geholt. Ein aktueller Bericht des Europäischen Parlaments zur ausländischen Einflussnahme auf demokratische Prozesse befasst sich unter anderem mit dem Rekrutieren von Politiker:innen und politischen Beamten durch autoritäre Staaten oder ihre staatlich kontrollierten Unternehmen und spricht in diesem Zusammenhang von „elite capture“⁵²⁰: der Vereinnahmung von Eliten durch lukrative Jobangebote auf Kosten des Gemeinwohls.

Auffällig ist auch, dass Personen wie Mangold, Wiese oder Hauser – eng vernetzte Lobbyisten, die regelmäßig die politische Situation in den betroffenen Staaten beschönigten – alle mit dem Titel des Honorarkonsuls aufgewertet wurden. Eine internationale Recherche zeigte im November 2022, dass das Amt von Honorarkonsuln nur sehr schwacher politischer Kontrolle unterliegt und daher Anreiz zum Missbrauch bietet.⁵²¹ Auch die vielen Verbände, Vereine

520 Nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa wurden hochrangige Politiker:innen „gekapert“, darunter der finnische Ex-Premierminister Paavo Lipponen (Gazprom), die frühere österreichische Außenministerin Karin Kneissl (Rosneft) oder der ehemalige französische Premierminister Francois Fillon (Zarubejneft). Europäisches Parlament: Report on foreign interference in all domestic processes in the EU, including disinformation. Abgerufen am 29.07.22: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0022_EN.html

521 Süddeutsche Zeitung, 14.11.22: „Eine ehrenwerte Gesellschaft“. <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/honorarkonsuln-shadow-diplomats-e937998/>

und Veranstaltungen – wie das Deutsch-Russische Rohstoff-Forum oder der Russlandtag – spielten eine äußerst wichtige Rolle. In ihnen trafen Politik, Lobbyist:innen und Unternehmen stetig aufeinander und ließen sich dabei unter anderem von Gazprom oder anderen Unternehmen mit Interessen im Gasgeschäft sponsern. Die Denkfabrik Center for the Study of Democracy (CSD) spricht in diesem Zusammenhang von den „Soft Power“-Aktivitäten Russlands in Europa, aus denen dann häufig langfristige Investitionen wie Lieferverträge folgen.⁵²²

Doch seit dem russischen Angriffskrieg bröckeln die deutsch-russischen Netzwerke: Über die Auflösung der Stiftung Klima- und Umweltschutz in MV wird zu Redaktionsschluss gestritten, und die Nord Stream 2 AG stand kurz vor dem Konkurs. Heino Wiese und Klaus Mangold traten von ihren Posten als Honorarkonsuln zurück und Gerhard Schröder verließ Aufsichtsräte. Es ist aber durchaus möglich, dass einige dieser Netzwerke oder einzelne Akteure daraus wieder aktiv werden und eine neue geschäftliche Annäherung mit Russland fordern.⁵²³ Zugleich werden jetzt neue Abhängigkeiten mit teils ebenfalls autokratischen Staaten geschaffen, um die herum ebenfalls Lobbynetzwerke bestehen – siehe Aserbaidschan. Ein Untersuchungsausschuss des Bundestags, der die Lobbyaktivitäten für die Nord Stream 2-Pipeline aufarbeitet und Folgerungen für den Umgang mit Lobbyist:innen autoritärer Staaten für die Politik ableitet, wäre dringend geboten. Diese wichtige Lehre aus den deutsch-russischen Lobbynetzwerken sollte gezogen werden: Die Politik muss viel stärker als bisher die Lobbyarbeit autoritärer Staaten und ihrer Unternehmen als problematische Einflussnahme erkennen und mit dieser deutlich kritischer umgehen als bisher.

522 CSD, 15.10.20: The Kremlin Playbook in Europe. <https://csd.bg/publications/publication/the-kremlin-playbook-in-europe/>

523 Tagesspiegel Background, 23.06.22: „Transparency kritisiert deutsch-russisches Netzwerk“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/transparency-kritisiert-deutsch-russisches-netzwerk>

5. PRIVILEGIERTE ZUGÄNGE ZUR POLITIK

Die Gasindustrie profitiert von privilegierten Zugängen zur Politik. Damit kann sie ihren Interessen an einer Fortführung fossiler Geschäftsmodelle Gehör verschaffen und diese durchsetzen. Dabei sind es häufig Politiker:innen oder politische Institutionen selbst, die Lobbyist:innen von Unternehmen und Verbänden eng in ihre politische Arbeit einbeziehen. Dies erfolgt zum Beispiel durch einseitige Kontakte oder unausgewogen besetzte Beratungsforen. Als zentraler Lobbykanal zwischen Gasunternehmen und Wirtschaftsministerium fungiert die Deutsche Energieagentur DENA – zusätzlich zu den bestehenden langjährigen Verbindungen zwischen Ministerialbeamten und Gaslobbyakteuren. Mit Sponsoring und gemeinsamen Veranstaltungen vertiefen Akteure der Gaslobby ihre Kontakte in die Politik. Insgesamt fällt auf, dass Gasunternehmen über wesentlich bessere Zugänge verfügen als andere energiepolitische Akteure wie zum Beispiel Umweltverbände. Diese unausgewogene Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen erschwert ebenfalls eine Abkehr vom fossilen Gas. Dieses Kapitel beleuchtet die institutionellen Zugänge der Gasindustrie zur Politik sowie die Strategien der Gasindustrie, Kontaktnetzwerke in die Politik aufzubauen und sich in politischen Entscheidungsprozessen Gehör zu verschaffen.

5.1 Der „Dialogprozess Gas 2030“

Das Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 räumte dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Atomenergie eine große Rolle ein.⁵²⁴ Das Thema Gas spielte dort kaum eine Rolle. Nachdem 2011 im Kontext der Fukushima-Atom-Katastrophe die Bundesregierung jedoch erneut den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen hatte, rückte die Frage, wie die dadurch entstehende „Stromlücke“ zu schließen sei, auf die Agenda. Dies war für die Gasindustrie ein Schlüsselmoment, um Gas als klimafreundlichen Energieträger und sich als „Partner“ der Erneuerbaren ins Gespräch zu bringen (vgl. 1.2).

Dazu startete der Deutsche Verband des Gas- und Wasserfaches (DVGW) im Jahr 2011 eine sogenannte Innovationsoffensive, die bis 2015 angelegt war.⁵²⁵ Dazu zählten mehrere große Forschungsprojekte, die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Gasindustrie, aber auch ein Arbeitsfeld Kommunikation, das auch Lobbyarbeit bein-

haltete: Der Verband organisierte parlamentarische Abende und Gespräche auf allen politischen Ebenen und verschaffte sich „Zugang zu wissenschaftlichen Beratungsstrukturen und Gutachtern für die Bundesregierung“. Ein Ziel war es „die Versorgung mit Erdgas langfristig und wirtschaftlich sicherzustellen“, was u.a. auch das „politische Backing für europäische Pipeline-Projekte“ beinhalte.⁵²⁶

EXKLUSIVE RUNDEN OHNE UMWELTVERBÄNDE

Ein wichtiger Meilenstein, um diese Interessen gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen, war für die Gasindustrie der „Dialogprozess Gas 2030“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). In diesem sollte in zahlreichen Sitzungen mit Interessenvertreter:innen die Rolle von Gas und Erdgas in der Energiepolitik beraten und entsprechende Empfehlungen entwickelt werden. Das vom damaligen Minister Peter Altmaier (CDU) geführte Ministerium startete den Dialogprozess Ende 2018 und schloss ihn im Oktober 2019 ab. Organisiert wurde der Prozess von der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur (DENA), die das Ministerium in Energiefragen berät

524 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Energiekonzept für eine umwelt-schonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Abgerufen am 02.08.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/energiekonzept-2010.pdf?__blob=publicationFile&v=5

525 DVGW. Mit Gasinnovationen in die Zukunft! Abgerufen am 18.11.22: https://www.dvgw.de/medien/dvgw/gas/gase/innovationsoffensive_gas_broschuere_062014.pdf

526 DVGW. Gas-Strategie für Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/verein/energiewende/1702linke-groeschl.pdf>, S. 15.

(s.u.).⁵²⁷ Die Treffen fanden in nahezu exklusiven Runden aus Unternehmenslobbyist:innen, Verbandsvertreter:innen und Ministerialbeamt:innen statt.⁵²⁸

Außerhalb der Gaswirtschaft war der sogenannte „Dialogprozess“ kaum jemandem bekannt. Eine Liste der Teilnehmer:innen wurde der Öffentlichkeit erst auf eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz vom Februar 2022 im April 2022 bekannt; die erste Anfrage von August 2020 war abgelehnt worden.⁵²⁹ Diese zeigt: Eingeladen waren fast ausschließlich Akteure aus den energieintensiven Industrien und der Gasindustrie, darunter die großen Unternehmen Gazprom Germania, Uniper und Eon, die Lobbyverbände Zukunft Gas, BDEW und DVGW, aber auch Stadtwerke. Umweltverbände wurden erst mehrere Monate nach Beginn des Prozesses und auch erst auf ausdrückliche Nachfrage der Deutschen Umwelthilfe überhaupt hinzugezogen – doch zu diesem Zeitpunkt waren die wesentlichen Eckpunkte bereits besprochen. Eine wirksame Beteiligung von Umweltverbänden mit tatsächlichem Einfluss auf die Ergebnisse fand laut Deutscher Umwelthilfe nicht statt.⁵³⁰

DURCHBRUCH FÜR DIE GASLOBBY

Im Ergebnis entstand im Oktober 2019 eine „Erste Bilanz“ des Bundeswirtschaftsministeriums. Das klingt lediglich nach einer ersten Zusammenfassung von Zwischenergebnissen, doch in der Praxis skizzierte dieser Bericht die Gasstrategie der Bundesregierung für die folgenden Jahre. Der Bericht – so heißt es in dem Papier – stellt die „Sicht des Ministeriums zur künftigen Rolle gasförmiger Energieträger im Rahmen der Energiewende dar.“⁵³¹ Die Bundesregierung machte sich darin viele Positionen der Gasindustrie zu eigen, indem sie Erdgas eine zentrale Rolle in der Energiewende zuschrieb. Peter Altmaier betonte entsprechend bei der Vorstellung des Berichts, dass Erdgas als „Brückentechnologie noch viele Jahre“ wichtig bleibe. Sein flapsiges und viel zitiertes Fazit lautete: „Gas ist nicht nur wichtig, es ist sexy“.⁵³²

527 BMWI. Wie viel Gas geben wir? Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bmw-energie-wende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2019/03/Meldung/topthema.html>

528 Frag den Staat. Teilnehmer:innen der Gasstrategie 2030 und der Wasserstoff-Stakeholder-Konferenz. Abgerufen am 28.07.22: https://fragdenstaat.de/anfrage/teilnehmerinnen-der-gasstrategie-2030-und-der-wasserstoff-stakeholder-konferenz/686713/anhang/IFG_220218241295.pdf

529 FragDenStaat. Dialogprozess Gas 2030 und nationale Wasserstoffstrategie. Abgerufen am 18.11.22: <https://fragdenstaat.de/anfrage/dialogprozess-gas-2030-und-nationale-wasserstoffstrategie/>

530 Lobbycontrol. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Studie-deutsche-Ratspr%C3%A4sidentschaft-final-deutsch.pdf>, S. 21.

531 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Dialogprozess Gas 2030 – Erste Bilanz. Abgerufen am 28.08.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/C-D/dialogprozess-gas-2030-erste-bilanz.pdf?__blob=publicationFile&v=4 und Dena. Dialogprozess Gas 2030. Abgerufen am 18.11.22: https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2019/Hintergrundpapier_Dialogprozess_Gas_2030.pdf

532 Energate Messenger. 02.09.22: „Gas ist sexy“. <https://www.energate-messenger.de/news/195800/altmaier-gas-ist-sexy>



Gaslobbyverbände und Gasunternehmen – wie hier VNG – zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis des industriedominierten „Dialogprozess Gas 2030“: Die Interessen der Gasindustrie wurden bedient. Fossiles Gas galt fortan als „Partner für die Energiewende“.⁵³³

Für die Gasindustrie waren die Ergebnisse des Dialogprozesses Gas 2030 und die darin festgelegten energiepolitischen Leitlinien samt einer „Gasstrategie“ ein Durchbruch bei der Durchsetzung ihrer Lobbyinteressen. Zahlreiche ihrer Forderungen und Botschaften wurden aufgegriffen. So ist etwa die Nutzung von Erdgas noch über das Jahr 2030 hinaus und ein Ausbau der Gasinfrastruktur vorgesehen. Entsprechend kommentierte der Lobbyverband DVGW die „BMWi-Gasstrategie“: Die Bundesregierung formuliere „erstmalig schriftlich ein klares Bekenntnis zum Energieträger Gas“. Dies sei eine „fundamental neue und konzeptionell richtige Weiterentwicklung der vor zehn Jahren initiierten Energiewende.“⁵³⁴ Auch die Dena begrüßte, dass Gas nun endlich als zentraler Baustein der Energiewende anerkannt sei.⁵³⁵

DIALOGPROZESS ALS BLAUPAUSE FÜR WEITERE UNAUSGEWOGENE GESPRÄCHSFORMATE?

Das Bundeswirtschaftsministerium ging zum damaligen Zeitpunkt davon aus, dass die Gasnachfrage gleich bleibe oder sogar zumindest leicht steigen werde. Dabei bezog es sich explizit nicht nur auf so genannte erneuerbare oder „CO₂-neutrale“ Gase, sondern auch auf Erdgas. Auch die Gasinfrastruktur solle weiter entwickelt und ausgebaut werden.⁵³⁶ Doch diese Prognosen standen schon damals

533 Quelle: Twitter. VNG Handel & Vertrieb GmbH. Abgerufen am 11.1.2023: <https://twitter.com/vnghandel/status/1181923322893885447>

534 Energie Wasser-Praxis. Zur BMWi-Gasstrategie 2030. Abgerufen am 28.07.2022: <https://www.energie-wasser-praxis.de/home/news-detail/detail/zur-bmw-gasstrategie-2030/>

535 Dena. Dialogprozess Gas 2030: Gas bleibt essenziell für die Energieversorgung.

Abgerufen am 28.07.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2019/dialogprozess-gas-2030-gas-bleibt-essenziell-fuer-die-energieversorgung/>

536 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Dialogprozess Gas 2030 – Erste Bilanz. Abgerufen am 28.07.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/C-D/dialogprozess-gas-2030-erste-bilanz.pdf?__blob=publicationFile&v=4, S. 9

im Widerspruch zu den Ergebnissen anderer Studien: So stellt eine Studie des Umweltbundesamts, die ungefähr zur gleichen Zeit herauskam, überblicksartig verschiedene Forschungsergebnisse zusammen, die einen deutlichen Rückgang des Gasbedarfs prognostizieren.⁵³⁷ Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge gehen alle Szenarien, die mit den Klimazielen der Bundesregierung übereinstimmen, ebenfalls von einem sinkenden Erdgasbedarf aus.⁵³⁸ Doch diese Erkenntnisse wurden nicht genutzt. Stattdessen beruft sich der Bilanzbericht des Ministeriums auf ein internes Papier der DENA – dieses stützte sich auf Zahlen aus einer Studie, die von der Nord Stream 2 AG in Auftrag gegeben wurde.⁵³⁹

Die vermeintlich wichtige Rolle von Erdgas in der Energiewende wurde in einem Prozess erarbeitet, in dem die Interessen der betroffenen Industrie dominierten. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Befunde eigener Behörden wurden ignoriert – ebenso zumindest weitgehend die Anliegen von Umweltverbänden. Dennoch sah die DENA in diesem „Dialogprozess“ eine „Blaupause“ für weitere Austauschformate in energiepolitischen Fragen.⁵⁴⁰ Tatsächlich entstanden in der Folge ähnliche Formate wie der „Nationale Wasserstoffrat“ oder der „Dialog klimaneutrale Wärme“, die ebenfalls von der DENA organisiert wurden.⁵⁴¹ In beiden Foren waren zwar Umweltverbände dabei, doch sie blieben deutlich in der Unterzahl.

Der Wasserstoffrat wird mit seiner unausgewogenen Besetzung auch unter der neuen Bundesregierung fortgeführt (vgl. 6.1). Welche Rolle die im sogenannten „Dialogprozess 2030“ erarbeitete Gasstrategie in der neuen Bundesregierung spielt, ist unklar. Im Koalitionsvertrag wurde noch in ihrem Sinne formuliert, Erdgas sei „für eine Übergangszeit unverzichtbar.“⁵⁴² Das BMWK habe – laut Aussagen einer Sprecherin – keine neue Gasstrategie, sondern arbeite einen „Vorsorgeplan“ ab, um die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern und so „Versorgungssicherheit zu

gewährleisten“. Gleichzeitig stehe für die Bundesregierung fest, dass sie „ab 2040 aus dem Gas aussteigen“ werde.⁵⁴³

5.2 Die Rolle der DENA in der Gaspolitik

Beim „Dialogprozess Gas 2030“ wurde deutlich, dass die Deutsche Energie-Agentur (DENA) der Gasindustrie ermöglicht, Einfluss auf politische Richtungsentscheidungen zu nehmen. Die DENA ist ein bundeseigenes Unternehmen und erwirtschaftet mehr als 80 Prozent ihres Umsatzes mit Aufträgen der Bundesregierung. Sie wurde im Jahr 2000 von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder gegründet, zunächst mit den drei Finanzkonzernen Deutsche Bank AG, DZ BANK AG und Allianz SE als private Gesellschafter. Diese stiegen allerdings 2018 aus, so dass mittlerweile der Bund, vertreten durch vier Bundesministerien sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stimmberechtigte Gesellschafter sind.⁵⁴⁴

Aufsichtsratsvorsitzender ist der jeweilige für Energiepolitik zuständige parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium: Das war von 2018 bis 2022 Thomas Bareiß (CDU), der im März 2022 von Oliver Krischer (Grüne) abgelöst wurde. Oliver Krischer wurde im Juli 2022 zum Umweltminister in Nordrhein-Westfalen (NRW) ernannt. Sein Amt wurde am 25. August an seinen Nachfolger als Staatssekretär im BMWK, Stefan Wenzel (Grüne), übergeben.⁵⁴⁵ Die DENA finanziert sich zu großen Teilen aus öffentlichen Geldern, größtenteils aus dem Bundeswirtschaftsministerium.⁵⁴⁶ DENA-Projekte werden aber auch zu 13 Prozent von privaten Geldgebern finanziert, und zwar von Lobbyverbänden und Konzernen wie unter anderem Zukunft Gas, Uniper, Wintershall DEA, Eon oder Exxon Mobil.⁵⁴⁷

537 Umweltbundesamt 2019. Roadmap Gas für die Energiewende – Nachhaltiger Klimabeitrag des Gassektors, S. 18. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/roadmap-gas-fuer-die-energie-wende-nachhaltiger>

538 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Politikberatung kompakt 166, S. 12. Abgerufen am 28.07.22: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.815872.de/diwkompakt_2021-166.pdf

539 DENA, 08.10.2019: Dialogprozess Gas 2030: Hintergrundpapier, https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2019/Hintergrundpapier_Dialogprozess_Gas_2030.pdf

540 DENA. Dialogprozess Gas 2030: Gas bleibt essenziell für die Energieversorgung. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2019/dialogprozess-gas-2030-gas-bleibt-essenziell-fuer-die-energieversorgung/>

541 BMWK. Dialog Klimaneutrale Wärme 2045. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/dialog-klimaneutrale-waerme-2045-1945306> und Wasserstoffrat. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.wasserstoffrat.de>

542 Mehr Fortschritt wagen. Koalitionsvertrag, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 46

543 E-Mail aus dem BMWK an LobbyControl, 26.10.2022.

544 Die vier Ministerien sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr. DENA. Deutsche Energie-Agentur übernimmt Anteile der privaten Gesellschafter. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2017/deutsche-energie-agentur-uebernimmt-anteile-der-privaten-gesellschafter/>, DENA. Transparenz. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/ueber-die-dena/transparenz-dena/>

545 DENA. Aufsichtsrat. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/ueber-die-dena/aufsichtsrat/>, DENA. Stefan Wenzel neuer DenA Aufsichtsratsvorsitzender. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2022/stefan-wenzel-neuer-dena-aufsichtsratsvorsitzender/>

546 DENA. Finanzierung der dena-Projektarbeit 2021 auf einen Blick. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/ueber-die-dena/transparenz-dena/finanzierung-der-dena-projektarbeit-2021-auf-einen-blick/>

547 DENA. Transparenz. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.dena.de/ueber-die-dena/transparenz-dena/aufstellung-der-geldgeber-fuer-die-projektarbeit-der-dena/>

SPRACHROHR FÜR UNTERNEHMEN IN DIE BUNDESPOLITIK

Laut Rahmenvertrag mit dem Bundeswirtschaftsministerium ist die Aufgabe der DENA, die Bundesregierung in energiepolitischen Fragen zu beraten.⁵⁴⁸ In der Praxis fungiert die DENA vor allem als Sprachrohr für Unterneh-

Die DENA als Lobbykanal der Gasindustrie in das Wirtschaftsministerium

- berät als bundeseigenes Unternehmen das Bundeswirtschaftsministerium, das auch den Aufsichtsratsvorsitz stellt
- koordiniert im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums industriedominierte „Dialogprozesse“, z.B. Dialogprozess Gas 2030 (2018) und (mit anderen) den Nationalen Wasserstoffrat
- finanziert sich zu 13 Prozent über private Geldgeber aus der Industrie, darunter viele Gaskonzerne und -verbände
- ließ sich Klimaleitstudien und „Energiewende-Kongress“ sponsern, darunter von vielen Gasunternehmen und -verbänden
- gründete gemeinsam mit Zukunft Gas den Lobbyverband „LNG-Taskforce“, um LNG-betriebene Lkws zu fördern
- Mitglied in zahlreichen Lobbyforen wie dem Deutsch-Russischen Forum, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (GEEA) und parteinahen Lobbyverbänden „Wirtschaftsrat der CDU“ und „Wirtschaftsforum der SPD“
- DENA-Chef Andreas Kuhlmann war bis April 2022 Mitglied im Beirat vom Lobbyverband Zukunft Gas sowie in mehreren deutsch-russischen Lobbyforen bzw. -organisationen

men in die Bundespolitik, indem sie „Wirtschaftsdialoge“ organisiert und Empfehlungen für Unternehmen und Politik erarbeitet. Für das Bundeswirtschaftsministerium übernimmt die DENA die inhaltliche und organisatorische Begleitung und Koordination von energiepolitischen Diskussionsprozessen.⁵⁴⁹ Beispiele sind der Dialogprozess Gas 2030, der Dialog klimaneutrale Wärme 2045⁵⁵⁰ und der Nationale Wasserstoffrat, den sie als Mitglied der Leitstelle Wasserstoffrat unterstützt und koordiniert.⁵⁵¹ Damit hat die DENA politische Netzwerke und exklusive Foren geschaffen, in denen Forderungen von Unternehmen beim Ministerium eingebracht werden. Nichtregierungsorganisationen spielen in diesen Formaten meist nur eine Nebenrolle, weil sie – wenn überhaupt eingebunden – in der Minderzahl sind. Verstärkt wird dies dadurch, dass Unternehmen bestimmte Formate, Projekte und Veranstaltungen der DENA mitfinanzieren – und sich dadurch wie im Falle der „Leitstudien“ der DENA, sogar bestimmte Mitspracherechte kaufen (vgl. Kasten Gaslobby schreibt Klimastudien mit).

Die DENA fällt durch ihre besondere Nähe zur Gasindustrie auf. Ein Beispiel dafür ist die „Initiative Erdgasmobilität und LNG-Taskforce“, die die DENA gemeinsam mit dem Gaslobbyverband DVGW und der PR-Initiative Zukunft Gas im Jahr 2015 gegründet hat und die zu Redaktionsschluss noch immer existiert.⁵⁵² Diese Initiative soll die Verwendung von Flüssigerdgas im Verkehrssektor voranbringen – ein aus ökologischer Sicht fragwürdiges Ziel, wie eine Studie des Instituts für angewandte Ökologie und des International Council on Clean Transportation (ICCT) im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) nachweist.⁵⁵³ Die DENA hat die Taskforce moderiert und koordiniert und dabei auch politische Handlungsempfehlungen entwickelt.⁵⁵⁴ Das Plädoyer der LNG-Taskforce für die Mautbefreiung von LNG-betriebenen LKWs wurde im Frühjahr 2020 aufgenommen, als der Bundestag die Ausnahme um drei Jahre verlängerte – entgegen der Empfehlung des

549 Auch für die letzte Energiespar-Kampagne des Wirtschaftsministeriums übernahm die DENA die Geschäftsstelle – und warb dafür auch Unternehmen und Lobbyverbände als Partner der Kampagne an. <https://www.dena.de/themen-projekte/projekte/gebäude/energiepolitische-beratung-des-bmwi/>

550 BMWK, Dialog Klimaneutrale Wärme 2045. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/dialog-klimaneutrale-waerme-2045-1945306>

551 Wasserstoffrat. Die Leitstelle Wasserstoff. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.wasserstoffrat.de/leitstelle-wasserstoff>

552 Dena. LNG-Taskforce und Initiative Erdgasmobilität. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/themen-projekte/projekte/mobilitaet/lng-taskforce-und-initiative-erdgasmobilitaet/>

553 <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/LNG-in-trucks.pdf>, siehe auch Umweltbundesamt. Flüssigerdgas-Lkw haben kaum einen Klimavorteil. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/fluessigerdgas-lkw-haben-kaum-einen-klimavorteil>

554 LobbyControl. „Zukunft Gas“: Wie ein PR-Lobbyverband der Gasindustrie die deutsche Klimapolitik verwässert. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.lobbycontrol.de/2021/07/zukunft-gas-wie-ein-pr-lobbyverband-der-gasindustrie-die-deutsche-klimapolitik-verwaessert/>

548 Der Rahmenvertrag wurde im Frühjahr 2021 neu ausgeschrieben und für weitere zwei Jahre an die DENA vergeben. Antwort des BMWK auf eine LobbyControl-Anfrage am 22.01.22

Umweltbundesamts.⁵⁵⁵ Die LNG-Taskforce ist in der Praxis also eine Lobbyinitiative – wird aber von einer staatlich finanzierten Energie-Agentur organisiert.

SPONSORING AUS DER GASINDUSTRIE

Auch die zentrale Großveranstaltung der DENA, der jährliche Energiewende-Kongress, bietet Unternehmen die Möglichkeit, Politiker:innen zu umgarnen. Dazu bietet die DENA Unternehmen die Möglichkeit, die Veranstaltung zu sponsern. Die DENA umwirbt Sponsoren damit, dass diese Kontakte zu „relevanten Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik“ knüpfen und stärken könnten. Als sogenannte „Partner“ können sich Unternehmen und Verbände „vielfältige Präsentationsmöglichkeiten“, wie zum Beispiel Logo-Platzierung oder Stände kaufen. Tatsächlich stellten sich beim Kongress im Jahr 2022 mehrere Minister:innen und Staatssekretär:innen der Diskussion u.a. mit Kerstin Andreae vom BDEW oder Michael Harms vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und Vertreter:innen von Unternehmen wie Eon, Siemens Energy oder Shell.⁵⁵⁶ Wirtschaftsminister Robert Habeck stellte sich zumindest als Schirmherr für den „Energy Efficiency Award“ zur Verfügung.⁵⁵⁷ Sponsoren waren 2021 u.a. der Gaslobbyverband Zukunft Gas, Uniper und die damalige Gazprom-Tochter Wingas; auch 2022 sponserte Zukunft Gas den Kongress.⁵⁵⁸ Die Veranstaltung gleicht damit Formaten, die große Lobbyorganisationen wie zum Beispiel der Zentrale Immobilienverband (ZIA)⁵⁵⁹ oder der BDI⁵⁶⁰ jährlich in Berlin anbieten, um für ihre Positionen zu werben. Auch zentrale Studien ließ sich die DENA durch Sponsoring mitfinanzieren (vgl. Kasten Gaslobby schreibt Klimastudien mit).

Auch DENA-Chef Andreas Kuhlmann fällt durch seine Nähe zur Gasindustrie auf. Das zeigt sich etwa darin, dass Kuhlmann jahrelang Mitglied im Beirat des Lobbyverbands Zukunft Gas war. Auffällig sind in diesem Kontext weiterhin Kuhlmanns Mitgliedschaften in mehreren deutsch-russischen Plattformen – z.B. im Deutsch-Russischen Forum, der deutsch-russischen Auslandshandelskammer oder dem Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum (vgl. 4,

Kasten Deutsch-Russisches Rohstoff-Forum und Co). Als Ausgleich ist Kuhlmann nicht etwa gleichzeitig Mitglied in Beiräten aus den Bereichen Erneuerbare Energien oder Klimaschutz. Diese Nähe hatte offenbar Wirkung: Immer wieder hat er mit Meinungsartikeln und Pressemitteilungen für die Bedeutung von Gas in der Energiewende geworben. So nahm Kuhlmann die Gasindustrie in Schutz, nachdem Aktivist:innen von Fridays for Future gegen die Pipeline Nord Stream 2 protestierten.⁵⁶¹ Nach Beginn des Ukraine-Kriegs zog sich Kuhlmann allerdings im April 2022 aus dem Beirat von Zukunft Gas und dem Deutsch-Russischen Forum zurück.⁵⁶² Die DENA selbst ist aber laut Lobbyregister weiterhin Mitglied im Deutsch-Russischen Forum.⁵⁶³

EINE NEUE ROLLE FÜR DIE DENA?

Die DENA bietet mit ihren unterschiedlichen Formaten, Veranstaltungen und Projekten der ohnehin einflussreichen Gasindustrie weitere privilegierte Zugänge in die Politik, die andere energiepolitische Interessengruppen so nicht genießen.⁵⁶⁴ Anstatt die Bundesregierung in energiepolitischen Fragen zu beraten, fungiert sie stattdessen als Lobbykanal für Unternehmen. Nach der scharfen Kritik von LobbyControl am Sponsoring-Modell der Klimaleitstudien und mit der neuen Besetzung des Wirtschaftsministeriums steht die DENA möglicherweise vor einer Neuausrichtung: Die DENA selbst gründete eine Arbeitsgruppe Transparenz, aus der umfangreiche Transparenzangaben auf der Webseite der Agentur hervorgingen.⁵⁶⁵ Außerdem kündigte Andreas Kuhlmann seinen Rückzug als Vorsitzender der Geschäftsführung bis Ende seines Vertrages zum Juni 2023 an.⁵⁶⁶ Aus Ministeriumskreisen heißt es außerdem, dass die Sponsoring-Praxis und Unternehmensnähe der Agentur überdacht werden solle.

555 Klimareporter, 16.03.20: „Klimastreit um Erdgas-Lkw“. <https://www.klimareporter.de/verkehr/klimastreit-um-erdgas-lkw>

556 Energiewende Kongress. Referierende und Moderierende. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena-kongress.de/referierende-und-moderierende/>

557 Energiewende Kongress. Programm 2022. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena-kongress.de/programm-2022/>

558 Energiewende Kongress. Partner 2022. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena-kongress.de/partner-2022/>

559 LobbyControl. Zia Immobilien tag kein guter Ort um über Wohnungspolitik zu diskutieren. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.lobbycontrol.de/2019/06/zia-immobilientag-kein-guter-ort-um-ueber-wohnungspolitik-zu-diskutieren/>

560 BDI. Tag der Industrie 2022. Abgerufen am 18.11.22: <https://bdi.eu/tdi/>

561 Dena. Statement von Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, zur Bedeutung von Erdgas, 27.1.2021. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/statement-von-andreas-kuhlmann-vorsitzender-der-dena-geschaeftsfuehrung-zur-bedeutung-von-erdgas/>

562 Das geht aus einer Mail der DENA-Pressesprecherin an LobbyControl vom 5.5.2022 hervor.

563 Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung: https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R003336/8815?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DDeutsche%2BEnergie%2BAgentur%26searchAttributes%3Dname%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC, abgerufen am 22.11.22

564 Dies lässt sich auch aus dem Eintrag der DENA ins Lobbyregister ablesen, wo sie 159 Auftraggeber benennt, darunter Uniper, Viessmann und Shell: Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R003336/8815?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DDeutsche%2BEnergie%2BAgentur%26searchAttributes%3Dname%26pageSize%3D10%26sort%3DREGISTRATION_DESC, abgerufen am 22.11.22

565 Dena. Transparente Dena. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/ueber-die-dena/transparenz-dena/>

566 Dena. Presseerklärung vom 27.9.22. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2022/presseerklaerung/>

Sie bot jedoch zivilgesellschaftlichen Organisationen an, Mitglied im Lenkungskreis, dem Gremium der Sponsoren zu werden. Damit hätten Umweltorganisationen wie etwa Germanwatch oder der Deutsche Naturschutzring ebenfalls ein Stimmrecht bei der Leitstudie bekommen, ohne Sponsoringgelder zu bezahlen.

Keine der Organisationen aus dem Beirat nahm das Angebot an – vermutlich nicht zuletzt, weil die Studienbearbeitung bereits weit fortgeschritten war.⁵⁷⁵ Außerdem ist die Teilnahme an derartigen Gremien häufig nur mit erheblichen Ressourcen zu stemmen, was für Umweltverbände regelmäßig eine strukturelle Überforderung bedeutet. Zudem kündigte die DENA LobbyControl in einer Mail vom 5.5.2022 an, keine weiteren Leitstudien mehr durchführen zu wollen. Das sind wichtige Schritte, die Ausrichtung der DENA als staatlich finanzierter Lobbykanal in die Politik hinein besteht jedoch fort.

Grafik: Holger Müller/LobbyControl



Die DENA ließ ihre Klimaleitstudie von zahlreichen Wirtschaftsakteuren sponsern, darunter viele aus der Gasindustrie. Dafür bekamen die Unternehmen und Verbände Mitsprachrechte bei der Studie.

5.3 Gasfreundliche Strukturen im Bundeswirtschaftsministerium

Das Bundeswirtschaftsministerium versteht sich seit seiner Gründung als die zentrale Regierungsinstitution, die die Interessen von Wirtschaftsunternehmen in der Politik vertritt. Dazu unterstützt es beispielsweise mit verschiedenen Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung Exportmöglichkeiten, stellt Wirtschaftsförderung in Krisen bereit und wandte sich in der Vergangenheit immer wieder gegen Regulierungen, die den Unternehmen Kosten abverlangen.⁵⁷⁶ In diesem Verständnis wurden Unternehmensinteressen lange Zeit als gegensätzlich zu Umwelt- und Klimaschutz betrachtet. Unter Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wurde das Ministerium nun um die Zuständigkeit für den Klimaschutz erweitert.

Entsprechend ambitioniert legte das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Januar 2022 eine „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ vor und formuliert darin, dass nach dem Atom- und Kohleausstieg nun „in einem dritten Schritt“ der „Ausstieg aus der fossilen Gasnutzung“ folgen müsse.⁵⁷⁷ Doch alte Strukturen und politischer Handlungsdruck im Zuge der Gaskrise erschwerten viele anfänglich formulierte klimapolitische Vorhaben der neuen Hausführung. Auf die Frage eines Journalisten, ob angesichts des russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nun Sicherheit wichtiger als Klimaschutz sei, antwortete Habeck Anfang März 2022: „Im Zweifel ist das so“. Er fügte aber auch an, dass ein Ausbau der Erneuerbaren sowohl der sicherheitspolitischen Unabhängigkeit als auch dem Klimaschutz diene.⁵⁷⁸

PERSONALWECHSEL AUF DEN OBEREN EBENEN

Habeck tauschte, wie nach einem Regierungswechsel üblich, die Führungsebene des Ministeriums aus – und holte sich gut vernetzte Staatssekretäre mit klimapolitischen Ambitionen in sein Haus. Dazu zählt Patrick Graichen, der zuletzt den Think Tank Agora Energiewende geleitet und schon zuvor im Bundesumweltministerium Führungspositionen innehatte.⁵⁷⁹ Auch für den Bereich Wärme/Wasserstoff und Effizienz holte sich Habeck einen neuen

576 WiWo, 24.05.20: „Altmaier will neue Belastungen der Wirtschaft durch Gesetze vermeiden“. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/belastungs-tuev-altmaier-will-neue-belastungen-der-wirtschaft-durch-gesetze-vermeiden/25855606.html>

577 BMWK. Eröffnungsbilanz Klimaschutz. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111_eroeffnungsbilanz_klimaschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=10

578 Deutschlandfunk, 02.03.22: „Es geht darum, sich nicht mehr so eng an Russland zu binden“. <https://www.deutschlandfunk.de/robert-habeck-bundeswirtschaftsminister-grue-ne-besuch-usa-100.html>

579 Tagesspiegel Background, 17.12.21: „Führungsebene im BMWi wird ausgewechselt“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/fuehrungsebene-im-bmw-wird-ausgewechselt>

Abteilungsleiter ins Haus: Der frühere Hamburger Grünen-Politiker und Energie- und Wärmeexperte Christian Maaß löste den industrienahen Thorsten Herdan ab.⁵⁸⁰ Die Leitungsebene des Ministeriums verfügt damit über die personellen Ressourcen – und mutmaßlich auch über den politischen Willen –, klimafreundliche Projekte voranzubringen.

Allerdings gibt es zwei wichtige Hürden, um vor allem im Gasbereich einen Ausstieg aus dem fossilen Erdgas schnell umzusetzen: Zum einen setzte Russlands Angriffskrieg das Bundeswirtschaftsministerium wegen der Ausfälle russischer Gasimporte unter enormen Handlungsdruck, so dass anstehende Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden konnten. Fortan stand die kurz- und mittelfristige Versorgungssicherheit im Vordergrund.⁵⁸¹ Zudem hat das Ministerium seit Kriegsbeginn eine extreme Arbeitsbelastung, um die energie- und wirtschaftlichen Krisen gleichzeitig und in hohem Tempo zu bearbeiten.

Zum anderen ist die Abteilung „Wasserstoff und Gas, Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe“ auf Ebene der Unterabteilungsleitung und Referatsleitung noch immer mit Personen besetzt, die über Jahre enge Verbindungen mit der Gasindustrie gepflegt haben. Auf diesen Ebenen wurde das Personal nicht ausgetauscht. Der für das Thema Gas zuständige Unterabteilungsleiter Ulrich Benterbusch wechselte 2015 beispielsweise direkt aus der Geschäftsführung der gasfreundlichen DENA (s.o.) in das Wirtschaftsministerium und hat diesen Posten auch nach dem Regierungswechsel 2021 behalten; gleiches gilt für Stefan Rolle, den Referatsleiter Gas.⁵⁸² Eine Rotation, d.h. ein Wechsel des Personals in andere Abteilungen, wie dies in Ministerien oder anderen Behörden rechtlich möglich und durchaus üblich ist, fand hier nicht statt.⁵⁸³

„MOSKAU-CONNECTION“ UND ENERGIEWENDE-BREMSER IM MINISTERIUM

Im Wirtschaftsministerium ist Minister Habeck in der Abteilung, die für die Gaspolitik zuständig ist, noch

immer auf viele Mitarbeiter angewiesen, die „Russland sehr gewogen“ waren und „und die Gaspolitik aus dieser Sicht“ betrachteten.⁵⁸⁴ Laut der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sprach man im Haus von einer „Moskau-Connection“ und einem „Gasstrang“, der noch auf die Zeit unter SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (2013–2017) zurückgeht. Laut der Wochenzeitung Zeit seien dort viele Mitarbeiter:innen „östlich gepolt“, die „ebenso freundlich mit Konzernen wie mit dem Kreml umgingen“.⁵⁸⁵ Die gas- und russlandfreundliche Linie entsprach durchaus den politischen Vorgaben der bisherigen Ministeriumsspitzen: Sowohl Sigmar Gabriel als auch Habecks direkter Vorgänger Peter Altmaier (CDU) haben beispielsweise Nord Stream 2 gegen jede Kritik immer wieder verteidigt.⁵⁸⁶

Es war Peter Altmaier, der eine Energiewende-Skeptikerin in die für die Energiewende zuständige Abteilung des Ministeriums geholt hatte. Er hatte 2019 den bisherigen durchaus klimapolitisch ambitionierten Abteilungsleiter Urban Rid durch Stephanie von Ahlefeldt ersetzt. Von Ahlefeldt kam direkt aus dem Umfeld des CDU-Wirtschaftsflügels und diente fortan als dessen Sprachrohr, um klimapolitische „Belastungen“ für Unternehmen abzuwenden.⁵⁸⁷ Die Unternehmensnähe des Personals zeigt sich auch daran, dass gleich mehrere hohe Beamte aus dem Wirtschaftsministerium nach ihrem Ausscheiden Anschlussjobs in der Energiewirtschaft fanden: Der frühere Abteilungsleiter für den Bereich Wärme/Energieeffizienz Thorsten Herdan arbeitet seit Mai 2022 für das E-Fuel-Unternehmen HIF Global.⁵⁸⁸ Der frühere Staatssekretär Energie und Digitales Andreas Feicht wurde im August 2022 Vorstandsvorsitzender des Kölner Energieversorgungsunternehmens RheinEnergie.⁵⁸⁹

SPIONAGEVERDACHT IM MINISTERIUM

Der gas- und russlandfreundliche Ruf des für Gas zuständigen Referates ging so weit, dass zwei leitende Beamte sogar in den Verdacht der Spionage für Russland gerieten.

580 FAZ, 03.02.22: „Wie Habeck sein Ministerium umbaut“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/habeck-stellt-fuehrungsspitze-des-wirtschaftsministeriums-neu-auf-17777125.html>; Herdan war zuvor in leitender Funktion für den Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) tätig und wechselte 2022 wieder zurück in die Wirtschaft: zu dem E-Fuels-Unternehmen HIF Global. Handelsblatt 12.05.22: „Thorsten Herdan steigt bei E-Fuels-Unternehmen HIF Global auf“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiewirtschaft-thorsten-herdan-steigt-bei-e-fuels-unternehmen-hif-global-auf/28332642.html>

581 FAZ, 02.03.22: „Versorgungssicherheit im Zweifel wichtiger als Klimaschutz“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/habeck-versorgungssicherheit-wichtiger-als-klimaschutz-17845268.html>

582 Energate-Messenger, 30.07.15: „Dena-Geschäftsführer Benterbusch tritt Posten im Ministerium an“. <https://www.energate-messenger.de/news/156656/dena-geschaeftsfuehrer-benterbusch-tritt-posten-im-ministerium-an>

583 BMWK. Gute Gründe für eine Bewerbung im BMWK. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Ministerium/gute-gruende-fuer-eine-bewerbung-im-bmwk.html>

584 AZ, 26.01.22: „Bröckelt die ‚Moskau-Connection‘?“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kehrwende-in-erdgas-politik-hohe-gaspreise-und-leere-speicher-17753082.html>. Unterabteilungsleiter Ulrich Benterbusch etwa kam direkt von der gasfreundlichen DENA ins Ministerium und leitet bis heute (Stand 9/2022) die Abteilung Gas.

585 Ebd.

586 Handelsblatt, 25.09.20: „Wirtschaftsminister Altmaier kämpft für Nord Stream 2“. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-wirtschaftsminister-altmaier-kaempft-fuer-nord-stream-2/26215870.html>, FAZ, 19.12.15: „Gabriel verteidigt Russland-Pipeline“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nord-stream-2-gabriel-verteidigt-russland-pipeline-13975022.html>

587 Spiegel, 15.11.19: „Der Wirtschaftsflügel der CDU sabotiert den Kohleausstieg“. <https://www.spiegel.de/politik/cdu-der-wirtschaftsfluegel-der-partei-sabotiert-den-kohleausstieg-a-00000000-0002-0001-0000-000166979770>

588 Handelsblatt 12.05.22: „Thorsten Herdan steigt bei E-Fuels-Unternehmen HIF Global auf“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiewirtschaft-thorsten-herdan-steigt-bei-e-fuels-unternehmen-hif-global-auf/28332642.html>

589 RheinEnergie. Andreas Feicht als Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie bestellt. Abgerufen am 18.11.22: https://www.rheinenergie.com/de/unternehmen/newsroom/nachrichten/news_60610.html

Es war die Spitze des Ministeriums selbst, die deswegen die Spionageabwehr des Verfassungsschutz um Unterstützung bat. Die Beamten – so hieß es in Medienberichten zu dem Vorgang – seien durch äußerst russlandfreundliche Arbeit und „Obstruktion“ der Arbeit der Ministeriumsspitzen aufgefallen.⁵⁹⁰ Vor allem bei Entscheidungen zur Gaspipeline Nord Stream 2 oder zu Gazprom Germania sei immer wieder deutlich geworden, wie weit die Positionen dieser Beamten von der „politischen Linie des Ministeriums“ abwichen. Der Verdacht hat sich allerdings nicht erhärtet, es sei lediglich eine „gewisse emotionale Nähe“ zu Russland festgestellt worden.⁵⁹¹ Dies habe laut Handelsblatt zu einer angespannten Stimmung im Ministerium geführt. Der Minister und die für Energiepolitik zuständigen Abteilungsleiter Maaß und Graichen stellten sich daraufhin demonstrativ vor die zunächst verdächtigten Beamten. Strategische Entscheidungen in Sachen Gas seien aber laut der ZEIT mittlerweile in die Leitungsebene verlagert worden.⁵⁹²

Das Ministerium muss auf ihr eigenes gasfreundliches Personal zurückgreifen, um die kurz- und mittelfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zusätzlich bediente sich Habeck auch externer Expertise: So ließ er sich die sogenannte Gasumlage zur Unterstützung der verlustreichen Gasimporteure von der Wirtschaftskanzlei CMS und der Wirtschaftsberatung PwC formulieren – und arbeitete dabei nahezu ausschließlich mit den betroffenen Energiekonzernen zusammen.⁵⁹³ Ähnliches gilt für den Aufbau der LNG-Infrastruktur und neuer LNG-Importe (vgl. 6.3).

WICHTIGE ROLLE DES BUNDESKANZLERAMTS

Weiterer Druck auf das Ministerium entsteht dadurch, dass die Energiepolitik aufgrund ihrer nationalen Tragweite auch vom Bundeskanzleramt unter Olaf Scholz stark mitgestaltet wird – und dieser setzt ebenfalls auf den Ausbau neuer Infrastruktur und neue Importmöglichkeiten für LNG samt Erschließung neuer Gasfelder, während klimapolitische Ambitionen bei ihm offenbar hinstehen.⁵⁹⁴ Scholz' wichtigster Berater und Staatssekretär Jörg Kukies hatte in den ersten Monaten der Ampel-Koalition so viele Treffen mit Gasunternehmen wie kein anderer Spitzenpolitiker (s.u.). Auch Scholz' Auslandsreisen hatten energiepolitische

Ziele, so etwa seine Reise in den Senegal, wo es unter anderem um die Erschließung neuer Gasfelder ging.⁵⁹⁵ Auch auf europäischer Ebene setzte sich Scholz für die Aufweichung von Regeln zur Finanzierung fossiler Projekte ein – scheiterte dort aber damit.⁵⁹⁶



Foto: Juergen Nowak / Shutterstock.com

Absprache ist nötig: Robert Habeck ist als Wirtschaftsminister fachlich für die Energiepolitik zuständig, doch Kanzler Scholz und das Kanzleramt sind ebenfalls eng an gaspolitischen Entscheidungen beteiligt.

5.4 Lobbytreffen in Zahlen

Hat eine bestimmte Lobbygruppe oder ein Unternehmen besonders viele bilaterale Lobbytreffen mit Minister:innen und Beamten:innen, lässt sich dies als privilegierter Zugang werten – insbesondere, wenn es sich dabei um Gespräche im kleinen Rahmen handelt. In Deutschland gibt es – anders als auf EU-Ebene⁵⁹⁷ – keine Pflicht, Kontakte zwischen Interessenvertreter:innen und Politik zu veröffentlichen. Welche Lobbytreffen es gab, wird in der Regel nur entweder über Anfragen durch Abgeordnete über das parlamentarische Fragerecht⁵⁹⁸ oder durch Anfragen nach

⁵⁹⁵ Deutsche Umwelthilfe. Gasförderung im Senegal. Abgerufen am 18.11.22: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/sonstiges/Stellenanzeigen/220711_Senegal_Fact_Sheet_final.pdf

⁵⁹⁶ Twitter. Constantin Zerger. Abgerufen am 18.11.22: <https://twitter.com/ConstZerger/status/1583139812017438720>

⁵⁹⁷ Auf EU-Ebene müssen Kommissar:innen, ihre Kabinettsmitarbeitenden und Generaldirektor:innen (in etwa vergleichbar mit der Ebene der Staatssekretär:innen) ihre Lobbytreffen veröffentlichen. Dies ist ein guter Ausgangspunkt, um einen Eindruck zu bekommen, wie ausgewogen sich die Mitglieder der EU-Kommission mit Lobbyist:innen treffen und ob bestimmte Lobbyist:innen bessere Zugänge haben als andere. Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A12012M%2FTXT>

⁵⁹⁸ Deutscher Bundestag. Parlamentarisches Fragerecht. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundestag.de/resource/blob/899858/3f2749f586ad3ba4a8e27b3fe19fb794/WD-3-059-22-pdf-data.pdf>

⁵⁹⁰ ZEIT, 31.08.22: „Moskau sieht mit“. <https://www.zeit.de/2022/36/russland-spionage-bm-wi-robert-habeck-verfassungsschutz>

⁵⁹¹ Ebd.

⁵⁹² Handelsblatt, 20.09.22: „Vertrauensmangel im Wirtschaftsministerium: „Habeck steht jetzt unter Druck“. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interne-protokoll-vertrauensmangel-im-wirtschaftsministerium-habeck-steht-jetzt-unter-druck/28684056.html>

⁵⁹³ Taz, 13.09.22: „Streit um Konzernkonsultation“. <https://taz.de/Kritik-an-Entstehen-der-Gaspreisumlage/15877972/>

⁵⁹⁴ Taz, 27.06.22: „Dreiste Irreführung“. <https://taz.de/Olaf-Scholz-fuer-neues-Gasprojekt/15860896/>

dem Informationsfreiheitsgesetz sichtbar.⁵⁹⁹ Insbesondere IFG-Anfragen bringen häufig Absagen, dauern sehr lange und kosten häufig auch Geld. Parlamentarische Anfragen werden eher beantwortet, sind aber auch nur Abgeordneten und nicht Journalist:innen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen möglich.

Das Wissen über Lobbytreffen zwischen Gasindustrie und Bundesregierung ist daher begrenzt: So lagen zu Redaktionsschluss noch keine Antworten auf IFG-Anfragen zu Treffen zwischen Bundesregierung und Gaskonzernen und -verbänden vor, die LobbyControl im Februar 2022 gestellt hatte – trotz wiederholter Nachfragen. Entsprechende Informationen liegen daher bislang vor allem über Antworten aus parlamentarischen Anfragen vor. Eine Kleine Anfrage aus dem Jahr 2017 von Lorenz Gösta Beutin von der Linksfraktion im Bundestag fragt Treffen der Bundesregierung mit Unternehmen zur Nord Stream 2-Pipeline ab.⁶⁰⁰ Daraus wird u.a. deutlich, wie eng der Kontakt zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit der Nord Stream AG war: Gleich 16 mal traf er sich im Zeitraum Februar 2015 bis Januar 2017 mit Vertreter:innen der Nord Stream 2 AG und Gazprom. Auf der Seite der Gaskonzerne fallen Alt-Kanzler Gerhard Schröder sowie Matthias Warnig, der damalige Geschäftsführer der Nord Stream 2-AG, als zentrale Verbindungspersonen zwischen dem Unternehmen und der Bundesregierung auf (vgl. 4.2 und 4.4).⁶⁰¹

Für das Jahr 2020 zeichnet die Antwort auf eine schriftliche Frage der Grünen-Abgeordneten Lisa Badum vom Februar 2021 folgendes Bild: Zwischen Januar 2020 und 2021 gab es 14 Treffen zu energiepolitischen Fragestellungen bezogen auf den Energieträger Erdgas zwischen der Leitung des Bundeswirtschaftsministeriums und einem oder mehreren Unternehmen und Verbänden der Gaswirtschaft. Das bedeutet, der Minister und seine Staatssekretäre hatten insgesamt häufiger als einmal monatlich ein Treffen mit der Gasindustrie. Diesbezügliche Gesprächsanfragen von Umweltschutzorganisationen und -verbänden waren dem Ministerium nicht bekannt.⁶⁰²

Eine parlamentarische Frage von Jan Korte, Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion, an die Ampel-Bundesregierung gibt einen Einblick in die enge Zusammenarbeit mit der Gasindustrie in ihrem ersten Regierungsjahr – und zeigt, wie sich die Anzahl der Treffen vervielfacht hat.⁶⁰³ Im Zeitraum Mitte Dezember 2021 bis Mitte September 2022 trafen sich Vertreter:innen von Gaskonzernen mehr als 260 mal mit dem Bundeskanzler, einem/r Bundesminister:in oder einem/r Staatssekretär:in – das ist durchschnittlich ein Treffen pro Tag in diesem Zeitraum bzw. mehr als eins pro Werktag. Diese Zahl bezieht sich nur auf Treffen zu allgemeinen energiepolitischen Fragen mit Relevanz für den Gassektor sowie explizit zum Thema Gas – andere Themen wie zum Beispiel Ölimporte, Kohle oder Stromnetzausbau sind dabei nicht eingerechnet. Hinzu kommen mindestens 35 Treffen mit BASF als einem der größten Gasverbraucher, Treffen mit anderen energieintensiven Konzernen sind nicht mit aufgeführt. Auch der Energieverband BDEW traf gleich 54 mal mit Spitzenpolitiker:innen zusammen. So nahmen die (damaligen) Staatssekretäre im Wirtschaftsministerium, Patrick Graichen und Oliver Krischer, von März bis Mai 2022 auch an dem wöchentlichen Krisenstab des BDEW teil. Von den Gaskonzernen hatten vor allem diese Konzerne zahlreiche Treffen mit der Bundesregierung: RWE: 52, VNG: 39, Uniper: 58 und EnBW: 25.

Besonders viele Gespräche mit Gaskonzernen, dem BDEW und BASF gab es – wenig überraschend – mit dem für Energiepolitik zuständigen Wirtschaftsministerium: Diese trafen 39 mal auf Habeck und 122 mal auf seine Staatssekretäre. Auffällig ist, wie eng aber auch das Bundeskanzleramt über Scholz' Staatssekretär Jörg Kukies in energiepolitische Prozesse eingebunden war: Kukies traf sich gleich 132 mal mit Vertreter:innen der Gaskonzerne, Bundeskanzler Scholz 24 mal. Kukies hatte damit mehr Treffen als alle Vertreter:innen aus dem Bundeswirtschaftsministerium zusammen. Wie oft die Regierungsvertreter:innen in dem gleichen Zeitraum Kontakt mit Umweltverbänden hatten, geht aus der Antwort auf die Anfrage nicht hervor.

599 Abgeordnetenwatch. Aktuelle Umfrage: Große Mehrheit will Offenlegung von Lobbytreffen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/aktuelle-umfrage-grosse-mehrheit-will-offenlegung-von-lobbytreffen>

600 Deutscher Bundestag. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream. 15.12.2017. Abgerufen am 28.07.22: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/002/1900283.pdf>

601 Vgl. dazu auch: Welt, 15.12.17: „Brisante Nähe“. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus171601464/Brisante-Naehe.html>

602 Deutscher Bundestag. Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 8. Februar 2021 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Abgerufen am 28.07.22: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/266/1926646.pdf>, S. 69, Frage 92

603 Die folgenden Zahlen der Treffen beziehen sich hier auf Treffen zwischen dem Bundeskanzler, den Bundesminister:innen und Staatssekretär:innen mit Vertreter:innen der Gasindustrie, bei denen es entweder allgemein um Energiepolitik geht oder explizit um das Thema Gas. In der Antwort listet die Bundesregierung auch Treffen zu anderen energiepolitischen Themen wie Ölimporte oder Kohle auf, diese haben in der Zählung nicht berücksichtigt. Die Bundesregierung schreibt, dass die Auflistung der Treffen auf „Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen“ erfolgt und die Daten „somit möglicherweise nicht vollständig“ seien. Deutscher Bundestag. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion: Möglicher Einfluss der Gas-Lobby auf die Bundesregierung. 11.10.22: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003927.pdf>, S. 3.

TREFFEN ZWISCHEN DER GASLOBBY UND DER BUNDESREGIERUNG

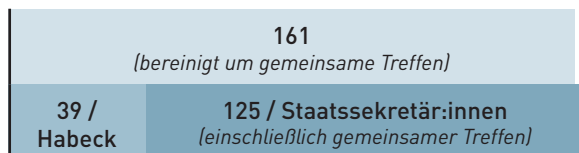
Treffen zwischen Bundeskanzler, Minister:innen und Staatssekretär:innen mit Akteuren der Gaslobby, Dezember 2021 bis September 2022

Gesamtzahl Treffen (einschließlich BASF): 361



Mit welchen Ministerien traf sich die Gaslobby (einschließlich BASF)?

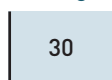
Bundesministerium für Wirtschaft und Klima:



Bundeskanzleramt:



Sonstige Ministerien:



Der angeschlagene Gasimporteur Uniper hatte im ersten Jahr der Bundesregierung am meisten Kontakte mit Spitzenpersonal der Bundesregierung.

Neben dem zuständigen Wirtschaftsministerium hatte vor allem Staatsminister Kukies auffallend viele Termine mit Akteuren der Gaslobby.

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von: Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion: „Möglicher Einfluss der Gas-Lobby auf die Bundesregierung“, 11.10.22: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003927.pdf>

5.5 Gemeinsame Veranstaltungen und Medienkooperationen

Eine andere Form, mit der Lobbygruppen Zugang zu Politiker:innen erhalten, sind Kooperationen und gemeinsame Veranstaltungen. Dazu zählte zum Beispiel der **Russlandtag** der Schweriner Staatskanzlei, der u.a. von Gazprom gesponsert wird (vgl. 4, Kasten Russlandtag). Ein weiteres pompöses Event ist die **Verleihung des „Innovationspreises der deutschen Gaswirtschaft“**. Diese festliche Veranstaltung wird von zentralen Verbänden der Gaswirtschaft (Zukunft Gas, BDEW, DVGW) organisiert, um „zukunftsweisende Energiekonzepte“ mit Gas in verschiede-

nen Kategorien auszuzeichnen.⁶⁰⁴ Solche Preisverleihungen sind beliebte Lobbymethoden, um den eigenen Interessen und der eigenen Erzählung Aufmerksamkeit zu verschaffen. Sie funktionieren vor allem dann, wenn Politiker:innen zu diesen Veranstaltungen erscheinen.

Das haben verschiedene Bundesminister:innen in den vergangenen Jahren offenbar gern getan und fungierten als Schirmherren und -frauen samt eigenem Grußwort: 2020 war es Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, 2018 die

⁶⁰⁴ Innovationspreis Gas. Über den Preis. Abgerufen am 18.11.22: <https://innovationspreis.gas.info/ueber-den-preis/>

Bundesministerin für Bildung Anja Karliczek und 2016 die Bauministerin Barbara Hendricks.⁶⁰⁵ Sie alle standen damit mit ihrem Gesicht für die vermeintliche „Zukunftsfähigkeit“ von Gas und wurden somit selbst Akteure in dieser Erzählung. 2020 waren die drei Gaskonzerne Uniper, Wintershall Dea und VNG zusätzlich Partner der großformatigen Lobbyveranstaltung. 2022 war allein noch Wintershall Dea Unternehmenssponsor der Veranstaltung. Die Kommunikation rund um das Event verschafft öffentliche Aufmerksamkeit, die durch Medienpartnerschaften u.a. mit dem Handelsblatt gesichert ist. Solche Preisverleihungen ermöglichen aber auch Lobbygespräche. Im Oktober 2022 wurde der Preis erneut verliehen, Schirmfrau war dieses Mal die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft Bettina Stark-Watzinger (FDP).⁶⁰⁶

MEDIENKONGRESSE ALS LOBBYTREFFEN ZWISCHEN GASINDUSTRIE UND POLITIK

Auch über sogenannte „Medienkooperationen“ in Form von Unternehmens-gesponserten Veranstaltungen wirken die Gaslobbynetze in die Öffentlichkeit und damit indirekt in die Politik hinein. Solche Formate sind keine Seltenheit, aber deswegen nicht minder problematisch: Verlage verdienen mit diesen Veranstaltungen Geld, machen sich damit aber gleichzeitig von den Geldgebern abhängig und drohen dadurch ihre Unabhängigkeit zu verlieren.⁶⁰⁷ Gemeinsam mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ veranstaltete Zukunft Erdgas bzw. später Zukunft Gas jahrelang eine Konferenz zu „Erdgas und Klimaschutz“ bzw. „Energie und Klimaschutz“. Auf dieser kamen zuletzt 2018 Politiker:innen wie Thomas Bareiß, der Mitglied im Beirat von Zukunft Erdgas war, mit Industrievertreter:innen zusammen, Uniper war offizieller Partner der Veranstaltung.⁶⁰⁸ Auf der Webseite der Zeit fand man zu der Veranstaltung eine Magazin-Seite mit Artikeln, Infografiken und Experteninterviews.⁶⁰⁹

Das Handelsblatt veranstaltet jährlich eine „Jahrestagung Gas“, auf der politisches Spitzenpersonal und Journalist:innen mit den mächtigsten Lobbyist:innen der Gasindustrie

zusammentreffen.⁶¹⁰ Dort traten im September 2022 u.a. Zukunft Gas-Vorstand Timm Kehler oder Vertreter:innen der Gaskonzerne Equinor, Open Grid Europe oder Fluxys als Redner:innen auf und konnten ihre Lobbybotschaften direkt an die Gäste aus der Politik richten. Aus der Politik vertreten waren u.a. der Abteilungsleiter Wärme / Gas im Wirtschaftsministerium, Christian Maaß, der Präsident der Bundesnetzagentur Klaus Müller, zwei Landesminister:innen sowie – als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik – Andreas Kuhlmann von der DENA. Partner der Konferenz 2022 – die unter dem Thema „Souveränität und Versorgungssicherheit im Ausnahmezustand“ stattfand, waren Zukunft Gas, Shell, der norwegische Gaskonzern Equinor und der Fernleitungsnetzbetreiber Open Grid Europe, weitere Sponsoren waren der Lobbyverband der heimischen Gasindustrie BVEG und das Gashandelsunternehmen Wingas.⁶¹¹



Foto: GasExit

Sowohl bei der Jahrestagung Gas vom Handelsblatt als auch beim Energiewende-Kongress der DENA gab es Proteste gegen das Sponsoring von der Gasindustrie. Hier protestieren die Aktionsgruppen Gas Exit und We Smell Gas gemeinsam vor dem DENA-Energiewende-Kongress im November 2022.

⁶⁰⁵ Innovationspreis Gas. Finalisten und Gewinner Innovationspreis. Abgerufen am 18.11.22: <https://innovationspreis.gas.info/wp-content/uploads/Finalisten-Gewinner-Innovationspreis.pdf>, BDEW. Innovationspreis der deutschen Gaswirtschaft 2018 verliehen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/energie/innovationspreis-der-deutschen-gaswirtschaft-2018-verliehen/>, https://www.tab.de/news/tab_DVGW_verleiht_Innovationspreis_der_deutschen_Gaswirtschaft_2236691.html

⁶⁰⁶ Innovationspreis Gas. <https://innovationspreis.gas.info/>

⁶⁰⁷ Marvin Oppong. 06.04.16: „Medien als Sprachrohr der Lobby“. <https://mmm.verdi.de/beruf/medien-als-sprachrohr-der-lobby-28899>

⁶⁰⁸ Die Zeit. Energie & Klimaschutz. Abgerufen am 18.11.22: https://convent.de/content/uploads/2018/07/180904_zeit_konferenz_energie_und_klimaschutz.pdf

⁶⁰⁹ Die Zeit. 04.09.2018: „Klimaschutz – jetzt aber richtig! Wie löst Deutschland das Energie-wende-Dilemma?“ <https://convent.de/de/archiv/zeit-events/energie-klimaschutz-2018/>

⁶¹⁰ Handelsblatt, Jahrestagung Gas 2022, <https://live.handelsblatt.com/event/jahrestagung-gas/gas-2022/referentinnen/>

⁶¹¹ Handelsblatt, Jahrestagung Gas 2022: <https://live.handelsblatt.com/event/jahrestagung-gas/gas-2022/partner/>

5.6 Sponsoring: Parteitage, Behörden und parteinahe Lobbyverbände

Unternehmen und Verbände können den Parteien in Deutschland in unbegrenzter Höhe Geld zukommen lassen. Die Parteienfinanzierung unterliegt den Regeln des Parteiengesetzes, das u.a. Transparenzpflichten vorsieht – allerdings erst ab einer bestimmten Summe und nur sehr begrenzt auch für Sponsoring. Sponsoring von Parteien ermöglicht Unternehmen und Verbänden, Parteien gegen eine Gegenleistung wie z.B. eine Logo-Platzierung Geld zur Verfügung zu stellen, ohne dass dies jeweils einzeln offengelegt werden muss.⁶¹² Dazu zählt das Sponsoring von Parteitag oder anderen Parteiveranstaltungen. Für die Geldgeber:innen hat das mehrere Vorteile: Sponsoring wird in den Rechenschaftsberichten der Parteien nur als ein gesammelter Posten angegeben. Wie viel ein einzelnes Unternehmen oder ein Verband zahlt, bleibt im Dunkeln. Zusätzlich verschafft Sponsoring den Unternehmen ein gutes Image bei Politiker:innen und öffnet Türen, um mit Politiker:innen ins Gespräch zu kommen. Auf Parteitag laufen zum Beispiel die anwesenden Politiker:innen traditionell die Stände ab und treffen dort auf hochrangige Vertreter:innen des jeweiligen Sponsors.

Grüne und SPD legen einen Teil ihrer Sponsoring-Einnahmen immerhin freiwillig offen, bei Union und FDP dagegen gibt es keinerlei Transparenz über die Höhe ihrer Sponsoringeinnahmen. Einige Unternehmen und Verbände der Gasindustrie sind häufig mit Ständen und Logos auf Parteitag präsent:⁶¹³ EnBW und Uniper waren Sponsoren der jeweiligen Parteitage von CDU, SPD und FDP; Eon bei Parteitag der CDU und SPD; RWE beim Parteitag der FDP. Der BDEW ist regelmäßig auf Parteiveranstaltungen von CDU, SPD, FDP und der Grünen präsent. Auch der Verband „Zukunft Gas“ tritt als Sponsor auf, z.B. beim Bundesparteitag der FDP im April 2022 oder beim CDU-Bundesparteitag im September 2022.

Nicht nur politische Parteien, auch die Bundesverwaltung erhalten Sponsorengelder von Energieunternehmen für ihre

Veranstaltungen.⁶¹⁴ Als Adressaten solchen Sponsorings fallen beispielsweise einzelne Dienststellen des Auswärtigen Amts auf: Zwischen 2016 und 2019 sponserte Uniper jährlich die Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit des Generalkonsulats St. Petersburg mit rund 10.000 Euro, im Jahr 2015 zahlte Eon ähnliche Summen an die Dienststellen in St. Petersburg und Brüssel. Außerdem erhielt das Bundespräsidialamt für sein Bürgerfest in den Jahren 2015 bis 2018 jeweils 6.000 Euro von EnBW.

Gasunternehmen und ihre Tochterfirmen sind außerdem Mitglieder von wirtschaftsnahen Vorfelddorganisationen der Parteien, die Unternehmen privilegierte Zugänge zu ihnen verschaffen. Auch in diesem Kontext sind sie Sponsoren von Veranstaltungen.⁶¹⁵ Laut Lobbyregister sind u.a. Eon, BASF und Uniper Mitglied sowohl im Wirtschaftsforum der SPD als auch im Wirtschaftsrat der CDU. Im Grünen Wirtschaftsdialog sind u.a. BASF, BP und der Gasfernleitungsbetreiber Open Grid Europe Fördermitglieder.⁶¹⁶

5.7 Fazit

Unter der schwarz-roten Koalition genoss die Gasindustrie privilegierte Zugänge ins Bundeswirtschaftsministerium. Der Dialogprozess Gas 2030 und die LNG-Taskforce sind zwei Beispiele dafür, wie die Gasindustrie diese Zugänge in konkreten Einfluss umwandeln konnte. Beide Initiativen wurden von der bundeseigenen Energieagentur DENA koordiniert. Die DENA fungierte als zentraler Zugang für die Gaslobby ins Wirtschaftsministerium. Dabei war die Mitgliedschaft Kuhlmanns im Beirat von Zukunft Gas bis April 2022 nur ein Beleg für ihre Nähe zur Gasindustrie. Die Rahmenvereinbarung zwischen DENA und dem Ministerium besteht auch unter der neuen Regierung fort. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, dass das Wirtschaftsministerium die DENA neu aufstellt. Dabei muss vor allem die einseitige Finanzierung durch Konzerne und Wirtschaftsverbände beendet werden. Stattdessen braucht es ausreichend öffentliche Mittel, damit die DENA

⁶¹² LobbyControl. Lobbyreport 2021. Abgerufen am 28.07.22: https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport-2021_Beispiellose-Skandale-strengere-Lobbyregeln.pdf, S. 43.

⁶¹³ Die folgende Auswertung von Sponsoring durch die Gasindustrie bei Parteitag stützt sich auf Veröffentlichungen der Sponsoren durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie auf vorhandene Fotos der bei CDU- und FDP-Bundesparteitag ausgestellten Sponsorentafeln – jeweils für Veranstaltungen, die zwischen 2016 und 2022 stattgefunden haben.

⁶¹⁴ Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die für den Zeitraum 2015 bis 2022 verfügbaren Sponsoringberichte des Bundesinnenministeriums: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/moderne-verwaltung/integritaet-der-verwaltung/integritaetsbericht-2020/integritaetsbericht2020.pdf>, Siebter und Achter Bericht über die Sponsoringleistungen an die Bundesverwaltung: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/integritaet-der-verwaltung/sponsoring/sponsoring-node.html>.

⁶¹⁵ LobbyControl. Wirtschaftsnaher Vorfelddorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zur Partei. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.lobbycontrol.de/2022/02/wirtschaftsnaher-vorfelddorganisationen-direkter-lobby-zugang-zu-parteien/>

⁶¹⁶ Grüner Wirtschaftsdialog. Fördermitglieder. Abgerufen am 26.07.22: <https://gruener-wirtschaftsdialog.de/mitglieder/>

ihre Aufgabe als Beraterin der Bundesregierung wahrnehmen kann. Es ist gut, dass dieser Prozess der Neuaufstellung offenbar schon begonnen hat.

Zudem profitiert die Gasindustrie von etablierten direkten Zugängen zum Personal des Ministeriums. Während die leitenden Beamten ausgewechselt wurden, gibt es weiterhin eine Nähe zwischen Gaslobbyisten und den zuständigen Fachbeamten. Die Gasindustrie selbst verschafft sich durch Sponsoring und Kooperationen mit Ministerien oder Medien Zugänge und Wohlwollen in der Politik. Hier braucht es dringend deutlichen Abstand seitens Politik und Medien, um sich nicht mit Interessen an der Fortführung fossiler Geschäftsmodelle gemein zu machen. Notwendig ist außerdem eine Lobby-Fußspur für den Gesetzgebungsprozess sowie mehr Transparenz über Lobbytreffen, um Einflussnahme sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Außerdem braucht es bessere Auskunftsrechte im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes, um den Lobbyeinfluss auf die Politik besser nachvollziehen zu können.

Sei es der Gasdialog 2030 oder der Wasserstoffrat – immer wieder sind Beratungsgremien unausgewogen besetzt. Solche Gremien dürfen nicht – anders als es die DENA formuliert hat – als Blaupause für politische Beratung dienen. Stattdessen braucht es ausgewogene Gesprächsrunden, in denen nicht die Interessen der Industrie dominieren. Allgemeine Interessen wie etwa Verteilungsgerechtigkeit und vor allem Klimafragen sollten im Sinne einer gemeinwohlorientierten Politik ein deutlich größeres Gewicht haben als bisher.

6. LANGSAMER AUSSTIEG ODER WEITERE ABHÄNGIGKEITEN? AKTUELLE DEBATTEN IN DER GASPOLITIK

Die Bundesregierung steht vor zentralen energiepolitischen Entscheidungen, die für die Gasindustrie von größter Bedeutung sind. Diese Entscheidungen werden zeigen, ob die Bundesregierung die geplante Abkehr von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen tatsächlich umsetzt – oder ob die Gasindustrie das mit ihrer geballten Lobbymacht weiterhin verhindern kann. Dieses Kapitel beleuchtet einige aktuelle politische Prozesse und Debatten zu den Themen Wasserstoff, Heizen und dem Bau von LNG-Terminals – und die Rolle der Gaslobby darin.

6.1 Wasserstoff: Brücke in die Zukunft für die Gasindustrie?

Es besteht breite Einigkeit in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, dass Wasserstoff eine wichtige Rolle bei der Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität spielen wird. Vor allem in zwei Punkten gibt es allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen: Erstens hinsichtlich der Frage, wo Wasserstoff zum Einsatz kommen kann und zweitens in welcher Form er hergestellt wird (vgl. 1, Kasten Welche Gase gibt es?). Zur ersten Frage weisen Wissenschaftler:innen darauf hin, dass klimaneutraler Wasserstoff in der Herstellung sehr energieaufwändig ist.⁶¹⁷ Wasserstoff soll ihnen zufolge daher nur dort eine Rolle spielen, wo erneuerbarer Strom nicht direkt eingesetzt werden kann und eine Elektrifizierung auch langfristig nicht effizienter ist.⁶¹⁸ Das trifft vor allem auf Anwendungen in der Industrie zu, wie zum Beispiel die Stahlgewinnung, oder auf bestimmte Bereiche der Mobilität, wie zum Beispiel den Schiffsverkehr.⁶¹⁹ Dennoch gibt es zahlreiche Industrieinitiativen, die sich für den Einsatz von Wasserstoff auch in Bereichen einsetzen, wo er nicht als die

effizienteste Alternative gilt – so etwa im Bereich Autoverkehr⁶²⁰ oder beim Heizen (s. u.).

Bei der zweiten Frage geht es darum, ob vor allem oder sogar ausschließlich Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien hergestellt wurde, zum Einsatz kommen und entsprechend politisch gefördert werden sollte. Für den Einsatz von ausschließlich sogenanntem „grünen Wasserstoff“ setzen sich auch Umweltverbände ein.⁶²¹ Diese Form des Wasserstoffs ist unbestritten klimafreundlich, weil kein CO₂ entsteht.⁶²² Andere Akteure – vor allem aus der Gasindustrie oder den energieintensiven Industrien – plädieren für den Einsatz auch anderer Wasserstoffarten oder Mischungen aus fossilem Gas mit Wasserstoff. Dazu zählt beispielsweise blauer Wasserstoff, bei dem das entstandene CO₂ aufgefangen und gespeichert wird.⁶²³ Doch diese Technik des Abscheidens und Speicherns (CCS, Carbon Capture and Storage) ist aufwändig und birgt Gefahren.⁶²⁴ Mithilfe von geschicktem Framing verwischen Akteure der Gasindustrie den Unterschied zwischen klimaneut-

620 Aktiv, 17.07.21: „Wasserstoff, Energieträger für Verkehr und Industrie – Baden-Württemberg spielt vorne mit“. <https://www.aktiv-online.de/news/wasserstoff-energietraeger-fuer-verkehr-und-industrie-baden-wuerttemberg-spielt-vorne-mit-15994>; Industrieinteressen in diesem Bereich haben etwa über die NOW GmbH einen direkten Draht in verschiedene Ministerien. <https://www.now-gmbh.de/ueber-uns/wer-wir-sind/>

621 Klima-Allianz Deutschland, Mai 2021, Wasserstoff-Positionspapier der deutschen Zivilgesellschaft: http://p376185.mittwaldserver.info/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionen/210513_H2_Positionspapier2.pdf

622 Allerdings weisen Umweltverbände zugleich auf die Probleme des dann nötigen Imports von grünem Wasserstoff hin: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/energiewende_g7_wasserstoff_forderungen.pdf

623 Beispielsweise hier: OGE <https://oge.net/de/nachhaltig/projekte/unsere-wasserstoff-projekte/h2morrow>, oder hier: <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/06/Hydrogen-Letter-to-President-von-der-Leyen-20200624.pdf>

624 Spiegel, 20.01.22: „So klimaschädlich ist ‚blauer Wasserstoff‘ von Shell wirklich“, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/shell-so-klimaschaedlich-ist-der-blaue-wasserstoff-wirklich-a-f9456a89-1d9b-434b-93b6-ddb4886698ec>, und: FAZ, 30.04.21: „CCS-Technologie wird die Klimakrise nicht lösen“, <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/saure-taktik-ccs-technik-wird-die-klimakrise-nicht-loesen-17311223.html>

617 Sachverständigenrat für Umweltfragen, 23.06.21: Wasserstoff im Klimaschutz: Klasse statt Masse. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2021_06_stellungnahme_wasserstoff_im_klimaschutz.html

618 Umweltbundesamt, Welche Rolle kann Wasserstoff im künftigen Energiesystem einnehmen? Abgerufen am 18.11.22: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/wasserstoff-schluesel-im-kuenftigen-energiesystem#Rolle>

619 Ebd.

ralen und fossilen Gasen, zum Beispiel mit Begriffen wie „kohlenstoffarme oder dekarbonisierte Gase“ (vgl. 1, Kasten Welche Gase gibt es?). Hier wird die Lobbyarbeit für den Wasserstoff dann schnell zu Greenwashing, das dazu dient, die eigenen fossilen Geschäftsmodelle zu erhalten.⁶²⁵

DEUTSCHLAND: FOKUS AUF GRÜNEM WASSERSTOFF?

Das Bundeswirtschaftsministerium verabschiedete im Juni 2020 erstmals eine „Nationale Wasserstoffstrategie“ (NWS), die die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Wasserstofftechnologie in Deutschland setzt.⁶²⁶ Dabei wird grünem Wasserstoff eine wichtige Rolle im zukünftigen Energiesystem zugewiesen. Unternehmen wie RWE, Uniper und Wintershall DEA warben allerdings dafür, nicht nur grünen Wasserstoff, sondern auch solchen, der aus Erdgas hergestellt wird, politisch zu fördern.⁶²⁷ Das gilt auch für große Wirtschaftsverbände der Industrie: Zum Beispiel fordert der Chemielobbyverband VCI, der große Gasverbraucher wie BASF vertritt, auch auf andere Wasserstoffquellen zu setzen.⁶²⁸ In die gleiche Richtung äußert sich auch Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Auf einer Pressekonferenz vom 13. Januar 2022 forderte er, auch Wasserstoff, der aus Erdgas hergestellt wird, beim Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft „zu akzeptieren“.⁶²⁹

Die Forderung großer Teile der deutschen Industrie fand im Bundeswirtschaftsministerium unter Peter Altmaier offenbar Gehör: Im ersten durchgesickerten Entwurf der Wasserstoffstrategie sollten blauer und grüner Wasserstoff als „CO₂-frei“ gleichgestellt und dieser „CO₂-freie“ Wasserstoff in nahezu allen Bereichen eingesetzt werden.⁶³⁰ Allerdings hat sich im Zerren um die Frage der Bedeutung von blauem Wasserstoff anschließend das Bundesumweltministerium durchgesetzt: In der finalen Version der Wasserstoffstrategie von Juni 2020 lag der Schwerpunkt auf

grünem Wasserstoff.⁶³¹ Bei der Formulierung der Wasserstoffstrategie konnte die Gaslobby ihre Interessen also bislang nicht vollständig durchsetzen. Das heißt allerdings nicht, dass blauer Wasserstoff in der energiepolitischen Diskussion keine Rolle mehr spielt – im Gegenteil.

NATIONALER WASSERSTOFFRAT: KONZERNE DOMINIEREN

Die Wasserstoffstrategie sah auch ein neues Beratungsgremium für die Bundesregierung vor: den Nationalen Wasserstoffrat. Dieses neu entstandene Gremium hat die Aufgabe, den Staatssekretärsausschuss für Wasserstoff⁶³² bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie zu begleiten und zu beraten.⁶³³ Dazu gibt er Stellungnahmen zu konkreten Gesetzgebungsvorhaben heraus, formuliert Prüfaufträge oder gibt Studien in Auftrag. Koordiniert und unterstützt wird er dabei durch die „Leitstelle Wasserstoff“, die auch die beteiligten Ressorts bei der Umsetzung der Wasserstoffstrategie unterstützt. Sie wird von fünf Organisationen betrieben – darunter auch von der DENA.⁶³⁴

Angesichts der ambitionierten Ziele der Wasserstoffstrategie, „Deutschland zu einem globalen Vorreiter bei Grünem Wasserstoff zu machen und langfristig die Marktführerschaft bei Wasserstofftechnologien zu erlangen“,⁶³⁵ drängten viele Unternehmen darauf, Mitglied des Nationalen Wasserstoffrats zu werden.⁶³⁶ Eine erste Liste wurde zunächst von den Ministerien abgestimmt, anschließend wurden die Mitglieder vom Kabinett berufen.⁶³⁷ Im Ergebnis hat die Industrie dort eine dominante Position: 16 Mitglieder kommen aus Unternehmen, sechs aus der Wissenschaft, zwei aus Nichtregierungsorganisationen (Stand September 2022).⁶³⁸ Da Entscheidungen per Mehrheitsvotum getroffen werden, können die Umweltverbände jederzeit über-

625 Klimareporter, 02.02.21: „Ein grüner Teppich für Wasserstoff und Erdgas“. <https://www.klimareporter.de/energie/wende/ein-gruener-teppich-fuer-wasserstoff-und-erdgas>

626 Bundesregierung, 10.06.20: Die nationale Wasserstoffstrategie. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/die-nationale-wasserstoffstrategie-1759080>

627 Handelsblatt, 05.07.20: „Stromkonzerne wittern das große Geschäft mit Wasserstoff“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-wende-stromkonzerne-wittern-das-groesse-geschaef-mit-wasserstoff/25970788.html>; Wintershall DEA, Gas kann Grün: Mit Wasserstoff aus Erdgas die Klimaziele erreichen. Abgerufen am 28.07.22: <https://wintershalldea.com/de/newsroom/gas-kann-gruen-mit-wasserstoff-aus-erdgas-die-klimaziele-erreichen>

628 Verband der Chemischen Industrie e.V. VCI-Position Kompakt Wasserstoffstrategie. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.vci.de/services/vci-positionen-kompakt/wasserstoffstrategie-vci-position-kompakt.jsp>

629 Euractiv, 18.01.22: „Bundesregierung sagt Nein zu Förderung von ‚blauem Wasserstoff‘“. <https://www.euractiv.de/section/energie/news/bundesregierung-sagt-nein-zu-foerderung-von-blauem-wasserstoff/>

630 LobbyControl, 23.06.20: Die deutsche Ratspräsidentschaft: Industrie in der Hauptrolle?, S. 22: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Studie-deutsche-Ratspr%C3%A4sidentschaft-final-deutsch.pdf>

631 Deutscher Naturschutzring, Pressemitteilung, 10.06.20: DNR begrüßt Nationale Wasserstoffstrategie als wichtige Perspektive. <https://www.dnr.de/presse/pressemitteilungen/dnr-begruess-t-nationale-wasserstoffstrategie-als-wichtige-perspektive>

632 Der Staatssekretärsausschuss für Wasserstoff überwacht den Stand der Umsetzung und die Zielerreichung und Weiterentwicklung der Wasserstoffstrategie. Nationale Wasserstoffstrategie. <https://www.bmz.de/resource/blob/29636/be4e3f20ba72b49a9f82cf7be10689bb/nationale-wasserstoffstrategie-data.pdf>. Abgerufen am 31.8.22, S. 9: Ihm gehören die für die Nationale Wasserstoffstrategie gemeinsam federführenden Ressorts Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an; auch Vertreter weiterer Ressorts nehmen an den Sitzungen des Ausschusses teil. Die Koordinierung erfolgt durch das BMWK: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003927.pdf>

633 Nationaler Wasserstoffrat. Der Nationale Wasserstoffrat. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.wasserstoffrat.de/nationaler-wasserstoffrat>

634 Nationaler Wasserstoffrat. Die Leitstelle Wasserstoff. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.wasserstoffrat.de/leitstelle-wasserstoff>

635 BMBF, 16.05.22, Nationale Wasserstoffstrategie: Grüner Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/energie-wende-und-nachhaltiges-wirtschaften/nationale-wasserstoffstrategie/nationale-wasserstoffstrategie_node.html

636 HZWEI Blog, 01.10.20: <https://www.hzwei.info/blog/2020/10/01/nationaler-wasserstoffrat-nimmt-arbeit-auf/>

637 Antwort des BMWi am 14.10.21 auf eine Anfrage von LobbyControl.

638 Nationaler Wasserstoffrat. Mitglieder des Nationalen Wasserstoffrats. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.wasserstoffrat.de/nationaler-wasserstoffrat/mitglieder/>; Das Mitglied für den BUND ist dabei dessen stellvertretende Vorsitzende Verena Graichen, Schwester des zuständigen Staatssekretärs Patrick Graichen.

stimmt werden. Christiane Aeverbeck, die für die Klima-Allianz Deutschland im Wasserstoffrat sitzt, lobt zwar grundsätzlich die gute Arbeitskultur, die im Wasserstoffrat entwickelt wurde. Sie kritisiert aber, dass die verschiedenen Interessen nicht den gleichen Einfluss haben. Durch die „strukturelle Mehrheit von Industrie und industrienahe Institutionen“ wird das „Potenzial einer [...] pluralen politischen Willensbildung“ ihr zufolge untergraben.⁶³⁹ Die industrielastige Zusammensetzung birgt die Gefahr, dass weniger die Rolle von Wasserstoff für den Klimaschutz diskutiert wird – sondern eher, wie die verschiedenen Industrien von ihm profitieren können. Kompletten außen vor bleiben im Wasserstoffrat Nichtregierungsorganisationen, die darauf achten, dass der Aufbau von Wasserstoffinfrastruktur in Ländern des globalen Südens nicht auf Kosten der Menschen, der Umwelt oder der Energieversorgung vor

Ort gehen. Deutschland wird einen Großteil seines grünen Wasserstoffs noch auf lange Sicht importieren müssen und plant dazu zahlreiche „Wasserstoffpartnerschaften“.⁶⁴⁰

DEBATTE UM BLAUEN WASSERSTOFF IST NICHT BEENDET

Tatsächlich gab es im Wasserstoffrat schon Differenzen zwischen den Umweltverbänden und der Mehrheit der übrigen Mitglieder, so zum Beispiel beim gemeinsam erarbeiteten „Wasserstoff Aktionsplan Deutschland 2021–2025“ von Mai 2021. Hier legte der Wasserstoffrat Vorschläge zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft vor und empfahl der Bundesregierung, auch Wasserstoff aus fossilen Quellen als förderwürdig zu deklarieren.⁶⁴¹ Die Industrie konnte hier offenbar ihre dominante Position ausnutzen. Die Nichtregierungsorganisationen Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Klima-Allianz wollten sich dem nicht

Grafik: Holger Müller/LobbyControl



Weit überwiegend sitzen im Nationalen Wasserstoffrat Unternehmen, die vom Geschäft mit dem Wasserstoff und der dazugehörigen Technik und Logistik profitieren, z.B. Open Grid Europe oder Thyssenkrupp Steel. Vorsitzende des Wasserstoffrats ist Katherina Reiche, die Chefin des größten regionalen Energieversorgers Westenergie AG, eine Tochter des Eon-Konzerns.

⁶³⁹ Klimareporter, 20.05.21: „Im Wasserstoffrat haben wir eklatante Differenzen“. <https://www.klimareporter.de/protest/im-wasserstoffrat-haben-wir-eklatante-differenzen>

⁶⁴⁰ BMBF. Wie der Potenzialatlas Wasserstoff eine deutsch-afrikanische Energie-Partnerschaft vorbereitet. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.wasserstoff-leitprojekte.de/partner-projekte/potenzialatlas>

⁶⁴¹ Wasserstoffrat. Wasserstoff-Aktionsplan Deutschland, https://www.wasserstoffrat.de/fileadmin/wasserstoffrat/media/Dokumente/2021-07-02_NWR-Wasserstoff-Aktionsplan.pdf. Zur Kritik der Naturschutzverbände siehe <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/sondervotum-zum-aktionsplan-wasserstoff-keine-foerderung-fuer-wasserstoff-aus-fossilen-quellen-nur-gruener-wasserstoff-mit-klimaneutralitaet-vereinbar/>

anschließen und kritisierten den Beschluss in einem Minderheitenvotum.⁶⁴² Mit dem Regierungswechsel im November 2021 unterstrich der neue Wirtschaftsminister Robert Habeck allerdings den Fokus auf grünen Wasserstoff. Staatssekretär Patrick Graichen kündigte zu Beginn des Jahres 2022 an, dass die Bundesregierung voraussichtlich keine Subventionen für blauen Wasserstoff zur Verfügung stellen werde.⁶⁴³

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und dem Beginn der akuten Gaskrise allerdings verhandelt Minister Habeck nicht nur über die mögliche Lieferung von grünem, sondern auch von blauem Wasserstoff.⁶⁴⁴ Das gilt für seinen Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten ebenso wie für den in Kanada und Norwegen. Habeck selbst erklärte öffentlich, er könne nicht darauf warten, bis genügend grüner Wasserstoff vorhanden sei. Sein Ministerium setzt dabei nur kurzfristig auf blauen Wasserstoff, um den „Anfang einer entsprechenden Industrie und Logistik [zu] schaffen.“⁶⁴⁵ Diese Rolle sieht auch die Neufassung der Wasserstoffstrategie vor, deren Entwurf das BMWK zu Redaktionsschluss der Studie vorgelegt hat: Man werde „in einem Übergangszeitraum auch blauen Wasserstoff fördern und importieren“ müssen.⁶⁴⁶ Umwelt- und entwicklungspolitische Verbände sind besorgt, das könnte zu einem weiteren fossilen Lock-in führen, und fordern, die neu entstehende Wasserstoffwirtschaft inklusive des Imports von Beginn an nachhaltig und gerecht aufzustellen.⁶⁴⁷

642 Klima Allianz Deutschland. Sondervotum zum Aktionsplan Wasserstoff. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.klima-allianz.de/presse/meldung/sondervotum-zum-aktionsplan-wasserstoff-keine-foerderung-fuer-wasserstoff-aus-fossilen-quellen-nur-gruener-wasserstoff-mit-klimaneutralitaet-vereinbar>

643 Euractiv, 18.01.22: „Bundesregierung sagt Nein zu Förderung von ‚blauem Wasserstoff‘“ <https://www.euractiv.de/section/energie/news/bundesregierung-sagt-nein-zu-foerderung-von-blauem-wasserstoff/>

644 Die Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) hat bereits Abnahmeverträge über erste Testlieferungen von blauem Ammoniak, hergestellt auf Basis von blauem Wasserstoff, nach Deutschland vereinbart. Handelsblatt, 31.03.22: „Praxistest für Wasserstoff: Deutsche Industrie bekommt Hilfe aus den Emiraten“. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiekrise-praxistest-fuer-wasserstoff-deutsche-industrie-bekommt-hilfe-aus-den-emiraten/28183740.html>. Auch in der Zusammenarbeit mit Norwegen soll „geprüft werden, welche Rolle blauer Wasserstoff als Übergang auf dem Weg zu grünem Wasserstoff spielen kann.“ BMWK, 16.03.22: Deutschland und Norwegen vereinbaren Zusammenarbeit für Wasserstoff-Importe: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/03/20220316-deutschland-und-norwegen-vereinbaren-zusammenarbeit-fur-wasserstoff-importe.html>

645 Business Insider, 30.03.22: „Warum Klimaminister Habeck sich für den Import klimaschädlichen blauen Wasserstoffs einsetzt“. <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/warum-klimaminister-habeck-sich-fuer-den-import-von-klimaschaedlichem-blauen-wasserstoff-einsetzt/> und ZEIT, 21.03.22: „Habeck-Reise bringt Hamburgs Wasserstoff-Ambitionen voran“. <https://www.zeit.de/news/2022-03/21/habeck-reise-bringt-hamburgs-wasserstoff-ambitionen-voran>

646 Tagesspiegel Background, 02.12.22, Neue Wasserstoffstrategie mit großem Ziel <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/neue-wasserstoffstrategie-mit-groessem-ziel>

647 NABU. Standpunkt Wasserstoff. Abgerufen am 18.11.22: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/klimaschutz/221027_nabu-standpunkt_wasserstoff.pdf, S. 2; Deutsche Umwelthilfe. Wasserstoff-Partnerschaft mit Kanada. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/wasserstoff-partnerschaft-mit-kanada-deutsche-umwelthilfe-sieht-wichtigen-meilenstein-fuer-klimapol/>; Klima-Allianz: Für einen nachhaltigen Handel mit grünem Wasserstoff. Abgerufen am 12.01.23: https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Bilder/Content/Presse/220413_H2Nachhaltigkeitsforderungen_07.pdf

6.2 Die Debatte ums Heizen – die Gasindustrie verteidigt eines ihrer Hauptgeschäftsfelder

Wärme ist in Deutschland eines der Hauptgeschäftsfelder der Gasindustrie. Ein Drittel des Gasabsatzes entfällt auf Privathaushalte, die Gas in erster Linie zum Heizen verwenden. Nur die Industrie verbraucht mit 37 Prozent noch etwas mehr (vgl. 2, Kasten Daten und Fakten).⁶⁴⁸ Noch im Jahr 2021 entschieden sich 70 Prozent der Menschen in Deutschland, die eine neue Heizung kauften, für eine Gasheizung.⁶⁴⁹ Das liegt auch daran, dass das Bundeswirtschaftsministerium den Einbau von Gas-Hybridheizungen und sogenannten „Renewable Ready“-Gasheizungen noch in der vergangenen Legislaturperiode bewarb.⁶⁵⁰ Erst das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat diese staatliche Förderung zum Juli 2022 eingestellt.⁶⁵¹ Laut Schätzungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) wurden auch im Jahr 2022 noch ca. 500.000 neue Gasheizungen eingebaut.⁶⁵² Immer noch werden in Deutschland 70 Prozent aller Heizungen mit Erdgas oder Öl betrieben⁶⁵³, hinzu kommt die bisher meist fossil betriebene Fernwärme. Insgesamt führt dies zu hohen Treibhausgas-Emissionen.

Viele Expert:innen sprechen sich deswegen für andere Lösungen für das Heizen von Gebäuden aus: Neben energetischer Gebäudesanierung plädieren sie für den Fernwärmehausbau auf Basis erneuerbarer Energien und vor allem für den Einsatz von Wärmepumpen anstelle von Gasheizungen. Elektrische Wärmepumpen arbeiten klimaneutral, wenn sie mit Strom aus Erneuerbaren betrieben werden. Schon mit dem heutigen Strommix sind Wärmepumpen klimafreundlicher als Gasheizungen.⁶⁵⁴ Doch die Widerstände gegen eine solche „Wärmewende“ sind groß – unter anderem stehen ihr die Lobbyinteressen der Gasindustrie entgegen.

648 Statista. Verbrauch von Erdgas in Deutschland nach Abnehmergruppen. Abgerufen am 18.11.22: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37985/umfrage/verbrauch-von-erdgas-in-deutschland-nach-abnehmergruppen-2009/>

649 Handelsblatt, 15.02.22: „Deutsche installieren 2021 so viele Gasheizungen wie seit 25 Jahren nicht mehr“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/heizungsverband-deutsche-installieren-2021-so-viele-gasheizungen-wie-seit-25-jahren-nicht-mehr/28052608.html>

650 Deutschland macht's effizient. Newsletter, 18.02.20: <https://www.bmw-energiende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2020/02/Meldung/topthema.html>

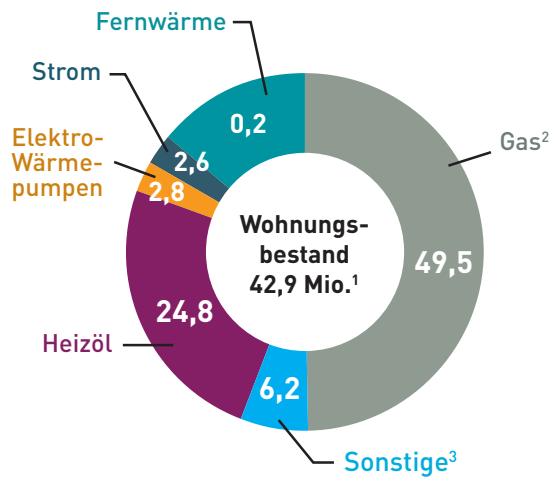
651 Verbraucherzentrale. Heizungsförderung für Bestandsgebäude: Heizen mit Erneuerbaren. <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/energie/erneuerbare-energien/heizungsfoerderung-fuer-bestandsgebaeude-heizen-mit-erneuerbaren-10773>

652 Deutsche Umwelthilfe. Gebäude-Tracker: Für den Klimaschutz läuft die Zeit davon. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.duh.de/sanierung-jetzt/#c86227>. Gerechnet wurde bis zum 17.10.22.

653 Deutschlandfunk, 26.10.21: „Heizen ohne Öl und Gas“. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/neustart-fuer-die-energiende-heizen-ohne-oel-und-gas-100.html>

654 Deutschlandfunk, 26.10.21: „Heizen ohne Öl und Gas“. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/neustart-fuer-die-energiende-heizen-ohne-oel-und-gas-100.html>

Anteile der genutzten Energie in Prozent



1 Anzahl der Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum; Heizung vorhanden

2 einschließlich Biomethan und Flüssiggas

3 Holz, Holzpellets, sonstige Biomasse, Koks/Kohle, sonstige Heizenergie

Stand: 07/2022

Fast die Hälfte der Menschen in Deutschland heizen ihre Wohnung mit Gas.⁶⁵⁵

GASINDUSTRIE UND HEIZUNGSINDUSTRIE ARBEITEN ALS GEMEINSAME LOBBYMACHT

Am Erhalt der Gasheizungen haben mehrere Akteure wirtschaftliche Interessen: Die Gasindustrie als Händler und Infrastrukturbetreiber selbst, aber auch die Hersteller von Gasheizungen. Eine wichtige Rolle spielen Stadtwerke. Sie haben ein finanzielles Interesse am Heizen mit Gas, da sie einen Großteil ihrer Einnahmen aus dem Vertrieb von Gas und dem Betrieb von Gasverteilnetzen beziehen.⁶⁵⁶

Viele Stadtwerke bangen entsprechend um die Zukunft ihrer Gasnetze und betreiben Lobbyarbeit für das Heizen mit Erdgas. Hier kommt das Thema Wasserstoff wieder ins Spiel. Denn geht es nach der Gasindustrie, den Stadtwerken und Gasheizungsherstellern, sollen Gasheizungen eine

wichtige Rolle in der Wärmewende spielen und in Zukunft einfach mit „grünen Gasen“ (vgl. 1, Kasten Welche Gase gibt es?), vor allem klimaneutralem Wasserstoff oder Wasserstoff-Gemischen betrieben werden.⁶⁵⁷ Das Unternehmen Eon als Anteilseigner von über 100 Stadtwerken und größter Betreiber von Verteilnetzen für die Gasversorgung ist ebenfalls ein zentraler Akteur in der Debatte um die Wärmewende (vgl. Kasten).⁶⁵⁸ Die Hersteller von Wärmepumpen haben dagegen ein klares wirtschaftliches Interesse am schnellen Umstieg auf die elektrische Lösung. Da auch einige Gasheizungshersteller vermehrt auf das Geschäft mit Wärmepumpen setzen, ist absehbar, dass sich auch deren Lobbyaktivitäten verschieben werden.⁶⁵⁹

Zentraler Akteur bei der Lobbyarbeit für das Heizen mit Gas ist der Lobby- und PR-Verband Zukunft Gas (vgl. 3.3.1). Hier sind Heizungshersteller zwar nicht als Mitglieder, aber als „Partner“ vertreten.⁶⁶⁰ Zukunft Gas macht sich in der Politik intensiv für das Heizen mit Wasserstoff stark, mit Kampagnen, direkter Lobbyarbeit oder Studien.⁶⁶¹ Ein großes Betätigungsfeld ist auch das Marketing für die Gasheizung gegenüber den Versorgern und Stadtwerken. Seit 2017 bot der Verband diesen mit der Kampagne „Raustauschwochen“ Unterstützung beim Vertrieb neuer Gasheizungen an, die als Energiesparmaßnahme gegenüber älteren Modellen verkauft werden. Mit dieser Kampagne sollen Verbraucher:innen zum Kauf einer neuen Gasheizung ermutigt werden, 2022 unter dem Motto: „Heute Erdgas – morgen Wasserstoff“.⁶⁶²

Dafür erhielten Stadtwerke und Versorger von Zukunft Gas nicht nur PR-Materialien, sondern Zukunft Gas stellte auch eine kostenfreie Hotline zur Verfügung, bei der Endkunden sich über die Heizungsförderung durch die zuständige Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) informieren lassen konnten.⁶⁶³ Partner der „Raustauschwochen“

⁶⁵⁷ Klimareporter, 05.07.21: „Der Kampf um die Gasnetze“. <https://www.klimareporter.de/gebaeude/der-kampf-um-die-gasnetze>.

⁶⁵⁸ Wir spielen nicht mit! Energiekrake Eon: Beteiligungen an Energieversorgern. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.wir-spielen-nicht-mit.de/energiekrake-e-on-beteiligungen-an-energieversorgern/>; und: ZEIT, 21.01.21: „Eon: Bestehende Gasnetze für Energiewende beim Heizen nutzen“. <https://www.zeit.de/news/2021-01/21/eon-bestaehende-gasnetze-fuer-energie-wende-beim-heizen-nutzen>

⁶⁵⁹ Es gibt in Deutschland inzwischen neben den großen Wärmepumpenherstellern wie Bosch Thermotechnik, Stiebel Eltron, Vaillant und Viessmann auch zahlreiche kleinere Unternehmen. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/waermepumpen-hersteller-deutschland-international-101.html>

⁶⁶⁰ Gas Info. Verband Zukunft Gas. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/verband-zukunft-gas>

⁶⁶¹ Zukunft Gas. Klimaneutral Wohnen: Gas ermöglicht bezahlbare Wärmewende. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/presse/detailseite-news/detail/presse-release-klimaneutral-wohnen-gas-ermoeslicht-bezahlbare-waermewende-3100543?cHash=00c3ba9436888b1e90d4af-4ce71d4c4f>

⁶⁶² Zukunft Gas. Raustauschwochen 2022. Abgerufen über das Webarchiv „Wayback Machine“ am 14.11.22: <https://web.archive.org/web/20220131020811/https://gas.info/verband-zukunft-gas/raustauschwochen>

⁶⁶³ Effizienzhaus online. Förderung Gasheizung: Unterstützung von BAFA und KfW. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.oeffizienzhaus-online.de/gasheizung-foerderung/>

⁶⁵⁵ BDEW. Beheizungsstruktur des Wohnungsbestandes in Deutschland. Abgerufen am 12.01.23: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/beheizungsstruktur-wohnungsbestand/>

⁶⁵⁶ Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik. September 2020: https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/referenzen/trafosw/TrafoSW_03ET1518A_Abschlussbericht_UMSICHT.pdf, S. 11

waren auch 2022 wieder große Heizgerätehersteller wie Viessmann, Vaillant oder Bosch Buderus.⁶⁶⁴ Von der Aktion profitierten beide: die Gasindustrie, indem weiter Gaskessel in die Häuser eingebaut wurden, die es mit Erdgas zu versorgen gilt – und die Heizungsindustrie durch den Verkauf von Gaskesseln und der Sicherung von Wartungsaufträgen. Bei den Stadtwerken warb Zukunft Gas damit, dass die Aktion Bestandskunden sichere und ein grüneres Image schaffe.⁶⁶⁵ Das Nachsehen hat das Klima: Eine neue Gasheizung hat eine Lebensdauer von mindestens 15 Jahren. Jede jetzt neu eingebaute Gasheizung wird also bis etwa ins Jahr 2037 laufen. Die Aktion Raustauschwochen lief Ende Oktober 2022 aus und wird 2023 nicht weitergeführt.⁶⁶⁶

Die Heizungsindustrie betreibt auch eigene Lobbyarbeit. Im Jahr 2021 lagen die Ausgaben allein der Unternehmen Vaillant und Viessmann sowie ihres größten Lobbyverbands Bundesverband der deutschen Heizungsindustrie (BDH) laut Lobbyregister bei etwa 1,4 Millionen Euro.⁶⁶⁷ Die Heizungsindustrie verfügt also über finanzielle Mittel, um der Gasindustrie mit Lobbyarbeit den Rücken zu stärken. Ein Beispiel für die Kooperation zwischen Gas- und Heizungsindustrie ist ein gemeinsamer Brief vom Dezember 2020: In ihm warben Zukunft Gas, der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW), die Fernleitungsnetzbetreiber und der Bundesverband der deutschen Heizungsindustrie (BDH) gemeinsam beim damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier dafür, Wasserstoff im Wärmemarkt zu verwenden.⁶⁶⁸

Auch der einflussreiche BDEW lobbyiert sehr aktiv beim Thema Heizen und setzt sich dabei unter anderem für das Heizen mit Wasserstoff ein.⁶⁶⁹ Im September 2022 hat er eine eigene Abteilung Wärme geschaffen, um das Thema „klimaneutrale Wärmeversorgung der Zukunft (...) noch enger begleiten und vorantreiben“ zu können. In der Ankündigung betont der BDEW, „die Einbeziehung aller Wärmeversorgungsoptionen, von der Elektrifizierung durch Wärmepumpen über Fernwärme bis hin zu gasbasierten Systemen“ sei „zentral für eine erfolgreiche Wärmewende.“⁶⁷⁰

664 Gas Info. Raustauschwochen. Abgerufen am 18.11.22: <https://raustauschwochen.gas.info/>

665 Zukunft Gas. Raustauschwochen 2022. Abgerufen am 28.07.22: <https://gas.info/verband-zukunft-gas/raustauschwochen>

666 Ebd.

667 Eigene Berechnungen auf Grundlage des deutschen Lobbyregisters, siehe www.lobbyregister.bundestag.de.

668 Wasserstoff im Wärmemarkt, Brief vom 20.12.2020. Abgerufen am 29.07.22: https://asue.de/sites/default/files/asue/aktuelles_presse/2020/20201217_Verbaendebrief_BMWi_H2_im_Waermemarkt.pdf

669 BDEW, Mai 2022: Mit erneuerbaren Gasen zur Klimaneutralität. https://www.bdew.de/media/documents/220523_erneuerbare_gase_digital_ZMA4sGh_c00fshu.pdf

670 BDEW, 08.09.22, Pressemitteilung: „Neue Abteilung Wärme im BDEW: BDEW legt mehr strategisches Gewicht auf das Thema Wärmewende“. <https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/bdew-legt-mehr-strategisches-gewicht-auf-das-thema-waermewende/>

DEBATTE WIRD IMMER WIEDER VERTAGT

Die Große Koalition hat Entscheidungen über die Zukunft des Heizens bis zum Regierungswechsel 2021 immer wieder vertagt. Das kann nicht zuletzt auch dem intensiven Engagement von Gasindustrie und den Heizungsherstellern zugerechnet werden. Schon 2016 wollte die Bundesregierung eigentlich ein Verbot neuer Gasheizungen ab 2030 in den damals diskutierten „Klimaschutzplan 2050“ aufnehmen.⁶⁷¹ Der Widerstand der Gaslobby war gewaltig. Timm Kehler, Vorstandsvorsitzender von Zukunft Gas, sprach von einem „klimapolitischen Gau“⁶⁷², der BDEW startete damals mit weiteren Verbänden der Gaswirtschaft den Appell „Gas kann grün“, um den Plänen entgegenzuwirken.⁶⁷³ Mit Wirkung: Am Ende blieb es bei der Forderung nach einem „Fahrplan, der aufzeigt, ab wann wir auf Investitionen in fossile Heizungssysteme vollständig verzichten.“⁶⁷⁴ Weiteres politisches Handeln blieb aus.

Im ersten Halbjahr 2021 organisierte die DENA für das Bundeswirtschaftsministerium den „Dialog klimaneutrale Wärme“, einen der vielen Nachfolgeprozesse des einseitig besetzten „Dialogprozesses Gas 2030“ (vgl. 5.1). Er sollte „Impulse für den zukünftigen Instrumentenmix für die Wärmewende“ liefern.⁶⁷⁵ Schon im einleitenden Impulspapier zum Stakeholderdialog wird im ersten Absatz und damit prominent das Framing von Erdgas als „Übergangstechnologie“ aufgegriffen: Demnach werde es beim Heizen noch lange eine Rolle spielen.⁶⁷⁶ Am Ende des Prozesses gab es keine Entscheidungen zum Ausstieg aus dem Heizen mit Gas. Stattdessen gab es im Ergebnispapier ein Bekenntnis, dass „zum Gelingen der Wärmewende auch grüne Gase erforderlich sind“.⁶⁷⁷ Eine Entscheidung über den Ausstieg aus dem Heizen mit Gas wurde von der Großen Koalition nicht getroffen.

671 Enbause.de, 04.07.16: „Ab 2030 keine neuen Gas- und Ölheizungen“. <https://www.enbause.de/heizung/aktuelles/artikel/ab-2030-keine-neuen-gas-und-oelheizungen-4859.html>

672 Enbause.de, 04.07.2016: „Ab 2030 keine neuen Gas- und Ölheizungen“. <https://www.enbause.de/heizung/aktuelles/artikel/ab-2030-keine-neuen-gas-und-oelheizungen-4859.html>

673 BDEW direkt, 11/2016: https://www.bdew.de/media/documents/BDEW_direkt_11_2016.pdf

674 Energie & Management, 28.07.22: „Gasbranche will erneuerbar werden“. <https://www.energie-und-management.de/nachrichten/alle/detail/gasbranche-will-erneuerbar-werden-116866> und: BMUV, November 2016: Klimaschutzplan 2050 https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf

675 BMWK, Juli 2021: Dialog Klimaneutrale Wärme, Ergebnispapier: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/dialog-klimaneutrale-waerme-ergebnispapier-publikation.pdf?__blob=publicationFile&v=8

676 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Dialog Klimaneutrale Wärme. Februar 2021. Abgerufen am 29.07.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/dialog-klimaneutrale-waerme-zielbild-bausteine-weichenstellung-2030-2050.pdf?__blob=publicationFile&v=16, S.4.

677 BMWK, Juli 2021, Ergebnispapier Dialog Klimaneutrale Wärme: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/dialog-klimaneutrale-waerme-ergebnispapier-publikation.pdf?__blob=publicationFile&v=8, S. 5

VERÄNDERTE VORZEICHEN: KOMMT DAS AUS FÜR DIE GASHEIZUNG?

Der Regierungswechsel 2021 und die Gaskrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine haben die Situation verändert. Der Ausstieg aus dem Heizen mit Gas – zumindest mit russischem Gas – bekam eine zusätzliche Dringlichkeit. Nach einem Beschluss der Koalition vom März 2022 heißt das beim Heizen konkret: Schon ab dem 1. Januar 2024 soll jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden, ein Jahr früher als im Koalitionsvertrag festgelegt.⁶⁷⁸ Der Einbau einer neuen Gasheizung als alleiniges Heizungsgerät wird damit in Deutschland zum 1. Januar 2024 praktisch verboten.⁶⁷⁹ Zu Redaktionsschluss liegt allerdings die entsprechende Gesetzesänderung im Gebäudeenergiegesetz noch nicht vor. Es zeichnet sich Indisern zufolge aber ab, dass im Gesetzesentwurf eine von sechs Optionen für die Erfüllung des 65-Prozent-Kriteriums der Einsatz von Biogas und Wasserstoff sein wird – ein Punktsieg für die Gaslobby. Die Neufassung der Wasserstoffstrategie, die zu Redaktionsschluss als Entwurf vorliegt, formuliert, man wolle „mittelfristig“ prüfen, ob sich mit sinkenden Wasserstoffpreisen sinnvolle Einsatzmöglichkeiten in der zentralen und dezentralen Wärmeversorgung ergeben würden.⁶⁸⁰

678 Tagesspiegel, 11.01.22: „So will Habeck den Erneuerbaren-Turbo zünden“. <https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-osterpaket-dann-sommerpaket-so-will-habeck-den-erneuerbaren-turbo-zuenden/27964322.html>

679 BMWK und BMWSB, 14.07.22: 65 Prozent erneuerbare Energien beim Einbau von neuen Heizungen ab 2024. Konzeption zur Umsetzung: https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/bauen/konzeptpapier-65-prozent-ee.pdf;jsessionid=C0F42410425009790120B2B7219ABE9B.1_cid287?__blob=publicationFile&v=5, S. 3.

680 Tagesspiegel Background, 02.12.22, „Neue Wasserstoffstrategie mit großem Ziel.“ <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/neue-wasserstoffstrategie-mit-großem-ziel>



Stadtwerke kämpfen um ihre Verteilnetze

Stadtwerke sind im Besitz der Verteilnetze, über die Haushalte Gas zum Heizen ihrer Wohnungen beziehen. Im Zuge der Wärmewende hin zu klimaneutralem Heizen steht eine großflächige Umstellung von Gas- und Ölheizungen auf elektrische Wärmepumpen an – mit großen Auswirkungen auf die Infrastruktur: Die Gasverteilnetze in die Gebäude werden dann kaum noch benötigt. Viele kommunale Versorgungsunternehmen wehren sich dagegen: Schließlich generieren die Verteilnetze wichtige Teile ihrer Einnahmen, mit denen sie andere Bereiche querfinanzieren.⁶⁸¹

Um ihre Netze auch in Zukunft weiterbetreiben zu können, setzen sich daher einige Stadtwerke für das Heizen mit Wasserstoff ein. Wasserstoff oder Gemische aus Gas und Wasserstoff werden dabei als Lösung für das klimafreundliche Heizen beworben. Doch es besteht breiter wissenschaftlicher Konsens darüber, dass Heizen mit Wasserstoff ineffizient ist und elektrische Wärmepumpen zumeist eine sinnvollere Alternative sind.⁶⁸² Auch das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur sehen das Vorhaben kritisch.⁶⁸³

Dennoch sind etwa 80 der kommunalen Versorger Mitglied im Lobbyverband Zukunft Gas, der für das Heizen mit „kohlenstoffarmen Gasen“ wirbt.⁶⁸⁴ Andere Stadtwerke engagieren sich in lokalen Initiativen der großen Gasverbände, wie beispielsweise der Initiative h2vorOrt, die vom DVGW gegründet wurde.⁶⁸⁵ Inzwischen unterstützen ca. 45 Versorgungsunternehmen und Stadtwerke, die etwa die Hälfte der 550.000

681 Fraunhofer UMSICHT. Abschlussbericht des Forschungsvorhabens TrafoSW. Abgerufen am 18.11.22: https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/referenzen/trafosw/TrafoSW_03ET1518A_Abschlussbericht_UMSICHT.pdf, S. 11

682 Scientists for Future, 17.03.22: Wärmewende beschleunigen, Gasverbrauch reduzieren. Ein Kurzpuls: <https://www.borderstep.de/wp-content/uploads/2022/03/Diskussionsbeitraege-S4F-10-2022-Kurzpuls-Waermewende-V1.0.pdf>

683 Tagesspiegel Background, 07.09.22: „Neuer Vorstoß für Wasserstoff im Verteilnetz“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/neuer-vorstoss-fuer-wasserstoff-im-verteilstrom>

684 Zukunft Gas. Flame-Unlock the next steps in the energy transition. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/presse/detailseite-news/detail/event-flame-unlock-the-next-steps-in-the-energy-transition-100263?cHash=53ad088d58e75f54feadc757a8a4ff2>

685 Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. H2vorOrt – Wasserstoff über die Gasverteilnetze für alle nutzbar machen. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.dvgw.de/themen/energie-wende/wasserstoff-und-energie-wende/h2vorort>

Verteilnetzkilometer betreiben,⁶⁸⁶ das Ziel der Initiative, „Wasserstoff über die Gasverteilnetze für alle nutzbar (zu) machen“.⁶⁸⁷ Dazu hat h2vorOrt bereits konkrete Pläne vorgelegt, nach denen bis 2030 mit der Einspeisung von Wasserstoff begonnen werden soll.

Auch der Verband der kommunalen Unternehmen (VKU) ist Teil von h2vorOrt, ebenso große Unternehmen wie unter anderem die Thüga, die Anteilseigner zahlreicher Stadtwerke ist. Auch Eon – Anteilseigner von über 100 Stadtwerken⁶⁸⁸ und größter Betreiber von Verteilnetzen für Strom und Gas in Deutschland – beteiligt sich an der Lobbyarbeit für das Heizen mit Wasserstoff: Eon-Vorstand Leonhard Birnbaum sagte im Januar 2021, das Heizen mit grünen Gasen sei die „kostengünstigste und sozial ausgewogenste Lösung“, um den CO₂-Ausstoß beim Heizen wirkungsvoll zu senken.⁶⁸⁹

Inzwischen ist der Streit um die Verteilnetze zwischen Bundeswirtschaftsministerium und der Branche voll entbrannt. Nachdem Staatssekretär Patrick Graichen es im Mai 2022 als „Träumerei“ bezeichnet hatte, Heizungen in Privathaushalten durch Gasnetze mit grünem Wasserstoff zu versorgen, und riet, den Rückbau der Gasnetze zu planen, ließ die Antwort nicht lange auf sich warten.⁶⁹⁰ Verbände wie der DVGW und der VKU haben diese Aussage scharf als „ideologiegetrieben“ und „nicht zielführend“ kritisiert. Die Frage der Gasverteilnetze wird noch länger ein Streitpunkt bleiben.⁶⁹¹

6.3 LNG-Terminals: Die Bundesregierung baut neue fossile Infrastruktur

Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine richtet sich der Fokus der Bundesregierung darauf, vom russischen Gas unabhängig zu werden und dieses durch neue Gasimporte zu ersetzen. Für die Gasindustrie haben sich damit ihre Geschäftsaussichten dramatisch verschoben: Statt eines zügigen Gasanstiegs mit anstehenden Desinvestitionen winken nun neue Investitionsfelder, die von staatlicher Seite mit enormem Tempo und hohen Summen gefördert werden. Dabei geht es vor allem um verflüssigtes Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG), das über Schiffe und entsprechende Terminal-Struktur nach Deutschland gebracht werden soll. Doch dadurch drohen laut Kritiker:innen massive Überkapazitäten bei fossiler Infrastruktur sowie neue Abhängigkeiten.⁶⁹² Zugleich ist verflüssigtes Erdgas deutlich teurer und – vor allem, wenn es mit Hilfe von Fracking gefördert wird – zudem deutlich umwelt- und klimaschädlicher als konventionell gefördertes Pipeline-Erdgas. Deshalb mehrt sich die Kritik an den Plänen der Bundesregierung und der Gaskonzerne. Umweltverbände kritisieren, dass die Bundesregierung zu wenig auf Effizienzmaßnahmen setzt, um den Gasverbrauch zu senken⁶⁹³, und stattdessen einseitig neue Erdgas-Abhängigkeiten schafft.⁶⁹⁴

WEITERE INVESTITIONEN IN GASINFRASTRUKTUR

Terminals für Flüssigerdgas sind in Deutschland schon seit den frühen 1970er Jahren im Gespräch.⁶⁹⁵ Allerdings scheiterte ihre Realisierung mehrmals daran, dass die russischen Importe günstiger waren und Deutschland als Transitland für Pipeline-Gas gut ausgelastet war – und zudem u.a. über die Niederlande und Belgien gute Zugänge zu LNG-Häfen hatte.⁶⁹⁶ Neue Dynamik erhielt das Thema angesichts wachsender Spannungen mit Russland.⁶⁹⁷ Der Bau von LNG-Terminals war im Koalitionsvertrag der Großen

686 Tagesspiegel Background, 07.09.22: „Neuer Vorstoß für Wasserstoff im Verteilnetz“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/neuer-vorstoss-fuer-wasserstoff-im-verteilnetz>

687 Verband Kommunaler Unternehmen e.V. Gasverteilnetze starten in die Klimaneutralität. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.vku.de/presse/pressemitteilungen/gasverteilnetze-starten-in-die-klimaneutralitaet-h2vorort-initiiert-bundesweiten-transformationsprozess/>

688 Wir spielen nicht mit! Energiekrake Eon: Beteiligungen an Energieversorgern. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.wir-spielen-nicht-mit.de/energiekrake-e-on-beteiligungen-an-energieversorgern/>

689 ZEIT, 21.01.21: „Eon: Bestehende Gasnetze für Energiewende beim Heizen nutzen“. <https://www.zeit.de/news/2021-01/21/eon-bestehende-gasnetze-fuer-energiewende-beim-heizen-nutzen>

690 Handelsblatt, 08.06.22: „Maximal zur Unzeit: Bund und Kommunen streiten über künftige Nutzung der Erdgasnetze“. https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/handelsblatt-wasserstoff-gipfel-maximal-zur-unzeit-bund-und-kommunen-streiten-ueber-kuenftige-nutzung-der-erdgasnetze/28407450.html?nlayer=Themen_11804704

691 Ebd.

692 Greenpeace. LNG-Terminals in Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.greenpeace.de/publikationen/20220725-greenpeace-report-lng-terminals.pdf>

693 Deutsche Umwelthilfe. Nach Scholz-Rede: DUH fordert maximal beschleunigten Ausbau für erneuerbare Energien. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/nach-scholz-rede-deutsche-umwelthilfe-fordert-maximal-beschleunigten-ausbau-fuer-solar-und-windener/>

694 E3G, 17.7.22: Deutschland sollte die globale Nachfragereduktion von Erdgas ins Zentrum setzen, <https://www.e3g.org/news/deutschland-globale-nachfragereduktion-von-erdgas/>

695 Institute of Development Studies 2019. Destabilisation of Sustainable Energy Transformations: Analysing Natural Gas Lock-in in the case of Germany, S. 5. Abgerufen am 29.07.22: <https://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/handle/20.500.12413/14499>

696 Es waren auch die Energie- und Gaskonzerne selbst, die den Bau angekündigt hatten, aber dann aus wirtschaftlichen Gründen immer wieder verschoben, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-07/uniper-eon-russland-gas-abhaengigkeit-5vor8/komplettansicht>

697 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Neue Gaspipelines und Flüssigerdgas-Terminals sind in Europa überflüssig. Abgerufen am 28.07.22: https://www.diw.de/de/diw_01.c.793703.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0050/neue_gaspipelines_und_fluessigerdgas-terminals_sind_in_europa_ueberfluessig.html

Koalition von 2018 verankert, erste Investoren samt politischer Unterstützung standen bereit, zogen sich jedoch mangels Nachfrage wieder zurück.⁶⁹⁸ Im Spätsommer 2020 wurde bekannt, dass Olaf Scholz, zu dieser Zeit in seiner Rolle als Finanzminister, seinem damaligen US-amerikanischen Amtskollegen angeboten hatte, den Import von US-amerikanischem Flüssigerdgas durch den Bau von LNG-Terminals zu fördern, wenn die USA im Gegenzug Sanktionen gegen die Nord Stream 2-Pipeline aufgeben würden.⁶⁹⁹

Dennoch waren es erst der Ukraine-Krieg und der drohende Gasmangel, die im Frühjahr 2022 zu konkreten Verhandlungen und Beschlüssen zu LNG-Importen und LNG-Terminals führten. Bereits in seiner Zeitenwende-Rede vom 27.2.2022 unmittelbar nach Kriegsbeginn kündigte Olaf Scholz den Bau von LNG-Terminals an.⁷⁰⁰ Nur wenig später sagte das Wirtschaftsministerium zu, den notwendigen gesetzlichen Rahmen zu schaffen und finanzielle Mittel bereitzustellen. Ein entsprechendes LNG-Beschleunigungsgesetz wurde dazu eilig im Bundestag beschlossen.⁷⁰¹ Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert, dass durch das Gesetz Beteiligungs- und Klagerechte von Anwohnern und Umweltverbänden „beispielloos“ eingeschränkt werden und effektive Beteiligung so „praktisch unmöglich“ werde. Das Beschleunigungsgesetz drohe Fakten zu schaffen, die eine Beschneidung dieser Rechte auch in anderen Bereichen nach sich ziehen könne.⁷⁰²

Geplant sind bis zu zwölf LNG-Terminals entlang der deutschen Küsten, von denen acht als schwimmende Anlagen vorgesehen sind – sogenannte FSRU.⁷⁰³ Zwei davon sind im Dezember 2022 in Wilhelmshaven und im Januar 2023 in Lubmin bereits in Betrieb gegangen, die Eröffnung eines dritten Terminals in Brunsbüttel soll ebenfalls noch im Winter 2023 erfolgen.⁷⁰⁴ Deutschland wird so zum EU-Land mit den zweithöchsten LNG-Importkapazitäten

nach Spanien.⁷⁰⁵ Die Bundesregierung sieht eine Befristung der LNG-Terminals für Erdgas bis Ende 2043 für die landseitigen festen Terminals vor⁷⁰⁶ – nur ein Jahr später soll Deutschland laut Klimaschutzgesetz vollständig klimaneutral und aus dem fossilen Erdgas ausgestiegen sein.⁷⁰⁷ Ob sich dieses Ziel erreichen lässt, scheint in diesem Kontext zumindest fragwürdig. Die schwimmenden Terminals sollen für 10 bis 15 Jahre gechartert werden.



Foto: Heide Pinkall / shutterstock.com

Das erste deutsche LNG-Terminal (schwimmend) wurde am 17. Dezember 2022 in Wilhelmshaven mit viel Politikpräsens und Presse eröffnet. Wirtschaftsminister Robert Habeck ließ sich von der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten und Staatssekretärin im Verteidigungsministerium Siemtje Möller (SPD) bei der Eröffnung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven per Selfie fotografieren.

ENGE KOOPERATION MIT DEN BETEILIGTEN UNTERNEHMEN

An den Projekten beteiligt sind u.a. deutsche Unternehmen wie Uniper, RWE und VNG, aber auch die belgischen und niederländischen Netzbetreiber Fluxys oder Gasunie. Das Terminal in Stade soll außerdem mit Beteiligung des Chemiekonzerns Dow Chemicals, neben BASF einem der größten Gasverbraucher in Deutschland, auf dessen Firmengelände entstehen.⁷⁰⁸ Das Bundeswirtschaftsminis-

698 Bundesregierung, Koalitionsvertrag 19. Legislaturperiode. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad-672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>, S. 73.

699 Die Zeit, 16.09.20: „Bundesregierung bietet eine Milliarde Euro für Rettung der Pipeline“. https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-09/nord-stream-2-ostsee-pipeline-finanzierung-olaf-scholz?wt_zmc=sm.ext.zonaudev.twitter.ref.zeitde.share.link.x

700 Bundesregierung, Regierungserklärung von Olaf Scholz. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

701 Deutscher Bundestag, Beschleunigung des Einsatzes von Flüssigerdgas beschlossen. Abgerufen am 29.07.22: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw20-de-lng-beschleunigungsgesetz-894668>

702 BUND, Kommentar zu Uniper. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-zu-uniper-staat-muss-jetzt-auf-erneuerbare-energien-umstellen/>

703 In der Fachsprache heißen diese Floating Storage and Regasification Units. Das LNG-Beschleunigungsgesetz listet 12 Terminals auf, <https://www.gesetze-im-internet.de/lngg/BJNR080200022.html>.

704 NDR, 06.01.23: LNG-Terminal in Lubmin startet am 12. Januar den Betrieb. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/LNG-Terminal-in-Lubmin-startet-am-14-Januar-Betrieb-,lnglubmin116.html>

705 Greenpeace, LNG-Terminals in Deutschland. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.greenpeace.de/publikationen/20220725-greenpeace-report-lng-terminals.pdf>, S. 34.

706 Bundesregierung, Nationale Energieversorgung sichern. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sichere-gasversorgung-2037912>

707 Die Klimaneutralität sollen bis 2045 erreicht werden. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>

708 <https://www.hanseatic-energy-hub.de/>, Handelsblatt, 29.04.22: „Schwimmende LNG-Terminals: Baustart in Wilhelmshaven bereits nächste Woche“ <https://www.handelsblatt.com/politik/gasversorgung-schwimmende-lng-terminals-baustart-in-wilhelmshaven-bereits-naechste-woche-/28279844.html>

terium kooperiert beim Bau von LNG-Terminals eng mit diesen Unternehmen. Um die Bauvorhaben der schwimmenden LNG-Terminals zu begleiten, hat das Ministerium eigenen Angaben zufolge den Wirtschaftsberatungskonzern PricewaterhouseCoopers (PwC) engagiert.⁷⁰⁹ Diese Wahl ist fragwürdig, weil PwC auch viele Energieunternehmen als Auftragnehmer hat und sich daraus Interessenkonflikte ergeben können. Eine Ministeriumssprecherin begründete das Engagement damit, dass PwC Rahmenvertragspartner des Bundesverwaltungsamts sei, u.a. um Ministerien bei ihrer Arbeit zu unterstützen.⁷¹⁰

In der Wissenschaft bestehen Zweifel, ob der Bau fester LNG-Terminals tatsächlich notwendig und sinnvoll ist.⁷¹¹ Befürchtet wird eine langfristige Festlegung auf Gasimporte, obwohl dies den Klimazielen widerspricht. Zudem wurden die LNG-Terminals durch fragwürdige Verfahren auf den Weg gebracht. Zum einen hat das federführende Wirtschaftsministerium bis Redaktionsschluss noch keine Daten oder nachvollziehbare Szenarien zu den tatsächlichen Bedarfen von fossilem Gas unter Ausschöpfung aller Alternativen vorlegt.⁷¹² Im Gegenteil: Das BMWK stützt sich laut einer Recherche von Table.Media auf eine falsche Zahl bezüglich möglicher LNG-Importmengen über europäische Nachbarländer.⁷¹³ Demnach hätte der Gasbedarf vollständig über LNG-Importe aus diesen Terminals gedeckt werden können. Auch eine Überprüfung, ob die geplanten Terminals mit den Klimazielen übereinstimmen, liegt nicht vor. Das ist angesichts solch langfristiger und milliardenstarker Investitionen in fossile Infrastruktur sehr fragwürdig.

Das Wirtschaftsministerium rechtfertigt den Bau der vielen LNG-Terminals auch damit, dass diese auf „grüne Gase“ umrüstbar seien und damit langfristig zur Energiewende beitragen.⁷¹⁴ Die behauptete Umrüstbarkeit wird auch von den beteiligten Unternehmen genutzt, um den Bau

zu legitimieren.⁷¹⁵ Allerdings fehlen noch Belege, dass eine einfache Umrüstung möglich ist – im Gegenteil: Expert:innen äußern daran große Zweifel. So sagt etwa Jakob Wachsmuth, der am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung zu Gasmärkten und ihren Infrastrukturen arbeitet: „LNG-Terminals, wie sie auch in Deutschland geplant werden, sind für den Import von flüssigem Wasserstoff nicht geeignet.“⁷¹⁶ Im Grunde handele es sich bei einer Umrüstung für diesen Import um einen Neubau. Eine umfassende Studie der Fraunhofer-Gesellschaft im Auftrag der European Climate Foundation kommt zu dem Ergebnis, dass die Umrüstbarkeit zumindest mit „großen Unsicherheiten behaftet ist“.⁷¹⁷ Zur kurzfristigen Lösung der Gaskrise nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine leisten die festen Terminals zudem keinen Beitrag. Sie stehen erst ab dem Jahr 2026 zur Verfügung.⁷¹⁸

DURCHBRUCH FÜR LNG-IMPORTE

Energieunternehmen haben in den vergangenen Jahren gezögert, Gaslieferverträge über eine Laufzeit von über 15 Jahren abzuschließen – schließlich will Deutschland seinen Energiebedarf innerhalb der nächsten 13 Jahren komplett aus Erneuerbaren Energien decken. Doch nach Kriegsbeginn haben Uniper, RWE und andere Energieversorger inzwischen langfristige Verträge mit Flüssigerdgaslieferanten, insbesondere aus den USA, abgeschlossen.⁷¹⁹ Ein Vertrag, den EnBW abgeschlossen hat, beginnt erst 2026 und hat eine Laufzeit von 20 Jahren – das verfestigt die deutsche Gasabhängigkeit auf Jahrzehnte und widerspricht den deutschen Klimazielen klar.⁷²⁰ Außerdem wird das Gas in den USA überwiegend durch das besonders klimaschädliche Fracking-Verfahren gefördert.⁷²¹

Kooperationen mit weiteren Gasexport-Ländern versuchte die Bundesregierung über rege Reisetätigkeit zu

709 Mail vom BMWK an LobbyControl vom 19.7.2022. Das Beratungsverhältnis beruht auf einem Rahmenvertrag des Bundesverwaltungsamtes mit PwC.

710 Mail vom 19.07.2022 an LobbyControl.

711 Eine Studie vom Energieforschungsinstitut Artelys – finanziert von der European Climate Foundation – sieht keinen Bedarf für feste neue LNG-Terminals, <https://www.artelys.com/wp-content/uploads/2022/05/Artelys-Russian-gas-phase-out-Briefing-note.pdf>, S. 6. Auch das DIW sieht keinen Bedarf an festen Terminals: https://www.diw.de/de/diw_01.c.838843.de/publikationen/diw_aktuell/2022_0083/energieversorgung_in_deutschland_auch_ohne_erdgas_aus_russland_gesichert.html.

712 Deutsche Umwelthilfe. LNG-Beschleunigungsgesetz soll Umweltverträglichkeitsprüfungen abschaffen. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/lng-beschleunigungsgesetz-soll-umweltvertraeglichkeitspruefungen-ab-schaffen-deutsche-umwelthilfe-befue/>

713 Table.Media, 05.01.23. „Gas-Terminals: BMWK plant mit falschen Zahlen“. <https://table.media/climate/analyse/gas-terminals-bmwk-plant-mit-falschen-zahlen/>

714 Entsprechende kommentierte Habeck z.B. den Bau-Beginn des LNG-Terminals in Wilhelmshaven. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Bundesminister Robert Habeck zu dem geplanten LNG-Terminal in Wilhelmshaven. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2022-habeck-vid/16-lng-terminal-wilhelmshaven/habeck-wilhelmshaven.html>

715 RWE. Wichtiger Schritt für ein deutsches LNG-Terminal in Brunsbüttel. Abgerufen am 28.07.22: <https://www.rwe.com/presse/newsletter-rwe-ag/newsletter-2022/05-2022/bruns-buettel>

716 Wachsmuth zitiert nach Tagesspiegel, Wasserstoff zu kalt für LNG-Terminals, Tagesspiegel Background, 04.08.22: „Wasserstoff zu kalt für LNG-Terminals“. <https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/wasserstoff-zu-kalt-fuer-lng-terminals>

717 Fraunhofer-Institut. Haben LNG-Terminals eine klimaneutrale Zukunft? Abgerufen am 18.11.22: <https://www.isi.fraunhofer.de/de/presse/2022/presseinfo-25-lng-terminals-wasserstoff-ammoniak.html>

718 BMWK. Dritter Fortschrittsbericht Energiesicherheit. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/20220720_dritter-fortschrittsbericht_energiesicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=12

719 Capital, 12.09.22: „Langfristige Verträge: Gaskrise zwingt Deutschland in LNG-Abhängigkeit“. <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/langfristige-vertraege--gaskrise-zwingt-deutschland-in-lng-abhaengigkeit-32718870.html>

720 Deutsche Welle, 21.06.22: „Erster Langfrist-Liefervertrag für US-Flüssiggas“. <https://www.dw.com/de/erster-langfrist-liefervertrag-f%C3%BCr-us-fl%C3%BCssiggas/a-62202373> und Kontext Wochenzeitung, 24.08.22: „Wahnsinnsgeschäft mit Fracking“. <https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/595/wahnsinnsgeschaeft-mit-fracking-8378.html>

721 New York Times, 12.07.20: „Fracking Firms Fail, Rewarding Executives and Raising Climate Fears“ <https://www.nytimes.com/2020/07/12/climate/oil-fracking-bankruptcy-met-hane-executive-pay.html> und https://data.oireachtas.ie/ie/oireachtas/committee/dail/32/joint_committee_on_climate_action/submissions/2019/2019-10-10_opening-statement-robert-w-howarth-ph-d-cornell-university_en.pdf

ermöglichen – so u.a. nach Katar, in den Senegal, Kanada, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate und Norwegen. Die Politiker wurden auf allen Reisen von Wirtschaftsdelegationen begleitet, darunter Vertreter von Uniper, Siemens Energy und dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Umweltverbände oder andere zivilgesellschaftliche Vertreter:innen waren bei diesen Reisen wie üblich nicht dabei.⁷²² Neben dem Bau von Terminals bekommt also auch die Erschließung neuer LNG-Importe politische Unterstützung von höchster Seite – und erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen.

LOB VON DER GASLOBBY, WIDERSPRUCH VON UMWELTVERBÄNDEN

Gaslobbyverbände wie Zukunft Gas und der BDEW zeigen sich entsprechend erfreut über die schnellen Entscheidungen der Bundesregierung zum Bau von LNG-Terminals und neuen langfristigen Lieferverträgen. Zukunft Gas hält den beschleunigten Bau von Terminals für „ein wichtiges Signal für den Gasumstieg“⁷²³ und bezeichnet den „Aufbau einer langfristigen Lieferbeziehung“, wie sie zunächst mit Katar angestrebt werden sollte, für „unabdingbar für die deutschen Gasunternehmen“.⁷²⁴ Lob kommt auch vom Branchenverband BDEW.⁷²⁵ Uniper-Geschäftsführer Klaus-Dieter Maubach sagte auf der Uniper-Hauptversammlung am 18.5.2022, der Konzern müsse nun „so viel LNG – also verflüssigtes Erdgas – wie möglich“ beschaffen.⁷²⁶

Diese Positionen stehen im deutlichen Kontrast zu Stimmen aus der Klimabewegung und auch aus Umweltverbänden. Gegen LNG-Importe und vor allem gegen den Bau von LNG-Terminals gab es schon früher energischen Widerstand. Dieser regt sich nun erneut.⁷²⁷ Dabei richtet sich der Protest allgemein gegen massive Investitionen in

die Gas-Infrastruktur, im Besonderen wegen des hohen Energiebedarfs allein bei der Verflüssigung gegen LNG und gegen geacktes Gas. Vor allem die geplante Anzahl von zwölf Flüssigerdgas-Terminals gehe weit über den Bedarf hinaus. Zudem drohen die festen Terminals zu einer dauerhaften Abhängigkeit von fossilem Gas zu führen oder könnten – bei Einhaltung der Klimaziele – schnell zu Investitionsruinen werden. Greenpeace befürchtet beispielsweise ein „Einfallstor für die nächste fossile Abhängigkeit“ und fordert stattdessen konsequentere politische Maßnahmen zur Einsparung von Gas.⁷²⁸ Auch in Förderländern wie USA und Kanada gibt es Proteste gegen weitere LNG-Exporte, den Bau der entsprechenden Infrastruktur oder – wie im Senegal – gegen mögliche neue Gasfelder.⁷²⁹ Es werden massive Umweltschäden befürchtet, im Senegal warnen Aktivist:innen auch vor Vertreibungen.



Foto: Don't Gas Africa

Auf der UN-Klimakonferenz im ägyptischen Scharm el-Scheich im November 2022 protestierten Aktivist:innen vom Netzwerk „Don't Gas Africa“ gegen die Erschließung weiterer Gasfelder. Sowohl in Deutschland als auch im Senegal gibt es Widerstand gegen die von Olaf Scholz geplante deutsche Beteiligung an neuen Erdgasfeldern im Senegal.

722 Merkur, 23.05.22: „Afrika Reise: Scholz führt mit Senegal Gespräche über Zusammenarbeit bei Gasförderung“, <https://www.merkur.de/politik/afrika-reise-scholz-fuehrt-mit-senegal-gespraechen-ueber-zusammenarbeit-bei-gasfoerderung-91565378.html>, Handelsblatt, 22.08.22: „Wasserstoff, Gas, Kobalt: Darüber verhandeln Scholz und Habeck in Kanada“, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/kanada-reise-wasserstoff-gas-kobalt-darueber-verhandeln-scholz-und-habeck-in-kanada/28616052.html> und Focus, 22.03.22: „Gas-Verhandlungen mit den Schichs“, https://www.focus.de/finanzen/news/hochrangige-wirtschaftsdelegation-verhandlungen-ueber-gasliefierungen-diese-firmen-begleiteten-habeck-nach-katar_id_72211423.html.

723 Zukunft Gas. LNG-Beschleunigungsgesetz: Schneller Infrastruktur-Aufbau sichert langfristig Versorgung. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/presse/detailseite-news/detail/presse-release-lng-beschleunigungsgesetz-schneller-infrastruktur-aufbau-sichert-langfristig-versorgung-3181717?cHash=7ac6fd7704f26233647415f829730f5>

724 Zukunft Gas. Kehler: Energiepartnerschaft mit Katar positives Signal. Abgerufen am 18.11.22: <https://gas.info/presse/detailseite-news/detail/presse-release-keher-energiepartnerschaft-mit-katar-positives-signal-fuer-die-versorgungssicherheit-3183805?cHash=3ee-8781725d799a30a4debec72c8927c>

725 BDEW. Zum LNG-Beschleunigungsgesetz. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/bdew-zum-lng-beschleunigungsgesetz/>

726 Uniper. Uniper SE Hauptversammlung. Abgerufen am 18.11.22: <https://docplayer.org/228784790-Uniper-se-hauptversammlung-duesseldorf-18-mai-ausfuhrungen-prof-dr-klaus-dieter-maubach-vorsitzender-des-vorstands.html>

727 So zum Beispiel Ende Gelände 2022. Ende Gelände ruft zu Widerstand gegen LNG-Terminals im Großraum Hamburg auf. Abgerufen am 01.08.22: <https://www.ende-gelae.de.org/news/pressemitteilung-vom-20-06-2022/> und RP-online, 20.04.22: „Luisa Neubauer fordert Gasembargo gegen Russland“, https://rp-online.de/politik/deutschland/ukraine-und-klima-luisa-neubauer-fordert-gasembargo-gegen-russland_aid-68229675.

728 Greenpeace. Geplanter Ausbau von Flüssiggas-Terminals gefährdet deutsche Klimaziele. Abgerufen am 18.11.22: <https://presseportal.greenpeace.de/216787-geplanter-ausbau-von-flussiggas-terminals-gefaehdet-deutsche-klimaziele>

729 So zum Beispiel in den USA: Deutsche Welle, 08.01.22: „Why US gas can't solve Europe's energy crisis“, <https://www.dw.com/en/why-us-gas-cant-solve-europes-energy-crisis/a-62643955>, Handelsblatt, 16.11.22: „Afrikanische Aktivisten prangern Deutschland wegen Gasvorhaben an“, <https://www.handelsblatt.com/dpa/afrikanische-aktivisten-prangern-deutschland-wegen-gasvorhaben-an/28813962.html>.

Viele weitere Fragen bei der Entstehung der LNG-Terminals und neuer Gaslieferung oder -förderung sind noch ungeklärt und werden in den kommenden Monaten umkämpft sein. Dabei geht es um die Dauer der Betriebsgenehmigung, um die Einrichtung einer Zweckgesellschaft zum Betrieb der Anlagen ebenso wie um Finanzierungsfragen. Dabei ist es sehr entscheidend, welche Perspektiven dazu bei den entscheidenden Akteuren in der Politik Gehör finden. Schon in seinem ersten „Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ betonte das Wirtschaftsministerium, dass es einen regelmäßigen Austausch mit „allen wesentlichen Akteuren“ zur aktuellen Energieversorgungssituation gebe.⁷³⁰ Das ist auch notwendig, allerdings darf sich dieser Austausch nicht auf Unternehmen und Behörden beschränken. Stimmen mit klimapolitischer Expertise müssen ebenfalls gehört werden. Dazu ist Habeck nicht zuletzt auch in seiner Funktion als Klimaminister verpflichtet. Doch Umweltverbände beklagen, dass es zwar Austausch gäbe, dies aber häufig erst geschehe, wenn die wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen sind. Um ausgewogene und gemeinwohlorientierte politische Entscheidungen zu treffen, ist eine angemessene und frühzeitige Beteiligung klimapolitischer Expertise jedoch unabdingbar.

6.4 Fazit

Dieser Ausblick über aktuelle politische Prozesse, in denen Akteure aus der Gaslobby ihren Einfluss geltend machen werden, ist bei Weitem nicht abschließend: Debattiert werden z.B. auch die heimische Gasförderung mittels Fracking, neue Erdgasbohrungen in der Nordsee sowie der Bau neuer Gaskraftwerke und deren Finanzierung. Diese gilt es weiter auch aus lobbykritischer Perspektive zu beobachten. Die drei hier beschriebenen politischen Debatten zeigen bereits unterschiedliche Grade der Durchsetzungsmacht der Gaslobby. Beim Thema Wasserstoff bleibt offen, wie weit die Gasindustrie ihre Erzählung von vermeintlich grünen Gasen, die auch auf fossilem Gas basieren sollen, wird durchsetzen können. In der Wasserstoffstrategie konnten sich Akteure der Gasindustrie vorerst nicht mit ihrem Vorhaben durchsetzen, dass blauer Wasserstoff genauso gefördert werden soll wie grüner Wasserstoff. In der Praxis setzt die Bundesregierung dennoch auch auf den Wasserstoff aus Erdgas.

Beim Heizen setzt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz deutlich stärkere Akzente für den Ausstieg aus dem Gas als ihre Vorgängerregierungen. Dies zeigt sich z.B. durch das Ende der staatlichen Förderung für Gasheizungen und die klaren Worte des zuständigen Staatssekretärs zum Thema Heizen mit Wasserstoff. Bei den LNG-Terminals, die nun mit großer Eile wegen der Energiekrise gebaut werden, erschließt die Gasindustrie neue Geschäftsfelder, die die Zukunft ihres fossilen Brennstoffs über neue Infrastruktur und langfristige Lieferverträge noch um Jahrzehnte verlängern. Hier zeichnet sich auch ein Zielkonflikt ab: Geld, das jetzt in neue LNG-Infrastruktur investiert wird, kann bei der Energiewende fehlen, so z.B. bei der Dekarbonisierung des Gebäudesektors. Die Denkfabrik E3G macht in einer aktuellen Studie darauf aufmerksam, dass im Gebäudesektor noch erhebliches Einsparpotenzial besteht, das in Frage stellt, ob neue Gasinfrastruktur überhaupt benötigt wird.⁷³¹

Im Sinne einer gemeinwohlorientierten Politik braucht es in allen gaspolitischen Debatten ausgewogene Beteiligung – selbst und gerade in Krisenzeiten und unter hohem gesellschaftlichem Druck. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundesregierung bestehende Strukturen und Gremien daraufhin beleuchtet, ob sie ausgewogen und im Sinne des Gemeinwohls agieren. Der Wasserstoffrat und die DENA bedürfen einer Neuorientierung – es ist gut, dass die Ampel-Koalition bei der DENA erste Schritte in diese Richtung bereits gegangen ist. Nun braucht es in der Energiepolitik weitere entschlossene Schritte, um klimapolitische Anliegen proaktiv und wirksam einzubinden – und damit ein Gegengewicht zur Macht der Gaskonzerne zu bilden.

730 BMWK. Fortschrittsbericht Energiesicherheit. Abgerufen am 18.11.22: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/0325_fortschrittsbericht_energiesicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=14, S. 1.

731 E3G. Bezahlbare Wärme ohne Flüssigdgas. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.e3g.org/publications/bezahlbare-waerme-ohne-fluessigerdgas/>

FORDERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Diese Studie hat den Anspruch, einen umfassenden Überblick über den Einfluss der Gaslobby auf die Bundesregierung zu liefern. Umfassend heißt aber nicht vollständig – das hat die Komplexität und Dynamik des Themas nicht zugelassen. So sind zum Beispiel folgende Themen in unserer Studie nicht ausführlich beleuchtet: Gaspreis, Fracking, die Rolle des Kanzleramts sowie ein genauerer Blick auf zentrale Gaskonzerne wie VNG oder Equinor. Hier sind weitere Recherchen notwendig, um die Macht und den Einfluss der deutschen Gasindustrie noch genauer zu fassen.

Deutlich geworden ist aber in jedem Fall: Der einseitige Einfluss der Gaslobby auf die Politik und die übermäßige Macht der Konzerne haben der Gesellschaft großen Schaden zugefügt. Deswegen braucht es eine klare Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Politik und energiepolitischen Akteuren, die dem Gemeinwohl – und damit dem Klimaschutz und der Verteilungsgerechtigkeit – Vorrang vor dem kurzfristigen Erhalt fossiler Geschäftsmodelle einräumt. Es ist gut, dass bestehende Lobby-Netzwerke bröckeln und die Ampelkoalition bereits erste Reformschritte eingeleitet hat, weitere müssen folgen:

Transparenz und Schranken für einseitige Einflussnahme

→ Sponsoring offenlegen und begrenzen:

In der Politik fließt Geld selten ohne Hintergedanken, sondern dient entweder allgemein der „politischen Landschaftspflege“ oder der Stärkung bestimmter politischer Parteien oder Lager. Hier braucht es bessere Transparenzregeln, um die Geldflüsse sichtbar zu machen und eine politische Einflussnahme zu verhindern. Das Parteiengesetz sieht Transparenzregeln für Parteispenden vor, auch Behörden müssen Rechenschaft über ihre Sponsoren ablegen. Doch es fehlen Obergrenzen für einzelne Geldgeber sowie Transparenzregeln für das Parteiensponsoring. Für Parteispenden und -sponsoring braucht es strengere Regeln: Obergrenze bei 50.000 Euro, Offenlegung sofort ab 10.000 Euro und ab 2.000 Euro in den Rechenschaftsberichten. Außerdem sollten sich Parteien und öffentliche Institutionen nicht von Akteuren sponsern lassen, die fossile Geschäftsinteressen verfolgen – als Vorbild kann hier die Tabakrahenkonvention der Weltgesundheitsorganisation WHO dienen, die ein Verbot von Sponsoring durch die Tabakindustrie vorsieht.

→ Kontakte mit Interessenvertreter:innen offenlegen und eine Lobby-Fußspur einführen:

Das Lobbyregister ermöglicht einen Einblick, welche Lobbyist:innen in wessen Auftrag und mit welchen Lobbyausgaben in Berlin präsent sind. Es zeigt aber nicht, was diese Lobbyakteure genau tun. Dazu braucht es zusätzlich eine Lobby-Fußspur für Gesetze und Verordnungen, um Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse in den Ministerien sichtbar zu machen. Darüber hinaus braucht es Transparenz für Lobbytreffen jeglicher Art für Bundeskanzler, Bundesminister:innen, Staatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen, um nachverfolgen zu können, welche Treffen zwischen Lobbyakteuren und Politik stattfinden. So kann demokratische Kontrolle und das Vertrauen in die Regierungsarbeit nachhaltig gestärkt werden.

→ Bestehende Regeln für Seitenwechsel aus der Politik in die Wirtschaft und insbesondere in Lobbyjobs verschärfen:

Immer wieder machen Politiker:innen ihre Kenntnisse, die sie in einem demokratischen Amt oder einem Mandat erworben haben, zu Geld, indem sie in Lobbyjobs wechseln. Das befördert bestehende Machtungleichgewichte, da sich nur wenige Akteure hochbezahlte ehemalige Spitzenpolitiker:innen leisten können. Zudem besteht die Gefahr, dass Politiker:innen schon während ihrer Amtszeit auf lukrative

Lobbyjobs schielen und ihre politischen Entscheidung danach ausrichten. Deswegen braucht es klare Regeln für Sperrfristen bzw. Karenzzeiten. Die seit 2015 bestehende Karenzzeit von in der Regel zwölf bis maximal 18 Monaten für Bundesminister:innen und parlamentarische Staatssekretär:innen hätte nahtlose Seitenwechsel wie von Gerhard Schröder zur Nord Stream AG verhindert, doch Seitenwechsel sind weiterhin sehr bald nach dem Ausscheiden aus der Politik möglich. Die Karenzzeit für Regierungsmitglieder muss deutlich verlängert und Wechsel in Lobbytätigkeiten müssen ausgeschlossen werden. Auch die im Beamtenrecht festgelegten Regeln für eine Karenzzeit für beamtete Staatssekretär:innen und Abteilungsleiter:innen müssen verschärft werden. Außerdem braucht es wirksamere Kontrollmöglichkeiten. Auch Bundestagsabgeordnete sollten in Anlehnung an die Pläne für das Europäische Parlament zeitlich befristet nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag keine bezahlten Lobbytätigkeiten aufnehmen dürfen. Zusätzlich sollten ehemalige Abgeordnete ihre bislang lebenslang geltenden Zugangsprivilegien zum Bundestag verlieren, wenn sie nach Ablauf der Frist als Lobbyist:innen tätig sind.

Klare Grenzen zwischen Politik und Lobbyinteressen

→ DENA neu aufstellen:

Die DENA darf nicht länger als Lobbykanal für die Interessen der Gasindustrie fungieren. Ein energiepolitisches Beratungsgremium für die Regierung sollte sich nicht von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden mit klaren Interessen am Erhalt fossiler Geschäftsmodelle mitfinanzieren lassen. Das federführende Bundeswirtschaftsministerium muss die DENA deshalb entsprechend neu ausrichten, damit die DENA unabhängig von fossilen Interessen tätig sein kann.

→ Abstand halten zu mächtigen fossilen Lobbyinteressen:

Politiker:innen sollten ihre Kontakte zu Akteuren mit fossilen Geschäftsinteressen auf das absolut Nötigste reduzieren, weil diese der Einhaltung der Klimaziele und somit dem öffentlichen Interesse entgegenstehen. U.a. sollten sie Abstand nehmen von Mitgliedschaften in Lobbyverbänden (z.B. Beirat Zukunft Gas) oder Lobby-Foren (Deutsch-Aserbaidschanisches Forum /

Deutsch-Russisches Forum). Kontakte sollten auf notwendigen sachlichen Austausch begrenzt bleiben und sollten nicht mit weiteren Annehmlichkeiten verbunden sein – wie etwa Festveranstaltungen oder aufwändigen Reisen. Politiker:innen sollten auch keine Veranstaltungen organisieren oder protegieren, die stark von fossilen Akteuren dominiert oder finanziert sind (wie z.B. den Russlandtag).

Ausgewogene und breite Beteiligung im Sinne des Gemeinwohls sicherstellen

→ Privilegierte Zugänge für die fossile Industrie beenden:

In Formaten wie dem Dialogprozess Gas 2030 oder dem Nationalen Wasserstoffrat haben Vertreter:innen der Gasindustrie immer wieder privilegierte Zugänge zur Politik erhalten, die anderen Akteuren nicht in der gleichen Form zustanden. Beratungsgremien und institutionalisierte Austauschrunden im Kontext der Energiewende und der Regulierung der Gasindustrie dürfen weder personell noch thematisch einseitig den Interessen der Branche entsprechen. Andere Interessengruppen, wie zum Beispiel Umwelt- und Verbraucherschutzverbände, müssen ausreichend vertreten sein und dürfen keine Feigenblattfunktion erhalten. Auch innovative Formate wie Bürgerräte oder regionale Transformationsräte können gute Ansatzpunkte für eine breite Beteiligung sein und haben sich an vielen Stellen bereits bewährt.

→ Ausgewogene Kontakte und Einbindung von Interessen etablieren:

Akteure mit Anliegen in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz, Soziales und Menschenrechte werden von politischen Entscheidungsträger:innen in energiepolitischen Fragen häufig nicht in gleichem Maße angehört wie die großen Energiekonzerne und ihre Verbände. Relevante Akteure, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und privilegierten Zugänge verfügen, aber dennoch wichtige gesellschaftliche Anliegen und Expertise einbringen, müssen von der Politik *proaktiv* eingebunden werden. Im Bereich der Gaspolitik sind vor allem Klimaschutz, soziale Anliegen sowie Menschenrechtsfragen in den Förderländern relevant.

Die Lobbymacht autoritärer Regime begrenzen

→ Lobbynetzwerke und Lobbyarbeit autoritärer Staaten deutlich stärker kritisch in den Blick nehmen und zurückdrängen:

Bundestag und Bundesregierung müssen Netzwerke kritisch beleuchten, in denen Mitglieder des Bundestags oder der Bundesregierung Menschenrechtsverletzungen, Rechtseinschränkungen oder Aggressionen autoritärer Regime gegen andere Staaten aktiv und öffentlich schöngeredet haben. Betroffene Politiker:innen müssen Rechenschaft ablegen über ihre Beteiligung an solchen Netzwerken und notwendige Konsequenzen ziehen. Dazu kann ein Untersuchungsausschuss über den russischen Einfluss auf die deutsche Gasinfrastruktur sinnvoll sein.

→ Strategien und Maßnahmen erarbeiten, wie Lobby- und Korruptionsvorgängen im Zusammenhang mit ausländischen Regimen künftig besser begegnet werden kann:

1) Das Lobbyregister-Gesetz muss gegenüber Lobbyakteuren konsequent durchgesetzt werden, die im Auftrag ausländischer Regierungen mit Lobbyarbeit gegenüber Bundesregierung und Bundestag beauftragt sind. 2) Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechlichkeit (§ 108 e StGB) muss zügig verschärft werden. 3) Bestehende Regeln und Gesetze für Abgeordnete, Ministerialbeamte sowie Regierungsmitglieder müssen effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden. Dazu braucht es eine unabhängige Stelle mit eigenen Untersuchungskompetenzen.

Auch eine stärkere öffentliche Kontrolle von Bereichen der kritischen Infrastruktur und der Grundversorgung kann sinnvoll sein.

→ Selbstkontrolle der Branche beschränken:

Um Gemeinwohlinteressen politisch durchsetzen zu können, darf die Gasbranche nicht selbst eine starke Rolle bei ihrer Regulierung übernehmen. Das gilt vor allem für die Planung des Aus- und Rückbaus der überregionalen Gasnetze. Hier braucht es eine unabhängige Bedarfsabschätzung und Netzplanung sowie eine stärkere Rolle der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde. Auch die Messung und Kontrolle von Methanemissionen darf nicht vorrangig der technischen Selbstverwaltung überlassen werden, sondern braucht eine gesetzliche Regelung.

Macht der Gaskonzerne beschränken

→ Konzernmacht beschränken:

Die Macht der Energiekonzerne schlägt sich auch in politischer Macht nieder und erschwert eine demokratische Regulierung im Sinne des Gemeinwohls. Gerade die Kontrolle von kritischer Infrastruktur bzw. der Grundversorgung durch einzelne Unternehmen macht demokratische Gesellschaften abhängig und erpressbar. Deshalb muss die Macht von Konzernen über das Kartellrecht und weitere Regulierungsmaßnahmen zurückgedrängt und eingeschränkt werden.

ANHANG

SEITENWECHSLER:INNEN UND POLITIKER:INNEN/ BEAMTE MIT NEBENTÄTIGKEITEN

alphabetisch sortiert

Wer?	(frühere) politische Funktion	Funktion/Tätigkeit mit Nähe zur oder für die Gasindustrie	Kategorien und wichtige Merkmale
Kerstin Andreae	• 2002–2019 Mitglied des Bundestags (MdB; Grüne) • 2007–2012 wirtschaftspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion¹ • 2012–2019 stellvertretende Fraktionsvorsitzende	• Seit 2019 Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)	• Seitenwechslerin • Lobbyistin • Grüne Verbindungsfrau für die Gaslobby
Thomas Bareiß	• 2010–2018 MdB (CDU), Koordinator/Beauftragter für Energiepolitik • 2018–2021 parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium • Seit 2021 verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion	• 2007–2018 Mitglied des Kuratoriums Deutsch-Aserbaidschanisches Forum² • 2014–2018 Mitglied im Beirat von Zukunft Gas³	• Teil des „Bermudadreieck der Energiewende“⁴ • Abgeordneter mit Nebentätigkeiten in Gaslobby-Netzwerken
Klaus Bonhoff	• 2008–2019 Geschäftsführer der bundeseigenen NOW GmbH⁵ • Seit 2019 Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr und Digitales (BMVD)	• Ab 2012 im Beirat von „Erdgas mobil“, das 2015 in Zukunft Gas aufging⁶ • Seit Juni 2019 Mitglied im Beirat von Zukunft Gas	• Beamter mit Nebentätigkeiten in Gaslobby-Netzwerken
Wolfgang Clement († 2020)	• 1998–2002 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen • 2002–2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (SPD)	• Seit 2005 zahlreiche Funktionen in Unternehmen, Think Tanks und Lobbyagenturen (u.a. bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) • 2006–2016 Mitglied des Aufsichtsrats RWE Power AG • Ab 2009: Mitglied des Aufsichtsrats beim russischen Beratungsunternehmen Energy Consulting⁷ • 2009–2020 Mitgründer und Präsident des Ostinstituts Wismar, das den Russlandtag initiierte	• Seitenwechsler • Lobbyist • Schlüsselfigur im deutsch-russischen Gaslobby-Netzwerk • Mitgründer des Ostinstituts, das den Russlandtag in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben rief

Detlev Dauke	• 2005–2008 Büroleiter im Bundeswirtschaftsministerium unter Michael Glos⁸ • 2008–2014 Abteilungsleiter für Energie im Bundeswirtschaftsministerium • 2014–2015 Leiter der Abteilung Digital- und Innovationspolitik im Bundeswirtschaftsministerium⁹	• 2015 Geschäftsführer bei EUTOP Frankfurt Finance • Seit 2016: Leiter des Berliner Lobbybüros von Uniper	• Seitenwechsler • Lobbyist • galt in seiner Funktion als Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium als Blockierer der Energiewende¹⁰
Frank Elbe († 2022)	• 1987–1992 Büroleiter von Minister Hans-Dietrich Genscher (FDP) im Auswärtigen Amt • 1972–2005 Botschafter im Innen- und Außendienst des Auswärtigen Amtes¹¹	• Seit 2006 als Rechtsanwalt tätig, hatte Auftragsverhältnis mit Nord Stream 2.¹² • Frank Elbe publizierte unter anderem regelmäßig im Cicero-Magazin, z.B. zur Krim-Krise und den deutsch-russischen Beziehungen. Sein Auftragsverhältnis mit Nord Stream 2 blieb dabei unerwähnt.¹³	• Rechtsanwalt, der u.a. für Nord Stream 2 arbeitete • Fürsprecher für Russland in der FDP
Andreas Feicht	• 2019–2021 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi)¹⁴	• 2007–2013 Vorstand in der Unternehmensgruppe der Wuppertaler Stadtwerke • 2013–2019 Vizepräsident des Verbands kommunaler Unternehmen • Seit 2021 Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie AG¹⁵ • Aufsichtsratsmitglied u.a. Stadtwerke Köln	• Seitenwechsler (Drehtür 360 Grad) • kam aus der Lobbyarbeit für die kommunalen Unternehmen ins Ministerium und wechselte anschließend in ein Energieunternehmen
Joschka Fischer	• 1994–1998 MdB (Grüne), Sprecher der Bundestagsfraktion • 1998–2005 Bundesaußenminister	• 2007 Gründung Joschka Fischer Consulting • Seit 2009 Berater von Siemens, RWE und BMW¹⁶ • Ab 2009: Berater für die Betreibergesellschaft der (nie realisierten) Nabucco-Pipeline (beteiligt u.a. RWE)	• Seitenwechsler • Lobbyist
Nils Frohloff	• 2009–2019 leitende Funktionen für den SPD-Parteivorstand im Willy-Brand-Haus, zuletzt Abteilungsleiter Kommunikation¹⁷	• Seit 2019: Lobbyist (Senior Policy Advisor) in der Uniper-Repräsentanz Berlin¹⁸	• Seitenwechsler • Lobbyist
Sigmar Gabriel	• 1999–2003 Ministerpräsident von Niedersachsen • 2005–2009 Bundesumweltminister • 2013–2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie • 2017–2018 Bundesaußenminister	• 2018 kurzzeitig stiller Teilhaber an dem Beratungsunternehmen VIB International Strategy Group¹⁹, an dem auch Heino Wiese beteiligt war • Seit Mai 2020 Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank • Seit Mai 2020 Mitglied im Aufsichtsrat von Siemens Energy • Seit April 2022 Vorsitzender des Aufsichtsrats von Thyssenkrupp Steel Europe • Seit Februar 2022 Geopolitischer Berater bei der Brunswick Group²⁰	• Seitenwechsler • Lobbyist • verstetigte als Wirtschaftsminister die deutsche Gasabhängigkeit von Russland durch Einsatz für Nord Stream 2 und Genehmigung des Verkaufs von Europas größtem Gasspeicher von Wintershall an Gazprom
Timon Gremmels	• Seit 2017: MdB (SPD), Mitglied im Ausschuss für Klima und Energie	• Juni 2018 bis Oktober 2021 Mitglied im Beirat von Zukunft Gas²¹ • Noch im Juni 2022 gasfreundliches Interview mit Zukunft Gas²²	• Abgeordneter mit Nebentätigkeiten in Gaslobby-Netzwerken • Wahlkreis in Kassel, dem Sitz von Wintershall • Befürworter und Förderer des Ausbaus der erneuerbaren Energien²³

Dieter W. Haller	• 2007–2018: Deutscher Diplomat im Innen- und Außendienst des Auswärtigen Amts	• Seit 2018 Senior Adviser bei der Lobbyagentur WMP Eurocom • Wollte 2021 Aufsichtsratsvorsitzender der Gazprom-Tochter „Gas for Europe“ werden, was Außenministerin Annalena Baerbock verhinderte. Als Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt unter Frank Walter Steinmeier war Haller 2016 laut Süddeutscher Zeitung möglicherweise selbst an Gesprächen über die Pipeline beteiligt.²⁴	• Seitenwechsler • Lobbyist
Thorsten Herdan	• 2014–2022 Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium	• Seit 2022 CEO von HIF EMEA²⁵ (HIF Global ist das weltweit führende E-Fuels Unternehmen, Porsche ist daran beteiligt)	• Seitenwechsler
Stephan Kaufmann	• 2009–2021 MdB (CDU) • 2020–2022 „Innovationsbeauftragter Grüner Wasserstoff“ im Bundesforschungsministerium²⁶	• Seit 2022 Berater bei thyssenkupp für den Bereich Wasserstoff²⁷ • Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU	• Seitenwechsler • Lobbyist
Bernhard Kaltefleiter	• 1995–2000 Referent im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	• Seit 2001 Leiter Recht/Kommunikation/Vorstandsbüro VNG AG • Seit 2007 Vorstandsvorsitzender WTZ e.V. • Seit 2010 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VNG Stiftung²⁸ • Bis Ende 2022 Vorsitzender des inzwischen beendeten Deutsch-Russischen Rohstoff-Forums	• Seitenwechsler • Lobbyist im deutsch-russischen Gaslobby-Netzwerk
Andreas Kuhlmann	• 2008–2009 Büroleiter des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering • 2010–2015: Leiter Strategie und Politik für den BDEW²⁹ • Seit 2015 Vorsitzender der Geschäftsführung der DENA³⁰	• Bis April 2022: Mitglied im Beirat Zukunft Gas und im Deutsch-Russischen Forum • Bis 2022: Mitglied im Lenkungskreis des Deutsch-Russischen Rohstoffforums³¹	• Leiter einer bundeseigenen Agentur mit Nähe zur Gaslobby
Joachim Lang	• 1999–2006 Mitarbeiter der CDU/CSU- Bundestagsfraktion³² • 2006–2007 Referatsleiter im Bundeskanzleramt	• 2007–2016 Leiter der Berliner Eon-Repräsentanz (Cheflobbyist) • 2016–2022 Hauptgeschäftsführer des BDI³³ • Seit 2022 geschäftsführender Gesellschafter des Beratungsunternehmens Strategic Minds Company³⁴ (früher Bingmann Pflüger International) • Seit 2022 Senior Advisor bei der Unternehmensberatung Oliver Wyman³⁵	• Seitenwechsler • Lobbyist
Karsten Möring	• 2017–2021 MdB (CDU)	• 2018–2021 Mitglied des Beirats von Zukunft Gas • Seit 2022 Senior Advisor der Unternehmensberatung Strategic Minds Company (früher Bingmann Pflüger International)	• Abgeordneter mit Nebentätigkeiten in Gaslobby-Netzwerken • Seitenwechsler • Lobbyist
Werner Müller († 2019)	• 1998–2002 Bundeswirtschaftsminister	• 1992–1997 Mitglied des Vorstands bei der Veba-Tochter Kraftwerke Ruhr AG • 2003–2007 Vorstandsvorsitzender der RAG AG & Aufsichtsratsvorsitzender der RAG-Tochter Steag • 2008 erster Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries AG	• Seitenwechsler (Drehtür 360 Grad) • spielte eine wichtige Rolle bei der Ministererlaubnis für die Fusion Eon/Ruhrgas, hatte die Entscheidung wegen Befangenheit an seinen Staatssekretär abgegeben

Günther Oettinger	• 2005–2010 Baden-Württembergischer Ministerpräsident • 2010–2019: EU-Kommissar für Energie, ab 2014 für Digitales, ab 2017 für Haushalt	• 2019 Gründung des Beratungsunternehmens Oettinger Consulting • Insgesamt 15 neue Tätigkeiten in der Wirtschaft, darunter ab 2020 Sitz im Aufsichtsrat der Herrenknecht AG³⁶	• Seitenwechsler • Lobbyist • galt schon während seiner EU-Amtszeit als „Kommissar der Konzerne“³⁷ • hatte sich als EU-Kommissar für die TAP-Gas-Pipeline und die Nord Stream-Pipeline starkgemacht
Friedbert Pflüger	• 1984–1989 Sprecher des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker • 2005–06 Staatssekretär der CDU im Bundesministerium für Verteidigung • 2006–2011 CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus	• 2009 Gründung Beratungsunternehmen Pflüger International, 2020 Bingmann Pflüger International • 2010 Gründung European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS), angedockt zunächst ans King's College London, später an die Universität Bonn • 2022 Joachim Lang neuer Partner für Bingmann Pflüger und Umbenennung in Strategic Minds Company, Pflüger „Founding Partner“ • Seit 2021 Aufsichtsratsvorsitzender Zukunft Gas, vorher Mitglied im Beirat Zukunft Gas	• Seitenwechsler • Lobbyist • beriet mit (Bingmann) Pflüger International die Nord Stream 2 AG • einflussreicher Spin Doctor der Gaspolitik hinter den Kulissen³⁸ • vermischte seine Tätigkeit in der Wissenschaft mit seiner privatwirtschaftlichen Tätigkeit und gibt seinen Positionen so einen wissenschaftlichen Anstrich
Matthias Platzeck	• 2003–2013 Ministerpräsident von Brandenburg	• 2014–2022 Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums • Seit 2015 mehrere Aufsichtsratssitze, darunter beim Energieversorger E.ON AG³⁹ • Erhielt 2017 den Orden der Freundschaft der Russischen Föderation	• Seitenwechsler • Fürsprecher für das deutsch-russische Gaslobby-Netzwerk
Titus Rebhann	• 2009–2018 Büroleiter des Bundestagsbüros Oliver Krischer (Grüne) • 2018–2021 Büroleiter des Bundestagsbüros von Annalena Baerbock • 2021–2022 Mitarbeiter im Büro der Außenministerin • Seit Oktober 2022 freigestellt	• Ab März 2023 Cheflobbyist RWE in Berlin	• Seitenwechsler • Lobbyist
Marion Scheller	• 2013–2016 Referatsleiterin im Bereich Energiepolitik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	• Ab Oktober 2016 Lobbyistin („Senior Advisor for Governmental Relations“) bei Nord Stream 2⁴⁰	• Seitenwechslerin: ihr Fall zeigt, dass die Seitenwechsler-Regeln für die Verwaltung unzureichend sind • Lobbyistin
Gerhard Schröder	• 1990–1998 Ministerpräsident von Niedersachsen • 1998–2005 Bundeskanzler	• Seit 2006 Vorsitzender des Gesellschafterausschusses und Mitglied des Aktionärsausschusses der Nord Stream AG • Seit Juli 2016 Präsident des Verwaltungsrats der Nord Stream 2 AG • 2016–2022 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Herrenknecht AG⁴¹ • 2017–2022 Vorsitzender des Aufsichtsrats des russischen Staatskonzerns Rosneft	• Seitenwechsler • Lobbyist • Schlüsselfigur im deutsch-russischen Gaslobby-Netzwerk

Erwin SELLERING	• 2008–2017 Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern	• 2018: Gründer und Vorsitzender des Vereins „Deutsch-Russische Partnerschaft“, der finanzielle Unterstützung von Nord Stream und Land MV erhielt • Seit 2020: Mitglied im Vorstand des „Ostinstituts Wismar“ • Seit 2021: Vorsitzender Stiftung Klima- und Umweltschutz MV	• Schlüsselfigur im deutsch-russischen Gaslobby-Netzwerk
Edmund STOIBER	• 1993–2007 Ministerpräsident von Bayern • 2007–2015 Vorsitzender der Expertengruppe der EU-Kommission zum Bürokratieabbau „High-Level Group on Administrative Burdens“⁴² • Mitglied diverser Beiräte: z.B. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte (Leiter des Beirats)⁴³, Münchner Sicherheitskonferenz	• Seit 2009 Präsidiumsmitglied Deutsch-Russisches Rohstoff-Forum⁴⁴ • Hatte Beratervertrag bei VNG AG	• Seitenwechsler • Lobbyist • Fürsprecher für das deutsch-russische Gaslobby-Netzwerk
Alfred Tacke	• 1991–1998 beamteter Staatssekretär im niedersächsischen Wirtschaftsministerium unter Ministerpräsident Schröder • 1998–2004 SPD-Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unter Kanzler Schröder	• 2004 Vorstandsmitglied beim Energieversorger Steag⁴⁵ • 2007–2008 Vorsitzender der Geschäftsführung der Evonik Steag GmbH • Seit 2014 Industrieexperte für Energie, Infrastruktur und energienahe Dienstleistungen bei Rantum Capital⁴⁶	• Seitenwechsler • einer der engsten politischen Berater Gerhard Schröders • erteilte als Vertreter von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller die Ministererlaubnis an Eon für die Übernahme von Ruhrgas
Klaus Töpfer	• 1987–1994 Bundesumweltminister • 1994–1998 Bundesbauminister • 1998–2006 Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	• Schirmherr Deutsch-Russisches Rohstoffforum (bis 2022) • Hatte Beratervertrag bei der VNG AG⁴⁷	• Seitenwechsler • Fürsprecher für das deutsch-russische Gaslobby-Netzwerk
Heino Wiese	• 1990–2003 leitender Geschäftsführer des SPD-Bezirks Hannover und Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen • 1998–2002 MdB (SPD)	• 2003–2005 Exportdirektor beim Modeunternehmen S.Oliver • 2005 Gründung Beratungsfirma Wiese Consult GmbH • 2016–2022 Honorarkonsul Russlands in Hannover • 2018: Mitgründer des Beratungsunternehmens VIB International Strategy Group⁴⁸ • Langjähriges Mitglied im Vorstand des Deutsch-Russischen Forums, ab 2021 Mitglied im Kuratorium des Forums	• Seitenwechsler • Lobbyist • ehemaliger Honorarkonsul • Schlüsselfigur im deutsch-russischen (Gas-)Lobby-Netzwerk • zentraler Einflüsterer der „Moskau-Connection“ in Hannover

Fußnoten Tabelle

- 1 WDR. Hart aber fair Gäste: Kerstin Andreae. Abgerufen am 18.11.22: <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/gaeste/kerstin-andrae-gast-100.html>
- 2 LobbyControl, 02.05.21, Thomas Bareiß: Wie nah steht er den Aserbajdschan-Lobbynetzwerken: <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/thomas-bareiss-wie-nah-steht-er-den-aserbajdschan-lobbynetzwerken-86913/>
- 3 E-Mail Zukunft Gas an LobbyControl vom 18.11.22
- 4 Twitter. Annika Joeres. Abgerufen in ThreadReader am 18.11.22: <https://threadreaderapp.com/thread/1370621808278441984.html>
- 5 NOW GmbH, 15.8.19, „NOW-Geschäftsführer Dr. Klaus Bonhoff wechselt ins BMVI“: <https://www.now-gmbh.de/aktuelles/pressemitteilungen/now-geschaeftsfuehrer-dr-klaus-bonhoff-wechselt-ins-bmvi/>
- 6 Presseportal, 05.03.13: „Beirat von erdgas mobil fordert transparente Preisauszeichnung für Erdgas und bio-Erdgas an Tankstellen“. <https://www.presseportal.de/pm/112647/2427279>
- 7 Welt, 14.04.09: „Wolfgang Clement wird Energie-Berater in Russland“. <https://www.welt.de/politik/article3555333/Wolfgang-Clement-wird-Energie-Berater-in-Russland.html>
- 8 Abgeordnetenwatch. Hoher Regierungsbeamter wechselte auf Chefposten bei Lobbyagentur. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/hoher-regierungsbeamter-wechselte-auf-chefposten-bei-lobbyagentur>
- 9 Politik&Kommunikation, 02.02.18, „Dauke leitet Hauptstadtbüro von Uniper“: <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/dauke-leitet-hauptstadtbuero-von-uniper/>
- 10 Tagesspiegel, 13.02.14: „Energiewende. Sein nächster Dreh“: <https://www.tagesspiegel.de/politik/sein-nachster-dreh-5159440.html>
- 11 Süddeutsche Zeitung, 17.05.10: „Botschafter in der Schweiz muss gehen“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/nach-kritik-an-fischer-botschafter-in-der-schweiz-muss-gehen-1.433999>
- 12 LobbyControl, 24.11.17. FDP: Wie weit reicht der Einfluss der russischen Gaslobby? <https://www.lobbycontrol.de/2017/11/fdp-wie-weit-reicht-der-einfluss-der-russischen-gaslobby-by/>
- 13 Cicero. Kolumnenbeiträge von Frank Elbe. Abgerufen am 30.11.2008: <https://www.cicero.de/taxonomy/term/1238>.
- 14 ZfK, 03.05.22: „Andreas Feicht übernimmt weitere Funktionen in Köln“. <https://www.zfk.de/karriere/andreas-feicht-uebernimmt-weitere-funktionen-in-koeln>
- 15 RheinEnergie. Andreas Feicht als Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie bestellt. Abgerufen am 18.11.22: https://www.rheinenergie.com/de/unternehmen/newsroom/nachrichten/news_60610.html
- 16 Handelsblatt, 26.07.2009, Joschka Fischer macht jetzt in Gas: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/lobbyisten-joschka-fischer-macht-jetzt-in-gas/3207188.html>; Welt, 08.09.2009: Nabucco-Gaspipeline: Die neue Rolle des Joschka Fischer als Lobbyist: <https://www.welt.de/wirtschaft/article4491294/Die-neue-Rolle-des-Joschka-Fischer-als-Lobbyist.html>
- 17 LinkedIn. Nils Frohloff. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.linkedin.com/in/frohloff/?originalSubdomain=de>
- 18 Ebd.
- 19 Politik&Kommunikation, 03.12.18: „Gabriel an VIB International Strategy Group beteiligt“: <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/gabriel-an-vib-international-strategy-group-beteiligt/>
- 20 Politik & Kommunikation, 14.02.22: „Gabriel berät für Brunswick“. <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/gabriel-beraet-fuer-brunswick/>
- 21 HNA, 19.09.21: „Schwere Vorwürfe: SPD-Bundestagsabgeordneter aus Kassel soll Teil der Gas-Lobby sein“. <https://www.hna.de/kassel/gremmels-und-die-gas-lobby-90989608.html>
- 22 Zukunft Gas. 3 Fragen an Timon Gremmels. Abgerufen am 28.11.22: https://gas.info/presse/detailseite-news/detailnews-3_fragen_an_timon_gremmels-449726?cHash=d-43074f9080ff384580e6b6d544e1bc8
- 23 SPD Kassel, 19.09.21, Stellungnahme zur „Stopp-Klimakiller-Kampagne“: <https://www.timon-gremmels.de/2021/09/19/stellungnahme-zur-stopp-klimakiller-kampagne/>
- 24 Süddeutsche Zeitung, 28.01.22: „Ex-Diplomat akzeptiert Nein von Baerbock“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/baerbock-russland-nord-stream-2-ostseepipeline-halter-1.5517289>
- 25 Handelsblatt, 12.05.22: „Thorsten Herdan steigt bei E-Fuels-Unternehmen HIF Global auf“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiwirtschaft-thorsten-herdan-steigt-bei-e-fuels-unternehmen-hif-global-auf/28332642.html>
- 26 BMBF. Kaufmann bleibt Wasserstoffbeauftragter im BMBF. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2022/01/210122-Wasserstoff-beauftragter.html>
- 27 ThyssenKrupp, 18.08.22: „Dr. Stefan Kaufmann verstärkt ThyssenKrupp beim Ausbau der Wasserstoffwirtschaft“. <https://www.thyssenkrupp.com/de/newsroom/pressemitteilungen/presstedetailseite/dr-stefan-kaufmann-verstaerkt-thyssenkrupp-beim-ausbau-der-wasserstoffwirtschaft-136022>
- 28 LinkedIn. Bernhard Kaltefleiter. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.linkedin.com/in/bernhard-kaltefleiter-b9672453/>
- 29 LinkedIn. Andreas Kuhlmann. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.linkedin.com/in/andreas-kuhlmann-91249579/details/experience/>
- 30 Politik&Kommunikation, 22.06.15: „Kuhlmann wird Vorsitzender der Geschäftsführung der Dena“. <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/kuhlmann-wird-vorsitzender-der-geschaeftsfuehrung-der-dena/>
- 31 DENA 2019. Für mehr Transparenz und Verantwortung. Abgerufen am 16.01.23 https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2020/dena-Nachhaltigkeitsreport_Berichtsjahr_2019.pdf
- 32 BDI. Lebenslauf Dr. Joachim Lang. Abgerufen am 18.11.22: https://bdi.eu/media/presse/presse/downloads/20160815_Lebenslauf_Dr._Joachim_Lang.pdf
- 33 Welt, 07.02.22: „Falsches Parteibuch? Die deutsche Industrielobby sucht neues Spitzenpersonal“. <https://www.welt.de/wirtschaft/article236740021/BDI-trennt-sich-von-Hauptgeschaeftsfuehrer-Joachim-Lang.html>
- 34 LinkedIn-Profil Joachim Lang: <https://www.linkedin.com/in/dr-joachim-lang-1b202217a/?originalSubdomain=de>, abgerufen am 29.11.22
- 35 Politik&Kommunikation, 01.08.22: „Lang ist Senior Advisor bei Oliver Wyman“. <https://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/lang-ist-senior-advisor-bei-oliver-wyman/>
- 36 Europäische Kommission. Former European Commissioner's authorised occupations. Abgerufen am 28.07.22: https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/service-standards-and-principles/ethics-and-good-administration/commissioners-and-ethics/former-european-commissioners-authorised-occupations_en
- 37 LobbyControl, 05.01.17: „Günther Oettinger: Kommissar der Konzerne“. <https://www.lobbycontrol.de/2017/01/oettinger-kommissar-der-konzerne/>
- 38 LobbyControl, 26.07.2018 „Friedbert Pflüger- Gas-Lobbyist mit Doppelrolle“. <https://www.lobbycontrol.de/2018/07/friedbert-pflueger-gas-lobbyist-mit-doppelrolle/>
- 39 BZ Berlin, 08.05.15: „Nach der Politik rollt bei Platzek der Rubel“. <https://www.bz-berlin.de/archiv-artikel/nach-der-politik-rollt-bei-platzek-der-rubel>
- 40 Welt, 09.10.16: „Karrieresprung aus Berliner Ministerium zu Gazprom“. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158636618/Karrieresprung-aus-Berliner-Ministerium-zu-Gazprom.html>
- 41 Lahrer Zeitung, 03.03.22: „Altkanzler Schröder: Mit Besuchen im Raum Lahr ist's wohl vorbei“. <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.nach-aus-bei-herrenknecht-altkanzler-schroeder-mit-besuchen-im-raum-lahr-ist-s-wohl-vorbei.1415f34-1652-4138-bbd2-cdaf-8d7a7bec.html>
- 42 FAZ, 16.12.15: „Stoiber hat genug Bürokratie bekämpft“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/stoiber-beendet-anti-buerokratie-beratung-fuer-die-eu-13969647.html>
- 43 Spiegel, 13.11.09: „Stoiber engagiert sich bei Wirtschaftsprüfer Deloitte“. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wechsel-in-die-wirtschaft-stoiber-engagiert-sich-bei-wirtschaftspruefer-deloitte-a-661055.html>
- 44 Rohstoff-Forum. 5. Deutsch-Russische Rohstoff-Konferenz. Abgerufen am 18.11.22: <https://www.rohstoff-forum.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/11/Brosch%C3%BCre%205.%20DRRK%20E2%80%933%20deutsch.pdf> Seite 32. Ob Edmund Stoiber weiterhin Mitglied im Präsidium ist, hat uns leider weder sein Büro noch das DRRF beantwortet.
- 45 Die Steag gehört zum RAG-Konzern, an dem wiederum die von Tacke begünstigte Eon mit knapp vierzig Prozent beteiligt ist.
- 46 Rantum Capital, 06.01.2014: „Dr. Alfred Tacke verstärkt Rantum Team als neuer Beirat“. http://2018.rantumcapital.de/wp-content/uploads/2018/06/Rantum_Capital_Pressemitteilung_Tacke_06-Jan-2014.pdf
- 47 Spiegel, 17.06.22, „Auch die Union hat ein Russlandproblem“: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/auch-die-union-hat-ein-russland-problem-a-3a0f19cd-4c80-404f-b481-699718ac-ba7a>
- 48 Tagesspiegel, 27.11.2018, „Neues Unternehmen in Berlin: Sigmar Gabriel beteiligt sich an Beraterfirma“: <https://www.tagesspiegel.de/politik/sigmar-gabriel-beteiligt-sich-an-beraterfirma-4994104.html>

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. Seit 2005 setzen wir uns für eine lebendige und transparente Demokratie ein.

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- folgen Sie uns auf Facebook, Instagram (@lobbycontrol) und Twitter (@lobbycontrol) oder Mastodon (@lobbycontrol@bewegung.social)



| Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Unsere unabhängige Arbeit wird durch Fördermitgliedschaften und private Einzelspenden ermöglicht. Unterstützen Sie Studien wie diese und unsere weitere Arbeit mit einer Spende: Schon 5 Euro helfen. Vielen Dank!

Spendenkonto:

IBAN: DE 8037 0205 0000 0804 6200

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BFSWDE33XXX

Online Spende:

- www.lobbycontrol.de/spenden

Als gemeinnütziger Verein stellen wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung aus. Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Stiftungsgelder. Mehr Informationen finden Sie unter:

- www.lobbycontrol.de/finanzierung

www.lobbycontrol.de